

MITTWOCH, 11. NOVEMBER 2009

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

(Die Sitzung wird um 15.05 Uhr eröffnet.)

1. Feierliche Sitzung - 20. Jahrestag der Wende in Mittel- und Osteuropa

Der Präsident. – Bevor wir beginnen, möchte ich sagen, dass ich mich mit Präsident Havel ausgetauscht habe, und ich kann Ihnen versichern, dass wir uns so etwas vor 25 Jahren nicht vorstellen konnten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dies ist eine formelle Plenarsitzung zur Feier des 20. Jahrestages des demokratischen Wandels in Zentral- und Osteuropa.

Herr Präsident Havel, Herr amtierender Ratspräsident und Herr Premierminister von Schweden, Herr Kommissionspräsident, wehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren, ehrenwerte Gäste, heute ist ein ganz besonderer Tag, und wir haben als unseren Gast im Europäischen Parlament einen Mann, der großen Einfluss auf die Geschichte Europas hatte.

Vor zwei Tagen haben wir gesehen, wie die Mauer in Berlin zum zweiten Mal in symbolischer Form von Dominosteinen fiel. Heute ist das Parlament Gastgeber eines Mannes, der zu jenen gehörte, die vor zwanzig Jahren diese Dominosteine zum Fallen brachten. Ein Schriftsteller, Intellektueller und ein wundervoller Mensch. Ein Freund all jener, die dort um Freiheit und Menschenrechte kämpfen, wo diese nicht existieren – Präsident Václav Havel. Lieber Václav, willkommen!

(Beifall)

Lassen Sie uns nicht vergessen, dass der Kommunismus von gewöhnlichen Menschen gestürzt wurde: von Arbeitern, von Akademikern, von Schriftstellern; von Millionen Menschen hinter dem Eisernen Vorhang, die der Unterdrückung nie nachgaben. Ihre einzigen Waffen gegen die Panzer waren ein starkes Herz und große Entschlossenheit. Sie nahmen während der Jahrzehnte der Unterdrückung viele Risiken auf sich, aber sie triumphierten schließlich, weil die Träume eines Volkes stärker sind als Betonmauern, als mörderische politische Systeme. Eine wichtige Rolle wurde auch von denen gespielt, die ihnen von der anderen Seite des Eisernen Vorhangs aus geholfen haben, indem Sie jenen im Osten zeigten, dass sie nicht allein waren. Dank all dieser vielen Menschen war die historische Versöhnung zwischen Ost und West, die Wiedervereinigung Europas möglich. Václav Havel war und bleibt ein Held für all diese.

1989 gingen Studenten in meinem Land auf die Straßen, um die Freilassung von Václav Havel zu fordern. Václav Havel wurde kurz danach Präsident einer freien Tschechoslowakei, Präsident sowohl von Tschechen als auch von Slowaken und ein Held für beide.

Wie bereits 20 Jahre zuvor, 1968, bei der Entstehung der Unabhängigkeit in der Tschechoslowakei der gemeinsame Held von Slowaken und Tschechen der Slowake **Predseda**. – Alexander Dubček war.

Herr Präsident, lieber Václav, 1987 hat die Untergrundpresse zwei Ihrer Stücke gedruckt. Das Deckblatt hat sich mit seiner Zeichnung eines kleinen, traurigen Mannes, der beraubt und für das Leben schlecht ausgestattet wirkte, in meine Erinnerung eingebrannt. Er hält zwei Finger im Victory-Zeichen hoch. Ein kleiner, unbedeutender Mann. Dies sagt laut und deutlich, dass jeder Mensch frei geboren wurde und ein freies Leben führen sollte. Dies ist die größte Herausforderung für unser Parlament – ein Parlament, das freie Europäer vertritt.

Bitte erlauben Sie mir, eine kurze Präsentation einzuleiten. Es handelt sich um einen Film, der uns an das erinnern wird, was in Europa vor mehr als 20 Jahren geschah.

Meine Damen und Herren, heute ist Václav Havel bei uns.

Er begann in sehr jungem Alter zu schreiben und hörte nie damit auf, nicht einmal während seiner viermaligen Inhaftierung, die insgesamt fünf Jahre lang dauerte. Seine Schriften waren stets direkt und ehrlich, sensibel und schön.

Die Charta 77 entstand aus der Zusammenarbeit zwischen tschechoslowakischen und polnischen Oppositionsbewegungen und später jener von anderen Ländern des Ostblocks. Václav Havel war die wichtigste Treibkraft hinter der Bewegung. Er verfolgte die Wahrheit mit Mut und großer Bescheidenheit, ganz wie Zbigniew Herbert, ein Dichter, der in Opposition zu dem Regime trat und schrieb: „Wir hatten einen Fetzen des nötigen Mutes, aber im Grunde war es eine Frage des Geschmacks.“

Ich beglückwünsche Sie, Václav, dass es Ihnen nie an gutem Geschmack gemangelt hat!

Meine Damen und Herren – Präsident Václav Havel.

(Beifall)

Václav Havel, *ehemaliger Präsident der Tschechischen Republik*. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen für die Einladung und die Gelegenheit danken, anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des dramatischen Bruchs versiegelter Grenzen, des Durchtrennens von Stacheldraht und des Niedergangs der Mauern zwischen europäischen Nationen und im Fall von Deutschland der Mauer, die eine einzige Nation trennte, zu Ihnen zu sprechen. Es war das Ende der bipolaren Teilung, nicht nur von Europa, sondern in größerem Umfang der ganzen Welt. Es war ein Moment von solch historischer Bedeutung, dass viele Menschen das Gefühl hatten, von nun an könne die Welt gedeihen.

Es geschah nicht. Damit endete die Geschichte natürlich nicht. Es ist umso wichtiger, diesen Jahrestag nicht nur als Aufruf zum Nachdenken über die Gegenwart zu begehen, sondern in erster Linie als Aufruf zum Nachdenken über die Zukunft. Ich möchte zu diesem Aufruf mit fünf Kommentaren zum Thema der Europäischen Einigung beitragen.

Keiner von uns war wirklich auf den überraschend schnellen Fall des Eisernen Vorhangs vorbereitet oder hätte es sein können. Das wäre unnatürlich gewesen. Deswegen folgte eine Zeit spezifischer Dilemmata, von Prüfungen verschiedener Alternativen und der Ungewissheit. Schließlich machte die NATO den mutigen Schritt, neue Mitglieder zuzulassen. Damit hat sie deren Sicherheit garantiert und ihnen erlaubt, sich auf die Vorbereitung eines Beitritts zur Europäischen Union zu konzentrieren. Anschließend öffnete die Union neuen Demokratien in Zentral- und Osteuropa wirklich ihre Tore. Von Zeit zu Zeit traten mit diesen Ländern verschiedene Schwierigkeiten auf. Das ist recht verständlich. Eine demokratische politische Kultur kann nicht von einem Tag auf den anderen geschaffen oder wiederbelebt werden. Das braucht Zeit, und es gibt eine Menge unerwarteter Probleme, die auf diesem Weg gelöst werden müssen. Während der Zeit der Moderne herrschte der Kommunismus zum ersten und hoffentlich letzten Mal, und wir waren deswegen die Ersten, die mit dem Phänomen des Postkommunismus konfrontiert waren. Wir mussten uns mit den Folgen eines langwierigen Regimes der Angst und all den Risiken auseinandersetzen, die mit einer historisch beispiellosen Umverteilung von Werten verbunden waren. Es gab und gibt noch immer viele Hindernisse, und unsere Erfahrung in dieser Angelegenheit steckt noch immer in den Kinderschuhen.

Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass der Westen das Richtige getan hat. Jede andere Alternative hätte zu viel mehr Problemen geführt und wäre noch kostspieliger – nicht nur für den Westen, sondern in der Tat für uns alle – gewesen. Wir haben möglicherweise nicht nur die vielleicht gefährliche Entwicklung eines neuen Kampfes um Einflussbereiche oder die direkte Dominanz der einen Seite durch eine andere erlebt, sondern auch, wie die vom Westen ausgeschlossen Staaten zum Spielplatz von verschiedenen Nationalisten und Populisten und ihren bewaffneten Armeen sowie möglicherweise sogar zu einer Region gefährlicher lokaler Konflikte wurden. Diese sind umso gefährlicher aufgrund der Tatsache, dass dem Zweiten Weltkrieg aus bekannten Gründen keine wirkliche Friedenskonferenz folgte, die in bindender, genauer und dauerhafter Art und Weise europäische Nachkriegsbeziehungen hätte schaffen können. Meiner Meinung nach sind viele von jenen, die bis vor kurzem Fahnen mit Hammer und Sichel schwenkten, schnell dabei, eine nationale Flagge aufzugreifen. In Jugoslawien haben wir erlebt, wohin das führt. Es ist bekannt, dass Dämonen stets weitere Dämonen erwecken. Niemand kann deshalb sagen, ob die Ansteckung auf den westlichen Teil von Europa übergegangen wäre. Wir leben in einer Zeit, in der aufgrund der Globalisierung jeder lokale Konflikt leicht zu einem weltweiten Konflikt werden kann.

Die gewählte Herangehensweise war deswegen historisch gesehen die natürlichste und praktisch gesehen die zweckmäßigste. Sie war darüber hinaus eine Herangehensweise, die als ein Ausdruck gemeinsamer

Verantwortung für historische Entwicklungen verstanden werden könnte, deren Anfänge teilweise in der kurzsichtigen Beschwichtigungspolitik liegen, die von der demokratischen Welt verfolgt wurde.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die erheblichen Schwierigkeiten, welche die EU mit uns heute hat, den Aufwand wert sind, da alle Alternativwege eindeutig viel schlimmer und viel gefährlicher gewesen wären. Unter diesen Umständen können wir Europa nur um Geduld und Verständnis bitten.

Die Frage ist natürlich, was wir Europa bieten können. Nach dem, was wir in der Ära des Totalitarismus durchgestanden haben, war ich lange davon überzeugt, dass wir – aufgrund unserer direkten Schuld – diese Erfahrung auf überzeugende Art und Weise anderen hätten erklären sollen und dabei alles, was daraus hervorging, in konkrete Initiativen verwandeln sollten. Das ist keine einfache Aufgabe, und ich bin nicht sicher, ob wir es bereits geschafft haben. Totalitäre oder autoritäre Regierungsformen weisen oft sehr unauffällige Anfänge und sehr feine Methoden sozialer Kontrolle auf. Erst jetzt realisieren viele von uns mit der Zeit, wie geschickt wir manchmal in die Netze des Totalitarismus verwickelt wurden. All dies macht uns besonders vorsichtig. Das sollte unserer Beitrag zu einer Gewährleistung sein, dass was wir erlebt haben, nie wieder geschehen kann.

Was ist erforderlich? Zu allererst klare und deutliche Solidarität mit jedem, der heute mit totalitären oder autoritären Regimen konfrontiert ist, egal wo auf der Welt. Die fragliche Solidarität sollte nicht von irgendwelchen wirtschaftlichen oder anderen besonderen Interessen behindert werden. Auch kleine, unauffällige und gut gemeinte Kompromisse können – wenn auch indirekt und mit zeitlicher Verschiebung – zu schicksalhaften Folgen führen. Das Böse kann nicht beschwichtigt werden, da es in der Natur des Bösen liegt, jede Beschwichtigung für die eigenen Zwecke auszunutzen. Außerdem hat Europa seine eigene unglückliche Erfahrung in politischer Beschwichtigung. Unsere Unterstützung kann in mehr Hilfe für liberal denkende Menschen oder offenen Zeugen der Lage in Nordkorea, Burma, Iran, Tibet, Weißrussland, Kuba oder anderswo, als wir uns vielleicht vorstellen, bestehen. Wir werden auch uns selbst helfen. Wir werden uns helfen, eine bessere Welt zu schaffen und jeden besser zu behandeln, in anderen Worten dem eigentlichen Inhalt der Werte, die wir auf gemeinschaftlicher Ebene vertreten, treuer zu sein.

Das Europäische Parlament hat vor kurzem den Sacharow-Preis an die russische Organisation „Memorial“ vergeben, welche die Achtung von Menschenrechten in Russland beobachtet. Ich bin davon überzeugt, dass dies eine wichtige Entscheidung war. Ich erinnere mich an die Bedeutung, die es für mein eigenes Land hatte, als der französische Präsident uns – die Opposition – einmal gegen den Willen der Regierung im Rahmen eines Staatsbesuches zu einem Arbeitsfrühstück einlud. Diese Dinge scheinen oberflächlich zu sein. Unter totalitärer Herrschaft ist es einfach eine Tatsache, dass ein Frühstück oder eine unterdrückte Studentendemonstration unter den richtigen Umständen die Geschichte ins Rollen bringen kann.

Die Identität eines jeden Menschen wird – abgesehen von dem, was in uns als einzigartigen Individuen steckt – von verschiedenen Stufen dessen gebildet, was als unsere kollektive Identität beschrieben werden kann. Jeder von uns fühlt sich mehr oder weniger und auf seine eigene Art und Weise seiner Familie, Gemeinde, Region, Firma, Kirche, Gesellschaft oder politischen Partei, seiner Nation, der zivilisierten Welt und schließlich zur Bevölkerung dieses Planeten zugehörig. All dies zeigt, dass wir unterschiedliche Arten der Heimat haben, egal ob geografisch, ideologisch, sprachlich, ethnisch oder anders, und wir schaffen selbst gemeinsam diese Heimat. Unsere verschiedenen Arten von Patriotismus, unsere Ziele, Verbundenheit, Neigungen, Stolz, Eigenschaften, Traditionen, Sitten, Gewohnheiten und Eigenheiten sind auch Teil davon. Die Welt ist kurz gesagt ein Stückwerk, die Menschheit ist ein Stückwerk und jeder von uns ist ein Stückwerk.

Kollektive Souveränität erwächst natürlich aus diesem Sinn der kollektiven Zugehörigkeit. Wir verfügen in einem gewissen Ausmaß über die Souveränität über alle Stufen unserer Identität, aber in keiner davon haben wir oder könnten wir umfassende Souveränität gewinnen. Es gibt eine Voraussetzung, damit sich diese Souveränitäten gegenseitig ergänzen und sich möglichst nicht widersprechen.

Ich bin sicher, Sie haben erraten, dass ich dieses Thema nun ansprechen werde, weil sich die Debatten über die Europäische Verfassung und den Vertrag von Lissabon zu großem Teil um die Frage drehen, welche Beziehung zwischen nationaler Souveränität und europäischer Souveränität bestehen sollte. Die Antwort ist einfach: Sie sollten einander ergänzen. Wenn ich mich als Europäer fühle, bedeutet dies nicht, dass ich aufhöre, Tscheche zu sein. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall: Als Tscheche bin ich auch Europäer. Ich möchte etwas poetisch formulieren, dass Europa die Heimat unserer Heimatländer ist.

Gleichzeitig bin ich sicher, dass die europäische Souveränität in Zukunft nach und nach zunehmen wird. Ich weiß nicht, wie schnell oder wie langsam, und ich weiß nicht, welche Drehungen und Wendungen es auf dem Weg geben wird, aber ich weiß, dass der Integrationsprozess weitergehen muss. Es ist schließlich

das wesentliche und sogar existentielle Anliegen nicht nur von Europäern, sondern von jedem. Die Gründe dafür sind eindeutig: Wir leben im Raum einer einzigen globalen Zivilisation, in welcher der Eigentümer einer grönländischen Fischereigesellschaft vielleicht in Taiwan lebt und auch einen Teil einer Bank in Brasilien besitzt oder in welcher der Eigentümer einer tschechischen Mine vielleicht sein Unternehmen per Computer von Island aus verwaltet. In einem solchen Raum werden unterschiedliche multinationale, überstaatliche oder kontinentale Gesellschaften eine immer bedeutendere Rolle spielen. Es ist nicht und wird nicht das Ende des Nationalstaats sein, sondern Nationalstaaten tun sich zusammen und werden sich weiterhin zusammenschließen und auf vielen Gebieten gemeinsam handeln. Allein schon technische und wirtschaftliche Entwicklungen machen dies absolut notwendig. Andererseits können in einer Zeit, in der die Welt zu einer bedrohlichen Form der Vereinigung neigt, die Verfassungen von verschiedenen kleineren Gemeinschaften von Staaten und Nationen, die sich auf die eine oder andere Art und Weise nahe stehen, zum Zwecke eines besseren Schutzes der nationalen oder regionalen Identität förderlich sein.

Der graduelle und friedliche Zusammenschluss von Staaten wird natürlich auch die friedliche Koexistenz stärken. Sie die meisten Kriege der letzten Jahrhunderte nicht Kriege von Nationalstaaten gewesen? Wie kann man die verschiedenen nationalistischen Dämonen besser zählen, als durch praktische Zusammenarbeit von Nationen? Die Annahme des Grundsatzes einer vielschichtigen Souveränität ist nur vor dem Hintergrund ziviler und politischer Unterstützung möglich. Ich habe festgestellt, dass in meinem eigenen Land – und möglicherweise in vielen anderen Ländern – die Menschen oftmals von „uns“ – in meinem Fall von den Tschechen – und von „denen“ sprechen, womit die Menschen diesen Haufen verrückter Ausländer in Brüssel meinen. Aber sind nicht auch wir in Brüssel? Diese Trennung in ein *a priori* tugendhaftes „wir“ und ein irgendwie verrücktes „die“, die uns um jeden Preis schaden wollen, zeigt, wie wenig der aktuelle Grundsatz der Integration verstanden wurde. Auch daran muss geduldig gearbeitet werden.

Wir sitzen alle in demselben Boot, und das Boot segelt in die richtige Richtung. Es wird weiterhin in die richtige Richtung segeln, vorausgesetzt, dass alle Passagiere einen Sinn für gemeinsame Verantwortung haben und nicht nur ihre eigenen Spiele zu ihren eigenen Zwecken spielen. Wir können in einer neuen Gemeinschaft nicht Bedeutung oder Einzigartigkeit schaffen, indem wir unsere vage definierten nationalen Interessen herausschreien, was lediglich einen Mangel an Selbstvertrauen zeigt. Wir müssen vielmehr zielorientiert miteinander auskommen und gemeinsam Anstrengungen unternehmen.

Jahrhundertlang war Europa das Hauptzentrum der Zivilisation auf diesem Planeten und hat sich mit Sicherheit als solches angesehen, wenn auch zu Unrecht. Es schien Europa gerechtfertigt, die eigene Kultur, Religion und seine Erfindungen in die gesamte Welt zu exportieren, ungeachtet der Tatsache, ob irgendjemand daran ein Interesse hatte. Der Export dieser Werte wurde oft von Gewalt begleitet. Man könnte sogar sagen, dass die gesamte moderne Zivilisation – nicht nur die Elemente, welche die Welt für herausragend hält, sondern auch die heutige Kurzsichtigkeit – nach Europa zurückverfolgt werden kann. Europa sollte daraus lernen und seine Rolle neu definieren. Dies würde bedeuten, der Welt nicht länger etwas aufzuzwingen, sondern lediglich Anregungen anzubieten. Man könnte ein Vorbild sein, von dem andere etwas übernehmen können, dies aber nicht tun müssen.

Weltweit lässt sich kaum eine Region ausfindig machen, in der so viele Nationalitäten oder ethnische Gruppen in verschiedenen Ländern, so viele Minoritäten und Minoritäten innerhalb von Minoritäten konzentriert sind. Dennoch ist es Europa während der vergangenen Jahrzehnte gelungen, den wohl beständigsten internationalen Zusammenschluss zu gründen, der heute weltweit zu finden ist. Am wichtigsten ist jedoch die Tatsache, dass dieser Zusammenschluss nicht das Produkt von Gewalt der Starken gegenüber der Schwachen ist, wie es in der Vergangenheit stets der Fall war. Im Gegenteil, er ist das Ergebnis praktischer Übereinkommen. Die Integration wurde damit vom Schlachtfeld in den Konferenzsaal verlagert. Dieses Beispiel kann den Rest der Welt wesentlich herausfordern.

Ich habe die zunehmende Bedeutung überstaatlicher Strukturen in der heutigen Welt erwähnt. Meiner Meinung nach wäre eine Form der kreativen, auf Partnerschaften basierenden Zusammenarbeit zwischen diesen großen überstaatlichen oder kontinentalen Einheiten das beste politische Instrument der kommenden Jahrzehnte. Diesen sollte auf festgelegten sozialen Mindeststandards basieren, die mehr moralischer als politischer Natur sind. Diese Beziehungen können nur dann sinnvoll sein, wenn auf zwei wesentlichen Grundsätzen basieren: vollständige gegenseitige Gleichstellung sowie möglichst große Offenheit. Eine Beziehung ist keine Partnerschaft mehr, wenn eine Seite aus praktischen Gründen wie Angst vor der Unterbrechung der Öl- oder Gasversorgung Scheuklappen aufsetzt und Morde von liberal denkenden Journalisten oder ähnliche Übel übergeht, die er unter anderen Umständen ansprechen würde. Eine solche Beziehung basiert auf Falschheit. Echte Partner müssen miteinander über alles, was sie denken, sprechen

können; in anderen Worten, über die ganze Wahrheit und sie müssen in der Lage sein, die ganze Wahrheit anzuhören.

Die europäische Integration hat dafür gesorgt, dass der Großteil unseres Kontinents so lange in Frieden leben konnte, und stellt tatsächlich den einzigartigen Versuch einer demokratischen Staatenkonföderation dar. Sie ist keine vollwertige Föderation oder traditionelle Konföderation und wird es auch nicht so bald werden. Sie ist ganz einfach etwas Neues. Wenn dieser Versuch nur als Beispiel für andere dienen könnte! Jedoch ist dies nicht die Hauptsache. Ich bin davon überzeugt, dass die Europäische Union den Rest der Welt durch etwas anregen kann, was noch tiefergehend ist, als ihr Modell der Zusammenarbeit von Nationen. Damit meine ich den möglichen Versuch, all die fragwürdigen Aspekte zu ändern, mit denen Europa die gegenwärtige Zivilisation in ihrer Eigenheit bestimmt und beeinflusst hat. Es geht um eine Bewegung, die vielleicht bereits langsam ins Rollen kommt.

Ich denke dabei an die Ablehnung des Kults von Profit um jeden Preis, unabhängig von den langfristigen und unabänderlichen Folgen, die Ablehnung des Kults von quantitativem Wachstum und ständig zunehmendem Wachstum, die Ablehnung des barbarischen Ideals, Amerika oder China oder irgendjemand anders einzuholen oder zu überholen, und die Ablehnung einer gefährlichen und ungeplanten Kolonisierung der Welt und die gedankenlose Plünderung des Planeten ohne Hinblick auf die Umwelt oder die Interessen zukünftiger Generationen. Ich denke auch an intelligentes Energiesparen, wobei der Erfolg eines Staates nicht in Wachstum des Verbrauchs, sondern im Gegenteil in der Reduzierung von Verbrauch gemessen wird.

Natürlich ist all dies nur unter der Voraussetzung möglich, dass eine Wandlung in der Seele des gegenwärtigen Europäers stattfindet. Er sollte, wenn konfrontiert mit den neuesten Entdeckungen der Kosmologie, einfach etwas bescheidener sein, er sollte darüber nachdenken, was passieren wird, wenn er tot ist, und er sollte sich allein vor dem Mysterium dieses Universums verneigen. Kurz gesagt, er sollte sich selbst erneut in Bezug zur Ewigkeit und Endlosigkeit sehen, ganz wie er es in frühen Stadien der europäischen Entwicklung getan hat. Wir sollten ernsthaft über die Tatsache nachdenken, dass nichts getan wurde, was nicht rückgängig gemacht werden kann, dass alles irgendwie in Erinnerung bleibt – auch wenn dies nur in Form von fliegendem Licht geschieht – und dass deswegen nichts ewig vergeben wird.

Um jedoch auf Europa als Partner von anderen zurückzukommen, so stimmt es, dass die meisten Kriege in der Geschichte der Menschheit über Grenzen, in anderen Worten über Hoheitsgebiete, geführt wurden. Daraus folgt die wichtige Lehre, dass nicht nur Nationalstaaten, sondern auch überstaatliche Gemeinschaften immer genau wissen sollten, wo sie beginnen und wo sie enden. Undeutliche oder umstrittene Grenzen sind eine häufige Quelle von Unheil. Die Europäische Union sollte sich auch daran erinnern und bezüglich ihrer Außengrenzen klare Aussagen machen. Wenn sie eine Grenze niederreißen will, muss sie zuerst wissen, wo diese Grenze liegt. Sie würde so die Idee einer geografischen Selbstidentifizierung in breiterem, sozusagen planetarischem Umfang befürworten. Auch auf diese Art und Weise könnte sie einen bedeutenden und konkreten Beitrag dafür leisten, wonach wir uns sehnen, nämlich nach Frieden zwischen den Völkern und Nationen auf diesem Planeten.

Das Thema geteilter Souveränität tritt in europäischen Debatten hauptsächlich in Zusammenhang mit den institutionellen Einrichtungen der Union auf. Ich spende der Union dafür Beifall, diesem Thema in den vergangenen Jahren so viel Energie gewidmet zu haben, und für die Erfolge, die sie erzielt hat. Genau aus diesem Grund wage ich es, weiter in die Zukunft dieses Themas zu blicken. Das Parlament, in dem Sie sitzen, wird direkt gewählt, und es wird sich darum bemüht, dass die Anzahl der Vertreter aus den verschiedenen Staaten deren Größe entspricht. Meiner Meinung nach sollte das Europäische Parlament als die einzige, direkt von allen Europäern gewählte Einrichtung mehr Einfluss haben, als es heute tatsächlich der Fall ist. Die Gesetzgebung sollte sich dementsprechend explizit von der Exekutive hin zur gesetzgebenden Gewalt verlagern. Das Europäische Parlament darf bei niemandem den Eindruck eines lediglich teuren Ornaments der Union hinterlassen.

Meiner Meinung nach könnte auch eine weitere kleinere Institution neben dem Parlament entstehen. Die Mitglieder dieser Institution würden von den nationalen Parlamenten aus ihren eigenen Rängen gewählt, wobei alle Mitgliedstaaten dieselbe Anzahl von Mitgliedern hätten. Auf diese oder eine ähnliche Art und Weise wäre es möglich, zwei Probleme gleichzeitig zu lösen. Erstens würde es das in zahlreichen nationalen Parlamenten entstehende Gefühl ausmerzen, von europäischer Entscheidungsfindung ausgeschlossen zu sein. Zweitens würde dies dafür sorgen, dass es hier zumindest eine Institution der Union gäbe, die allen Mitgliedstaaten absolute Gleichberechtigung gewährt. Solch eine Einrichtung könnte natürlich nur selten zusammentreten, wenn eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern dies fordern und nur in Zusammenhang mit Fragen, die Einigkeit verlangen. Diese Lösung würde auch beinhalten, dass die Ernennung der Kommission

nicht auf eine so komplexe Art und Weise gemäß dem nationalen Schlüssel vorgenommen werden müsste und dass der Europäische Rat müsste keine so komplexen Stimmzählungsverfahren anwenden müsste. Ich persönlich denke, dass es wichtiger ist, Kommissare zu ernennen, die wirklich die führenden Fachleute in ihrem Bereich sind, als um jeden Preis Landsleute oder Parteifreunde auszuwählen.

Der Europäische Rat stellt derzeit eine merkwürdige Kombination einer exekutiven und repräsentativen Gewalt dar. Sogar seine Funktion muss geklärt werden. Ich bin davon überzeugt, dass er die Funktion eines Staatsoberhaupt in einer parlamentarischen Demokratie übernehmen und deswegen eine Art eines teilweise verdeckten und teilweise sichtbaren gemeinsamen Kopfes der Staatenkonföderation darstellen sollte. Der sichtbare Vertreter davon wäre – nachvollziehbar für alle – ein Präsident, dessen Existenz bereits im Vertrag von Lissabon-Vertrag festgelegt wurde und der ein sehr wichtiges Amt einnimmt. Dabei muss beachtet werden, dass wo auch immer eine Art gemeinsames Staatsoberhaupt auftritt, es gewöhnlich den Untergang des Staates ankündigt. Ich sage nicht, dass dies auch im Fall einer überstaatlichen Gemeinschaft passieren wird. Dennoch denke ich, dass ein einziges menschliches Gesicht an der Spitze stehen sollte, das die gesamte komplizierte Maschinerie vertritt und das für ein besseres Verständnis sorgen könnte.

Ich habe bereits mehrmals gesagt, dass ich es für hervorragend halten würde, wenn es irgendwann in der Zukunft eine schlanke, verständliche und lesbare Europäische Verfassung geben könnte, die sogar von Schulkindern verstanden werden könnte, und wenn der ganze Rest, der nun Tausende von Seiten umfasst, den Anhang bilden könnte. Die Charta der Grundrechte würde als der Text, der die Werte und Ideale formuliert, auf denen die Union basiert, an die sie sich zu halten versucht und die sie bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt, natürlich einen organischen Bestandteil oder tatsächlichen ersten Teil einer solchen Verfassung bilden.

Meine Damen und Herren, ich möchte eine abschließende Bemerkung machen, die mich in gewissem Maß zu meinem Ausgangspunkt zurückführt. Aus der Ferne wirkt die Europäische Union wie eine sehr technokratische Institution, die sich nur mit Wirtschaft und Geld befasst. Das ewige Feilschen über den Haushalt, Quoten, Zoll, Steuern, Handelsvorschriften und verschiedene andere Regulierungen ist vielleicht notwendig, und ich verurteile es in keiner Weise. Ich denke sogar, dass die berühmten Empfehlungen oder Standards darüber, wie man Gulasch kocht – die den allgemeinen Spott der Euroskeptischer ernten – eher tschechische oder ungarische Errungenschaften schützen, als einen Angriff auf den betroffenen Mitgliedstaat und seine Identität darstellen.

Nichtsdestotrotz denke ich, dass die Union den tatsächlich wichtigen Angelegenheiten mehr Platz und mehr sichtbaren Raum geben sollte, nämlich ihren spirituellen und wertebezogenen Grundlagen. Die Union stellt einen beispiellosen Versuch dar, eine große und einzigartige überstaatliche Gemeinschaft zu bilden. Dies geschieht auf der Grundlage der Achtung von menschlichen Freiheiten und der Menschenwürde, auf Grundlage einer echten und nicht nur scheinbaren oder formellen Demokratie und auf Grundlage des Glaubens an den gesunden Menschenverstand, an Anstand und an die Fähigkeit, einen gleichberechtigten Dialog innerhalb der Gemeinschaft und mit jedem anderen zu führen. Sie basiert zudem auf dem Respekt vor einzelnen Nationen, deren Traditionen, Leistungen, ihrer Hoheitsgebiete, ihrer Wohnhäuser und Landschaften, in der sich diese Wohnhäuser befinden. Und natürlich auch auf der Achtung der Menschenrechte und der menschlichen Solidarität.

Europas reiche spirituelle und kulturelle Geschichte, die auf einer Kombination antiker, jüdischer, christlicher, islamischer Elemente sowie der Renaissance und der Aufklärung basiert, hat einen Korpus unanfechtbarer Werte geschaffen, den die Europäische Union zwar verbal billigt, aber oftmals lediglich als attraktive Verpackung für die wirklich wichtigen Dinge auffasst. Aber sind es nicht diese Werte, die primär und unbedingt zählen, und sind es nicht zugleich diese Werte, die in Allem die Richtung weisen?

Ich plädiere hier nicht für irgendetwas Revolutionäres, Epochales oder Radikales. Ich plädiere schlicht für eine echte Rückbesinnung auf die tatsächliche Grundlage der europäischen Einigung, für eine nachdrücklichere Kultivierung unseres Europäertums und für einen deutlichen Bezug auf einen moralischen Code, der über die Welt der schnellen Gewinne hinaus weist, nämlich jene Welt, die nirgends hinführt und nur quantitative Indikatoren verwendet, um Wohlstand zu bestimmen.

Seit zwanzig Jahren ist der Riss durch Europa geheilt. Ich bin davon überzeugt, dass der Kontinent nie wieder eine Teilung zulassen wird und dass er im Gegenteil Raum und Quelle sich vertiefender Solidarität und Zusammenarbeit sein wird. Wenn nur Schillers Ode an die Freude für uns und unsere Nachfahren mehr als ein Gedicht bedeuten könnte, denn es zelebriert die Freundschaft zwischen den Völkern und ist das beschwörende Symbol unserer gemeinsamen Bemühungen um eine menschlichere Welt.

(Stehende Ovationen)

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, wenn der Sacharow-Preis vor dreißig Jahren existiert hätte, wären Sie, Václav, für uns der führende Kandidat gewesen. Zum Glück benötigen Sie diesen Preis heute nicht mehr, da wir kein altes und neues Europa mehr haben. Es gibt nur ein Europa. Heute ist es für uns als Politiker unsere Pflicht, die Werte Aussöhnung und Solidarität, aus denen die Union erwachsen ist, zu achten. Lassen Sie uns deswegen alles Mögliche tun, damit diese nicht in Vergessenheit geraten.

Nochmals vielen Dank, Herr Präsident Havel, Herr Premierminister, Herr Minister, Herr amtierender Ratspräsident, Herr Präsident Barroso und Herr Kommissar und Frau Kommissarin, danke Ihnen allen dafür, dass Sie hier bei uns waren.

Václav, Ihr Besuch des Europäischen Parlaments ist für uns sehr wichtig. Unsere Türen stehen europäischen Helden immer offen. Vielen Dank für Ihren Besuch. Wir werden uns an Ihre Rede erinnern. Ich wünsche Ihnen alles Gute!

(Lauter und andauernder Beifall)

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

(Die Sitzung wird um 15.50 Uhr eröffnet.)

2. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 22. Oktober 2009 unterbrochene Sitzung des Europäischen Parlaments für wieder aufgenommen.

3. Nachruf

Der Präsident. – Mit großer Trauer haben wir erfahren, dass unsere ehemalige Kollegin, Lady Diana Elles, am 17. Oktober verstorben ist. Lady Elles war von 1973 bis 1989 Mitglied des Europäischen Parlamentes und übte von 1982 bis 1987 die Rolle der Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes sowie die der Vorsitzenden des Rechtsausschusses aus. Bitte erheben Sie sich, und legen Sie zum Gedenken an unsere verstorbene Kollegin eine Schweigeminute ein.

(Die Mitglieder des Parlaments erheben sich und legen eine Schweigeminute ein)

4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

5. Anträge auf Schutz der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll

6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

8. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

9. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

10. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Arbeitsplan

Der Präsident. – Die endgültige Version des Entwurfs für die Tagesordnung, wie Sie bei der Sitzung der Konferenz der Präsidenten am 22. Oktober 2009 gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung erstellt wurde, ist verteilt worden. Die folgenden Änderungsanträge wurden unter Zustimmung der Fraktionen eingereicht:

Mittwoch:

Der Titel der Erklärung der Kommission zur politischen Lage in Honduras mit Blick auf die Wahlen am 29. November 2009 wird folgendermaßen geändert: „Erklärung der Kommission – Politische Lage in Honduras“.

Ioannis Kasoulides, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident, die Fraktion der Europäischen Volkspartei stimmt bezüglich Honduras der Änderung der Bezeichnung, die auf der Tagesordnung steht, nicht zu und ist nicht mit dem Vorschlag einverstanden, den Titel, der auf die Wahlen am 29. November verweist, zu löschen. Das Datum der Wahlen ist ein extrem wichtiger Bestandteil der gesamten Debatte, und wir meinen, dass er so bleiben sollte wie gehabt.

Ulrike Lunacek, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident! Ich möchte mich für die Beibehaltung des neuen Vorschlags aussprechen, denn schließlich ist klar, dass die Verhandlungen in Honduras gescheitert sind. Es gibt keinen gemeinsamen Vorschlag für diese Wahl. Diese Wahl ist illegitim, weil der jetzt amtierende Präsident durch einen Putsch an die Macht gekommen ist. Das heißt, ich ersuche das Plenum, dem Vorschlag des Präsidiums für diese Änderung, dass die Wahlen herausgenommen werden, die Zustimmung zu erteilen.

Alojz Peterle. – (SL) Ich befürworte sehr das Beibehalten der unveränderten Tagesordnung. Ich war Mitglied der Delegation der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), die nach Honduras reiste und Gelegenheit hatte, die Lage dort kennenzulernen. Es stimmt nicht, dass die Wahlen vom 29. November aufgrund der Ereignisse im Juni stattfinden. Die Wahlen wurden sechs Monate vor jenen Ereignissen einberufen und haben keine direkte Verbindung zu den folgenden politischen Entwicklungen. Auch konnten jene Entwicklungen nicht zum Rücktritt irgendwelcher neuer Kandidaten beitragen. Ich denke auch, dass die Wahlen vom 29. November Teil einer Lösung sind, nicht Teil des Problems. Alles spricht dafür, dass wir die Tagesordnung so belassen wollten, wie sie war, und dass wir die demokratische Entwicklung dieses Landes in Zukunft unterstützen sollten.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – (ES) Herr Präsident, ich möchte eine Frage zur Geschäftsordnung stellen: Ich habe meine Wahlkarte nicht bei mir, weil es nicht vorgesehen war, dass wir jetzt abstimmen. Deswegen bitte ich Sie zu notieren, dass ich für eine Beibehaltung der unveränderten Tagesordnung stimmen möchte. Hierbei kann eine Maschine mich nicht ersetzen.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, ich möchte all jenen, die dasselbe Problem haben, Folgendes sagen: Danke, aber ergreifen Sie bitte nicht das Wort. Wir können die Wünsche jedes Einzelnen von Ihnen aufnehmen, aber jene Wünsche können nicht für den Zweck der Wahl oder für die Stimmauszählung beachtet werden. Sie werden im Sitzungsbericht eingetragen, aber nicht zum Zweck der Stimmauszählung. Es tut mir leid, aber Sie sollten Ihren Stimmzettel immer bei sich tragen, da eine Wahl jederzeit stattfinden kann.

(Das Parlament lehnt den Vorschlag ab.)

(Die Tagesordnung wird entsprechend festgelegt.)⁽¹⁾

(Die Sitzung wird um 16.05 Uhr unterbrochen und um 16.15 Uhr fortgesetzt.)

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

13. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 29. und 30. Oktober 2009 einschließlich Mandat und Kompetenzen des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters der Union für auswärtige Angelegenheiten und

⁽¹⁾ Weitere Änderungen der Tagesordnung: siehe Protokoll

Sicherheitspolitik/Vizepräsidenten der Kommission sowie Struktur der neuen Kommission (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist der Bericht des Europäischen Rates und die Erklärung der Kommission zum Ergebnis der Sitzungen des Europäischen Rates vom 29. und 30. Oktober 2009. Dazu zählen auch das Mandat und die Kompetenzen des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsident der Kommission sowie der Aufbau der neuen Kommission.

Fredrik Reinfeldt, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, ich bin froh, wieder hier zu sein und Ihnen von den Ergebnissen einer sehr komplizierten und herausfordernden Sitzung des Europäischen Rates berichten zu können.

Ich werde zunächst die Situation am Vorabend der Sitzung schildern. Wir standen im ständigen Kontakt mit Prag und anderen Hauptstädten. Wie würden wir die Forderung der Tschechen in Hinblick auf die Charta der Grundrechte lösen? Dazu gab es zahlreiche Ansichten sowie Vorschläge für verschiedene Ausnahmen und Sonderüberlegungen von einigen anderen Mitgliedsstaaten.

Was hingegen den Klimawandel betrifft, das andere Hauptthema der Sitzung, erhielten wir eine deutlichere Botschaft. Die Botschaft vonseiten einiger Mitgliedsstaaten war, dass sie nicht bereit waren, sich Zahlen zur Klimafinanzierung zu verpflichten, d. h. wie Anpassungs- und Minderungsanstrengungen in Entwicklungsländern zu finanzieren sind.

Angesichts dieser Umstände bin ich mit dem Ergebnis der Sitzung zufrieden. Nun zu den Höhepunkten.

Es war das Ziel des Europäischen Rates im Vorfeld der im Dezember bevorstehenden Klimawandelkonferenz in Kopenhagen, weiterhin den Weg in Richtung Klimawandel anzuführen. Man darf sich keinen Illusionen hingeben. Die Verhandlungen waren lang und schwierig. Letzten Endes führten unsere Diskussionen dazu, dass der Europäische Rat die Schätzung der Kommission von 100 Mrd. EUR jährlich bis 2020 befürwortete. Was das geschätzte Ausmaß der internationalen öffentlichen Unterstützung betrifft, sollte es sich im Bereich von 22 Mrd. EUR bis 50 Mrd. EUR ebenfalls bis 2020 bewegen.

Es trennen uns nur 10 Jahre vom Jahr 2020. Wir müssen schneller reagieren, und der Rat wies darauf hinweisen, dass wir jährlich zwischen 2010 und 2012 internationale Finanzierungsgelder von 5 Mrd. EUR benötigen werden.

Angesichts der Konferenz in Kopenhagen wird eine endgültige Zahl festgelegt werden. Die EU und die Mitgliedstaaten sind bereit, einen fairen Beitrag zu leisten, wenn auch andere wichtige Beteiligte vergleichbare Anstrengungen unternehmen. Ich bin sehr zufrieden damit, dass wir in diesem Europäischen Rat eine Einigung über ein starkes Mandat in dieser Angelegenheit erzielen konnten.

Ich kehrte vor einigen Tagen von Gesprächen mit Premierminister Singh beim EU-Indien-Gipfeltreffen in New Delhi zurück, und Anfang letzter Woche traf ich mich zu Gesprächen mit Präsident Obama beim EU-US-Gipfel in Washington.

Aufgrund der Vereinbarung im Europäischen Rat hatte die EU eine starke Verhandlungsposition. Unsere Einigkeit in dieser Angelegenheit machte uns anderen gegenüber glaubwürdig. Wir konnten unsere Verpflichtungen vorlegen. Wir konnten unsere Erwartungen ausdrücken. Und wir konnten wieder einmal den Weg in einer Angelegenheit vorgeben, der für alle Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig ist.

Die Sitzung der letzten Woche hat sich auch um die wirtschaftliche und finanzielle Situation gedreht. Obwohl die Weltwirtschaft Anzeichen von Verbesserung zeigt, wurde im Europäischen Rat betont, dass Selbstzufriedenheit fehl am Platz sei. Im kommenden Jahr besteht für alle bis auf einen Mitgliedsstaat das Risiko, die Defizitobergrenze von 3 % zu übersteigen, und unser kollektives BIP ist seit Anfang 2008 um 4,7 % gesunken. Dies sind beides schwerwiegende Gründe, warum wir Unterstützungsmaßnahmen bis zur Absicherung des Aufschwungs nicht einstellen sollten. In der Zwischenzeit liegt es an uns, das Vertrauen zu stärken und weiterhin an Rückzugsstrategien zu arbeiten.

Innerhalb des Europäischen Rates haben wir maßgebliche Fortschritte bei der Stärkung der Finanzaufsicht zu verzeichnen. Über die Einrichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken besteht weitgehend Einigkeit.

Der Ratsvorsitz wird nun beginnen, mit diesem Parlament Vorschläge zu diskutieren. Wir wollen Einigung über ein Paket zur Erstellung einer neuen Aufsichtsstruktur erzielen. Wir wollen sichergehen, dass sich die Finanzkrise, die wir eben durchgemacht haben, nicht wiederholt.

Zusätzlich zu diesen Vorgängen und Plänen müssen wir uns auf die Sicherung von Arbeitsplätzen konzentrieren. Es haben mehr als fünf Millionen Europäer ihre Arbeitsstellen verloren, und viel zu viele werden damit noch konfrontiert werden. Wir müssen diesen Trend ändern.

Als ich Ihnen die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes am 15. Juli vorgelegt habe, habe ich gesagt, dass die EU gestärkt aus der Krise hervorgehen muss. Ich habe gesagt, dass die Handhabung der Wirtschafts- und Finanzkrise eine unserer wichtigsten Aufgaben sei. Das ist immer noch der Fall. Wir beabsichtigen deshalb, auf diese wichtigen Themen bei der Dezembersitzung im Europäischen Rat zurückzukommen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis dieser Sitzung war die Annahme der EU-Strategie für den Ostseeraum. Diese Strategie basiert auf einer Initiative dieses Parlaments. Unser Ehrgeiz im Zusammenhang mit der Strategie konzentriert sich auf die dringlichen Umweltprobleme der Ostsee sowie darauf, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg der Region zu leisten. Ich bin überzeugt, dass diese Initiative auch eine positive Wirkung auf andere Teile in Europa haben, Regionen zusammenführen und einen positiven Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der EU als Ganzes leisten wird.

Wir haben auch Justiz und Inneres besprochen. Wir haben den Fortschritt bei der Implementierung von Maßnahmen hinsichtlich illegaler Migration im Mittelmeerraum positiv aufgenommen und haben zur Arbeit in zahlreichen spezifischen Bereichen aufgefordert.

Ich weiß, dass Sie auch institutionelle Fragen heute Nachmittag besprechen möchten. Diese stellten natürlich ein wichtiges Element der Diskussionen dar.

Einer der wichtigsten Punkte war das schnelle Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zu gewährleisten, was wichtig ist, wenn wir uns den bevorstehenden Herausforderungen stellen möchten.

Es gab dazu zahlreiche, komplizierte Anhörungen, aber letzten Endes gelang es uns, die Annahme der Forderung der tschechischen Republik zu erzielen.

Aufgrund dieser Tatsache erklärte sich Präsident Václav Klaus bereit, den Vertrag zu unterzeichnen; und wie Sie alle bemerkt haben, hat er das endlich vor einer Woche getan hat. Die endgültige Ratifizierungsurkunde wird nun von der Tschechischen Republik bei den italienischen Behörden hinterlegt. Das bedeutet, dass der Vertrag von Lissabon ab 1. Dezember gültig sein wird. Ich weiß, dass die Mehrheit der heute Anwesenden wie ich zufrieden und erleichtert ist, dass dieses lange Kapitel der Vorbereitungen auf eine institutionelle Reform nun endlich zu Ende zugeht.

Der Europäische Rat hat auch andere Vertragsvorbereitungen beurteilt. Es bestand eine Übereinstimmung über die Richtlinien des Europäischen Auswärtigen Dienstes, und der zukünftige Hohe Vertreter wurde eingeladen, einen Vorschlag zur Organisation und Handhabung dieses Dienstes zu unterbreiten.

Wenden wir uns nun der Frage der Namen zu. Wir müssen die durch den Vertrag von Lissabon geschaffenen Positionen besetzen. Wir müssen mit Ihnen gemeinsam eine neue Kommission ernennen. Ich plane ein Treffen der Staats- und Regierungsoberhäupter am 19. November, um den Präsidenten des Europäischen Rates, den Hohen Vertreter und den Generalsekretär des Rates zu ernennen.

Ich möchte betonen, dass die Ernennung des Hohen Vertreters vor der Ernennung der neuen Kommission stattfinden muss und dass dementsprechende Kontakte mit diesem Parlament vorausgehen müssen. Wie Sie wissen, wird der oder die Betreffende ebenso Vizepräsident der nächsten Kommission sein und muss vom Parlament bestätigt werden.

Ich möchte hier keine Spekulationen anstellen, wer diese Personen sein werden, möchte aber darauf hinweisen, dass es nicht nur um Namen geht, sondern auch darum, was und wie die Betreffenden agieren werden.

Die Sitzung der letzten Woche im Europäischen Rat hat uns erlaubt, maßgebliche Fortschritte zu machen. Das trifft nicht nur auf einen wichtigen Punkt zu, sondern auf mehrere, die für die Zukunft Europas und die Zukunft unseres Planeten von entscheidender Bedeutung sind.

Ich bin meinen Kollegen für ihre konstruktive Haltung diesen Herausforderungen gegenüber dankbar, mit denen wir gemeinsam konfrontiert sind. Dennoch wissen Sie und ich, dass noch viel getan werden muss.

Ich kann Ihnen versprechen, dass die kommenden Wochen sehr intensiv sein werden. Ich freue mich auf eine weitere enge Zusammenarbeit mit diesem Parlament bei vielen dieser wichtigen Punkte.

Die Konferenz in Kopenhagen findet bereits in 25 Tagen statt. Die Wirtschaftskrise ist bei weitem nicht vorbei, aber wir werden von einem starken Mandat am Beginn der Klimaverhandlungen gestützt. Wir sind entschlossen, bei der Schaffung neuer Potentiale für Wachstum und höhere Beschäftigungszahlen zusammenzuarbeiten.

Ich bin diesem Parlament für die fortwährende Unterstützung dankbar. Ich werde umgehend auf Ihre Stellungnahmen antworten.

José Manuel Barroso, *Präsident der Kommission*. – Herr Präsident, ich möchte die Beurteilung des Europäischen Rates durch Premierminister Reinfeldt mit meinen Kommentaren zu zwei Aspekten abrunden. Der eine bezieht sich auf politische, der andere auf institutionelle Kernfragen.

Was den politischen Aspekt betrifft, war die Schlüsselaufgabe die äußerst wichtige Vereinbarung über unsere Maßnahmen zum Klimawandel. Wir sind uns alle bewusst, dass es hier um schwierige Fragen geht. Wenn so viel auf dem Spiel steht, ist der Weg niemals leicht. Um ehrlich zu sein, überstieg das Ergebnis der Sitzung des Europäischen Rates meine anfänglichen Erwartungen. Wir erhielten die Zustimmung zu den von der Kommission vorgeschlagenen Beträgen, begleitet von zahlreichen Bedingungen.

Die Botschaft ist deutlich: die Europäische Union ist bereit für Kopenhagen und bereit, Abgasemissionen mithilfe eines leistungsstarken Angebots zur Klimafinanzierung zu reduzieren. Dies ist genau das, was die Kommission im September vorgeschlagen hat, sowohl die langfristige als auch die Schnellstart-Finanzierung.

Wenn wir wollen, dass die Entwicklungsländer ernsthafte Verpflichtungen zur Reduzierung von Emissionen eingehen, dann müssen die Industrieländer mit Geld aufwarten. Wir rechnen damit, dass die Entwicklungsländer ab 2020 etwa weitere 100 Mrd. EUR jährlich benötigen, um den Klimawandel unter Kontrolle zu bringen. Das wurde vollkommen vom Europäischen Rat unterstützt sowie der potenzielle Anteil öffentlicher internationaler Finanzierung in dieser Berechnung und die Übereinstimmung, dass die Europäische Union ihren fairen Anteil zahlen wird.

Es ist ebenso klar, dass andere Partner dieselbe Ernsthaftigkeit ihrer Absicht unter Beweis stellen müssen, wie wir das tun. Es ist nicht unsere Strategie, dass sich die Europäische Union an die Spitze drängt, gefolgt von der vagen Hoffnung, dass andere nachfolgen werden. Es geht uns darum, unseren Einfluss zu nutzen, um das bestmögliche Ergebnis einer globalen Bemühung bei der Reduktion von Emissionen zu erzielen.

Bei meinem Besuch in Washington und New Delhi letzte Woche wurde ich daran erinnert, welche Fortschritte diese beiden Partner in den letzten Jahren gemacht haben. Dasselbe trifft auch auf andere Länder zu, wie z. B. China. Wir werden natürlich weiterhin die wichtige Voraussetzung gemeinsamer aber unterschiedlicher Verantwortung für den Klimawandel respektieren, aber, und das habe ich kürzlich mehrmals festgestellt, es geht uns alle an. Wir in der Europäischen Union werden weiterhin alle Betroffenen dazu drängen, wirkliche Beiträge zu leisten. Wir dürfen das Endziel nicht aus den Augen verlieren, nämlich ambitionöse, ernsthafte, nachvollziehbare Reduktion von Emissionen, damit wir in unserem Zielbereich bleiben und der Temperaturanstieg weniger als 2 °C beträgt.

Was sind nun die Aussichten für Kopenhagen? Es scheint so, dass wir in Kopenhagen keine Übereinstimmung für den vollständigen Vertrag bekommen werden, um den wir uns bemüht haben und uns weiterhin bemühen werden. Das ist aber noch kein Grund, weniger als einen entscheidenden Durchbruch in diesen Verhandlungen hinzunehmen. Letzten Endes geht es um den Inhalt, nicht um die Form. Meiner Ansicht nach sollten wir versuchen, zu einer vollständig umsetzbaren Vereinbarung zu gelangen, die auf tatsächlichen politischen Verpflichtungen basiert, schnell in Kraft tritt und die wichtigsten Partner umfasst, die sich für eine Reduktion der Emissionen und für Finanzierung einsetzen. Und wir sollten weiterhin um eine endgültige Zustimmung zu einem Vertrag kämpfen, einem verbindlichen Vertrag. Um diesen Plan umzusetzen, müssen wir alle unsere Kräfte in den noch verbleibenden Wochen vor Kopenhagen bündeln.

Wir haben gerade durch entschlossene gemeinsame Maßnahmen bewiesen, dass wir einem Vertrag zustimmen können, der sich lange Zeit als schwer erreichbar erwiesen hat. Das war das andere bedeutende Ergebnis des Europäischen Rates: Das letzte politische Hindernis bei der endgültigen Ratifizierung des Vertrags von Lissabon wurde entfernt. Wir können nun mit Vertrauen in die Zukunft blicken, denn, wie Premierminister Reinfeldt feststellte, der Vertrag von Lissabon wird Anfang des nächsten Monats gültig sein. Die Kommission arbeitet an der Umsetzung. Heute hat die Kommission eine Anhörung zur Bürgerinitiative als ersten konkreten Schritt gestartet.

Hiermit möchte ich den Beitrag von Premierminister Reinfeldt in dieser Angelegenheit anerkennen, der dieses Schiff sicher in den Hafen gebracht hat. Der schwedische Ratsvorsitz hat bemerkenswerte Arbeit geleistet, um diesen endgültigen Konsens vor den Europäischen Rat zu bringen. Nun geht es darum, die Arbeit der Übergangszeit zu Ende zu führen. Der Schwerpunkt liegt natürlich bei der Besetzung der neuen Posten.

Es ist nicht meine Aufgabe, Kommentare über die Kandidaten für die Präsidentschaft des Europäischen Rates abzugeben, aber als Präsident der Kommission und wenn ich die institutionellen Aspekte in Betracht ziehe, hoffe ich doch sehr, dass Staats- bzw. Regierungsoberhäupter eine Person auswählen werden, die den Europäischen Rat wirksam leiten wird. Es sollte ein Präsident mit einer starken Verbindung zu Europa sein, der den Aktivitäten des Europäischen Rates Kontinuität verleiht, sowohl intern als auch extern. Intern, damit Prioritäten langfristiger gesetzt werden können, nicht nur für sechs Monate, und extern, damit wir zu gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik einheitliche Botschaften an unsere internationalen Partner senden können.

Ich verpflichte mich dazu, mit diesem Präsidenten des Europäischen Rates zusammenzuarbeiten, denn diese Partnerschaft kann viel bewirken. Wir müssen die Staats- bzw. Regierungsoberhäupter zusammenbringen, da eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik von großer Wichtigkeit ist, und der Präsident des Europäischen Rates die Europäische Union in diesem Zusammenhang vertreten wird. Wir müssen auch alle Gemeinschaftskompetenzen zusammenfassen, von Wirtschaft zu Handel, von Erweiterung zu Entwicklung und von Energie zu Justiz, da gemäß dem Vertrag der Präsident der Europäischen Kommission die Europäische Union in diesem Zusammenhang vertritt. Ich verpflichte mich für das Funktionieren dieser Partnerschaft im Interesse einer starken und effizienten Europäischen Union, zuhause und international, einzutreten.

Das trifft offensichtlich auch auf den Hohen Vertreter zu. Ich bekenne mich hier zu einem besonderen Interesse, da der Hohe Vertreter einer der Vizepräsidenten der Europäischen Kommission sein wird. Auf pragmatischer Ebene, da die Ernennung des Vizepräsidenten/Hohen Vertreters und die anderen Vorschläge der Mitgliedstaaten zur Kommission mir gestatten, zur Abschlussphase des nächsten Kollegiums überzugehen und Zuständigkeitsbereiche zuzuweisen. Und auf politischer Ebene, weil ich überzeugt bin, dass dieser Hohe Vertreter/Vizepräsident, gestützt von einem starken Europäischen Auswärtigen Dienst, der europäische Expertise in zwischenstaatlicher Diplomatie mit unseren Gemeinschaftskompetenzen zusammenführen wird, eine wirkliche Änderung in der Effektivität unserer auswärtigen Maßnahmen bewirken kann.

Das bringt mich zur Kommission als Ganzes. Ich wünsche mir eine Kommission, die sich aus kompetenten und engagierten Europäern zusammensetzt, eine Kommission, die bereit ist, ihr gesamtes Initiativrecht zu nutzen. Ich befinde mich diesbezüglich in der Endphase der Diskussionen mit Mitgliedstaaten, um eine derartige Situation zu gewährleisten. Ich habe die Mitgliedstaaten gebeten, auch Namen von Frauen vorzuschlagen. Ich werde dann die Zuweisung der Zuständigkeitsbereiche vornehmen. Zuständigkeitsbereiche werden nicht Ländern, sondern Menschen zugewiesen, die sich unserem europäischen Projekt verpflichtet fühlen.

Ich wünsche mir auch eine Kommission mit einem starken demokratischen Mandat. Deshalb habe ich mich entschlossen, dem Anhörungsprozess dieses Parlaments meine volle Aufmerksamkeit zu schenken. Die durch den Vertrag verursachten Verzögerungen stellen eine der üblichen Herausforderungen dar. Wir dürfen den Start einer neuen Kommission nicht hinauszögern, können aber gleichzeitig auch nicht die Anhörungen verkürzen. Dieses Thema wird in der Konferenz der Präsidenten nächste Woche besprochen werden.

Der Vertrag von Lissabon ermöglicht uns, besser auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger einzugehen, ob wir allerdings die dadurch gebotenen Möglichkeiten nützen, ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Der Vertrag gibt uns die Fähigkeit zu handeln, doch wir müssen den Willen aufbringen, gemeinsam zu agieren.

Das bringt mich zurück zum Beginn unseres Nachmittags. Das heutige Europa – ein Europa, das in Freiheit und Solidarität geeint ist – wäre nicht ohne das Engagement und den Einsatz von Menschen möglich gewesen, die vor 20 Jahren außergewöhnliche Dinge in die Tat umgesetzt haben. Wir müssen diese Flamme neu entzünden. Wir müssen den Geist von 1989 wiederbeleben. Wenn wir dasselbe Engagement und denselben Einsatz zeigen, dann bin ich sicher, dass wir erfolgreich sein werden.

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Vertrag von Lissabon wurde von den 27 Mitgliedstaaten von Europa ratifiziert und enthält die Verpflichtung, Ergebnisse zu produzieren.

Der Vertrag enthält die Verpflichtung, im Hinblick auf die Organe Ergebnisse zu produzieren und vor allem unverzüglich verantwortliche Positionen zu schaffen. Er enthält die Verpflichtung, auf dem Gebiet des Klimawandels und der Energie Ergebnisse zu produzieren. Und letzten Endes besteht eine Verpflichtung, Ergebnisse hinsichtlich des wirtschaftlichen Aufschwungs zu erzielen.

Durch die Unterschrift des tschechischen Präsidenten wurde der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon endlich abgeschlossen. Mein Dank richtet sich an Herrn Reinfeldt.

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), die diesen Vertrag nachhaltig beeinflusst hat, ist natürlich mit dieser Entwicklung zufrieden. Allerdings ist es jetzt an der Zeit, die Monopolisierung der öffentlichen Debatte in Europa über die Organe zu stoppen, die letztlich nur ein Werkzeug politischer Ambitionen darstellen, und sich stattdessen auf diese Ambitionen selbst zu konzentrieren.

Deshalb wendet sich meine Fraktion mit folgender Frage an sie, Herr Reinfeldt: tun Sie alles Notwendige, um so schnell wie möglich zu einer Übereinstimmung über die Namen des Ratspräsidenten und des Hohen Vertreters zu gelangen. Meine Fraktion wendet sich mit folgender Bitte an Sie, Herr Barroso: sobald die Mitgliedstaaten ihre Kandidaten nominiert haben, bitten wir Sie, die jeweiligen Verantwortlichkeiten so schnell wie möglich aufzuteilen, bevor sie sich den Anhörungen des Europaparlaments stellen, deren Durchführung wir uns allerdings ebenfalls so genau wie möglich wünschen.

Herr Reinfeldt und Herr Barroso, damit erzähle ich Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, dass die Debatte über das Kandidatenprofil nur für den Mikrokosmos Brüssel von Bedeutung ist.

Nochmals, was möchten unsere Mitbürger? Sie wünschen sich eine Lösung ihrer Probleme, die durch Arbeitslosigkeit, die Kredit- und Ausbildungsprobleme hervorgerufen wurden. Sie möchten einige erfreuliche Überraschungen als Ergebnis des Kopenhagener Gipfels zum Klimawandel. Und sie möchten, dass wir gewährleisten, dass sich der Winter 2009-2010 nicht durch Versorgungsknappheit von Gas auszeichnet, die die Hälfte des Kontinents in eine unmögliche Situation bringen könnte.

Daher haben wir, die europäischen Organe, und besonders Sie, Herr Reinfeldt, die Verpflichtung, den europäischen Zug auf Höchstgeschwindigkeit zu bringen, damit er nicht weiterhin an jeder Haltestelle anhält.

Jeder in diesem Haus ist mit den Schwierigkeiten dieser Aufgabe wohl vertraut, nämlich dem schwer zu erzielenden Gleichgewicht zwischen politischer Ausrichtung, geografischem Ursprung, der Sorge um Gleichstellung und Empfänglichkeit der Kandidaten. Dennoch ist es Ihre Aufgabe, eine Übereinstimmung im Rat so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen, genau so wie es die Aufgabe des Parlaments und der parlamentarischen Fraktionen ist, diese Entscheidungen verantwortungsbewusst und im Einklang mit den europäischen Interessen der Allgemeinheit zu beurteilen. Nochmals, ich hoffe, dass dies eine der Erfolgsgeschichten des schwedischen Ratsvorsitzes wird, aber damit das der Fall ist, müssen wir sehr schnell handeln.

Wehrte Herren Präsidenten, meine Damen und Herren, eine noch dringlichere Angelegenheit als die der Organe ist die des Klimawandels, wobei der Gipfel in Kopenhagen in einigen wenigen Wochen stattfinden wird. Ich möchte vor allem die verantwortliche Haltung des Europäischen Rates loben. Zeitgleich mit der erneuten Bestätigung seiner Verpflichtung, den Kampf gegen Klimawandel und für die Reduzierung von CO₂ zu einem quantifizierbaren und geplanten Ziel zu machen, erwartet der Rat von unseren Partnern, dass sie sich der Angelegenheit mit derselben Entschlossenheit widmen.

Es wäre auf jeden Fall die falsche Taktik für Europa, alle Karten vor Kopenhagen offenzulegen und die USA, China, Indien und unsere anderen Partner die Entscheidungen treffen zu lassen. Die USA, China und Indien sind heute internationale Mächte, die ebenfalls ihre Verantwortung übernehmen müssen. Europa steht zu seiner Verantwortung, kann das aber nicht allein für den Planeten tun. Ein politisches Abkommen wird in Kopenhagen nicht ausreichend sein. Was zählt, sind die quantifizierbaren Verpflichtungen der einzelnen Staaten.

Meine Damen und Herren, ich habe meine Rede damit begonnen, auf die Verpflichtung hinzuweisen, Ergebnisse zu produzieren. Diese Verpflichtung betrifft zu allererst den wirtschaftlichen Aufschwung und die Beschäftigung. Beide sind eng miteinander verknüpft. Selbst wenn wir langsam Anzeichen von geringem Wachstum sehen, geht es doch um die Sicherheit, dass der wirtschaftliche Aufschwung Arbeitsstellen mit sich bringt, dass der Aufschwung auf solider Basis und vor allem in einem Markt stattfindet, der gleichzeitig offen, geregelt und nicht protektionistisch ist.

Das sind die wahren Sorgen der Europäer, und das sollte auch für Europa und seine Mitgliedstaaten die vordringlichste Sorge sein und über die täglichen Verwaltungsprobleme hinausgehen. Wie wir heute gesehen haben, gelang es entschlossenen Menschen vor 20 Jahren, die Mauer niederzureißen. Ich bitte Sie um die gleiche Leistung, Herr Reinfeldt: Rütteln Sie die Staats- und Regierungschefs wach!

Hannes Swoboda, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Ratspräsident! Herr Kommissionspräsident! Vielleicht ist es ein Zufall – aber ein glücklicher Zufall –, dass diese Debatte unmittelbar nach der Rede von Václav Havel stattfindet. Ein Mann, der uns vor Augen geführt hat, wie wichtig dieser Prozess vor zwanzig Jahren war. Ich bin nur wenige Kilometer westlich des Eisernen Vorhangs geboren, es hätte genauso umgekehrt sein können. Ich war damals in der sowjetischen Besatzungszone, ich habe die ungarischen Flüchtlinge von 1956 gesehen, die Flüchtlinge vom Prager Frühling 1968, z. B. meinen Kollegen Libor Rouček. Und ich sehe in dem Vertrag von Lissabon eine Ergänzung dieses Prozesses, der Europa zusammenführt.

Es war wahrscheinlich nicht die Absicht von Václav Klaus, die Ratifizierung gerade in dem Monat zu beenden, in dem wir den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer feiern. Aber es ist ein glücklicher Zufall, dass dieser Vertrag gerade jetzt de facto Gültigkeit erlangt, wenn auch juristisch etwas später.

Und jetzt müssen wir die personellen Entscheidungen treffen. Ich beneide Sie, Herr Präsident des Rates, nicht um diese Aufgabe. Aber ich habe eine Bitte oder eine Frage an Sie: Sind Sie bereit, in den nächsten Tagen in einem Gespräch mit den Regierungschefs dafür zu sorgen, dass wir in diesem Europa auch eine einigermaßen geografische Balance bekommen, die dem neuen Europa entspricht? Sind Sie bereit, auch dafür zu sorgen, dass vielleicht auch stärker Frauen vertreten sind? Ich sage das nicht nur wegen der Kolleginnen Malmström und Wallström, die hier sitzen. Kann es sich Europa heute leisten, Spitzenpositionen zu besetzen – und das ist auch an meine eigene Fraktion gerichtet –, in denen so wenige Frauen vertreten sind? Ist das das Bild, das Europa heute seiner Bevölkerung gegenüber vertritt? Der Präsident des Parlaments hat das auch schon zum Ausdruck gebracht. Sie sind natürlich nicht schuld, wenn es nicht dazu kommt, aber ich bitte Sie, zumindest in den Gesprächen darauf hinzuweisen, dass wir eine bessere geografische und vor allem auch geschlechtliche Vertretung in Europa brauchen, um zu signalisieren, dass wir die gesamte europäische Bevölkerung vertreten.

Sie haben vom Hohen Beauftragten gesprochen. Sind Sie bereit, Herr Ratspräsident, auch dafür zu sorgen, dass klargestellt ist, dass, wenn Sie einen Hohen Beauftragten nominieren, er erst mit der Ratifizierung oder mit der Entscheidung dieses Parlaments seine volle Funktion übernimmt? Ich weiß, das ist natürlich ein zeitlicher Unterschied, aber klar muss sein, dass der Hohe Beauftragte in dieser gemeinsamen Funktion als Vizepräsident der Kommission der Zustimmung des Parlaments bedarf. Wir werden das sehr genau und gewissenhaft machen müssen. Es muss klar sein, dass wir gerade auf diesem Gebiet unsere Aufgaben wahrnehmen, und überhaupt, Herr Kommissionspräsident, – ich glaube, das können wir versprechen – wollen wir diese Anhörungen zwar ordentlich und sorgfältig durchführen, aber auch im Hinblick darauf, dass wir möglichst rasch zu Entscheidungen kommen, denn die Bürgerinnen und Bürger dieses Europas verlangen, dass wir arbeiten und rasch zu Entscheidungen kommen und uns nicht über Monate über Personen unterhalten.

Der letzte Punkt, den ich hier auch anschneiden möchte, ist die genannte Finanzkrise, die Sie erwähnt haben, weil das auch etwas ist, was uns große Sorgen bereitet. Sie haben mit Recht die Arbeitslosigkeit erwähnt, die auch weiter steigen wird. Sie haben auch gesagt, dass wir die Unterstützungsmaßnahmen nicht einstellen können, solange die Arbeitslosigkeit in diesem Ausmaß vorhanden ist. Denn die Bürgerinnen und Bürger erwarten auch, dass wir in diesem neuen Europa eine dermaßen hohe Arbeitslosigkeit, wie wir sie jetzt haben, nicht akzeptieren.

Da ist auch die Debatte über die Finanztransaktionssteuer. Ich weiß, sie ist schon fünfmal an andere vergeben worden, aber es ist wahrscheinlich auch eine wichtige Debatte, um zu signalisieren, dass wir es mit der Kontrolle ernst meinen, nicht weil wir jetzt hohe Steuerbelastungen herbeiwünschen. Aber wir sollten klar sagen, dass wir all jene Instrumente verwenden wollen, die dazu beitragen, die Spekulationen einzudämmen, und dass vor allem Ressourcen da sind, um jenen Banken zu helfen, die dann trotzdem in Schwierigkeiten kommen, um eine neuerliche Krise zu verhindern. Und da müssen wir klare Signale setzen.

Der Chef von Goldman Sachs hat vor kurzem gesagt – man muss sich das schon langsam auf der Zunge zergehen lassen: Ich bin nur ein Banker, der Gottes Werk verrichtet. Das ist sicherlich ein besonders zynischer und vielleicht gotteslästerlicher Ausdruck, aber er zeigt, in welchem Bewusstsein manche dieser Leute agieren. Sie spekulieren im Namen Gottes, um es sehr primitiv auszudrücken. Wir wollen nicht behaupten, dass wir durch unsere Finanzregulierung Gottes Werk vollbringen, aber Menschenwerk, das die Menschen in diesem

Kontinent vor Arbeitslosigkeit und Spekulation schützt, das ist es, was wir tun müssen. Ich hoffe, dass Sie noch während der schwedischen Präsidentschaft einige Zeichen in diese Richtung setzen können.

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, ich möchte zuerst Herrn Reinfeldt und natürlich auch Frau Malmström zur Ratifizierung des Vertrags von Lissabon gratulieren. Man muss hervorheben, dass dies aufgrund Ihrer Entschlossenheit möglich war. Durch Ihre Kompromissfähigkeit haben wir es endlich erreicht. Es gab zahlreiche Pessimisten, auch hier in dieser Kammer, die dachten, dass wir auf die Wahlen im Vereinigten Königreich warten oder überhaupt auf die Ratifizierung dieses Vertrags verzichten mussten. Ihretwegen ist dies dennoch gelungen, und ich danke Ihnen im Namen aller für die Arbeit, die Sie geleistet haben. Das heißt, dass beinahe 10 Jahre Arbeit somit nun von Erfolg gekrönt sind.

Ich danke Ihnen auch für die heutige Debatte, dafür dass Sie einer Debatte zugestimmt haben, in der die Vorsitzenden der Fraktionen das Profil des Hohen Vertreters und des Ratspräsidenten besprechen, sowie den Aufbau der Kommission, da dies die einzige Debatte zu diesem Thema sein wird. Dazu möchte ich anmerken, dass diesbezüglich ansonsten nichts offengelegt wird. Wir erfahren Vieles aus der Presse. Es ist auf jeden Fall positiv, dass wir zu den Vorgängen ein wenig aus der Presse erfahren, aber ich glaube, dass wir in Zukunft darüber nachdenken müssen, wie wir einen Prozess, der äußerst wichtig für die Europäische Union ist, transparenter gestalten können.

Ich werde meine Meinung zu den verschiedenen Nominierungen abgeben und die einzelnen Punkte in etwas anderer Reihenfolge ansprechen.

Herr Barroso, ich werde mit dem Aufbau der Kommission beginnen, denn das ist hinsichtlich des Parlaments der wichtigste Punkt. Es ist unsere Verantwortung, nun, es ist Ihre Verantwortung, aber wir müssen gemeinsam mit Ihnen Entscheidungen treffen. Uns obliegt die Überwachung, wobei das nicht im Falle des Ratspräsidenten zutrifft.

Wir ersuchen Sie das erste Mal bei Ihren Vorschlägen, Cluster bei der Aufteilung der Verantwortlichkeiten zu verwenden. Wir schlagen vor, dass Sie vier Cluster oder Gruppen für die Zuständigkeitsbereiche der Kommission erstellen: externe Maßnahmen natürlich, dann Innovation, Klimawandel und Nachhaltigkeit, gefolgt von finanzieller und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und zum Schluss interne Angelegenheiten.

Das ist unbedingt notwendig. Warum sollte es nicht Vizepräsidenten geben, die wirklich die Führung und die Verantwortung für diese Gruppierungen übernehmen, die sich aus dem logischen Aufbau der Kommission ergeben. Dieser Organisationsstil würde den Vorteil mit sich bringen, die Arbeit der Kommission unter Ihrer Präsidentschaft weiter zu verbessern. Andererseits muss im Hinblick auf die Teilhabe von Frauen innerhalb der Kommission Gleichgewicht bestehen. Ich glaube, dass Sie sich auch um Kandidatinnen in diesem Zusammenhang bemühen.

Was den zweiten Punkt betrifft, Herr Präsident, nämlich den über den Posten des Hohen Vertreters, ist es das Wichtigste, dass wir jemanden finden, der bereit ist, einheitliche GASP- und Gemeinschaftspolitik zu betreiben, die Menschenrechte zu verteidigen und diese Aspekte zum Bestandteil jeder Aufgabe zu machen, die er oder sie ausführt. Und schließlich müssen wir jemanden finden, der an einen leistungsstarken Europäischen Auswärtigen Dienst glaubt. Das sind die drei wichtigsten Elemente, die diese Person auszeichnen müssen. Wir brauchen jemanden, der wirklich daran glaubt, dass GASP- und Gemeinschaftspolitik integriert werden müssen – das ist nur logisch, vor allem angesichts der Tatsache, dass diese Person auch Vizepräsident bzw. Vizepräsidentin der Kommission sein wird.

Nun komme ich zur dritten Nominierung, über die am meisten gesprochen wird und die die attraktivste von allen ist, nämlich die des Ratspräsidenten. Herr Reinfeldt, meine Fraktion vertritt dazu drei Meinungen. Es handelt sich einfach um Ansichten, da die Entscheidung durch den Rat getroffen wird. Glücklicherweise kann das Parlament offen seine Meinung aussprechen.

Zuerst sollte es bei dieser Rolle eher um die eines Vorsitzenden als eines Präsidenten gehen, um diese beiden Begriffe zu verwenden. Zweitens muss die Rolle von jemandem ausgeführt werden, der an europäische Integration glaubt. Schließlich muss man für die Wahl zum Papst auch katholisch sein. Wenn wir jetzt einen Ratspräsidenten wählen, müssen wir daher jemanden aussuchen, der an die europäische Integration glaubt, keinen Skeptiker, wie dies manchmal der Fall ist.

Und schließlich, damit man dem ernsthaften Glauben der Person an die europäische Integration trauen kann, muss er oder sie an die Gemeinschaftsmethode glauben. Die Gemeinschaftsmethode ist für den Fortschritt von Europa verantwortlich, nicht die Verhandlungen auf Regierungsebene. Der Grundsatz von Verhandlungen auf Regierungsebene ist ein Konzept großer Länder, obwohl es glücklicherweise große Länder gibt, die nicht

an diese Methode der Regierungszusammenarbeit glauben. Der Ratspräsident muss die Gemeinschaftsmethode verteidigen.

Herr Präsident, zum Abschluss möchte ich noch einen Punkt ansprechen: Ich fordere Herrn Reinfeldt auf, einen Konsens im Rat zu finden und darauf zu achten, dass sich die pro-europäische Koalition innerhalb dieses Parlament in den Nominierungen sowie der Aufteilung der einzelnen Rollen widerspiegelt. Wir streben daher einen Kompromiss an, aber einen, der die Zusammensetzung der pro-europäischen Allianz in diesem Europaparlament widerspiegelt, die letztlich den Fortschritt Europas ausmacht.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, Herr Reinfeldt, Herr Barroso! Ich glaube, dass es insbesondere die Erinnerung an die historischen Ereignisse vor 20 Jahren ist, die das Gerangel um die Umsetzung der Möglichkeiten nach der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon jetzt in ein bedenkliches Licht rückt. Die großen Worte von Václav Havel, seine Ideen über Europa und das, was beim letzten Rat an kleinkarierten Streitereien im Hintergrund über Personalfragen stattgefunden hat, passen irgendwie nicht zusammen.

Für mich sieht es im Moment so aus: Die Erleichterung über die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon nach fast zehn Jahren weicht der Sorge darüber, ob das in den Regierungen der Mitgliedstaaten nicht wieder alles konterkariert wird. Was wir uns eigentlich wünschen müssen, gerade wenn wir der Rede von Václav Havel so applaudiert haben, was wir eigentlich hinkriegen müssen, ist doch eine Einigung darüber, dass starke Männer und Frauen an die Spitze der Politik der Europäischen Union gestellt werden müssen und dass Partikularinteressen und auch Interessen der Länder, die eigentlich gegen stärkere Integration sind, ein Stück weit in den Hintergrund treten sollten.

Herr Reinfeldt, ich bin noch nicht in der Lage, Ihnen zu gratulieren, denn bisher gibt es dieses überzeugende Angebot für diese starken Männer und Frauen an der Spitze der europäischen Politik noch nicht.

Das große Lob, das von verschiedenen Rednern zu dem, was wir im Vorfeld von Kopenhagen erreicht haben, ausgesprochen wurde, auch das kann ich so leider nicht teilen. Ich bin von der letzten Vorbereitungskonferenz der Vereinten Nationen aus Barcelona zurückgekommen, und da ist durch den Gipfel hier in Brüssel bestätigt worden, dass man mit immer geringeren Erwartungen nach Kopenhagen geht.

Es ist falsch, dass die Europäer jetzt eine Haltung eingenommen haben, die besagt: Wir haben doch eigentlich alles Mögliche schon getan, jetzt sind erst einmal die anderen dran. Wenn man das misst, was die Europäer wirklich schon an effizienter Klimapolitik, bei den CO₂-Emissionen getan haben, was faktisch erreicht wurde, was wir an Reduktionszielen festgelegt haben, was in unserem Klimapaket gesetzlich geregelt ist, so ist nichts davon ausreichend, um das Ziel von zwei Grad, das überall beschworen wird, zu erreichen. Das weiß man auch international.

Wenn die Europäer jetzt auch anfangen, in Frage zu stellen, ob wir wirklich ein rechtlich verbindliches Abkommen wollen, dann wird damit ein Prozess im Rahmen der Vereinten Nationen in Frage gestellt, der über viele Jahre von vielen Europäern gefördert worden ist. Ich glaube, Sie sollten noch einmal reflektieren, mit welchen Ansagen Sie nach Kopenhagen gehen. Im Hintergrund befürchte ich immer eins: Sehr oft wird hier beschworen, dass Nachhaltigkeitsstrategien, Ressourceneffizienz und Klimaschutz die neuen Paradigmen für die europäische Wirtschafts- und Industriepolitik sein sollen. Auch dafür hat Václav Havel vorhin viel Applaus gekriegt. Ich habe den Eindruck, dass die Europäer – so oft sie das betonen und so gern sie dem applaudieren – in der Wirtschaftskrise sämtliches Vertrauen in diese zukunftsfähigen Jobs verloren haben und dass sie deshalb gerade in der Wirtschaftskrise die erfolgreichen Strategien, neue Jobs und Zukunftsmärkte zu schaffen, verspielen. Ich mache mir darüber sehr ernste Sorgen. Die Wirtschaftskrise ist die schlechteste Begründung dafür, keinen ehrgeizigen Klimaschutz zu machen. Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung sind eigentlich zwei Seiten einer Medaille, aber das spürt man an keiner Stelle der europäischen Entscheidungen im Europäischen Rat.

Timothy Kirkhope, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident, ich möchte zuerst dem schwedischen Ratsvorsitz zum Fortschritt beim letzten Gipfel hinsichtlich der Entwicklung der Position der Europäischen Union zum Klimawandel gratulieren. Klimawandel aufzugreifen ist eine unserer wichtigsten Prioritäten. In dieser Angelegenheit erwarten und wollen wir, dass die Europäische Union eine starke Führungsrolle übernimmt. Die ausgewogene und wohlüberlegte Vereinbarung zur Finanzierung ist uns sehr willkommen und positioniert die Union im Rahmen der Vorbereitungen für Kopenhagen äußerst günstig.

Allerdings muss ich die Debatte erwähnen, die zurzeit die europäische Tagesordnung zu dominieren scheint: die Nominierungen des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters. Wir sollten damit

beginnen, die Art und den Umfang der Rolle deutlich zu definieren, und dann sollten wir die Fähigkeiten und Erfahrung anführen, die für diese Positionen erforderlich sind. Es ist sicherlich sinnvoll für den Europäischen Rat, vor der Entscheidung zu offiziellen Nominierungen einzuladen und Kandidaten anzuhören, vielleicht auch Herrn Verhofstadt.

Stattdessen entwickelt sich die Diskussion in eine schäbige Debatte zwischen Staatsoberhäuptern, die nur daran interessiert scheinen, sich gegenseitig Jobs zuzuschieben. Dies betrifft kleine ebenso wie große Länder, Norden, Süden, Osten, Westen, Links oder Rechts und nicht die Frage, ob jemand der beste Kandidat ist, diese Verantwortlichkeiten zu übernehmen.

Es wird noch schlimmer; einige haben sogar versucht, die Europäische Union in zwei Klassen von Bürgern aufzuteilen, indem gesagt wurde, dass nur Vertreter von einem Mitgliedsstaat im Schengen-Gebiet oder in der Eurozone dafür in Frage kommen sollten. Ich fürchte, das ist Diskriminierung und daher nicht akzeptabel. Und das an einem historischen Tag, an dem wir alle derer gedacht haben, die im Krieg gefallen sind, und in einer Woche, in der wir der Schrecken der Kristallnacht gedachten und der tragischen Ereignisse, die darauf folgten, und in der wir die Leistungen derer gefeiert haben, die zum Sturz des Kommunismus beitrugen, in Polen, wo alles begann, in Ungarn, den Baltischen Staaten, in den Ländern in Ost- und Mitteleuropa und natürlich letztlich in Berlin.

Es ist richtig, für Freiheit und Werte für alle zu kämpfen, und nicht für große Jobs für einige Glückliche.

Lothar Bisky, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Der Vertrag von Lissabon wurde von allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert. Das mögen viele als großen Erfolg feiern, meine Fraktion tut das nicht. Die Gründe dafür habe ich hier schon mehrfach wiederholt und will das nicht erneut tun.

Die Tatsache, dass die Grundrechtecharta für die Bürgerinnen und Bürger von drei Mitgliedstaaten nicht gelten wird, lässt mich leider am großen Fortschritt beim Grundrechtenschutz der EU zweifeln. Ich ergänze dies ausdrücklich auch mit Rückblick auf den Anlass unserer heutigen feierlichen Sitzung und den Vortrag von Václav Havel. Aber gerade weil die Linke in Europa eine soziale, eine friedliche und ökologisch nachhaltige europäische Integration will, werden wir die vertraglichen Grundlagen auch weiterhin in diesem Sinne nutzen. Das haben wir bisher getan, das werden wir weiterhin tun.

Dass dem Europäischen Parlament nun mehr Rechte zugesprochen werden, kann ich in diesem Zusammenhang nur begrüßen. Bei allem Freudentaumel – auch die Staats- und Regierungschefs wären gut beraten gewesen, ihren kürzlichen Gipfel für mehr konkrete Politik zu nutzen. Die größte Herausforderung, vor der die Welt steht, ist der Klimawandel. Auf dem Weg zur Weltklimakonferenz in Kopenhagen fällt die Europäische Union leider aus der Führungsrolle heraus, die sie sich selber zugesprochen hat. Denn zum einen entsprechen die inhaltlichen Verpflichtungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen nicht den Notwendigkeiten. Darüber hinaus ist es nicht hinnehmbar, dass sich die EU-Mitgliedstaaten ganz offensichtlich vor ihren finanziellen Verantwortlichkeiten drücken wollen, und das in einer Situation, die keinen Aufschub dulden kann.

Es geht hier nicht darum, ob Schweden bald ein großes Weinanbaugebiet wird – obwohl ich Ihnen das gönne. Es geht ganz konkret um das Überleben und übrigens auch um den Frieden in unserer Welt. Bereits heute schaffen Klimaveränderungen Armut und Hunger und zwingen Millionen Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat. Sicher hat jeder in diesem Saal schon einmal von globalen Herausforderungen gesprochen, die nicht national zu bewältigen sind. Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Frieden sind genau solche Herausforderungen. Wenn die Europäische Union hier nicht konsequent und vorbildlich handelt, wird sie international an Akzeptanz verlieren!

William (The Earl of) Dartmouth, *im Namen der EFD-Fraktion*. – Herr Präsident, der Posten des neuen Ratspräsidenten, von dem jeder ziemlich besessen scheint, ist eine Nominierung von nur zweieinhalb Jahren und verfügt über sehr wenig definierte Befugnisse. Also sollte jemand Tony Blair sagen, dass er sich nicht zu sehr aufregen sollte, wenn der den Job nicht bekommt.

Nach Lissabon ist der wahre Kaiser des Heiligen Römischen Reiches des 21. Jahrhunderts, unser Karl der Große, dessen Macht weiter reicht als die des Kaisers je reichte, natürlich der Präsident der Kommission, unser Senhor Barroso. Und ich sage das trotz der Bemerkungen von Senhor Barroso zu Partnerschaft.

Für den neuen Hohen Vertreter sieht das allerdings ziemlich anders aus. Für neue diplomatische Missionen steht ein großes Budget zur Verfügung. Ich muss auch darauf hinweisen, Herr Daul, dass der Posten des Hohen Vertreters der EU die ständigen Sitze im UN-Sicherheitsrat von dem Vereinigten Königreich und auch Frankreich bedroht.

Allerdings ist das große Problem für die Nationalstaaten in Europa nicht, dass es zu wenige diplomatische Missionen gibt, sondern dass es zu viele Arbeitslose gibt. Die Mitglieder haben hier den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer gefeiert, und zu Recht. Jetzt haben wir eine neue Berliner Mauer, nicht an den Grenzen der Nationen, sondern innerhalb der Nationen. Diese Mauer besteht zwischen den Berufspolitikern des politischen Establishments und den Menschen.

Es ist ein wenig zu spät, jetzt Transparenz zu verlangen, Herr Verhofstadt. Es gibt die unter uns, die weiterhin für die Menschen und gegen diese Organe eintreten werden, denen es an demokratischer Legitimität mangelt, wie dies die Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie zuvor mehrmals gesagt hat und auch weiterhin sagen wird.

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Präsident! Die Demokratie braucht eine Revolution und es ist nie falsch, Herr Kollege Dartmouth, sich für Transparenz auszusprechen, Herr Kollege Verhofstadt. Und gerade Sie in der schwedischen Ratspräsidentschaft könnten doch da ein leuchtendes Vorbild sein und uns dann wirklich erzählen, wie es gelaufen sein wird bei dem für das europäische Projekt sehr unwürdigen Postenschacher um die Top-Positionen und auch – da könnte Herr Barroso vorangehen – bei der Benennung der Kommissare. Deutschland und Österreich liefern da ein Negativbeispiel, aber andere leider auch.

Qualifizierte Leute sitzen hier im Saal, haben aber keine Zugangschancen. Seien Sie doch bitte so mutig, jetzt, da der Lissabon-Vertrag verabschiedet ist, und seien Sie ehrlich und sagen: Wir brauchen viel klarere und transparente Entscheidungsstrukturen für die Kommission und die Top-Positionen. Es müsste möglich sein, im Europäischen Parlament mit so viel Sachverstand die guten Leute zu finden und sie nicht in irgendwelchen Bundesländern aufzusammeln.

Fredrik Reinfeldt, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, ich bedanke mich bei den Damen und Herren Abgeordneten herzlichst für ihre wichtigen Kommentare und Fragen.

Wie jemand bemerkt hat, hat es eine Zeitlang gedauert, alle 27 Mitgliedsstaaten zur Ratifizierung zu bringen. Dieser Vertrag wurde von uns jahrelang diskutiert, und ich bin immer wieder erstaunt, dass ich dann gefragt werde, wie schnell wir aufhören können nach dieser Verfassung zu leben, da ich ja meine Arbeit auf Verträgen basieren muss. Es wurde darin festgelegt, dass die Entscheidungsträger für die Ernennung des Ratspräsidenten die Premierminister und Staatsoberhäupter von Europa sind. Das ist genau das, was in den Verträgen festgelegt wurde.

Dazu kommt noch ein Problem, das für mich deutlich ist, nämlich, dass die meisten Namen, die erwähnt werden, zurzeit Premierminister einzelner europäischer Länder sind. Es ist eigentlich eine schwierige Sache, sich selbst als Kandidaten für einen Job zu präsentieren, den man eventuell nicht bekommt, und gleichzeitig ein Signal an alle zu schicken, dass man das Land verlassen wird, nur um dann wieder mit den Worten zurückzukehren: „Ich bin noch hier!“ Ich denke, wir sollten respektieren, dass dies ein Faktor in diesem Zusammenhang ist.

Was den Hohen Vertreter betrifft, wird die Ernennung viel transparenter sein, es wird intensivere Diskussionen geben, weil dies Teil der Kommission ist, Teil einer Entscheidung, die nach den Anhörungen im Parlament stattfindet. Obwohl es, um die Frage von Herrn Swoboda zu beantworten, im Vertrag deutlich ist, der ab 1. Dezember gültig sein wird, dass der Hohe Vertreter direkt seinen oder ihren neuen Job antreten wird, aber Teil der vom Parlament genehmigten Kommission sein muss.

Natürlich ist das kompliziert, aber, wie ich bereits gesagt habe, war es nie so beabsichtigt, wie es sich jetzt ergeben hat. Das hätte bereits vor Beginn des schwedischen Rastvorsitzes stattfinden sollen. Es ist ein viel längerer Prozess, als man vorhersehen konnte.

Nun zur Frage des Gleichgewichts, denn dies ist auch etwas, was ich höre. Ich hatte gerade heute die erste Runde von Anhörungen mit meinen 26 Kollegen. Das Problem ist, dass es hier bei nur zwei Posten viel auszugleichen gibt. Sie haben Geografie und Geschlecht erwähnt, aber der vordringlichste Ausgleich, dem ich gerade zuhöre, findet zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts statt. Da gibt es viel auszugleichen. Ich hätte gerne mehr Positionen zur Verfügung, um alle Kriterien zufriedenzustellen, die hier erwähnt wurden. Ich sage damit nichts Neues, aber wir bemühen uns sehr, das bestmögliche Gleichgewicht zu finden.

Wie ich bereits gesagt habe, die Entscheidung wird am nächsten Donnerstag bei unserem Gipfeltreffen fallen, damit wir bei einem frühen Abendessen auf Ihre Wünschen nach einem möglichst schnellen Prozess eingehen können. Dies haben wir versucht zu tun. Es gab Kommentare dazu, wer diese Entscheidung trifft. Es nimmt

ein wenig Zeit in Anspruch, sich mit jedem zu besprechen. Wir sind nun die EU-27. Eine komplette Anhörung mit meinen Kollegen nimmt zwei Tage Arbeit in Anspruch – das ist fantastisch, dauert allerdings.

Was das Klima betrifft, stimme ich mit Rebecca Harms überein, dass Europa nicht genug tut. Ich möchte Sie aber auch daran erinnern, dass wir mit einer Situation gerechnet haben, in der wir unsere Bemühungen in Europa innerhalb gesetzlich verbindlicher Ziele intensivieren müssen, aber es besteht die Notwendigkeit für Konditionalität. Das spiegelt die Ansicht vieler meiner Kollegen wieder. Sie sind da sehr deutlich; wenn wir in Europa weiterhin Fortschritte machen sollten, ist dasselbe Engagement auch von anderen Teilen der Welt erforderlich.

Ich begrüße Entscheidungen, die von Ländern oder Nationen getroffen worden und die weiterreichen. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. So hat mein Land, Schweden, sich ein nationales Ziel der Emissionsreduktion von 40 % bis 2020 gesetzt; das trifft auch auf Deutschland zu.

Wir müssen mehr tun; wir sind aber nicht diejenigen, die die in Kopenhagen notwendige Entscheidung verwässern wollen. Aber es muss viel mehr getan werden, um andere zu motivieren. Wie ich gesagt habe, bin ich von Reisen nach Indien und in die USA zurückgekehrt; ich werde später in diesem Monat nach China reisen; wir benötigen eine Übereinstimmung an der Spitze, um diese Entwicklung in Gang zu bringen. Das ist das Schwierige dabei. Es ist dies eine globale Herausforderung in einer Welt, in der nicht dieselbe globale Führung oder Entscheidungskraft besteht wie in der Europäischen Union. Dadurch ist es viel schwieriger zu erreichen, aber wir müssen es dennoch tun.

Wie Sie wissen, ist die Europäische Union nur für 13 % der internationalen Emissionen verantwortlich. Wir können das nicht allein lösen: wir benötigen auch den Einsatz von anderen, besonders von den größten Emittenten, und das sind diejenigen, die scheinbar ihre Hände heben und sagen, wir möchten nicht Teil dieser Vereinbarung sein. Das geht nicht, denn sonst können wir das Ziel von 2 °C nie erreichen.

Und schließlich werden wir nun, im Laufe des schwedischen Vorsitzes eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte durchbringen, damit die Finanzmärkte der Zukunft besser funktionieren.

Wir werden auch mit Diskussionen zur Wettbewerbsfähigkeit beginnen, die in die Phase des spanischen Ratsvorsitzes reichen werden. Es geht darum, wie man zu besser funktionierenden Arbeitsmärkten gelangt und wie wir die Krise hinter uns lassen können, sobald wir deutliche Zeichen der Erholung sehen. Damit erreichen wir dann ein Gleichgewicht, in dem wir aus den vorhergehenden Problemen lernen und besser funktionierende Finanzmärkte schaffen. Aber auch die Diskussionen und Entscheidungen, die für bessere Wettbewerbsfähigkeit und besser funktionierende Arbeitsmärkte hier in Europa erforderlich sind, tragen zu diesem Gleichgewicht bei.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte mich kurz zu einigen Fragen äußern, die direkt in dieser Debatte angesprochen wurden.

Zuerst zum Klimawandel; da müssen wir deutlich sein. Die Europäische Union hat sich zu einem verbindlichen Vertrag verpflichtet. Wir haben uns dem Kyoto-Protokoll verpflichtet und es ratifiziert. Alle unsere Mitgliedsstaaten haben Kyoto ratifiziert, und wir unterstützen einen verbindlichen Vertrag für die Zukunft. Wenn es jemanden gibt, der keinen verbindlichen Vertrag will, dann ist das nicht die Europäische Union.

Allerdings ist es eine Tatsache, dass einige unserer wichtigsten Partner einfach noch nicht so weit sind, also haben wir zwei Möglichkeiten. Wir können einerseits auf etwas bestehen, von dem wir wissen, dass es nicht funktionieren wird, oder andererseits versuchen, das progressivste und ehrgeizigste Ergebnis in Kopenhagen zu erzielen. Ich glaube, das ist noch möglich, und wir werden darum kämpfen. Wir werden um die ehrgeizigste Vereinbarung, die in Kopenhagen möglich ist, kämpfen. Und zumindest was die Europäische Union betrifft, und ich bin sicher, dass Staats- und Regierungsoberhäupter dem zustimmen, werden wir uns für einen verbindlichen Vertrag einsetzen, der den Industrieländern deutliche Ziele setzt und den Entwicklungsländern klare Maßnahmen vorschreibt; dazu gehören auch die schnell wachsenden, großen Volkswirtschaften, die ebenfalls eine Verantwortung zur Mithilfe tragen. Wir müssen den Entwicklungsländern auch Finanzierungsmöglichkeiten anbieten; das gilt vor allem für die ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder, da wir genau wissen, dass diese ohne Unterstützung die erforderlichen Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen nicht umsetzen können.

Präsident der Kommission(FR) Was die Frage der Organe betrifft, da müssen wir uns selbst gegenüber ehrlich sein. Wir stehen kurz vor dem Inkrafttreten eines neuen Systems, das extreme Herausforderungen mit sich bringt.

Die meisten von uns haben hart gekämpft, um diesen Vertrag zu bekommen, viele Jahre lang, mindestens neun Jahre lang! Nach Nizza wollten wir einen ambitionierteren Vertrag, und jetzt müssen wir ihn umsetzen. Das ist komplex, weil unsere Union komplex ist. Es ist eine Union von Mitgliedstaaten, eine Union von Bürgern.

Allerdings ist es das Wichtigste, die Verträge zu respektieren. Wir sind eine auf der Idee des Rechtsstaates basierende Gemeinschaft, und der Tag, an dem wir unserer Verpflichtung, den Vertrag vollständig zu respektieren, nicht mehr nachkommen, das wird auch der Tag sein, an dem wir in unseren Aufgaben scheitern.

Deshalb ist es in dieser Übergangszeit wichtig – sobald der neue Vertrag implementiert wurde –, dass die Verträge und die Befugnisse jedes Organs respektiert werden: natürlich die Befugnisse des Parlaments, die Befugnisse des Rates sowie die Befugnisse der Kommission.

Ich selbst gehöre zu denen, die glauben, dass Europa still steht, wenn ein Organ seine Befugnisse und Autorität gegen ein anderes einsetzt. Ich glaube, dass es falsch ist, so zu handeln. Ich glaube, dass institutionelle Eifersucht ein Merkmal von Mittelmäßigkeit ist. Im Gegenteil, ich glaube, dass wir stärker sein werden, wenn wir einander unterstützen. Ich glaube, dass es gänzlich in unserem Interesse ist, ein starkes Europäisches Parlament zu haben, und der Vertrag von Lissabon verleiht dem Parlament mehr Befugnisse. Es ist auch wichtig, einen Europäischen Rat mit einheitlicher und konsequenter Führung zu haben, sowie eine starke Kommission.

Außerdem in Übereinstimmung mit den Verträgen, und ich zitiere den Vertrag von Lissabon, weil wir doch dauernd darüber reden, aber irgendwann müssen wir ihn auch lesen, also Artikel 17 besagt: „Die Kommission fördert die allgemeinen Interessen der Union und ergreift geeignete Initiativen zu diesem Zweck. Sie sorgt für die Anwendung der Verträge sowie der von den Organen kraft der Verträge erlassenen Maßnahmen.“ Mit anderen Worten obliegt es der Kommission, zu überprüfen, ob die Verträge angewendet wurden oder nicht; das gilt auch für diese Übergangszeit. Das ist eine Befugnis, die der Vertrag der Kommission verleiht, und die die Kommission naturgemäß im Rahmen ihrer Verantwortlichkeiten ausführen wird.

Daher ist es wichtig, an den Grundlagen einer Partnerschaft zu arbeiten, um dadurch die europäischen Organe zu stärken. Wenn wir keine funktionierenden Organe haben, was passiert dann? Die Mitgliedstaaten, besonders einige Mitgliedstaaten, werden dann ihre eigenen Entscheidungen ohne Einbindung der Organe treffen. Wollen wir das? Ich glaube nicht. Wir möchten, dass die Entscheidungen im Rahmen der einzelnen Organe getroffen werden, im Rahmen einer Gemeinschaft, die auf der Rechtsstaatlichkeit basiert, und ich möchte Ihnen nun Folgendes sehr offen und ehrlich sagen: wir sollten uns gegenseitig in unseren Organen stärken.

Wir haben heute die außergewöhnliche Bitte von Václav Havel gehört. Sie ist außergewöhnlich, aber wie bereits Jean Monnet feststellte, ohne Menschen ist nicht möglich; Aber ohne Institutionen kann nichts Bestand haben. Wir müssen nun starke Organe schaffen, und das geht nur mit partnerschaftlichem Geist. Deshalb möchte ich mich unter anderem bei Ihnen für Ihre Vorschläge zur Organisation und Struktur der Kommission bedanken. Wie Sie bin ich der Gemeinschaftsmethode und dem Vertrag, der eine deutliche Aufteilung der Verantwortlichkeiten festlegt, sehr verbunden. Der Vertrag spricht die Verantwortung für die Organisation der Kommission dem Präsidenten zu, und ich habe keine Absicht, sie von mir zu weisen.

Deshalb werde ich wie alle bescheidenen Autoren handeln, wenn ich die Kommission vorstelle: Ich werde mich bei allen Ratgebern bedanken und gleichzeitig die volle Verantwortung für das Endprodukt übernehmen. Heute habe ich einige gute und interessante Vorschläge gehört, aber der wichtigste Punkt, der verstanden werden muss, ist folgender: Jeder unter uns muss seine oder ihre Verantwortlichkeiten im Einklang mit den anderen Organen ausüben und dabei die größtmögliche Berücksichtigung des generellen europäischen Interesses zeigen.

Íñigo Méndez de Vigo (PPE). – (ES) Herr Präsident, der Präsident der Europäischen Kommission hat gesagt, dass er Herrn Reinfeldt gratuliert, dass dieser das Schiff, nämlich den Vertrag von Lissabon, sicher in den Hafen gebracht hat.

Ich habe vor zwei Jahren in diesem Haus gesagt, dass ich befürchte, der Vertrag von Lissabon sehe am Ende wie der Fisch in Hemingways Novelle *Der alte Mann und das Meer*, aus, der nach einem langen Kampf den Hafen beinahe als ein Haufen Knochen erreicht. Gut, ich sehe nun, dass der Vertrag von Lissabon nicht im Hafen als ein Haufen Knochen angekommen ist und seine Essenz noch vorhanden ist. Ich danke Ihnen, Herr Reinfeldt, danke Ihnen, Cecilia.

Dennoch muss ich sagen, dass Sie meiner Meinung nach das Richtige getan haben, indem Sie sich um die Zustimmung des Präsidenten der Tschechischen Republik bemüht haben. Viele von uns hier waren aufgrund

des Verhaltens des Präsidenten der Tschechischen Republik besorgt, dazu hier das Zitat eines spanischen Dichters: „Nach Allem ist Alles zu nichts geworden“. Letzten Endes geht es darum, dass der Vertrag in Kraft getreten ist, und dass wir nun an die Umsetzung des Vertrages denken.

Herr Barroso, es ist nicht in meiner Absicht, Ihnen Ratschläge zu erteilen, wie Sie die Kommission bilden sollten; teilweise deshalb, weil ich die Autonomie und Unabhängigkeit des Präsidenten der Kommission respektiere, der soeben den wichtigen Auftrag erhalten hat, eben das zu tun. Wenn Sie Ihr Kollegium der Kommissionsmitglieder und die Verteilung der Verantwortlichkeiten vorstellen, werden wir Ihnen mitteilen, ob wir dafür oder dagegen sind, aber heute haben Sie unsere volle Unterstützung.

Ich habe auch nicht die Absicht, dem amtierenden Ratspräsidenten einen Ratschlag zu erteilen, aber, wenn Sie gestatten, ich möchte darauf hinweisen, dass etwas während der Arbeit am Vertrag passiert ist. Im ersten Entwurf, in dem der Posten des Ratspräsidenten geschaffen wurde, gab es den Vorschlag, dass dieser Präsident ein Premierminister sein sollte, der zumindest zweieinhalb Jahre zuvor amtiert hat (Herr Reinfeldt, scherzhaft haben wir das die „Bruton-Klausel“ genannt, denn John Bruton hat uns gesagt, dass er zwei Jahre und sieben Monate Premierminister war und daher für das Amt in Frage komme). Allerdings haben wir diese Bedingung später entfernt. Herr Duff erinnert sich daran. Wir haben sie entfernt, denn wir wurden in diesem Parlament gefragt, was in der DNA eines Premierministers sei, das nicht in der DNA Normalsterblicher vorkomme. Warum muss der Ratspräsident Premierminister sein?

Herr Reinfeldt, Sie sollten doch eher die Person aussuchen, die am ehesten für moralische Autorität steht und Vereinbarungen in Europa erzielen kann. Zu diesem Zweck haben wir Ihnen ein Instrument gegeben, Herr Reinfeldt: es ist die Tatsache, dass die Wahl zum Ratspräsidenten nicht einstimmig sein muss, sondern eine qualifizierte Mehrheit ausreicht.

Wenn möglich, ist ein Konsens wünschenswert; wenn nicht, verwenden Sie die qualifizierte Mehrheit, um den besten Ratspräsidenten zu finden.

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

Marita Ulvskog (S&D). – (SV) Herr Präsident, ich bin zufrieden, dass die schwedische Ratspräsidentschaft ihren Wunsch aufgegeben hat, auf rasche Schritte im Hinblick auf Lösungsstrategien zu drängen, die die hohen Arbeitslosenquoten zu einem Dauerproblem in Europa machen könnten. Jedoch bin ich über die Warnungen von immer mehr Menschen besorgt, dass der Klimagipfel in Kopenhagen nicht zu dem Erfolg werden wird, den sich so Viele erhofft hatten. Dies hat sich in vielen Reden dieser Aussprache und in den Fragen an Herrn Reinfeldt widerspiegelt.

Dieser Pessimismus wird gleichfalls in den Schlussfolgerungen der letzten Ratssitzung offensichtlich. Der Rat bestätigt freilich, dass die Länder der Ersten Welt ihre Emissionen bis 2050 um 80-95 % reduzieren müssen. Wenn wir jedoch erfolgreich bei der Umsetzung sein wollen, brauchen wir für die unmittelbare Zukunft ehrgeizige Bekenntnisse und wir müssen für das Erreichen dessen die Frage der Maßnahmenfinanzierung in den Entwicklungsländern klären. Die Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind am stärksten davon betroffen. Wenn wir die Frage der Finanzierung nicht klären, werden wir auch kein Klimaabkommen erhalten.

Welche Zusicherungen kann der Rat dann machen? Genau wie Herr Reinfeldt heute hier gesagt hat: die EU hatte versprochen, einen sinnvollen Beitrag zu leisten. Meiner Ansicht nach ist dies eine Enttäuschung. Wäre es denn möglich gewesen zu entscheiden, dass die EU keinen sinnvollen Beitrag leisten würde? Als ob man mit dem Stricken eines Handschuhs beginnt und nicht über den Daumen hinauskommt. Die Kommission hat für die ersten drei Jahre Hilfen im Bereich von 5-7 Mrd. EUR vorgeschlagen. Der Rat erwägt dies in Betracht zu ziehen, und ich finde es sehr schwierig, das als eine werthaltige Zusicherung zu erachten.

Ich denke, dass dies besorgniserregend ist. Sicherlich gibt es Probleme mit den USA und China und den Bestrebungen weiterer Länder, aber es bestehen gar größere Probleme im Hinblick auf die EU-Position und unsere eigenen Ziele. Es sollte möglich sein, dies richtigzustellen. Wenn Herr Reinfeldt hier geblieben wäre, hätte ich ihn gerne gefragt, wie der schwedische Ratsvorsitz im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels ein stärkeres Mandat erzielen will, denn dieser Gipfel darf nicht erfolglos enden.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident! Wir bekommen durch den glücklicherweise in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon mehr Demokratie, wir bekommen ein Anhörungsverfahren für den Hohen Vertreter. Alle Kommissare stellen sich hier, sie werden erst angehört und anschließend kontrolliert. Das ist

gut so. Aber der Ratspräsident wird hier weder angehört, noch wird er anschließend hier oder von irgendeinem nationalen Parlament kontrolliert.

Er ist eine demokratische Fehlkonstruktion. Er kann nicht der politische Präsident Europas sein, er muss ein ehrlicher Makler zwischen den Interessen der Mitgliedstaaten im Rat sein, mehr geht nicht, und das Minimum für seine Ernennung ist, dass er wenigstens im Konsens im Rat ernannt wird. Guy Verhofstadt hat es gesagt: Wenn man einen Papst wählt, nimmt man einen Katholiken, wenn man den Präsidenten des Europäischen Rates wählt, dann nimmt man einen Europäer, also jemanden, der an den europäischen Gedanken glaubt. Ich halte das für absolut richtig. Wir brauchen jemanden, der das „europäisch“ zurück in den Europäischen Rat bringt.

Wenn diese Debatte – von den Liberalen beantragt – heute im Parlament nicht stattgefunden hätte, dann hätten wir alle dieses Thema nur in den Medien oder auf den Korridoren diskutiert. Ich glaube, dass Transparenz das Gebot der nächsten Benennungen sein wird.

Ein Ruf an Fredrik Reinfeldt:

– Es geht hier nicht nur darum, Mitte-Rechts und Mitte-Links auszubalancieren; es geht hier um die Ausbalancierung von Mitte, Links und Rechts.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, der Klimawandel hat bereits zu 300 000 Todesfällen geführt, und Untätigkeit ist unserer Ansicht nach ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wir wissen, dass dies eine ernste Situation ist, wir wissen, dass es keinen Plan B gibt und bereits heute die Verhandlungen zu einem Stillstand gekommen sind. Man kann leicht sagen, dass daran die Vereinigten Staaten Schuld sind; wir denken jedoch, dass auch Europa weitgehend verantwortlich ist.

Leider hat Europa nicht länger die führende Rolle bei den Klimaverhandlungen inne, wie der Premierminister beklagt. Wenn man Europas aktuelle Verpflichtungen auf den gesamten Planeten ausdehnt, heißt das 4 Grad mehr an globaler Erwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts, 4 Grad an globaler Erwärmung! Das ist inakzeptabel, und es wird nicht länger ausreichend sein, sich allein hinter dem legislativen Charakter dieser Verpflichtung zu verstecken – wie auch der Präsident Barroso geltend macht.

Unabhängige Studien zeigen heute, dass Japan, Norwegen und die Schweiz dazu bereit sind, größere Anstrengungen als Europa zu unternehmen. Was die Schwellenländer China, Südafrika, Brasilien und Indonesien anbelangt – auch sie gehen innenpolitisch Verpflichtungen ein, die über die Forderungen der Wissenschaftler hinausgehen.

Wenn man etwas von der Rede Herrn Haveln lernen kann, dann sind es Mäßigung und Realismus. Lassen Sie uns mit der ständigen Heuchelei aufhören, alles außerhalb Europas würde still stehen, die Welt hätte sich seit Kyoto nicht verändert und Europa wäre der internationalen Gemeinschaft immer weit voraus. Indem es der Rat ablehnte, die Forderungen des Europäischen Parlaments und insbesondere seines Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit zu berücksichtigen, hat er die Verantwortung für etwas sehr Ernstes übernommen: Den Misserfolg beim Kopenhagener Gipfel.

Es ist nicht zu spät; Europa kann seine Führung wiedererlangen, indem es seine Reduktionsziele sofort auf 30 % erhöht und den Ländern des Südens mindestens 30 Mrd. EUR an Hilfsmitteln gewährt. Wenn wir das so umsetzen, werden wir die Länder des Südens führen und von den Amerikanern eine Vereinbarung erzwingen.

Konrad Szymański (ECR). – (PL) Herr Präsident, das Ergebnis der Ratssitzung im Oktober ist eine gute Grundlage für die Begrenzung der völlig unrealistischen Maßnahmen, die Europa im Bereich des Klimawandels ergreifen soll.

Unsererseits im Bereich des Klimawandels unternommene Schritte sollten von den Bemühungen Chinas, Amerikas, Indiens und Brasiliens abhängig gemacht werden. Der Beitrag, den wir für saubere Technologien in Entwicklungsländern zahlen, darf unsere eigene Wirtschaft nicht vernichten. Lassen Sie uns daran denken, dass es tatsächlich das Wirtschaftswachstum ist, welches uns die Finanzierung des Technologiewandels ermöglicht. Dieser ist von großer Bedeutung für den Umweltschutz.

Die Beitragsverteilung in der Europäischen Union selbst darf nicht zu einer Situation führen, in der Länder, die große Mengen von Kohle für die Energieerzeugung einsetzen, für die gleichen Emissionen zweimal zahlen – einmal nach dem Emissionshandelssystem, und ein weiteres Mal als Teil der Unterstützung für

weltweit saubere Technologien. Wenn wir diesen Gesichtspunkt nicht berücksichtigen, werden wir die Position Europas in dieser Debatte schwächen.

Mario Borghezio (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, vor einigen Tagen hatte eine schwerwiegende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg – zu der sich die Europäische Kommission selbst viel zu verhalten äußerte – sehr tiefe Wunden gerissen. In dieser wurde es dem italienischen Staat untersagt, Kruzifixe in Klassenzimmern aufzuhängen. Es handelt sich hier weniger um eine Frage religiöser als vielmehr eine Frage freiheitlicher Grundsätze: Dies war eine gravierende Verletzung des Grundsatzes der Subsidiarität.

Wenn dies nun ein Hinweis auf die Zukunft ist, gibt dies Anlass zur Sorge, wie sich diese Frage bei der Verabschiedung des Vertrages von Lissabon entwickeln wird: Sind wir uns dessen sicher, dass dieser gefährliche Weg eines europäischen Rechts, welches das Recht der Mitgliedstaaten unterdrückt und mit Füßen tritt, nicht fortgesetzt werden wird? Es ist dies eine Bedrohung, vor der wir uns schützen müssen. Die Kommission hätte viel entschiedener reagieren müssen, nicht zuletzt wegen des einstimmigen Protests – heute hat eine parteiübergreifende Sitzung der hier vertretenen politischen Parteien Italiens stattgefunden – welcher die Stimmungen und das tiefe Zugehörigkeitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger ausdrückt. Dieses ist politisch, religiös und kulturell übergreifend – im Sinne eines großen Philosophen, der uns die wichtigen Worte lehrte: „wir können nicht sagen, dass wir keine Christen sind“.

Die Frage der Nominierungen ist sehr wichtig. Folglich lesen wir heute in der Presse Berichte über Sitzungsergüsse; wir wissen nicht einmal, ob es eine außerordentliche Sitzung in Brüssel geben muss. Dennoch wundere ich mich wirklich über eines: Angesichts der im Umlauf befindlichen Namen, zum Beispiel Jan Peter Balkenende, David Miliband und Herman Van Rompuy, um nur drei zu nennen, kann es angesichts dieser Namen sein, dass niemandem aufgefallen ist, dass alle drei sowohl regelmäßig an Sitzungen der Bilderberg-Gruppe als auch der Trilateralen Kommission teilnehmen? Ich meine wir müssen die Grundsätze der Transparenz anwenden, von denen so häufig durch unsere Institutionen gesprochen wird. Und wir müssen diese Personen klar befragen, ob sie als Kandidaten ihre Länder und politischen Parteien repräsentieren, oder Geheimfraktionen, die sich hinter verschlossenen Türen treffen, um über die Köpfe von Menschen hinweg zu entscheiden.

Francisco Sosa Wagner (NI). – (ES) Herr Präsident, nachdem nun die Befürchtungen aufgrund der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon überwunden wurden, ist es meiner Ansicht nach an der Zeit darüber nachzudenken, wie wir künftig mit den die europäische Integration behindernden nationalistischen Einstellungen umgehen werden. Ich denke, dass diese Hindernisse nicht ohne Folgen bleiben können. Es ist an der Zeit, mit kühlem Kopf über mögliche Maßnahmen nachzudenken, die in den künftigen Tagen und Jahren ergriffen werden müssen.

Dieser einfache Abgeordnete wünscht sich für die Zukunft einen Ratspräsidenten als Mann oder besser Frau, der beziehungsweise die den europäischen Föderalismus unterstützt, den Euro verwendet, im Schengen-Gebiet angesiedelt ist und sich mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowohl identifiziert als ihr auch beipflichtet.

14. Begrüßung

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, ich möchte Sie über die Anwesenheit einer Delegation des Senats der Föderation Malaysia auf der Besuchertribüne informieren, die ich herzlich willkommen heiße. Der Leiter der Delegation ist seine Exzellenz Datuk Wong Foon Meng, der Präsident des Senats.

Ich möchte betonen, dass sich das Europäische Parlament und das Parlament Malaysias regelmäßiger und fruchtbarer Kontakte erfreuen. Malaysia verfügt über eine dynamische Gesellschaft und gedeihliche Wirtschaft und spielt eine wichtige Rolle im Verband der Südostasiatischen Nationen (ASEAN). Daher haben ich und das gesamte Parlament die Freude, unsere Freunde und Kollegen des Senats noch einmal willkommen zu heißen: Wir hoffen, dass Ihr Besuch sehr ertragreich sein wird.

15. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 29. und 30. Oktober 2009 einschließlich Mandat und Kompetenzen des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters der Union für auswärtige Angelegenheiten und

Sicherheitspolitik/Vizepräsidenten der Kommission sowie Struktur der neuen Kommission (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Fortsetzung der Aussprache zum Bericht des Europäischen Rates und zur Erklärung der Europäischen Kommission zum Ergebnis des Europäischen Rates am 29. und 30. Oktober 2009, sowohl einschließlich des Mandats und der Zuordnungen des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidenten der Kommission als auch der neuen Kommissionsstruktur.

Elmar Brok (PPE). - Herr Präsident! Verehrte Kommission! Frau Ratspräsidentin! Die Rede des Herrn Borghezio war schon ein typischer Fall – diese Antieuropäer können Europarat und Europäische Union nicht auseinanderhalten –, denn das war ein Richterspruch zum Kreuz des Gerichtshofes für Menschenrechte des Europarates. In der Charta der Grundrechte kann das nicht passieren.

Aber lassen Sie mich einige wenige Bemerkungen zu der Debatte heute machen. Ich glaube, dass die schwedische Präsidentschaft mit viel Feingefühl und zielsicher den Ratifikationsprozess zu Ende gebracht hat, der ja in ihrer Zeit von vier Ländern noch zu vollziehen war. Ich möchte mich sehr dafür bedanken, dass dieser schon neun Jahre währende Prozess auf diese Art und Weise in den Hafen gefahren worden ist. Ich meine, dass aber damit auch noch die Chance gegeben ist, das jetzt erst in die Praxis umzusetzen. Und in der Praxis wird auch Verfassungswirklichkeit geschrieben. Deswegen muss es klar sein, dass der Präsident des Europäischen Rates nur die Legitimation der Regierungschefs hat und jeder operationelle Präsident, der nicht vom Parlament abhängig ist, direkt von der Bevölkerung gewählt wird, in jeder Verfassung. Das muss auch für den Präsidenten des Europäischen Rates gelten. Die volle Legitimation hat nur der Kommissionspräsident.

Weiterhin möchte ich darauf aufmerksam machen, Herr Barroso hat darauf hingewiesen, wie wichtig nach Jean Monnet die Institutionen für den Bestand sind. Bei einem Hohen Beauftragten/Vizepräsidenten der Kommission muss klar sein, dass er nur als Einheit ins Amt kommt. Er kann nicht zunächst am 1. Dezember als Hoher Beauftragter ins Amt kommen und dann später als Vizepräsident. Er kann erst dann ins Amt kommen, wie aber auch der Vizepräsident, wenn er die Zustimmung des Europäischen Parlaments gefunden hat. Da sollte kein Missverständnis aufkommen, weil wir sonst in eine rechtliche Problematik hineinkommen.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass das Europäische Parlament seine Rechte wahrnehmen wird, wenn es um den Auswärtigen Dienst geht. Wir wollen nicht, dass der Vertrag von Lissabon genutzt wird, um Europa zu „intergovernmentalisieren“, der Geist des Vertrags ist ein anderer. Hier spielt der Auswärtige Dienst eine entscheidende Rolle. Ich bitte, die Position des Parlaments in dieser Frage, die Sie ja kennen, ernst zu nehmen und hier nicht Festlegungen zu machen, die wir Ihnen zerstören würden, weil wir dazu die Macht haben.

Adrian Severin (S&D). – Herr Präsident, das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ist in der Tat ein historisches Ereignis. Ihm sollten wir Beifall spenden. Wir sollten darüber glücklich sein. Wir sollten uns und sicherlich der schwedischen Ratspräsidentschaft zu der Tatsache gratulieren, dass sie dieses Ergebnis erreicht hat.

Dennoch ist ein Vertrag nicht ausreichend. Selbst der perfektteste Vertrag kann viele der Probleme nicht lösen. Wir benötigen inspirierende und kompetente Menschen für seine Weiterentwicklung. Im Falle des Vertrags von Lissabon ist dies sogar noch wichtiger, da dieser Vertrag Ergebnis von endlosen Kompromissen, langen Diskussionen und Aussprachen ist. Daher hat er unvermeidlich eine Menge Lücken und Doppeldeutigkeiten.

Die künftigen Top-Entscheidungsträger müssen die Sachverhalte klarstellen, eine Feinabstimmung der Regelungen vornehmen, den Institutionen eine Kontur verleihen, sämtlichen Bestimmungen des Vertrags die richtige Auslegung geben und das Aufgabengebiet genau beschreiben. Das bevorstehende Mandat und die kommende Gesetzgebung werden für die Zukunftsarchitektur der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung sein. Wenn wir möchten, dass diese Architektur lebensfähig ist, muss sie eine Synthese sämtlicher historischen Erfahrungen, kulturellen Befindlichkeiten und politischen Traditionen aller europäischen Regionen und Bürgerinnen und Bürger darstellen.

Demnach brauchen wir dieses aus den ersten drei Ämtern der Europäischen Union gebildete Team, nämlich den Ratspräsidenten, den Kommissionspräsidenten und den Hohen Vertreter, um alle politischen Befindlichkeiten, sämtliche Regionen und alle geopolitischen, kulturellen und geografischen Regionen Europas einzuschließen. Ich glaube, dass dies erreicht werden wird. Und wenn es erreicht ist, wird es wie ich

meine sowohl gut für die Lebensfähigkeit der Architektur und die Effektivität der Institution als auch für die Glaubwürdigkeit der Union in den Augen all unserer Bürgerinnen und Bürger sein.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – (FI) Herr Präsident, gestatten Sie mir, den Medien ausnahmsweise zu danken. Ohne freie und dynamische Medien hätte die Öffentlichkeit die Ernennung der EU-Spitze überhaupt nicht bemerkt. Glücklicherweise haben wir jedoch die über die Lobbyarbeit berichtenden Medien, die die unwahrscheinlichen und wahrscheinlichen Kandidaten sowohl für den Posten des EU-Präsidenten als auch den des Hohen Vertreters präsentiert haben. Sogar in dieser Aussprache wurde tatsächlich wenig über Namen gesprochen, und es wurden nur wenige genannt. Trotzdem versuchen wir, andere außerhalb der EU im Hinblick auf die Bedeutung demokratischer Wahlen anzuleiten.

Vor einiger Zeit hatte ich die Gelegenheit zu einem Türkeibesuch. Während wir darüber sprachen, welche Ernennungen infolge des Vertrags von Lissabon stattzufinden hätten, fragte ein Mitglied des türkischen Parlaments, wann diese erfolgen würde. Die Delegation der Europäischen Union antwortete, sie hätte keine Vorstellung davon, wer die Kandidaten seien oder wann die Entscheidung getroffen würde, da alles hinter verschlossenen Türen stattfinde. Die EU hat hier einen großen Verbesserungsspielraum, um uns ein transparenteres Vorgehen in derartigen Fragen zu ermöglichen.

Ashley Fox (ECR). – Herr Präsident, ich möchte die informellen Diskussionen kommentieren, durch die – wie wir alle wissen – der letzte Europäische Rat dominiert wurde. Ich beziehe mich natürlich auf die Ernennung des nächsten Ratspräsidenten und die durch ihn zu übernehmende Funktion.

Ich bin der Ansicht, der Präsident sollte ein Erfüllungsgehilfe des Rates sein, also eher ein Vorsitzender denn ein Generaldirektor. Daher ist es wichtig, dass der Präsident sowohl kollegial als auch eine Person ist, der die Menschen vertrauen. Mit dem Blick darauf würde Tony Blair bei beiden Punktwerten der schlechteste Kandidat sein. Ich teile Kanzlerin Merkels Scheu, die nächsten fünf Jahre „Mister Flash“ zuhören zu müssen, während seine motorisierte Eskorte durch die Welt fegt.

Die Frage des Vertrauens ist gleichfalls wichtig, denn Herr Blair hat sich bei zu vielen Gelegenheiten als komplett vertrauensunwürdig erwiesen. Für ein öffentliches Amt ist er ungeeignet, und ich bitte den Rat dringend darum, ihn nicht zu benennen.

Bastiaan Belder (EFD). – (NL) Herr Präsident, ich habe mit großem Interesse das Dokument der schwedischen Ratspräsidentschaft zum Europäischen Auswärtigen Dienst gelesen. Jedoch hat sich meine Skepsis in Bezug auf dieses Vorhaben nicht verringert. Jedenfalls ist es seitens der schwedischen Ratspräsidentschaft wie ich meine sinnvoll, zusätzliche Zeit für die Suche der richtigen Kandidaten für diese neuen Posten einzuräumen. Denn der Hohe Vertreter muss von herausragendem, in Europa seltenem Formats sein.

Herr Präsident, ich bin immer noch sehr besorgt über den Einfluss dieser neuen Posten auf die interinstitutionelle Balance. Meine Kollegen Abgeordneten können eigentlich nicht anders, als meine Ansicht teilen. Anders als diese bin ich allerdings froh, dass der Auswärtige Dienst außerhalb der Kommission verbleiben soll. Die Außenpolitik ist vordergründig eine Aufgabe der Mitgliedstaaten, und sollte diese dennoch europäisiert werden, würde ich das Klima des Rates dem der Kommission vorziehen. Genau dies geschieht gerade, trotz all unserer gut gemeinten Beschlüsse.

Philip Claeys (NI). – (NL) Herr Präsident, dieses Gefeilsche um die Benennung des Präsidenten des Europäischen Rates ist alles andere als aufbauend. Aktuell können wir zum Beispiel in Belgien sehen, wie die Kandidatur unseres Premierministers Herman Van Rompuy durch Argumente wie „er ist unauffällig, er hat relativ wenig Feinde, er kann gut Kompromisse erzielen“ gestützt wird. Die eigentliche Argumentation ist die, dass jeder, der ein künstliches Land wie Belgien zu regieren vermag, dies in Europa gleichermaßen tun kann.

Es ist jedoch für niemanden in Europa von Interesse, dass sich die Europäische Union zu einer größeren Version von Belgien entwickelt. Zudem regiert Herman Van Rompuy tatsächlich nicht als Premierminister. Das belgische Modell ist nicht länger regierbar. Das bedeutet, dass Herr Van Rompuy mehr ein Verwalter des Status Quo ist und tatsächlich nur die laufenden Geschäfte wahrnimmt.

Wir brauchen keine farblose, fade, geruchsneutrale Figur, die nach der Geige der Europäischen Kommission tanzt. Was wir brauchen ist eine kraftvolles Sprachrohr für die Mitgliedstaaten und auch für die Bürgerinnen und Bürger, die bei all dem leider nicht berücksichtigt werden.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor zwanzig Jahren haben wir die gewaltsame Teilung Europas in Freiheit und Diktatur friedlich beseitigt. Die Europäische Union ist das

politische Projekt, das die Wiedervereinigung unseres Kontinents möglich macht. Die Europäische Union ist jenes politische Projekt, das sich zum Ziel setzt, die Friedenszone, die Freiheitszone, die Demokratiezone und die Stabilitätszone in Europa zu erweitern. Wir haben die Verantwortung dafür, dass die Wertegemeinschaft und die Rechtsgemeinschaft gestärkt werden. Wir sollten alles tun und auch am heutigen Tag dazu beitragen, dass uns die Freude über das Erreichte die Kraft und die Entschlossenheit dafür gibt, dass nicht neue Mauern und neue Stacheldrähte zwischen den Menschen auf unserem Kontinent und der Welt aufgebaut werden.

Der Vertrag von Lissabon ist der größte Demokratieschub seit der ersten Direktwahl vor dreißig Jahren, und er gibt der Europäischen Union, den Institutionen die Chance und die Möglichkeit, zum Sprecher des Kontinents zu werden. Aber wir müssen diese Chance nützen! Wir müssen den politischen Willen haben, den Vertrag umzusetzen und durchzusetzen. Und wenn wir den politischen Willen haben, dann heißt das aber auch, dass wir davon Abschied zu nehmen haben, immer nur nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen. Jedes *Opting-out* schwächt die Gemeinschaft. Die Krisen haben wir erst gestoppt, wenn die Arbeitslosigkeit nachhaltig sinkt und sich das Wachstum ohne milliarden schwere Pakete, die unsere öffentlichen Defizite in dramatische Höhen treiben, wieder nachhaltig entwickelt.

Mein letzter Satz ist auch deutlich: Europäisch denken heißt, aufeinander zuzugehen und nach den besten Lösungen zu suchen. Die Personaldebatten der letzten Tage lassen in mir die Befürchtung aufkeimen, dass wir nicht nach den besten, nicht nach den europäischen Lösungen, sondern nach den einfachsten Lösungen für die Mitgliedstaaten und die politischen Parteien suchen. Das ist die falsche Antwort auf die Entwicklungen der letzten Jahre und den Vertrag von Lissabon!

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich möchte zwei Anmerkungen machen, die jeweils Aspekte von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates betreffen. Und zwar aus der Perspektive des Vorsitzes des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und demnach den Bereich Freiheit, Sicherheit und Justiz involvierend.

Die erste betrifft die Immigration: Ich begrüße die Tatsache, dass die Immigration einen bedeutenden Platz in den Ratsschlussfolgerungen eingenommen hat. Ferner ist es wie ich meine wichtig, dass die Immigrationspolitik zum ersten Mal zu einer Gemeinschaftspolitik wird. Dies wird während der spanischen Ratspräsidentschaft Thema einer ersten Einschätzung sein, die die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente berücksichtigen wird. Gleichzeitig bedaure ich jedoch den Umstand, dass dies nicht nach der verpflichtenden Solidaritätsklausel mit ihren finanziellen Konsequenzen geschehen ist. Denn es hat einen Hinweis auf die Solidarität bezüglich des Managements von Einwanderungsströmen gegeben.

Die zweite hat mit der institutionellen Dimension im Bereich Freiheit, Sicherheit und Justiz zu tun, denn dies wird ein „Vorher“ und ein „Nachher“ in der Arbeit dieses Parlaments zur Folge haben. Schließlich muss es eine Gemeinschaftspolitik geben; und am Ende wird die Entscheidungen dazu das Europäische Parlament tragen.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, viel von den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, die das Ende der schwedischen Ratspräsidentschaft am 10. Dezember markieren werden, zu erwarten. Dabei wird der Bereich Freiheit, Justiz und Sicherheit schlussendlich als ein wichtiger, zutiefst europäischer und zutiefst humanitärer Handlungsbereich verankert. Dies in Folge der Annahme des Stockholmer Programmes, zu dem der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres einen entscheidenden Beitrag mit dem Bericht, der diese Woche gebilligt werden wird, leistet.

Andrew Duff (ALDE). – Herr Präsident, es ist großartig, dass wir nunmehr das Schlusskapitel der Geschichte des Vertrags abschließen können. Dennoch bedaure ich, dass wir den Preis dafür zahlen mussten, dass der extrem schlechte Präzedenzfall des britischen Protokolls zur Charta auf die Tschechen ausgeweitet wurde.

Die Presse berichtet derzeit über das Protokoll als einem Ausstieg aus der Charta. Ich wäre dankbar, wenn der Ratsvorsitz beim Abschluss der Aussprache bestätigen könnte, dass dies davon entfernt ist und die Charta für die Tschechen und ihren in seiner Burg sitzenden Präsidenten weiterhin bindend sein wird.

Die Bedeutung des Protokolls liegt darin, die Praxis der Gerichte bei der Anwendung der Charta während ihrer innerstaatlichen Gerichtsverfahren einzuschränken. Dies ist sehr untergeordneten und peripheren Charakters und letztendlich unerheblich.

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Herr Präsident, trotz der großen Erklärungen, der Vertrag von Lissabon würde die Funktion der Europäischen Union verbessern, stellt sich heraus, dass er eine Büchse der Pandora

geöffnet hat. Seine Bestimmungen sind unpräzise und führen nicht nur zu Kontroversen, sondern bereits zu einer Teilung in der EU-Führung.

Der Vertrag bestimmt weder die Vorrechte des künftigen Ratspräsidenten noch ein demokratisches Wahlverfahren für diese Position. Die wirkliche Bedeutung des Präsidenten wird von der Stärke seiner Persönlichkeit und der vorher ausgeübten Funktion abhängig sein. Auch ist schwer erkennbar, ob das klassische Modell der nationalen Präsidenschaften, die in der EU-Politik den Ton angeben, beibehalten werden wird. Ähnlich sieht es im Hinblick auf den Außenminister der Europäischen Union aus.

Die Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger wartet auf eine Antwort auf die Frage, ob wir einen starken europäischen föderalen Staat zu Lasten der nationalen Souveränität errichten und ob in Zukunft ein starker Ratspräsident eine Rückkehr zu den antidemokratischen Traditionen eines Europas des 20. Jahrhunderts ablehnen wird.

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, vielen Dank an den schwedischen Ratsvorsitz auch dafür, dass während dieses sechsmonatigen Zeitraums so viele entscheidende Ergebnisse erzielt wurden. Gestatten Sie mir jedoch gleichzeitig, und ich wende mich hier an den schwedischen Ratsvorsitz – Ihnen ein Geschenk zu offerieren: Das Geschenk ist dieses blanke Blatt Papier, welches Sie in den nächsten Tagen als ein außergewöhnliches Instrument zur Überwindung der Schwierigkeiten einsetzen können, die darin bestehen, die Kandidaten für den Posten des Präsidenten des Europäischen Rates und den des Hohen Vertreters der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik zu bestimmen.

Wenn Sie tatsächlich die Staats- oder Regierungsoberhäupter davon überzeugen können, auf dieses Blatt nicht die in den Zeitungen und Fernsehsendern erscheinenden Namenreihen zu schreiben, sondern die Idee, die sie von der Außenpolitik der Europäischen Union haben, dann werden wir einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht haben. Denn wenn sie uns deutlich machen, ob sie beispielsweise an eine größere Harmonisierung oder an eine authentische Außenpolitik glauben, wird es im Anschluss leicht sein, der Person, die uns in der Welt repräsentieren wird, ein Gesicht und einen Namen zu geben. Dies ist die wirkliche Transparenz, die wir benötigen: Zu verstehen, was unsere Idee von Europa und einer Außenpolitik der Europäischen Union ist, und welcher wir uns am ehesten anschließen.

Es ist daher entscheidend, dass die gewählten Personen den Geist und die Werte des europäischen Projekts verkörpern. Personen, die Europa eine führende Rolle in den internationalen Beziehungen garantieren können. Personen, die für ihre Wirksamkeit die für Europas Gründungsväter typischen Ideale neuerlich bestätigen, das einzig richtig verbindende und demnach zündende Element auf der Weltbühne. Die Europäische Union ist kein Monolith, sondern des Handlungsprodukt von Männern und Frauen. Und als solches muss es, um am Leben zu bleiben, mit der Zeit Schritt halten. Kurz gesagt muss Europa wieder von der Grundlage der Werte, auf der es gegründet wurde, ausgehen. Ferner von den bislang durch uns erzielten schönen Ergebnissen und auch einer, glauben Sie mir, guten Portion Realismus.

David-Maria Sassoli (S&D). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz für die geleistete Arbeit danken. Auch dafür, dass er erfolgreich die Bedingungen für die abschließende Ratifizierung des Vertrags von Lissabon bestimmt hat. Wir benötigen den neuen Vertrag dringend, denn er räumt uns die Möglichkeit einer Verstärkung und Ausweitung von Vollmachten ein. Wie zum Beispiel der Vollmachten dieses Parlaments und von zwei neuen Positionen, die die politische und institutionelle Einheit repräsentieren können. Wir hoffen daher, dass der Rat in der Lage sein wird, die Anliegen der großen europäischen politischen Familien weise zu interpretieren. Damit zu Beginn der nächsten Sitzung eine entschiedene und stark unterstützte Entscheidung zur Benennung der Personen getroffen werden kann, die dazu aufgerufen sind, die neuen Positionen zu besetzen, die durch den Vertrag vorgesehen sind.

Was brauchen wir? Wir brauchen einen Ratspräsidenten, der imstande ist, Beständigkeit und Kontinuität zu garantieren. Wir brauchen einen Hohen Vertreter, der aufgrund seiner oder ihrer Erfahrung und Autorität fähig ist, Europa eine führende Rolle in einer multipolaren Welt zu gewährleisten. Und der gleichzeitig als eine Verbindung zwischen der internationalen und der gemeinschaftlichen Dimension der Union agieren wird. Und dann brauchen wir auch noch ein Kollegium an Kommissaren, das im Hinblick auf Politik, Geografie und Gleichberechtigung stark, solidarisch und ausgewogen ist. Besonders bezeichnend ist, dass dies 20 Jahre nach dem Fall der Mauer passiert, einer Mauer, die Europa geteilt hat. All dies kann die Hoffnung auf ein geeintes, starkes Europa wiederaufleben lassen, das den Anspruch auf Solidarität und Gerechtigkeit weiter vorantreibt.

Louis Michel (ALDE). – (FR) Herr Präsident, Frau amtierende Ratspräsidentin, meine Damen und Herren, zunächst möchten ich meinen Dank und meine Glückwünsche an den schwedischen Ratsvorsitz für die wirklich beachtliche Arbeit richten, die er leistet.

Indes möchte ich die Gelegenheit dieser Rede nutzen, Herrn Präsidenten Barroso über eine dritte Partei anzusprechen: Frau Malmström wird daher sicherlich die durch mich zu machenden Anmerkungen an ihn weiterleiten. Bei diesen folge ich ferner seiner Rede in Antwort auf Herrn Verhofstadt.

Wir alle möchten eine effektive und verlässliche Kommission, eine Kommission, die vollumfänglich von ihrem Initiativrecht Gebrauch macht und keine Angst vor der Anwendung der Gemeinschaftsmethode hat. Wenn wir diese Kommission jedoch wollen – und ich habe verstanden, dass auch Herr Barroso sie wollte – dann muss sie meiner Ansicht nach ihre Handlungen um die Kompetenzen herum strukturieren. Diese sind innerhalb von vier oder fünf Säulen zu organisieren, wovon jede Säule unter die politische Verantwortung eines Vizepräsidenten gestellt wird. Letzterer ist mit der Autorität und der Fähigkeit – und gleichfalls mit der Macht – ausgestattet, die Beständigkeit der gesamten Politik innerhalb ihrer oder seiner Säule zu gewährleisten.

Die gegenwärtige Kompetenzaufteilung der Kommission – und ich bin gut imstande, darüber zu sprechen, da ich schließlich fünf Jahre lang Kommissar war – unterwandert die Gemeinschaftsmethode, behindert das Initiativrecht und schadet unserer Institution. Bitte richten Sie dies Herrn Barroso in meinem Namen aus.

Es war schwierig, die aus der Vergangenheit geerbte Kompetenzstruktur sofort zu reorganisieren. Manchmal ist sie sonderbar, wenn nicht gar opportunistisch, und die Vereinbarungen der Vergangenheit sind unverständlich. Aber ich könnte nicht verstehen, wenn es dem jetzigen Präsident nicht gelänge, die Ordnung zu etablieren, die diese Institution als Neue Initiative verdient.

Michel Barnier (PPE). – (FR) Herr Präsident, wegen der Hartnäckigkeit des schwedischen Ratsvorsitzes, dem ich auch danken möchte, haben wir den Vertrag von Lissabon. Dennoch ist ein Vertrag wie dieser kein Projekt, sondern ein Werkzeug, ein Werkzeugkasten im Dienste des europäischen Projekts. Deshalb liegt es jetzt an den Männern und Frauen, die die Institutionen lenken – der Kommission, ihren Präsidenten, dem Rat –, und uns hier, dieses Werkzeug künftig gut einzusetzen. Und zwar am Ende einer langen, zu langen Übergangsperiode.

Wir sind jetzt besser für die Annahme von drei wichtigen Herausforderungen gerüstet. Angesichts dieser, meine Damen und Herren, werden wir uns nicht nur für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union einsetzen, sondern auch – um eben die Worte von Herrn Havel zu wiederholen – für ihre Souveränität.

Die erste Herausforderung ist die der Krise. Wir können – und dürfen nicht – aus ihr herauskommen, wie wir hineingekommen sind und als ob nichts geschehen wäre. In unserem Dialog mit den Vereinigten Staaten müssen Lektionen gelernt werden, insbesondere im Hinblick auf das Regieren, die Solidarität, die Transparenz und die Lenkung der globalen Wirtschaft. Und da wir Europäer sind, sind Lektionen bezüglich der Absicherung zu lernen. Ich verwende dieses Wort absichtlich. Und zwar hinsichtlich der Konsolidierung des Binnenmarkts und des „Ausgleichs von Markt und Gesellschaft“, um ein Wort von Mario Monti zu wiederholen, welches ich als eigenes angenommen habe. Ihm hat Präsident Barroso zudem eine Aufgabe in dieser Angelegenheit anvertraut.

Die zweite Herausforderung ist die des grünen Wachstums. In Kyoto hatten wir dank der Europäischen Kommission die Führung in dieser Angelegenheit übernommen. Wir müssen diese Position beibehalten, indem wir natürlich sicherstellen, dass unserer Partner, die anderen großen Länder und Regionen, eine umgekehrte Haltung annehmen.

Und die dritte Herausforderung für uns ist, mit am Tisch zu sitzen – nicht „hinter dem Tisch“, sondern mit „am Tisch“, nämlich am Tisch derer zu sitzen, die über die globale Ordnung – oder Unordnung – der nächsten 20 Jahre entscheiden werden. Dies ist, da wir 27 Nationen zählen, nicht einfach. Aber solange wir uns nicht daran stören – ich persönlich tue es – Unterhändler zu sein oder unter dem Einfluss anderer Länder zu stehen, es ist dennoch entscheidend.

Deshalb vertrauen wir sehr in die zukünftige Arbeit des Hohen Vertreters, dessen Aufgabe es sein wird, eine echte Gemeinschaftsdiplomatie und strategische Kultur zu formen. Herr Präsident, Frau amtierende Ratspräsidentin, je schneller wir bereit sind, desto besser wird es für die europäischen Bürgerinnen und Bürger sein. Deshalb warten wir sehnlich und zuversichtlich auf die Entscheidungen, die Sie treffen werden.

Kinga Góncz (S&D). – (HU) Ich möchte gern eine Ausnahme machen und nicht über den Vertrag von Lissabon sprechen. Lieber möchte ich mich zum Ergebnis des Europäischen Rates im Hinblick auf den

wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Teil äußern. Einerseits freut es uns zu sehen, dass auch dieses Dokument Anzeichen einer finanziellen Stabilisierung aufweist. So sehen auch wir die Situation, nur inzwischen ist auch deutlich, dass die Reserven der Menschen in Europa schwinden.

Die Unternehmen finden es derzeit schwierig, an Finanzierungshilfen und Bankkredite zu gelangen, während die Arbeitslosigkeit zunimmt. Auch dies wird in diesem Dokument erwähnt. Ich glaube es ist wichtig zu betonen, dass weder das Wirtschaftswachstum zukunftsfähig ist, noch können wir von einem Europa sprechen, das aus der Krise stärker als zuvor hervorgeht. Und zwar bis wir nicht klar garantieren können, dass das gegenwärtige Niveau sozialen Zusammenhalts nicht nur beibehalten, sondern gestärkt werden wird und bis wir die Beschäftigung erhöhen und den sozialen Ausschluss verhindern können.

Die auf einem offenen Ansatz beruhenden Koordinierungsmethoden unserer Sozialpolitik sind ziemlich ineffektiv. Wir müssen unsere Koordinierungsmethoden verbessern. Wir brauchen tatsächlich effektivere Instrumente. Sozialer Zusammenhalt und die Errungenschaften eines sozialen Europas sind jene Faktoren, die von den Menschen für am wichtigsten gehalten werden. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, diese Tatsache herauszustellen.

Lena Ek (ALDE). – (SV) Herr Präsident, Politik und Psychologie gehören zusammen. Im Augenblick versuchen viele Menschen, die Erwartungen vor den Kyoto-Verhandlungen in Kopenhagen innerhalb von wenigen Wochen schlechtzureden. Genau das gleiche passierte, als wir die Klimaziele verhandelten. Die Klimaziele, die wir vorgeschlagen und für die wir in diesem Parlament gearbeitet hatten, wurden für tot erklärt. Sie wurden nicht nur einmal, sondern vielleicht zehnmal beerdigt, bis wir die letzte Entscheidung erreichten.

Es ist genau das gleiche mit dem Klimapaket. Es ist für tot erklärt und durch jene beerdigt worden, die eigentlich gegen die Klimaziele sind. Daher möchte ich den schwedischen Ratsvorsitz dazu auffordern, seine gute Verhandlungsarbeit und seine konstruktive Linie fortzusetzen, denn wenn wir kein rechtsverbindliches Abkommen in Kopenhagen anstreben, dann werden wir es nicht bekommen. Dieses Zwei-Grad-Ziel ist jedoch extrem wichtig, und daher müssen wir jetzt mit vollem Einsatz nach vorn drängen. Seneca hatte einmal beobachtet, dass sich die Menschheit in zwei Gruppen einteilen lässt: In jene, die vorangehen und etwas unternehmen, und in jene, die hinterherlaufen und kritisieren.

Marietta Giannakou (PPE). – (EL) Herr Präsident, ich habe genau zu Kenntnis genommen, was der Ratsvorsitz über die Wirtschaftskrise gesagt hat; mit Ausnahme eines Landes ist jedoch klar, dass keines der anderen den Stabilitätspakt einhalten kann. Die Wirtschaftskrise sollte zudem letztlich nicht zu einer Krise der Werte und Prinzipien werden.

In der Frage des Klimawandels hat der Ratsvorsitz das Richtige getan. Wenn sich die Situation ändern soll, ist es jedoch erforderlich, nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die Vereinigten Staaten von Amerika zu überzeugen. Es bedarf in Kopenhagen einer wirklichen Entschlusskraft.

Bezüglich der dritten Frage, der des Vertrags von Lissabon, sind wir zufrieden. Neun Jahre nach der Krise anlässlich des Vertrags von Nizza und der Unfähigkeit, eine Antwort auf die institutionelle Frage zu finden, haben wir vor uns einen Vertrag liegen, zu dem wir vor der Unterzeichnung von verschiedenen Seiten bedrängt wurden. Nicht nur die Institution und der Vertrag sind wichtig. Die Personen, die ihn anwenden, sind gleichermaßen wichtig. Und in diesem Sinne ist der Ratsvorsitz auch auf Ebene der Europäischen Kommission dafür zuständig, dass die verantwortlichen Personen – hauptsächlich der Außenminister – alle Interessen einer gut aufgebauten Union zum Ausdruck bringen.

Andererseits ist dies auf Ratsebene eine Angelegenheit – und ich beziehe mich hier insbesondere auf die Frage des Ratspräsidenten – die viele von uns nicht akzeptiert haben. Als Mitglied der Europäischen Konvention weiß ich persönlich, dass viele von uns vorgezogen hätten, die Position des Ratspräsidenten durch den Kommissionspräsidenten zu besetzen. Dies ist in der Vergangenheit auch geschehen, denn im Wesentlichen besteht die Aufgabe des Kommissionspräsidenten darin, sich mit dem Rat abzustimmen und störende Konflikte zu vermeiden.

Ich vertraue darauf, dass sowohl die Präsidentschaft der Europäischen Kommission und, was viel wichtiger ist, der Ratsvorsitz den Mitgliedstaaten gegenüber angemessene Empfehlungen machen. Damit die Art, in der beide Institutionen arbeiten, sie sich nicht von dem *modus operandi* der Kommission unterscheidet. Und auch nicht von der exzellenten Vergangenheit, die wir in Europa hatten und die uns so viele Jahre Wohlstand sicherte.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich bin der Ansicht, dass die Vereinbarung zum tschechischen Problem eine vernünftige Lösung war; sie war nicht perfekt, aber es war die beste Lösung und für ein so ernstes Problem notwendig.

Ich glaube, dass 2010 ein großes Jahr für Europa sein kann. Europa hat ein neues Kollegium von Kommissaren, eine neue, die Europäische Union lenkende Organisationsstruktur und einen neuen Rechtsstatus: Die europäische Union ist jetzt eine „die Europäische Union“ genannte Einheit mit eigener Rechtspersönlichkeit und keine Summe verschiedener Nationen. Wie gesagt worden ist, haben wir jetzt die Möglichkeit zu handeln, und wir brauchen den Willen zum Handeln. Ich meine, Europa muss die sehr ernstesten, Fortschritte behindernden nationalistischen Tendenzen überwinden.

Wir sollten reflektieren, wie weit wir vor zehn Jahren mit dem Euro in Richtung Europäische Union vorangekommen wären, wenn wir den Franc, die Mark, die Peseta und so weiter nicht aufgegeben hätten. Wir müssen einiges von diesem Denken, wie Herr Barroso gesagt hat, erneut im europäischen Geist erwecken.

Ich möchte zwei Dinge erwähnen, die ich für wesentlich erachte. Eines davon ist eine dringende Angelegenheit: Das Kollegium der Kommissare muss im Dezember in Straßburg angenommen werden. Meiner Ansicht nach ist es sehr wichtig, dass der nächste Ratsvorsitz im Januar sein Mandat mit dieser neuen Ausrichtung übernehmen sollte, mit einem neuen Kollegium der Kommissare, die bereits Ende dieses Jahres im Amt sind.

Zweitens möchte ich das Motiv wiederaufleben lassen, welches der Europäischen Union zugrunde liegt, was die Europäische Union zu erreichen sucht. Ich denke, dass in den wichtigsten Ausspracheformen der Welt sehr wichtige Entscheidungen auf dem Spiel stehen und Europa mit einer Stimme, einer starken Stimme sprechen muss, um die besonderen Eigenschaften unseres Vorhabens zu verfechten: Ein soziales Modell und eine neue rechtliche, wirtschaftliche und politische Struktur für eine Welt, in der die Lage eine immer wichtigere Rolle spielt und in der es einen besseren Markt gibt. Europa benötigt eine lautere Stimme, die geeinter und stärker ist.

Olle Schmidt (ALDE). – (SV) Herr Präsident, dem schwedischen Ratsvorsitz muss gratuliert werden. Dieser eigensinnige Mann in Prag hat schließlich unterzeichnet, und wir sind jetzt endlich am Ziel der Reise angekommen. Hoffentlich sind es keine institutionellen Fragen, die im nächsten Jahrzehnt unsere Zeit in Anspruch nehmen werden. Obgleich Václav Havel als echter europäischer Held sofort bereit war, weitere Schritte zu unternehmen. Die Tatsache, dass der Tschechischen Republik eine Ausnahmeklausel von der Grundrechtecharta eingeräumt wurde, ist meiner Ansicht nach enttäuschend. Wie Herr Duff betonte, genügt es vollauf, dass Polen und das Vereinigte Königreich Ausweichklauseln haben.

Es muss in Kopenhagen ein globales Abkommen erzielt werden, in dem die reichen Nationen der Welt einen größeren Teil der Verantwortung übernehmen. Die armen Nationen der Welt sind für die Erwärmung des Planeten nicht verantwortlich. Gleichzeitig müssen natürlich die Wachstumswirtschaften ihren Beitrag leisten. Herr Minister, ich komme zum Schluss. Das Verfahren im Vorfeld des Gipfels in der kommenden Woche, wo ein Präsident und ein Außenminister zu ernennen sind, hätte mit mehr Transparenz durchgeführt werden müssen. Die derzeitige Heimlichtuerei ist für ein demokratisches Europa beschämend, und ich denke, dass ich nicht der einzige mit dieser Ansicht bin.

Tunne Kelam (PPE). – Herr Präsident, ich möchte drei Beobachtungen machen. Mit dem in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon braucht die EU mehr denn je zuvor eine wirksame, auf Solidarität beruhende Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik. Nur eine solche Politik kann eine Wiederholung von Schröder-Putin-Deals verhindern.

Zweitens müssen wir die Wichtigkeit dessen in der neuen Situation anerkennen, über eine kontinuierlich starke Kommission zu verfügen, die die Verantwortung für die Umsetzung des Vertrags von Lissabon übernehmen kann.

Drittens brauchen wir im Hinblick auf die neuen Top-Posten zuallererst Mut zur Förderung und Unterstützung von Persönlichkeiten und nicht Ressorts. Von Persönlichkeiten, die langfristige Visionen und ein Bekenntnis zur Kontinuität europäischer Werte in sich tragen.

Um diesen enormen neuen Herausforderungen zu begegnen, braucht die EU folglich einmal mehr zwei europäische Staatsmänner des Formats Adenauer, Schuman oder De Gasperi. Wir sollten vorbehaltlos nach diesen suchen. Diese Staatsmänner sind auch in den neuen Mitgliedstaaten, die in der künftigen Troika mit Sicherheit vertreten sein sollten, zu finden. Václav Havel sagte uns heute, dass Europa eine Heimat unser

Heimatländer sei. Ich denke, wenn man von diesem Verständnis ausgeht, können wir bei der Verwirklichung des Vertrags von Lissabon erfolgreich sein.

Sandra Kalniete (PPE). – (LV) Ich möchte zum Ausdruck bringen, was für eine Freude es ist, dass der Vertrag von Lissabon endlich in Kraft tritt. Und darüber zu reden, wer der Präsident Europas sein sollte. Dem Europäischen Rat vorzusitzen heißt nicht, Europa vorzusitzen. Sondern eher mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Oberhäuptern der Mitgliedstaaten zusammenzugehen. Sie dabei zu unterstützen und zu ermutigen, die Rolle der Europäischen Union unter den weltweit führenden Staaten von Morgen zu stärken. Ich möchte ausführen, dass Frau Vaira Vīķe-Freiberga, die ehemalige Präsidentin von Lettland, über all die persönlichen Führungsqualitäten und die politische Führungserfahrung verfügt, um sie zu einer erfolgreichen Präsidentin des Europäischen Rates werden zu lassen. Ihr Mut verkörpert die Geschichte unseres geteilten Kontinents. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte sie als Flüchtling nach Lettland zurück; sobald unser Land wieder frei war, kam sie wieder, um dessen Präsidentin zu werden. Lettland wurde während ihrer achtjährigen Präsidentschaft Mitgliedstaat der Europäischen Union und der NATO. Vaira Vīķe-Freiberga ist eine überzeugte Bürgerin Europas. Sie ist eine hoch gebildete und starke Persönlichkeit, die die Herausforderungen von Europas Zukunft uneingeschränkt begreift. Sie wird auch definitiv dazu imstande sein, unpopuläre Entscheidungen zu treffen, sofern das erforderlich werden sollte.

VORSITZ: Rodi KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Frau Präsidentin, als Vertreter des ersten Mitgliedstaats, der den Vertrag von Lissabon ratifiziert hat, möchte ich den schwedischen Ratsvorsitz im Namen von Ungarn beglückwünschen. Der schwedische Ratsvorsitz hat Hervorragendes geleistet. Mit Herrn Havel haben wir in diesem Haus einen Tschechen begrüßen dürfen, der ein Freund Europas ist. Der tschechische Präsident Klaus hat indes für Beunruhigung gesorgt und sich nicht als Freund Europas erwiesen.

Wir müssen das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, die Ernennung der neuen Kommission und die Einrichtung der relevanten Strukturen schnellstmöglich abschließen, um uns auf die eigentliche Arbeit konzentrieren zu können.

Für mich ist sehr wichtig, dass im Vertrag von Lissabon erstmalig auf die Rechte von Personen hingewiesen wird, die Minderheiten angehören. Ich bitte Frau Wallström als große Befürworterin von Minderheiten Präsident Barroso an sein Versprechen zu erinnern, dass sich der für Grundrechte zuständige Kommissar mit den Rechten von Minderheiten befasst, zu denen die einheimischen Minderheiten wie die Sami und die Rechte von immigrierten Minderheiten und den Roma gehören.

Mairead McGuinness (PPE). Frau Präsidentin, in Irland werden wir gefragt, ob nun nach der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon Begeisterung herrschen würde. Ich antworte darauf, dass dies eigentlich nicht der Fall ist, da die Ratifizierung so langwierig und die Ausfertigung und die Aushändigung so schwierig waren. Es herrscht Erleichterung und ein wenig Freude, aber auch die Erkenntnis, wie diese Debatte zeigt, dass die eigentliche Arbeit noch vor uns liegt und es eine äußerst schwierige Aufgabe sein wird, die richtigen Personen zu ernennen. Dabei handelt es nicht nur darum, Männern und Frauen eine Tätigkeit zu verschaffen, sondern es geht vielmehr darum, all die sehr wichtigen, neu geschaffenen Funktionen mit den richtigen Leuten zu besetzen. Es ist bedauerlich, dass dies zusätzliche Zeit in Anspruch nimmt und somit die endgültige Gestaltung aller Institutionen verzögert, was für uns einen großen Arbeitsaufwand bedeutet. Doch vielleicht ist diese geringe Zeitverzögerung von Nutzen, um die richtigen Leute bestimmen zu können.

Die von uns dargelegten Spitzenpositionen sind wichtig und erfordern Menschen mit Engagement, Einsatz und dem Wunsch, die Europäische Union verbessern zu wollen, anstatt lediglich eine berufliche Verpflichtung zu erfüllen.

Herr Barroso liegt mit seiner Ansicht hinsichtlich tragfähiger Institutionen völlig richtig. Was in diesem Parlament erörtert und besprochen wird, sollte gehört werden. Sie sollten uns gut zuhören, denn wir stehen unseren Wählern am nächsten. Wir werden direkt gewählt.

Petru Constantin Luhan (PPE). – (RO) Ich stimme den Äußerungen von Herrn Reinfeldt in jeder Hinsicht zu und begrüße insbesondere die Tatsache, dass die Europäische Union im Oktober beim Europäischen Rat eine gemeinsame Haltung für die Konferenz in Kopenhagen gefunden hat.

Die Europäische Union hat bereits eigenmächtig durchgreifende Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel ergriffen und Fortschritte bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen erzielt. Es ist indes offensichtlich, dass der Alleingang der Europäischen Union den durchgreifenden Erfolg der internationalen Verhandlungen nicht garantieren kann.

Meiner Ansicht nach ist es extrem wichtig, dass die Europäische Union den Übergang zum Reduktionsziel von mehr als 20 % nur unter bestimmten Bedingungen vollziehen sollte, da die Bemühungen der EU ansonsten als übertrieben angesehen würden.

Die Bedingungen sollten sich insbesondere am verbindlichen Rechtscharakter des zukünftigen Abkommens orientieren. Zusätzlich sollten spezifische Zielsetzungen bei der Reduzierung der Emissionen von den entwickelten Ländern entsprechend den Vorgaben der EU verabschiedet und durch entsprechende Beiträge seitens der Entwicklungsländer ergänzt werden.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – (FI) Frau Präsidentin, gegenwärtig verfügen wir in diesem Haus über eine sehr interessante Zusammensetzung, da alle drei Institutionen von einer Frau vertreten werden. Frau Malmström für Schweden als dem Land, das derzeit den Ratsvorsitz innehat, Frau Wallström für die Kommission und Sie selbst, Frau Präsidentin, für das Parlament. Ich würde mir wünschen, dass Spitzenpositionen in Zukunft regulär und häufiger als heute von führenden Frauen bekleidet werden. Wie mir bekannt ist, haben Frau Wallström und Frau Wallis, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, eine interessante Initiative eingebracht, die alle führenden Frauen im Parlament und in der Kommission in den Prozess miteinschließt.

In einem Schreiben an den Präsidenten der Kommission, Herrn Barroso, haben wir dargelegt, dass wir einen Wandel und ein angemesseneres Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern in der Kommission und anderen Spitzenpositionen wünschen. Hoffentlich wird diese Chance ergriffen, denn obwohl der Präsident der Europäischen Kommission unsere Ansichten in jeder Hinsicht unterstützt, übernehmen die Staats- und Regierungschefs keinerlei Verantwortung für diese beklagenswerte Situation. Wir können nicht zulassen, dass die Union ständig nur von Männern vertreten wird.

Jaroslav Paška (EFD). – (SK) Ich möchte zunächst dem Präsidenten Klaus und der Position der Tschechischen Republik meine Unterstützung aussprechen. Wie auch Deutschland die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu befolgen hatte, gehe ich davon aus, dass auch Herr Klaus den Beschluss des Verfassungsgerichts abwarten musste.

Soweit dies seinen Ansatz betrifft, halte ich seine Handlungen für die verantwortungsbewusste Vorgehensweise eines Staatsmannes, der, solange er von einer gewissen Rechtsunsicherheit ausgehen musste, die Stellungnahme der zuständigen Institution, in diesem Fall des Gerichts, abwartete.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, während sich Europa in einer Wirtschaftskrise befindet. Die derzeitigen Entscheidungen der Regierungen, die zur Überwindung der Wirtschaftskrise getroffen wurden, konnten aufgrund ihrer Ineffizienz nicht greifen. Davon ausgehend bin ich der Ansicht, dass wir in Zukunft koordinierter vorgehen müssen und nicht Ad-Hoc-Entscheidungen treffen dürfen, die in Bezug auf die Förderung von Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung keine ausreichende Wirkung erzielen können.

Bei der Ernennung einer neuen Kommission muss daher gewährleistet sein, dass deren Ämter mit Sachverständigen und Berufspraktikern besetzt werden.

Enikő Győri (PPE). – (HU) Ich bin der festen Überzeugung, dass der Vertrag von Lissabon Europa zweifellos in die Lage versetzen wird, seine Funktionsweise auf eine sicherere Grundlage zu stellen und logischer zu gestalten, was gleichzeitig die Probleme, die den Alltag von Bürgerinnen und Bürgern betreffen, ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken wird.

Wir müssen allerdings auch danach fragen, welchen Preis wir für das Erreichte gezahlt haben. Tatsächlich haben wir dafür unsere Werte diskreditiert und den Pragmatismus über unsere Wertvorstellungen siegen lassen. Sie wissen, worauf ich hier Bezug nehmen will. Die Europäische Union hat der absurden Forderung des tschechischen Präsidenten nachgegeben. Ganz zu schweigen davon, dass nach seinen Worten die Beneš-Dekrete eine tschechische Nichtanerkennung erforderlich machten. Lassen Sie mich daran erinnern, dass unter den Beneš-Dekreten viele Millionen Ungarn und Deutsche entrechtet und deportiert wurden. Meiner Ansicht nach ist diese Vorgehensweise der Europäischen Union von einem rechtlichen, politischen und moralischen Standpunkt aus unannehmbar.

Wir haben die tschechische Verfassungsordnung aus rechtlicher Sicht kritisiert und die Haltung des tschechischen Parlaments überwacht. Nun muss das Dokument jedoch politisch bei jedem künftigen Beitritt berücksichtigt werden, was sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf ein Land nachteilig auswirken wird, das nichts damit zu tun hat, nämlich Kroatien. Von einem moralischen Standpunkt aus ist es unzulässig, im Hinblick auf ein derartiges Thema eine Op-out-Klausel zu gewähren.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Ich begrüße die Annahme der Strategie für den Ostseeraum durch den Europäischen Rat. Die Europäische Union sollte dieses Modell auch auf den Donaauraum anwenden und dadurch zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion dieser Region und nicht zuletzt zur Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union beitragen.

Die Europäische Union wird an der Kopenhagener Konferenz als Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel teilnehmen. Die Europäische Union hat das „20-20-20“-Ziel bereits eigenmächtig angenommen. Die Energie- und Klimaschutzpolitik, die Teil des Gemeinschaftsrechts ist, befindet sich bereits in der Umsetzung.

Ich bitte die Europäische Union dringend, in Kürze ein effizientes und innovatives Rahmenprogramm zur Finanzierung der ökoeffizienten Wirtschaft auszuarbeiten.

Außerdem sollte die Europäische Union die Finanzierung geeigneter Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu einem Schwerpunkt machen.

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen sollte die Europäische Union nicht zuletzt in der Lage sein, ein positives Investitionsklima in Industrie und öffentlichen Diensten zu schaffen.

Kinga Gál (PPE). – (HU) Frau Präsidentin, Frau Malmström und Frau Wallström, seit dem Fall des Eisernen Vorhangs sind zwei Jahrzehnte vergangen. Während sich in einigen neuen Mitgliedstaaten der Regimewechsel unter rechtlichen Rahmenbedingungen und innerhalb staatlicher Strukturen vollzogen hat, bleibt die Vergangenheit weiterhin in politischen Einstellungen und in der Vorgehensweise von Behörden in angespannten Situationen gegenwärtig. Rufen wir uns die Ereignisse in Erinnerung, die sich im Herbst 2006 in Budapest vollzogen haben. Diejenigen, deren Grund- und Menschenrechte zu dieser Zeit mit Füßen getreten wurden, haben bis zum heutigen Tage keine Wahrheit und Gerechtigkeit erfahren. Dabei muss auch an die Angehörigen von nationalen Minderheiten in den neuen Mitgliedstaaten erinnert werden, die auch heute noch die bittere Erfahrung von Diskriminierung machen müssen und deren Rechte und Chancen dadurch beeinträchtigt sind.

Eben aufgrund der im Vertrag von Lissabon enthaltenen Vorschriften muss die Europäische Union bereit sein sicherzustellen, dass bei der Schaffung von Ressorts der Schwerpunkt entsprechend auf die Fragen der Menschenrechte und Grundfreiheiten innerhalb der Europäischen Union gelegt wird. Gleichzeitig muss sich der Zuständigkeitsbereich dieser Verantwortlichkeiten auf den Schutz der Rechte von traditionellen nationalen und sprachlichen Minderheiten erstrecken, da unserer Ansicht nach in diesem Bereich noch sehr viel zu tun ist. Ungeklärte Probleme, die diese einheimischen Gemeinschaften betreffen, sind, ob es uns gefällt oder nicht, in der Europäischen Union präsent. Die Europäische Union muss sich mit ihnen befassen und ihrer Pflicht nachkommen, die Bürgerinnen und Bürger beim Kampf zur Ausübung ihrer Rechte zu unterstützen.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, die Verabschiedung des lang ersehnten Vertrags von Lissabon liegt nun hinter uns. Dies wird zukünftig sicher zu einer Stärkung und Verbesserung der Europäischen Union führen.

Heute erfordert die Einführung des Vertrags verschiedene Entscheidungen zu Befugnissen, Personal und vor allem zur Schaffung einer Form der Zusammenarbeit zwischen den neuen Entscheidungsträgern, die die neue Vision von Europa in die Tat umsetzen müssen. Die mit dem Vertrag verbundenen Fragen dürfen uns nicht die Sicht für die Probleme verstellen, die unmittelbar wichtig sind. Dazu gehören der aktive Kampf gegen die Wirtschaftskrise, Maßnahmen, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit anzugehen, und die Gestaltung der Aufsicht über Finanzinstitutionen.

Ein Übereinkommen in Kopenhagen ist wichtig und erforderlich. Krisenzeiten sind jedoch kein guter Zeitpunkt, um Entscheidungen darüber zu treffen, in welcher Höhe sich die einzelnen Länder und internationalen Organisationen an dieser Zielsetzung beteiligen sollen und welche Verpflichtungen von ihnen einzugehen sind. Die aktuell wichtigste Aufgabe der EU und ihrer Mitgliedstaaten besteht darin, eine Antwort auf wirtschaftliche und soziale Fragestellungen zu finden.

Seán Kelly (PPE). Frau Präsidentin, es ist für mich, wie auch für meine Kollegin Frau McGuinness, eine große Ehre, am 20. Jahrestag des Mauerfalls und am Vorabend des inkrafttretenden Vertrags von Lissabon

an diesem Ort präsent zu sein. Dies ist ein Privileg, vor allem auch da Irland sich zu 67 % für den Lissabon-Vertrag ausgesprochen hat, ein Ergebnis, das die Anerkennung der jahrelangen Bemühungen der Europäischen Union widerspiegelt.

In den kommenden Jahren werden die Menschen die Auflösung der UDSSR gedenken und zu der Erkenntnis kommen, dass Bürgerkriege als Folge nicht sehr häufig auftraten, dass aber in so vielen Ländern, dem meinigen eingeschlossen, ein Bürgerkrieg ausgelöst wurde, als Frieden und Freiheit ins Land kamen.

Geschichtswissenschaftler werden auf die Rolle der Europäischen Union verweisen, die diesen Ländern Unterstützung, Lenkung und Trost geboten hat, so dass sich Bürgerkriege nicht verbreiten konnten.

Letztlich wurde viel über die Namen der Leute gesprochen, die die Ämter des Präsidenten und des Hohen Vertreters bekleiden sollen. Meiner Ansicht nach sollten wir uns auch mit dem Titel befassen. Wenn der Präsident an sich kein Präsident ist, sollte er beispielsweise Vorsitzender genannt werden. Warum sollten wir ihn nicht als Vorsitzenden bezeichnen? Drei Präsidenten zu haben ist für die Öffentlichkeit verwirrend.

Gay Mitchell (PPE). – Frau Präsidentin, zunächst möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass ich an den Entwicklungstagen in Stockholm teilnehmen konnte, und den Vorsitz zur Organisation dieser Tage beglückwünschen.

Kürzlich nahm ich im irischen öffentlichen-rechtlichen Radiosender RTÉ an einer Diskussion teil, bei der sich eine Dame besorgt zeigte, dass die Gesundheitsausgaben gekürzt werden und wir uns nicht ausreichend dafür einsetzen, die Entwicklungshilfe einzuschränken. Ich erklärte, dass es in dieser Angelegenheit kein Entweder-Oder geben kann, sondern beide Bereiche betroffen sind. Wir können Unterstützung für beides bereitstellen. Angesichts der Tatsache, dass die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa und des Angehens der Krise, in der wir uns befinden – und die natürlich auf unserer innenpolitischen Agenda an erster Stelle stehen muss – den Mittelpunkt unserer Bemühungen bildet, dürfen wir jedoch nicht die Tatsache außer Acht lassen, dass jährlich 11 Millionen Kinder in der Dritten Welt sterben. Fünf Millionen unter ihnen sterben, da ihnen nicht die Medikamente zur Verfügung stehen, die bei uns vor 30 Jahren im Gebrauch waren.

Daher bitte ich darum, dass dieses Thema weiterhin ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt wird und dass bei der Ernennung des neuen Zuständigen für Außenbeziehungen weiterhin gewährleistet ist, dass die Bewältigung dieses Problems eines unserer Hauptziele bleibt. Ich beglückwünsche Sie zu dem bisher Geleisteten.

Crescenzo Rivellini (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist nur zu richtig, dass der Vertrag von Lissabon und die Ernennung der Ratsmitglieder 20 Jahre nach dem Mauerfall erfolgt. Der Fall der Mauer kennzeichnete den Anfang des wahren Europas. Vor zwanzig Jahren stürzte eine Mauer ein, die zwar aus Beton bestand, für viele Bürgerinnen und Bürger im Osten jedoch Vorurteile, Zwangsherrschaft und Hunger symbolisierte. Heute sollten wir damit aufhören, den Mauerfall zu feiern und uns lieber fragen, was nun, nach dem Wegfall der Mauer, getan werden muss. Tatsache ist nämlich, dass in der Zwischenzeit andere Mauern entstanden sind: die Mauer zwischen den Ländern der Nord- und Südhalbkugel; zwischen den reichen und armen Ländern; zwischen Ländern, die Güter herstellen, und denjenigen, die Ideen produzieren. Diese Mauern sind viel höher und viel schwieriger zu überwinden. Sie können für die Menschheit insgesamt große Probleme verursachen und sogar Auslöser für Kriege sein.

Aus diesem Grund dürfen die Kandidaten für den Europäischen Rat, die nach Lissabon ernannt werden müssen, nicht nur von einer kleinen Minderheit hinter verschlossenen Türen ausgewählt werden. Diejenigen, die einen Beitrag leisten und sich als Kandidaten aufstellen lassen möchten, müssen dem Europäischen Parlament und Europa als Ganzes vor Augen führen, was ihre Intentionen sind und was sie leisten können. Wenn wir diese Mauer der „Ernennung“ niederreißen, bei der die künftigen Kandidaten auf einer ausgewogenen Grundlage von den Nationen und nicht etwa aufgrund ihrer persönlichen Eigenschaften ausgewählt werden, haben wir endlich die europäische Nation ins Leben gerufen.

Andrew Henry William Brons (NI). – Frau Präsidentin, der britische Oppositionsführer hat angekündigt, Teile des Vertrags von Lissabon neu verhandeln zu wollen. Dies würde natürlich den Konsens aller 27 Länder voraussetzen. Zudem hat die Opposition die Einreichung eines hoheitlichen Gesetzesentwurfs angekündigt, mittels dessen zukünftige Verträge ein Referendum erforderlich machen würden. Natürlich könnten nachfolgende Regierungen diese Regelung leicht wieder aufheben.

Würden der Rat und die Kommission zustimmen, dass es sich bei den Plänen des Vorsitzenden der Konservativen lediglich um heiße Luft handelt? Seine Partei muss sich entweder zur Annahme des Vertrags von Lissabon oder – was immer noch besser wäre – zum vollständigen Austritt des Vereinigte Königreichs aus der Europäischen Union entschließen.

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, diese Diskussion war sehr interessant, und ich möchte Ihnen für Ihre Beiträge danken.

Der schwedische Ratsvorsitz teilt mit Ihnen die Freude darüber, dass der Vertrag von Lissabon endlich in allen 27 Ländern ratifiziert wurde. Europa wird dadurch an Effektivität und Demokratie gewinnen und auf der internationalen Ebene eine größere Rolle spielen können. Darüber bin ich erfreut.

Ich stimme auch denjenigen zu, die sagten, dass wenn es vielleicht auch ein Zufall gewesen ist, dass Präsident Klaus für die Unterzeichnung des Vertrags eine sehr gute Woche ausgewählt hat: die gleiche Woche, in der wir den Fall der Berliner Mauer feierlich begangen haben und somit auch das Ende der kommunistischen Diktatur, den Beginn der europäischen Einheit und schließlich den Sieg des Gedankenguts von Robert Schuman über die Ansichten von Joseph Stalin.

(Beifall)

amtierende Präsidentin des Rates In Bezug auf die Tschechische Republik möchte ich auf die Frage von Herrn Duff mit den Worten antworten, dass den Tschechen nicht ein vollständiges Opt-out von der EU-Charta der Grundrechte zugesprochen wurde. Mit dem Protokoll 30 wird der verbindliche Charakter der Charta für das Vereinigte Königreich, Polen und die Tschechische Republik nicht aufgehoben. Es schränkt lediglich die gerichtliche Art der Verwendung ein, wobei seine Auslegung beim Auftreten von Konflikten letztlich in den Händen der Kommission und des Gerichts liegt.

Wie der Premierminister vor seinem Abgang anmerkte, ist die Beratung mit seinen 26 Kollegen noch nicht abgeschlossen. Sie ist schwierig, aber sie ist sein Ziel. Er hat seine Kollegen bereits zu einem Arbeitsabendessen am nächsten Donnerstag eingeladen.

Dabei ist es noch zu früh, um über die Namen zu spekulieren. Ich lese auch Zeitung. Und mir sind Namen zu Ohren gekommen, die Ihnen nicht gefallen würden; ich habe aber auch Namen gehört, die Ihre Zustimmung hätten. Ich glaube, eine oder zwei Bewerbungen für den Posten kamen auch aus dem hiesigen Parlament. Sie sind eingeladen, dem Vorsitz Ihre Bewerbungen zu unterbreiten. Wir werden alle prüfen. Bis zum nächsten Donnerstag ist noch eine Woche Zeit. Und natürlich haben wir Ihre Bedenken hinsichtlich regionaler Ausgewogenheit und Gleichstellung von Männern und Frauen – einem meiner Ansicht nach äußerst wichtigem Thema – wohl vernommen. Wir sollten den europäischen Bürgern zeigen können, dass Europa nicht nur von Männern geführt wird. Doch wie der Premierminister bereits anmerkte, werden lediglich zwei Ämter neu geschaffen. Alle Anforderungen zu erfüllen ist sehr schwierig, doch wir tun unser Bestes und ich habe Ihre Ratschläge zur Kenntnis genommen.

In Bezug auf den Hohen Vertreter wird er oder sie das Rahmenwerk bereitstellen und zu Ende führen, das gerade zum Europäischen Auswärtigen Dienst verabschiedet wurde. Er oder sie wird dies gemeinsam mit dem Parlament durchführen und dem Rat das Rahmenwerk spätestens im April nächsten Jahres vorlegen.

Wie bereits mehrmals wiederholt wurde, wird sich der Hohe Vertreter den Fragen und Anhörungen hier im Parlament stellen müssen und dadurch seine oder ihre Ansichten zur Außenpolitik diskutieren und entwickeln können.

Zur Wirtschaft wollte ich Frau Marita Ulvskog, die jetzt nicht anwesend zu sein scheint, mitteilen, dass der schwedische Ratsvorsitz sein ambitioniertes Vorhaben hinsichtlich Ausstiegsstrategien keinesfalls aufgeben wird. Es ist im Gegenteil äußerst wichtig, dass wir weiterhin an dem Bestreben festhalten, zwar nicht sofort, aber in einiger Zeit zwei Ausstiegsstrategien auszuarbeiten. Ansonsten geben wir unseren Volkswirtschaften freie Hand bei der Erhöhung der Haushaltsdefizite, was in erster Linie die schwächsten Bevölkerungsteile treffen wird, und das kann in keinem Fall unsere Absicht sein.

Am Ende des Tunnels ist ein Licht zu sehen. Es bahnt sich ein Konjunkturaufschwung an, doch in den meisten Ländern ist die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch und eine Implementierung der Ausstiegsstrategien wäre daher verfrüht. Trotzdem müssen sie Teil unserer Diskussionen und unserer Planung sein, wenn wir den zukünftigen Generationen eine nachhaltige Wirtschaft hinterlassen möchten.

Beim Klimawandel haben wir unsere Zielsetzungen nicht heruntergeschraubt. Der schwedische Ratsvorsitz, die Kommission und viele andere Beteiligte arbeiten Tag und Nacht daran. Wir leisten Überzeugungsarbeit, führen Verhandlungen, argumentieren und versuchen, unsere Partner auf unsere Seite zu ziehen, sie mit ins Boot zu holen. Zahlreiche Treffen haben bereits stattgefunden, und auch, wenn es nur noch 25 Tage bis Kopenhagen sind, werden weitere Sitzungen folgen.

Es besteht zwar ein globales Bewusstsein, und in zahlreichen Ländern weltweit werden viele Maßnahmen in Gang gesetzt. Doch obwohl dies vielversprechend ist, reicht es nicht aus, um das „2 °C-Ziel“ zu erreichen.

Es ist eine Tatsache, dass wir nicht über alle Teile des Puzzles verfügen, um eine rechtsverbindliche Vereinbarung treffen zu können. Ich bedaure dies, aber diese Tatsache liegt auf der Hand. Man kann sagen, dass wir uns weiterhin darum bemühen, das ist sicher. Doch es wird keine Vereinbarung möglich sein, da verschiedene Partner ihren Worten nach für diesen Schritt noch nicht bereit sind. Europa spielt weiterhin eine Vorreiterrolle, und die Bemühungen um ein sehr ehrgeiziges Abkommen mit einem klar strukturierten Rahmenwerk, das alle Partner und einen Zeitplan zum Abschluss der Verhandlungen miteinschließt, werden fortgesetzt. Das Ziel besteht darin, Kyoto durch eine verbindliche Vereinbarung zu ersetzen. Ich möchte dem Parlament für seine jetzige Arbeit sowie für den zukünftigen Arbeitsaufwand danken, den es nach Kopenhagen zu bewältigen haben wird.

Europa ist weiterhin wegweisend. Und wir werden diese Vorreiterrolle auch in Zukunft beibehalten. Bisher sind unsere Ambitionen besonders umfassend. Wir haben die Einschätzungen der Kommission bestätigt und unterstützen sie. Wir sind dazu bereit, unseren Beitrag zu leisten. Es wird einen globalen Verteilungsschlüssel geben, der sich auf die Zahlungsfähigkeit und die Emissionen stützen wird. Unsere diesbezügliche Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem internen Lastenausgleich. Die Mitgliedstaaten waren jedoch noch nicht in der Lage, die genaue Höhe der zu zahlenden Beträge offenzulegen. Der Grund hierfür ist, dass wir weiterhin Druck auf andere Länder ausüben wollen. Sie sollten auch Zahlungen leisten, da es in ihrem eigenen Interesse ist.

Daher werden wir jede freie Minute daran arbeiten. Wir danken Ihnen für die Unterstützung und sehen der Zusammenarbeit mit dem Parlament zu diesen Themen und anderen Fragestellungen mit Freude entgegen.

Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission. – (FR) Da die schwedische Ministerin ihren Beitrag in französischer und englischer Sprache vorgetragen hat, sollte ich nun Schwedisch sprechen.

Vizepräsidentin der Kommission. – (SV) Frau Präsidentin, ich werde versuchen, mich in Schwedisch zu einem wichtigen Punkt zu äußern, der in der heutigen Sitzung angesprochen wurde. Insbesondere betrifft dies die Frage, in welcher Beziehung der Text des neuen Vertrags zur von uns zu verändernden Realität steht, wie der neue Vertrag von Lissabon für uns richtungsweisend sein und uns die Hilfsmittel zur Verfügung stellen kann, die wir zur Entscheidungsfindung darüber benötigen, auf welche Weise der Klimawandel bekämpft werden kann, wie wir die Wirtschaftskrise bewältigen können und welche Konsequenzen sich aus dieser insbesondere hinsichtlich Arbeitslosigkeit und sozialer Konflikte ergeben, und wie Migrationsprobleme und andere Fragestellungen, die ganz oben auf unserer Tagesordnung stehen, angegangen werden können.

Wie Herr Barnier bereits sagte, sind diese Fragen auf diese Weise miteinander verbunden. Natürlich hängt dies von der Implementierung und Ausführung ab sowie von den Vertretern, die wir in die Kommission und natürlich als Amtsträger der zu bekleidenden Funktionen wählen. Bekanntlich ist jedenfalls im Schwedischen „der richtige Mann am richtigen Platz“ häufig eine Frau. Meiner Ansicht trifft dies auch hier zu. Glücklicherweise kann ich mich der Unterstützung des Kommissionspräsidenten sicher schätzen, wenn ich das weitere Vorgehen aus demokratischer Sicht als sehr wichtig bezeichne. Für die Mitgliedstaaten ist dies auch eine Gelegenheit, um zu zeigen, dass sie nicht nur Lippenbekenntnisse machen, sondern tatsächlich über kompetente und fähige weibliche Kandidaten verfügen, die sie einbringen möchten.

Andererseits werden diejenigen unter uns, die die Mehrheit der EU-Bevölkerung darstellen, in der Minderheit sein, wenn es um die demokratische Entscheidungsfindung geht. Wie Václav Havel in seinen Schriften und Reden mehrfach betont hat, ist Demokratie nicht ein unumstößliches Geschenk des Himmels, sondern das demokratische Prinzip muss gepflegt und kontinuierlich immer wieder neu verteidigt werden. Natürlich haben wir eng mit dem schwedischen Ratsvorsitz zusammengearbeitet, und ich möchte mich daher nochmals in meinem Namen und im Namen der Kommission für die großen Bemühungen bedanken, die der schwedische Ratsvorsitz, wie bekannt ist, unternommen hat. Dies betrifft auch die Ausarbeitung dessen, was nun zur Umsetzung ansteht.

Wie Herr Barroso bereits ausführte, hat die Kommission heute die ersten Maßnahmen, für die wir zuständig sein werden und die sich insbesondere auf die Bürgerinitiative beziehen, beschlossen. Nachdem wir ein Grünbuch, das zehn Fragen enthält, in Umlauf gebracht haben, werden wir eine weitreichende Konsultationsrunde einleiten. Wenn uns diesbezüglich bis Ende Januar eine ausreichende Anzahl von Antworten zugehen und wir auch hier im Parlament eine schnelle Debatte durchführen können, wird die neue Bürgerinitiative bis hoffentlich Ende des Jahres ausgearbeitet sein und implementiert werden können. Dies ist zudem ein sehr gutes Anschauungsbeispiel dafür, wie die neu hinzugefügten Abschnitte des Vertrags von Lissabon und die darin enthaltenen neuen Möglichkeiten genutzt werden können, um Bürgern und Bürgerinnen mehr Stimmgewicht und größeren Einfluss zu geben.

Die Klimafrage und die Klimaverhandlungen wurden bereits von zahlreichen Anwesenden und vom Minister für europäische Angelegenheiten angesprochen. Da unsere größte Stärke darin liegt, mit einer Stimme zu sprechen, werden wir weiterhin auf eine tragfähige und natürlich verbindliche Vereinbarung dringen. Die Form der Vereinbarung werden wir natürlich erst bestimmen können, wenn uns bekannt ist, welche Angebote und Gegenangebote unsere Partner vorzuweisen haben. Abschließend möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen darüber, dass wir bei der Umsetzung des Vertrags von Lissabon weiterhin eng zusammenarbeiten werden. Mit diesen Bemühungen muss nun sowohl in diesem Haus als auch innerhalb der Kommission begonnen werden, und ich werde Herrn Barroso gerne die Ansichten des Parlaments, wie die Arbeit der Kommission zu organisieren ist, darlegen. Abschließend möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass wir die Hüter des Vertrags sind und gewährleisten müssen, dass der Vertrag wortgetreu befolgt wird.

(Beifall)

Die Präsidentin. - Die Aussprache wird beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Umsetzung der Gesetzgebung zum Handel mit Zertifikaten für Schadstoffemissionen verursacht Kosten, die auf verschiedene Arten und entsprechend der jeweiligen Wirtschaftsmodelle auf die einzelnen Länder umgelegt werden. Einige Länder verfügen bereits über eine weite Palette an Möglichkeiten, um Emissionen ohne einen bedeutenden Anstieg der Energiepreise reduzieren zu können. Die Länder, in denen die Umstrukturierung des Energiesektors noch in vollem Gang ist, würden in Bezug auf ihre Kapazität, die Kosten dieser Änderungen tragen zu können, die Auswirkungen dieser Maßnahmen unverhältnismäßig auf Verbraucherebene zu spüren bekommen. Ein Land, das in seinem Energiemix über einen hohen Anteil an Windenergie verfügt, hat sich die Freiheit genommen, in erneuerbare bereits entwickelte Energieressourcen zu investieren, verursacht dadurch jedoch Schadstoffemissionen. Hingegen befindet sich ein Land, das weiterhin stark von der Stromerzeugung aus Kohle abhängig ist, technologisch im Rückstand und muss diese Kluft schließen und gleichzeitig seine Schadstoffemissionen reduzieren. Die osteuropäischen Länder befinden sich in letzterer Situation. Aus diesem Grund bin ich der Ansicht, dass beim Beschluss zur Finanzierung des Kampfs gegen den Klimawandel dieser Aspekt berücksichtigt und den Ländern der letzten Erweiterungsrunde die Zahlung bestimmter Abgaben erlassen werden muss, da diese für ihre Volkswirtschaften eine übergroße Belastung darstellen würden.

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO) Gegenwärtig beschäftigt sich der Europäische Rat eingehend mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Europäischen Union. Die weltweite Finanzkrise hat die europäischen Staaten, Bürger und Unternehmen äußerst stark in Mitleidenschaft gezogen. Da davon ausgegangen werden muss, dass sich die Beschäftigungslage in Europa weiter verschlechtern wird, muss ein dauerhaftes Engagement für dynamische Arbeitsmarktpolitiken eingegangen werden. Die Europäische Kommission rechnet in allen 27 Mitgliedstaaten mit einer Arbeitslosenquote von 10,25 %. Der Rat und die Kommission müssen ihre Bemühung zur Entwicklung von Strategien zur Konjunkturerholung gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten fortsetzen und die Umsetzung des Europäischen Konjunkturprogramms vorantreiben.

Bei der Festlegung von Fristen zur Aussetzung der staatlichen Anti-Krisen-Strategien müssen die Lage und die Verpflichtungen der einzelnen Mitgliedstaaten gesondert berücksichtigt werden. Im Fall von Rumänien sollen die Vereinbarungen mit der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds den Zeitraum von 2009 bis 2010 abdecken. Sollte diese finanzielle Unterstützung eingestellt werden, wird dies zur Aussetzung des von Rumänien gestarteten Anti-Krisen-Programms führen. Es ist bedauerlich, dass die Instabilität, die durch ein Abblocken der Mehrheit im rumänischen Parlament (PSD (Sozialdemokratische Partei) + PC (Konservative Partei), PNL (Nationalliberale Partei), UDMR (Demokratische Union von Ungarn in Rumänien) verursacht wurde, den Erhalt der dritten Tranche vom IWF in Zweifel zieht.

Dominique Baudis (PPE), *schriftlich*. – (FR) Im Zuge der Verhandlungen im Europäischen Rat vom 29. und 30. Oktober und dem Beschluss des tschechischen Verfassungsgerichts vom 3. November hat der Präsident der Tschechischen Republik, Václav Klaus, den Vertrag von Lissabon unterzeichnet.

Der Vertrag, im Rahmen dessen den Institutionen ein Hoher Vertreter für die Außenpolitik und ein ständiger Präsident des Rates über eine Amtsdauer von zwei Jahren und sechs Monaten bereitgestellt werden, kann nun in Kraft treten. Die strukturelle Zusammensetzung der neuen Kommission, wie auch die Auswahl der Persönlichkeiten, die das Amt des Ratspräsidenten und des Hohen Vertreters für die Außenpolitik bekleiden werden, ist von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Wahl des Ratspräsidenten kommt eine entscheidende Bedeutung zu, da er oder sie Europa zwei Jahre und sechs Monate lang repräsentieren wird. Zudem ist in Zeiten der Globalisierung und der Machtkämpfe zwischen Kontinenten die Wahl des Hohen Vertreters für die Außenpolitik unbestreitbar von strategischer Wichtigkeit.

Am 19. November wird ein außerordentlicher Europäischer Rat einberufen, um die Benennungen zu verhandeln. Wir stehen somit an einem Wendepunkt der europäischen Geschichte. Die Wahl, die Sie treffen werden, verehrte Staats- und Regierungschefs, werden bestimmend für das Europa sein, das Sie sich für die Zukunft wünschen. Seien Sie aus diesem Grund ehrgeizig, denn Europa muss dynamisch, proaktiv, effektiv und politisch sein, wenn sich der Einigungsprozess fortsetzen soll.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich begrüße das starke Engagement, dass die EU-Staats- und Regierungschefs während des Europäischen Rates im vergangenen Monat in Bezug auf eine Vorreiterrolle beim Kampf gegen den Klimawandel an den Tag gelegt haben.

Europäische Entscheidungsträger haben der Schätzung zugestimmt, dass sich in den Entwicklungsländern bis 2020 die Gesamtkosten für die Milderung des und die Anpassung an den Klimawandel auf ungefähr 100 Mrd. EUR jährlich belaufen könnten. Die EU konnte ihre Verhandlungsposition dadurch stärken, dass eine Einigung hinsichtlich der erforderlichen Finanzierung erzielt wurde, um den Entwicklungsländern und insbesondere den ärmsten unter ihnen zu helfen. Ich bin jedoch darüber besorgt, dass keine eindeutige Entscheidung hinsichtlich des EU-Beitrags und des Anteils der einzelnen Mitgliedstaaten an der Gesamtbelastung und unter Berücksichtigung der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder getroffen wurde. Für den Erfolg der Kopenhagener Konferenz ist das Erreichen einer politischen Vereinbarung wesentlich, die die wichtigsten Fragestellungen umfassend abdeckt, insbesondere hinsichtlich der von allen Betroffenen einzugehenden Verpflichtungen.

Nessa Childers (S&D), *schriftlich*. – Unsere europäischen Entscheidungsträger sind erneut daran gescheitert, den Stillstand der Verhandlungen für die Konferenz in Kopenhagen zu überwinden. Natürlich wurde der Gipfel in den Medien als Erfolg dargestellt, obwohl es sich dabei in Wirklichkeit nur um Geschwafel handelte. Unseren europäischen Entscheidungsträgern war die Möglichkeit gegeben, den Entwicklungsländern ein gerechtes und glaubwürdiges Angebot zur Finanzierung der Kosten des Klimawandels zu unterbreiten, der in ihren Ländern die größten Auswirkungen hat, während er von unserer entwickelten Welt verursacht wurde. Dieser Gipfel konnte den Anforderungen nicht gerecht werden, die vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit dieses Parlaments und von der Zivilgesellschaft weltweit aufgestellt worden waren. Diese forderten die EU zur Zusage von nicht weniger als 30 Mrd. EUR und insbesondere zu dem entschlossenen Engagement auf, dass diese neue Unterstützung zusätzlich zu der bereits bestehenden ausländischen Entwicklungshilfe geleistet würde.

Kopenhagen oder nicht, der Klimawandel wird uns in den kommenden Jahrzehnten begleiten. Er stellt die bisher größte Prüfung im 21. Jahrhundert dar. Wir müssen in Kopenhagen ein rechtsverbindliches Abkommen erzielen und brauchen daher von unseren europäischen Entscheidungsträgern ein mutiges Vorgehen in politischer Hinsicht und weniger Geschwafel.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Heute, wo Europa die Vertragskrisen, in die es verwickelt war, endlich überwinden konnte und der Vertrag von Lissabon endgültig von den 27 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde, begrüße ich die Tatsache, dass dieser neue rechtliche und institutionelle Rahmen der Union ermöglichen wird, ihre Funktionsweise entsprechend ihrer derzeitigen Größe anzupassen, indem die Befugnisse des Parlaments gefestigt werden und der Rolle der nationalen Parlamente im europäischen Integrationsprozess eine besondere Bedeutung zukommt.

Auf diesen Moment haben wir gewartet, denn nun, nach der Bestätigung des Vertrags von Lissabon hat die Union die Möglichkeit, sich innerhalb ihres neuen institutionellen Rahmenwerks den Hauptaufgaben zu

widmen, die sie in nächster Zukunft zu bewältigen hat. Ich muss an dieser Stelle auf das Vorgehen hinweisen, das von der Europäischen Union erwartet wird, wie insbesondere die Überwindung der Krise, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Stärkung des Marktvertrauens mit einem besonderen Augenmerk auf die Verbesserung der Beschäftigungslage in Europa. Nun, da es vorläufige Anzeichen für eine Konjunkturerholung gibt, müssen wir unsere Bemühungen auf die Ankurbelung der europäischen Wirtschaft konzentrieren. Unsere besondere Aufmerksamkeit sollte dabei den stark krisengeschüttelten Primär- und Sekundärsektoren – mit dem Schwerpunkt auf Landwirtschaft – sowie der Schaffung einer europäischen Aufsichtsstruktur gelten.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Leider lag der Hauptschwerpunkt bei diesem Europäischen Rat abermals auf der Annahme der Bedingungen, die das Inkrafttreten des sogenannten Vertrags von Lissabon bis Ende 2009 gewährleisten, also der Annahme von Positionen für eine rasche Ratifizierung durch die Tschechische Republik. Das wichtigste Anliegen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union waren die institutionellen Aspekte, die eine schnelle Fortsetzung der kapitalistischen, föderalistischen und militaristischen Integration der Europäischen Union ermöglichen.

Fragen zur wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krise gerieten daher ins Hintertreffen. Die wenigen Fortschritte, die gemacht wurden, ergaben sich aus dem großen Druck, der von wichtigen Sektoren in zahlreichen Mitgliedstaaten – wobei die Milchkrise als Beispiel genannt sei – ausging. Sogar in diesem Bereich ging der Rat nur so weit, das Budget für 2010 um lediglich 280 Mio. EUR zu erhöhen.

Die Vorschläge, die im Zuge der vom Rat vorgegebenen Leitlinien von der Europäischen Union eingebracht wurden, sind jedoch sowohl im Bezug auf das übermäßige Haushaltsdefizit und den Ankündigungen, das Rentenalter heraufzusetzen, äußerst besorgniserregend. Anstatt die schwerwiegenden sozialen Probleme der Armut und Arbeitslosigkeit anzugehen, werden die vorgeschlagenen Maßnahmen die soziale Lage und die bereits bestehenden eklatanten Ungleichheiten weiter verschärfen.

Zita Gurmai (S&D), schriftlich. – Die Ratssitzung war für die Europäische Union von entscheidender Bedeutung, da sie das letzte Hindernis für das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon aus dem Weg räumte. Ich möchte jedoch allgemein davor warnen, dies an sich als Ergebnis zu erachten. Wir haben erst die Hälfte des Weges hinter uns gebracht. Nun müssen wir uns an den neuen institutionellen Rahmen gewöhnen. Das Parlament ist auf den Anpassungsprozess gut vorbereitet, da es seine verfahrensrechtlichen Vorschriften bereits ausgearbeitet und die Einführung der neuen Institutionen, wie den Europäischen Auswärtigen Dienst, erörtert hat. Der nächste Schritt besteht darin, eine Kommission aufzustellen, die eine Vorreiterrolle übernimmt und unseren Wertvorstellungen entspricht. Ich bitte die Mitgliedstaaten daher dringend, kompetente und qualifizierte Personen vorzuschlagen und sich um eine auch in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung ausgewogene Kommission zu bemühen. Ebenso müssen die Führungsämter schnellstmöglich und ohne Zeitverlust besetzt werden. Schnelles Handeln ist nun gefragt. Wenn wir uns selbst als Träger universeller Werte erachten, brauchen wir Führungskräfte, die diese Wertvorstellungen glaubwürdig vertreten können. Dies gilt beispielsweise für Kopenhagen, wo Nationen die nahe Zukunft der Menschheit verhandeln werden und wo Europa all sein Talent, seine Verantwortung und seine Großzügigkeit einbringen muss, um eine Einigung zu erzielen.

Marian-Jean Marinescu (PPE), schriftlich. – (RO) Zunächst möchte ich die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon durch die Tschechische Republik begrüßen. Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember und die dadurch sich ergebenden neuen institutionellen Beziehungen werden die Vertreter der Europäischen Union in die Lage versetzen, sowohl die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise als auch die Verhandlungen in Kopenhagen zur Bekämpfung des Klimawandels effizient zu bewältigen. Die Anzeichen einer Konjunkturbelebung dürfen nicht das sofortige Aussetzen der Unterstützungspolitiken zur Folge haben, da dies langfristige negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben könnte. Zudem hoffe ich, dass sich die Mitgliedstaaten auf die Ausarbeitung einer koordinierten Strategie zur Aussetzung der Stimulierungsmaßnahmen einigen können, wenn der richtige Zeitpunkt dafür gekommen ist. Des Weiteren wird eine zukünftige Vereinbarung hinsichtlich eines Pakets an Vorschlägen erwartet, die darauf abzielen, eine neue Finanzaufsichtsstruktur für die Europäische Union einzurichten. Nicht zuletzt sollten wir daran denken, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas ihren Blick nun gesteigert auf ein konsolidiertes Europa richten und erwarten, dass die EU die Beschäftigungslage in den kommenden Jahren verbessern wird. Aus diesem Grund müssen die europäischen Institutionen baldmöglichst neue dynamische Arbeitsmarktpolitiken begünstigen.

Iosif Matula (PPE), schriftlich. – (RO) Ich möchte meiner Unterstützung für die von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat angenommenen Positionen, die in den vorliegenden Dokumenten aufgezeigt sind, Ausdruck verleihen. Die Kopenhagener Konferenz rückt näher, und die EU muss eine

wesentliche Rolle in den Verhandlungen um ein umfassendes und ehrgeiziges globales Abkommen zum Kampf gegen den Klimawandel spielen.

In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird die Finanzierung angesprochen, die sowohl auf weltweiter als auch auf europäischer Ebene erforderlich ist, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels wie Dürre, Brände und Überschwemmung, die jährlich viele Opfer und große Verluste fordern, zu bekämpfen.

Meiner Überzeugung nach muss die EU die Finanzierung der von den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen hinsichtlich Bewässerung, Dammbau, Aufforstung und der Produktionsförderung von erneuerbaren Energiequellen wie Solar, Wind, Biokraftstoff und Wasserkraft so lückenlos wie möglich bereitstellen. Wir haben des Weiteren einen großen Bedarf an finanzieller Unterstützung seitens der EU auf kommunaler und privater Ebene festgestellt, da es hier an den erforderlichen Finanzmitteln fehlt, um die Energieeffizienz von Gebäuden zu erhöhen. Die EU muss diesem Aspekt größere Beachtung schenken und somit sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin im Mittelpunkt der europäischen Politiken stehen.

Franz Obermayr (NI), schriftlich. – (DE) Was sich vor wenigen Tagen beim Gipfel des Europäischen Rates abspielte, ist skandalös und erschüttert jeden Glauben in die von der EU so oft betonte Wertegemeinschaft. Um jeden Preis wollte man Klaus zur Unterschrift bewegen, selbst um jenen, historisches Unrecht indirekt anzuerkennen. Auf Grundlage der Beneš-Dekrete wurden bis 1947 circa 2,9 Millionen Personen alleine aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit pauschal zu Staatsfeinden erklärt und vertrieben, dabei fanden rund 230 000 Menschen einen tragischen Tod. Die Dekrete richteten sich nicht gegen Personen aufgrund konkret begangener Straftaten; der Anknüpfungspunkt ist alleine die ethnische Zugehörigkeit. Heute würde man dies als ethnische Säuberung bezeichnen, die eigentlich von der Gesamtheit der Mitgliedstaaten offen abgelehnt werden müsste. Juristisch gesehen war den Vertriebenen sowohl das Recht auf Unschuldsvermutung, auf ein ordentliches Gericht als auch auf eine angemessene Entschädigung bei Enteignung verwehrt. Prof. Felix Ermacora, Völkerrechtler und ehemaliger Gutachter bei der UNO, kam in seinem Rechtsgutachten 1991 sogar zu dem Schluss, dass die Vertreibung den Tatbestand des Völkermordes erfüllt habe. Trotz allem wurde Klaus ohne sachliche Rechtfertigung eine Ausnahmeregelung zugestanden, um die Nichtanwendung der EU-Grundrechtscharta sicherzustellen. Bis zur Ratifizierung Islands bzw. Kroatiens ist die „Fußnote“ jedoch noch nicht in Kraft. Entschädigungsforderungen könnten in diesem Zeitfenster geltend gemacht werden.

Rovana Plumb (S&D), schriftlich. – (RO) Das einseitige Vorgehen der EU ist nicht ausreichend, auch wenn die EU damit im Kampf gegen den Klimawandel eine Vorreiterrolle einnimmt.

Ein globales Abkommen über die Reduzierung und Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels wird ohne die Einbeziehung der Entwicklungsländer, insbesondere der fortschrittlichsten unter ihnen, nicht möglich sein. Die Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigen bereits die Entwicklung dieser Staaten: Dürre, Überschwemmung, Naturkatastrophen, Wüstenbildung und alle damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Folgeauswirkungen.

Jedwedes Vorgehen zur Reduzierung der Auswirkungen und zur Anpassung an die neue Situation erfordert solide Mechanismen, um somit eine Bewertung und Überprüfung der Entwicklungen und ein darauf bezogenes Meldewesen zu ermöglichen. Erforderlich ist auch ein ordnungsgemäß verwalteter Fonds, der öffentliche und private Mittel enthalten muss.

Dieser Maßnahmenmix wird dazu beitragen, die Ziele für die Reduzierung der Treibgasemissionen, der Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft und der Schaffung „grüner Arbeitsplätze“ zu erreichen.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Herr Barroso wird den neuen Kommissaren in Kürze Ressorts zuteilen. Ich hoffe, er wird dabei nicht wieder schwerwiegende Fehler begehen, wie er dies in der letzten Legislaturperiode tat, als er einen Kommissar für Justiz als Kandidaten vorschlug, der eine Mentalität des 19. Jahrhunderts hatte, katholischer Fundamentalist, Chauvinist und gegen Homosexuelle eingestellt war. Das Europäische Parlament hatte damals der Kommission verweigert, auf diese Weise kompromittiert zu werden. Ich hoffe darauf, dass das Parlament nicht erneut eingreifen muss.

Den Erklärungen von Herrn Barroso zufolge sollten die Ressorts gemäß dem goldenen Grundsatz der Ausgewogenheit zugewiesen werden. Die Kommission sollte in jedem Fall sozialer ausgerichtet und die Kommissare kompetent sein. Herr Barroso muss sich derzeit keine Gedanken über seine Wiederwahl machen und kann seine Bemühungen daher auf die Bewältigung der Krise und die sozialen Aspekte seines Programms konzentrieren. Zu diesem Zweck ist es wesentlich, dass die Ressorts für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten Kommissaren anvertraut werden, die unserer sozialistischen Parteifamilie angehören.

Sollte in der Kommission die geschlechterspezifische Ausgewogenheit nicht berücksichtigt sein, wäre dies ein Zeichen dafür, dass keine wirkliche Gleichstellung vorliegt. Es ist höchste Zeit, dass das fortgesetzt unerfüllte Ideal von der Gleichstellung von Frauen und Männern konkret verwirklicht wird. Die höchsten Ämter der Europäischen Union werden von gewählten Männern bekleidet (Präsident des Europäischen Parlaments und Präsident der Europäischen Kommission). Leider wird dadurch die Diskriminierung der Frauen offen begünstigt. Die Zeit für den Wandel ist gekommen, und die EU-Gesetzgebung, die jegliche Diskriminierung untersagt, sollte nun endlich in die Tat umgesetzt werden. Das Zeitalter der Frauen hat begonnen! Es wird ein Leichtes sein, unter den 250 Millionen dynamischen, mutigen und starken Bürgerinnen der Europäischen Union die passenden Kandidatinnen auszuwählen. Dies gilt auch für die Besetzung der Ämter des Ratspräsidenten und des Hohen Vertreters für die gemeinsame Außenpolitik mit weiblichen Kandidaten.

16. EU/Russland - Gipfel am 18. November 2009 in Stockholm (Aussprache)

Die Präsidentin. – Das nächste Thema betrifft die Erklärungen des Rates und der Kommission zum EU-Russland-Gipfel am 18. November 2009 in Stockholm.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, wie Sie bereits erwähnten, wird der Gipfel zwischen der EU und Russland am 18. November in Stockholm stattfinden. Dies ist eine gute Gelegenheit für die EU, die Beziehungen zwischen uns und Russland zu beurteilen. Ich weiß, dass viele Abgeordnete dieses Parlaments die Entwicklungen in Russland aufmerksam verfolgen. Ich möchte daher die wichtigsten Themen vorstellen, die während des Gipfels zur Diskussion stehen sollen, und ich bin sicher, dass die Frau Kommissarin weitere Einzelheiten zu den Punkten hinzufügen möchte, die sich auf den Zuständigkeitsbereich der Kommission beziehen.

Allgemein besteht das eindeutige Ziel darin, den Gipfel zur Ausweitung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland zu nutzen. Die Zusammenarbeit mit Russland kann in vielen Bereichen sehr nutzbringend für uns sein. Wir brauchen Russland, um die globalen Herausforderungen effektiv angehen zu können. Wir müssen gegenüber Russland jedoch deutlich machen, dass die Grundlage unserer Partnerschaft die Achtung eines gemeinsamen Engagements und gemeinsamer Werte sein muss. Das bedeutet die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Der Gipfel wird uns Gelegenheit geben, Druck auf Russland auszuüben, um die Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen auf diesen sowie auf anderen Gebieten einzufordern.

Eines der wichtigsten Themen wird der Klimawandel sein. Der Rat wird der Tatsache Nachdruck verleihen, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland wichtig ist, um in Kopenhagen zu einem Ergebnis kommen zu können. Entsprechend dem 2 °C-Ziel, das die G8 in L'Aquila vereinbart hat, sollte Russland konkrete und vergleichbare Reduzierungen seiner Treibhausgasemissionen zusagen.

Dies steht im Zusammenhang mit der Energiefrage, da es sich hierbei um Energieeffizienz und Energiesicherheit handelt. Mit Hinblick auf die Stellung Russlands als wichtigster Energiepartner der EU sollte bei dem Gipfel darauf hingewiesen werden, dass die Beziehungen zwischen der EU und Russland im Energiesektor wieder von Vertrauen und Transparenz geprägt sein müssen. Zudem werden wir unserer Enttäuschung über den kürzlich erfolgten Ausstieg Russlands aus dem Vertrag über die Energiecharta Ausdruck verleihen.

Wir hoffen darauf, dass beim Gipfel ein effizientes Frühwarnsystem eingerichtet und angenommen wird. Dieses sollte eindeutige Garantien seitens Russland und gesondert anderer relevanter Drittländer darüber enthalten, dass der Transit oder der Export von Gas an die EU im Fall von Streitigkeiten bei der Energieversorgung künftig nicht reduziert oder ausgesetzt wird.

Selbstverständlich wird auch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ein Thema sein. Der Rat strebt beim Gipfel eine Vereinbarung darüber an, dass fortgesetzte, gemeinsame Bemühungen als Reaktion auf die Krise erforderlich sind, und bestätigt, dass wir auf unseren offenen Marktwirtschaften und der Vermeidung protektionistischer Maßnahmen beharren werden. Der Gipfel gibt uns zudem die Möglichkeit, die Fortschritte zu beurteilen, die wir in Bezug auf die vier gemeinsamen Räume erzielt haben. Wir werden die Gelegenheit nutzen, um auf die Bedeutung der Fortschritte für entwicklungsbedürftige Bereiche und Gebiete, in denen Probleme aufgetreten sind, hinzuweisen.

Durch den geänderten Standpunkt Russlands zur Welthandelsorganisation ist eine neue Situation entstanden, die wir gegenwärtig analysieren. Verzögerungen bei der Aufnahme Russlands in die WTO werden unsere

bilateralen Beziehungen, auch in Bezug auf die Verhandlungen für ein neues EU-Russland-Abkommen, beeinträchtigen. Wir werden uns erneut für die Aufnahme Russlands in die WTO aussprechen, da dies ein wichtiger Schritt ist, um Russland in die Weltwirtschaft zu integrieren.

In der Zwischenzeit müssen wir an den verbleibenden Handels- und Wirtschaftsproblemen arbeiten, wie den Überfluggebühren Sibiriens, den Maßnahmen an der Grenze, die den Import von Nutzfahrzeugen nach Russland erschweren, den diskriminierenden Straßenverkehrsabgaben, dem Vorhaben, die Einfuhr von Containern über den Straßenverkehr zu begrenzen, den Ausfuhrabgaben für Holz und den protektionistischen Maßnahmen, die Russland vor Kurzem ergriffen hat.

Ich bin mir darüber bewusst, dass das Europäische Parlament die Menschenrechtslage in Russland mit großer Sorge betrachtet. Dies zeigt sich insbesondere in Ihrer Entscheidung, den diesjährigen Sacharow-Preis an Menschenrechtsverteidiger in Russland zu verleihen. Der schwedische Ratsvorsitz teilt Ihre Besorgnis, und wir werden sicherstellen, dass der Menschenrechtsfrage ein bedeutender Platz in den Gipfeldiskussionen eingeräumt wird. Natürlich begrüßen wir die Erklärungen von Präsident Medwedew zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, doch es müssen nun konkrete Aktionen folgen. Die Menschenrechtssituation in Russland ist beunruhigend. Insbesondere werden wir auf die kürzlich eingetretenen Ereignisse im Norden des Kaukasus hinweisen, im Rahmen derer gegen Menschenrechtsverteidiger, der Belegschaft für Kriminalprävention, Vertretern von Behörden und der Bevölkerung insgesamt mit Gewalt vorgegangen wurde. Sehr besorgniserregend ist die Tatsache, dass nicht nur im Norden des Kaukasus sondern in ganz Russland Menschenrechtsverteidiger und Journalisten getötet wurden. Wir werden daher erneut an Russland appellieren, alles zu tun, damit Menschenrechtsverteidiger ihre Arbeit ohne Angst vor Gewalt, Schikanieren oder Bedrohung ausführen können.

In Bezug auf Außenpolitik und Sicherheitsfragen werden wir darauf hinweisen, wie wichtig die Weiterführung und die Verbesserung des Dialogs vor dem Hintergrund unserer unmittelbaren Nachbarschaft ist. Eine Zusammenarbeit mit Russland in diesen Bereichen ist die Voraussetzung dafür, dass Fortschritte möglich sind hinsichtlich einer friedlichen Lösung für langwierige Konflikte. Dabei ist offensichtlich, dass wir von unseren grundlegenden Prinzipien nicht abweichen werden.

Wir werden den Konflikt in Georgien ansprechen und Russland erneut auffordern, seinen im Sechs-Punkte-Plan vom 12. August und in der nachfolgenden Vereinbarung vom 8. September 2008 eingegangenen Verpflichtungen vollständig nachzukommen. Zudem müssen wir das notwendige Vertrauen hinsichtlich Akhalgoris, dem oberen Kodori-Tal und dem Checkpoint in Perevi wiederherstellen. Wir werden Russland auch auffordern, darauf hinzuwirken, dass die EU-Beobachtermission Zugang zu den georgischen Gebieten in Südossetien und Abchasien entsprechend ihrem landesweiten Mandat erhält. Beim Gipfel werden wir auch die bei den Genfer Gesprächen erzielten Fortschritte bewerten können, und erwarten von Russland, dass es an seinem engagierten Herangehen festhält.

Es ist uns bewusst, dass eine Zusammenarbeit mit Russland bei den sogenannten eingefrorenen Konflikten in Transnistrien und Berg-Karabach erforderlich ist. Wir werden die Bedeutung der weiteren Verpflichtung zu Systemen der Konfliktbeilegung, wie der Minsk-Gruppe und dem „5+2“-Format in Transnistrien, hervorheben.

Russlands aktives Engagement zur Förderung des Dialogs zwischen den Präsidenten von Armenien und Aserbaidshan in Bezug auf den Konflikt in Berg-Karabach ist natürlich begrüßenswert. Wir werden jedoch Russland darauf hinweisen, wie wichtig die Einbeziehung der Minsk-Gruppe in alle Phasen des Prozesses ist. Die EU ist bereit, sich unter anderem mit vertrauensfördernden Maßnahmen am Minsk-Prozess zu beteiligen und diesen zu unterstützen. Der Gipfel sollte Ausdruck sein dafür, dass die EU die Ratifizierung und Implementierung der neuen Protokolle zwischen Armenien und der Türkei unterstützt. Andere diesbezügliche Themen betreffen die Europäisch-Atlantische Sicherheitspartnerschaft und die Östliche Partnerschaft.

Im Bezug auf die europäisch-atlantische Sicherheit werden wir darauf drängen, dass sich Russland, bevor in Athen eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen wird, aktiv am Korfu-Prozess beteiligt. Auf dem Gipfel sollte von Russland die Zusicherung eingefordert werden, dass es die grundlegenden Prinzipien des Prozesses befürwortet, mit anderen Worten die volle Achtung und Implementierung der Bestimmungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Tatsache, dass die OSZE das Hauptdiskussionsforum für den Korfu-Prozess ist und dass alle Aspekte der übergreifenden Sicherheitsstrategie auf ausgewogene Weise behandelt werden sollten.

Soweit dies die EU betrifft sind wir bereit, Russland über alle Zwischenfälle in Verbindung mit der Östlichen Partnerschaft in Kenntnis zu setzen und wiederholen, dass Drittländer fallweise berechtigt werden können,

in Übereinstimmung mit der gemeinsamen Erklärung in Prag im Mai 2009 an der Partnerschaft teilzunehmen. Im Rahmen des Gipfels werden wir des Weiteren die Möglichkeit haben, eine Anzahl internationaler und regionaler Themen anzusprechen. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden dabei Themen wie der Iran, Afghanistan/Pakistan, der Süd-Kaukasus und natürlich der Nahe Osten erörtert.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich habe bereits einen großen Teil Ihrer Zeit in Anspruch genommen, doch ich weiß, dass Ihr Engagement im Hinblick auf diese Angelegenheit sehr stark ist. Die Tagesordnung dieses wichtigen Gipfeltreffens enthält viele Diskussionspunkte, und ich freue mich auf Ihre Ansichten und Vorschläge, während wir die letzten Vorbereitungen für diese Begegnung treffen.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, genau vor einem Jahr haben wir die Beziehungen der EU zu Russland erörtert und beschlossen, dass die Europäische Union – trotz unserer großen Differenzen mit Russland im Georgien-Konflikt – die Zusammenarbeit mit unserem größten Nachbarn, einschließlich der Verhandlung für ein neues Abkommen, fortsetzen wird. Es wurde des Weiteren beschlossen, dass die Bewertung unserer Eigeninteressen die Grundlage unserer Beziehungen bilden sollte. Wie bereits erwähnt, wird sich der Gipfel in Stockholm daher auf Themenbereiche konzentrieren, für die ein gemeinsames Interesse besteht, wie beispielsweise den Klimawandel, die Energieversorgung und die weltweite Wirtschaftskrise.

Die Finanzmarktkrise hat Russland schwer getroffen. Genau in dieser Art von Politikbereich hat auch die Europäische Union ein deutliches Interesse daran, einen gemeinsamen politischen Ansatz zu finden. Das Engagement der G20 war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist wichtig, dass sich nun alle Partnern daran halten. Zudem ist entscheidend, dass Russland nicht der Versuchung des Protektionismus erliegt. Denn die Tendenz zu protektionistischen Praktiken beeinträchtigt bereits die Unternehmen in der EU.

Unserer Ansicht nach besteht die eindeutig beste Vorgehensweise, in multilateraler und auf Regeln basierender Form zusammenzuarbeiten. Der Gipfel wird Gelegenheit sein, erneut die Bedeutung des russischen WTO-Beitritts zu betonen. Die Absicht Russlands, die Verhandlungen parallel mit Weißrussland und Kasachstan zur Gründung einer Zollunion abzuschließen, lässt weiterhin viele Fragen offen. Gleichzeitig hoffen wir bei diesem Gipfel darauf, den neuen von Russland verfolgten Ansatz besser nachvollziehen zu können. Nicht zuletzt im Kontext der fortlaufenden, von der Kommission geführten Verhandlungen für ein neues Abkommen, das eindeutige und rechtsverbindliche Vorschriften zu Handel, Investitionen und auch Energieversorgung enthalten muss, ist dies ein wichtiger Punkt.

Außerdem sollte der Gipfel endlich Klarheit schaffen hinsichtlich der Bedingungen, die für den bilateralen Handel ab dem 1. Januar 2010 in der Zollunion und dem neuen gemeinsamen Außenzoll gelten.

Was den Klimawandel betrifft, hat meine Kollegin bereits ausgeführt, dass beim Gipfel auf die Vorreiterrolle hingewiesen werden sollte, die Russland und die Europäische Union gemeinsam wahrnehmen können, indem sie beim Gipfel in Kopenhagen Resultate erzielen. Da die Emissionen in Russland durch die Steigerung der Energieeffizienz maßgeblich reduziert werden können, ist das Land in der Lage, einen sehr wesentlichen Beitrag zu liefern. Wir werden Russland daher auffordern, sich zu einer ambitionierteren Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu verpflichten, die in etwa den von uns gesetzten EU-Zielen entsprechen sollte.

Im Bereich Energiesicherheit bemühen wir uns weiterhin um ein verbessertes Frühwarnsystem. Russlands Nichtanerkennung des Vertrags über die Energiecharta (ECV) ist bedauerlich, doch sollte daran erinnert werden, dass die Grundsätze des ECV unter dem russischen Vorsitz der G8, u. a. in der beim Gipfel in Sankt Petersburg verfassten Erklärung, bekräftigt wurden. Sie sollten daher im Rahmen des neuen EU-Russland-Abkommens die Grundlage unserer Bemühungen zur Energiesicherheit bilden. Während wir uns gegenüber dem Wunsch Russlands nach einer breiteren Debatte über eine internationale Energiesicherheitsarchitektur offen zeigen sollten, müssen vor allem auch die Grundlagen für unsere bilateralen Energiebeziehungen gelegt werden.

In vielen Aspekten der internationalen Beziehungen verläuft die Kooperation mit Russland reibungslos; unsere Zusammenarbeit in Bezug auf die gemeinsame Nachbarschaft muss jedoch weiter verbessert werden. Wir werden daher auf dem Standpunkt verharren, dass die politische und wirtschaftliche Stabilität, die durch die Östliche Partnerschaft gestärkt wird, letzten Endes für alle Parteien von Nutzen ist. Zudem werden wir Russland weiter darin bestärken, auf die Lösung der ungeklärten Probleme und Konflikte, wie in Transnistrien oder Berg-Karabach auch durch den Genfer Prozess konstruktiv hinzuarbeiten.

Der von Präsident Medwedew eingebrachte Vorschlag für eine umfassendere Debatte zur europäisch-atlantischen Sicherheit war Anlass, unter der Ägide der OSZE einen neuen Gesprächsprozess einzuleiten. Allerdings ist es jetzt wichtig, dass uns diese Debatte nicht von unserer unmittelbaren Aufgabe ablenken darf, die in der Beseitigung der heute „eingefrorenen“ Konflikte besteht. Wie bereits erörtert, muss die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland auf gemeinsamen Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie begründet sein. Russland ist als Mitglied der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarats Verpflichtungen eingegangen, die einzuhalten sind.

Es ist zudem von wesentlicher Bedeutung, dass wir darüber hinaus bei allen Themen zusammenarbeiten. Die Beziehung zwischen Russland und der EU sind bekanntlich sehr vielschichtig, bieten jedoch auch eine Fülle an Chancen und viel Potenzial. In dem Vertrauen, dass auch Russland sein Interesse an der Fortsetzung einer echten strategischen Partnerschaft mit uns erkennt, werden wir an unserer auf Prinzipien fußenden Kritik, aber auch an unserem konstruktiven Engagement mit unserem Nachbarn festhalten.

Michael Gahler, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Es ist gut, dass wir regelmäßig Gipfel zwischen der EU und Russland haben, denn es gibt ja auch viel zu besprechen. Stichworte der langen Tagesordnung sind u.a. das geplante Kooperationsabkommen, die Sicherung der Energieversorgung, der WTO-Beitritt Russlands, der Klimawandel, die Situation im Kaukasus und nicht zuletzt der Zustand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland.

Abrüstung, Rüstungskontrolle, ein möglicher Raketenabwehrschild sind weitere Stichworte. Wir stehen auch gemeinsam vor Bedrohungen wie dem internationalen Terrorismus und Fundamentalismus. Ein Land wie der Iran ist für EU und Russland gleichermaßen eine Herausforderung. Die EU und Russland gehören beide zum Nahost-Quartett und haben gemeinsam mit den USA die Pflicht, dort auf eine Lösung hinzuarbeiten.

Wir hoffen, dass bald die Voraussetzungen geschaffen sind, dass EU-Bürger und Russen sich visumfrei begegnen können. Ich bin sicher, dass ungehinderte zwischenmenschliche Kontakte der beste Weg sind, insbesondere jungen Russen ein reales Bild vom Leben, Denken und von den Absichten der Europäer in Bezug auf Russland zu vermitteln.

Voraussetzung dafür, dass wir diese Tagesordnung abarbeiten können, ist aus meiner Sicht Einigkeit nach innen und Eindeutigkeit unserer Botschaft nach außen. Eigentlich eine Binsenweisheit, aber allzu oft haben wir es erleben müssen, dass wir uns über Nuancen selbst auseinanderdividieren oder auseinanderdividieren lassen. Dabei soll keine EU-Regierung glauben, langfristig allein auf gleicher Augenhöhe mit Russland mehr aushandeln zu können, als wir das durch das Gesamtgewicht der EU erreichen können.

Als Wertegemeinschaft haben wir eine gemeinsame Sichtweise des Zustands der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtssituation in Russland und sollten dies auch so formulieren. Leider mussten wir den Sacharow-Preis einer russischen Organisation verleihen. Dank an die Präsidentschaft für ihre klaren Worte in dem Zusammenhang.

Als von Energielieferungen gleichermaßen Abhängige müssen wir sicherstellen, dass die Vereinbarungen in dem Dreiecksverhältnis Russland-Ukraine-EU so gestaltet sind, dass nicht in jedem Winter der Gasdruck in Teilen der EU sinkt. Im Kaukasus müssen wir gemeinsam die Forderung nach uneingeschränktem Zutritt der EU-Beobachter vorbringen.

Wenn es um Abrüstung oder den Raketenabwehrschild geht, muss die EU ihre Position deutlich gegenüber Russland und den USA einbringen. Wenn wir das alles schaffen, dann nimmt Russland uns ernst, und wir kommen zu einem guten Miteinander.

Adrian Severin, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, Debatten rund um Russland spalten uns sehr häufig in Ideologen und Pragmatiker, Geostrategen auf Konfrontationskurs und Schlichter, Veteranen des Kalten Krieges und utilitaristische Opportunisten. Meiner Ansicht nach ist es höchste Zeit, diesen dilemmatischen Manichäismus hinter uns zu lassen und hinsichtlich unseres Wunsches, mit Russland einen konstruktiven und effizienten Dialog eingehen zu wollen, einige Punkte klar zu stellen.

In unseren Beziehungen mit Russland sollten wir aus strategischer Sicht Entschlossenheit zeigen und taktisch flexibel bleiben. Wir sollten stets unsere Werte und Interessen verteidigen, gleichzeitig aber auch Empathie und Respekt für die Bestrebungen und Interessen Russlands zeigen.

Nur auf dieser Grundlage ist die Entwicklung von Vertrauen allgemein und einem Vertrauensverhältnis zueinander möglich, um effiziente und annehmbare Lösungen finden zu können.

Konkret heißt das, da wir aus unserer östlichen Nachbarschaft, in der Rivalitäten vorherrschend sind, eine Region der gemeinsamen Strategien und gemeinsamen Projekte machen müssen. Eine gemeinsame Strategie für die Schwarzmeerregion könnte unsere Synergie schrittweise ergänzen und unserem derzeitigen Ansatz mehr Gewicht verleihen.

Bei dem Versuch, auf pragmatischer Grundlage Lösungen zu finden, muss in diesem Kontext das Problem der eingefrorenen Konflikte unabhängig von jeglichen Tabus auf sehr faire und offene Weise angegangen werden.

Zudem müssen wir Russland dabei unterstützen, sein objektives Ziel zu erreichen und zu vermeiden, dass es in seiner Rolle als mögliche öl- und gasabhängige Macht gefangen ist. Gleichzeitig müssen wir in energietechnischer Sicht unabhängig werden.

Ein kreativerer Ansatz ist erforderlich, um eine echte Zusammenarbeit, auch in technologischer Hinsicht und bei der Markterschließung, zu ermöglichen und die Märkte im Energiebereich zu öffnen.

Wir müssen zusammen mit Russland auf eine neue globale Sicherheitsregelung oder -abkommen hinarbeiten. Die Medwedew-Initiative sollte nicht sofort zurückgewiesen werden. Einige denken, dass sich hinter dieser Initiative eine Agenda verbirgt, die für uns unannehmbar ist. Andere wiederum gehen davon aus, dass es keine Agenda gibt, sondern lediglich unsere Reaktionen auf die Probe gestellt werden sollen. Ungeachtet der tieferen Absichten gehören unsere derzeitigen Sicherheitsregelungen einem anderen Zeitalter an und müssen auf den neuesten Stand gebracht werden. Es muss überprüft werden, was weiterhin Bestand hat und welche neuen Aspekte erforderlich sind.

Abschließend möchte ich anmerken, dass wir die neuen transatlantischen Beziehungen nutzen sollten, um vielleicht einen trilateralen Dialog zwischen Russland, den Vereinigten Staaten und Europa zu ermöglichen. Das Hinwirken auf einen solchen trilateralen Ansatz könnte zumindest verhindern, dass Russland und die Vereinigten Staaten ohne unsere Mitwirkung Abmachungen treffen.

Kristiina Ojuland, im Namen der ALDE-Fraktion. – (ET) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Ferrero-Waldner, im Namen der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa möchte ich deutlich darauf hinweisen, dass gute nachbarschaftliche und für beide Partner gewinnbringende Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland von wesentlicher Bedeutung sind. Wie auch Präsident Havel in seiner Rede heute Nachmittag erörterte, erfordern Beziehungen dieser Art indes ein beidseitiges Entgegenkommen.

Meine Damen und Herren, wie uns bekannt sein sollte, hat Russland stets viel Wert auf starke Partner gelegt. Die heutige Vorbereitung auf den in einer Woche stattfindenden Gipfel zeigt, dass wir in der Europäischen Union, wenn der Wille besteht, mit einer Stimme sprechen können. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, der Ausdruck findet in der von uns vorbereiteten Entschließung. Bei der Anhörung des Rates und der Vertreter der Kommission habe ich daher ein sehr gutes Gefühl. Natürlich schafft auch die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon diesbezüglich eine größere und breitere Grundlage.

Bitte lassen Sie uns dies nun einmal aus Sicht von Russland betrachten. Tatsächlich hat Russland nächste Woche eine sehr gute Gelegenheit, sein aufrichtiges Anliegen für eine Zusammenarbeit mit uns unter Beweis zu stellen. Dies kann sich auf Bereiche wie Energiesicherheit oder die Ausarbeitung eines neuen Rahmenregelwerks zwischen der Europäischen Union und Russland beziehen oder beispielsweise auf Verhaltensrichtlinien und Gedanken über Russlands Rolle bei der Annäherung an die WTO. Allerdings gibt es derzeit einige ambivalente Haltungen: Präsident Medwedew und Premierminister Putin haben unterschiedliche Signale ausgegeben. Ich hoffe sehr darauf, dass die Europäische Union nächste Woche in einigen Punkten Klarheit über Russlands weiteres Vorgehen in Bezug auf die WTO erhalten wird. Für meine Begriffe sollte die Europäische Union Russland bei seiner Annäherung an die WTO unterstützen.

Allerdings kann Russland in jedem Fall seine Zusammenarbeit mit uns bei einem sehr wichtigen Thema unter Beweis stellen, nämlich der Kooperation und dem Erreichen eines Abkommens in Bezug auf den Klimawandel. Dieses sehr konkrete Anliegen wird schon bald, nämlich im Dezember beim Gipfel in Kopenhagen, aktuell sein. Wir sollten diesbezüglich in der Lage sein, die verschiedenen Punkte abzuwägen und zu entscheiden, ob diese Kooperation zwischen der Europäischen Union und Russland möglich ist oder nicht.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr wurde häufig gefordert, dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland pragmatischer sein sollten, und ich habe selbst Menschen fragen hören, ob die Europäische Union aus diesem Grund die Menschenrechte, Grundwerte und die Frage der Demokratie ins Abseits drängen will. Dies darf jedoch auf keinen Fall passieren, da wir ansonsten uns selbst und die

Europäische Union als Ganzes völlig abwerten würden. Indem wir die Menschenrechte zur Sprache bringen, wollen wir Russland keinesfalls schikanieren, in eine Ecke drängen oder ihm eine Lektion erteilen. Der Hinweis auf die Menschenrechte dient in erster Linie dazu, uns für die in Russland lebenden Menschen einzusetzen. Es geht also um den Schutz ganz normaler Bürgerinnen und Bürger.

Dabei ziehen sich hinsichtlich der Menschenrechte erneut dunkle Wolken über Moskau zusammen, denn wie Sie gestern gehört haben, hat sich das Verfassungsgericht mit einer möglichen Wiedereinführung der Todesstrafe ab dem nächsten Jahr befasst. Für uns Liberale ist dies in jedem Fall ein sehr schwieriges Thema. Meine Damen und Herren, ich kann an dieser Stelle nicht weiter auf diese Frage eingehen, wir werden jedoch die betreffenden Konflikte in die Diskussion einbringen und in jedem Fall erörtern.

Werner Schulz, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Meine lieben Kollegen! Wir feiern in diesem Jahr nicht nur den 20. Jahrestag des Mauerfalls und der friedlichen Revolution, sondern 1989 war auch das Jahr, in dem Andrej Sacharow starb, der einen wesentlichen Beitrag zum Sturz des totalitären Ostblocks geleistet hat. Und Andrej Sacharow hat uns den Rat hinterlassen, dass sein Land Verständnis und Druck braucht. Nachdrücklichen Druck. Und ich würde heute das Wort *dawlenie* nicht mit Druck übersetzen, sondern eher mit nachdrücklicher Unterstützung, und zwar nachdrückliche Unterstützung überall dort, wo Russland den Weg der Modernisierung beschreitet und wo sich Ansätze von sozialer Marktwirtschaft, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zeigen.

Der russische Präsident Medwedjew hat sich unlängst besorgt über die Stagnation und Probleme in seinem Land geäußert und dazu aufgerufen, ihn bei seinen Reformanstrengungen zu unterstützen. Das sollten wir tun, wenn es ernst gemeint ist. Und hierzu gehört die Einbindung Russlands in internationale Regelwerke wie die WTO und die Energiecharta. Deswegen dürfen wir keine unnötigen Hürden aufstellen. Und Russland sollte erkennen, dass es aus eigener Kraft diese Krise nicht bewältigen kann.

Partnerschaft verlangt aber auch – wie das Václav Havel heute gesagt hat –, dass man sich ungeschminkt die Wahrheit sagt. Und deswegen sage ich, dort wo Wahlen gefälscht werden, beginnt selbst der Begriff der gelenkten Demokratie zynisch zu werden, deswegen kommt der Wahlbeobachtung demnächst eine große Rolle zu. Dort, wo kritische Journalisten ermordet werden, stirbt auch die Wahrheit. Wir kommen mit Wandel durch Handel nicht weiter, sondern wir müssen die Beziehung zu Russland auf eine solide Wertebasis stellen.

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsidentin

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten stimmt dem zu, dass Russland ein wichtiger wirtschaftlicher Partner und ein diplomatisches Schwergewicht auf der Weltbühne ist, diese Position bringt jedoch gewisse Verantwortungen mit sich. Hierzu zählen als Erstes die Anerkennung der territorialen Integrität seiner Nachbarn, etwa der Ukraine und Georgiens, sowie die Abkehr von dem abwertenden „Nachbarland“-Konzept.

In Anbetracht der Zahl ungelöster Fälle ermordeter Journalisten und Menschenrechtsaktivisten muss Russland auch konkrete Schritte zum Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einleiten. Der an die Menschenrechtsgruppe Memorial verliehene Sacharow-Preis ist nur ein weiteres Indiz dafür, wie ernst wir die Frage hier in diesem Parlament nehmen.

Russland muss ebenfalls daran mitwirken, die nukleare Aufrüstung – insbesondere im Iran – zu verhindern und davon absehen, dem Iran das Raketensystem S 300 zu verkaufen, um seine Solidarität mit dem Westen gegenüber diesem gefährlichen Regime zu demonstrieren.

Die zunehmend nostalgischen Gefühle für die Sowjetunion und Stalin sind ebenfalls sehr beunruhigend.

Schließlich darf man Russland in Anbetracht des herannahenden Winters nicht noch einmal gestatten, sein faktisch bestehendes Gasversorgungsmonopol für Europa als diplomatische Waffe einzusetzen. Das Bekenntnis der EU zu einer Diversifizierung der Bezugsquellen und einer Versorgung im Rahmen einer gemeinsamen externen Politik zur Sicherung der Energieversorgung wird unsere Position am Verhandlungstisch mit Russland sicherlich stärken.

Vladimír Remek, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (CS) Meine Damen und Herren, ich kann mir nicht vorstellen, dass die EU-Vertreter, die sich von einer seitens des Europäischen Parlaments entworfenen Entschließung leiten lassen, es schaffen werden, in Stockholm ein Ergebnis zu erreichen. Falls die russische

Delegation eine ähnliche Empfehlung hat, ist der Gipfel zum Scheitern verurteilt. Möchten wir, dass die Verhandlungen zu einer Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland beitragen? Natürlich möchten wir das. Russland wird in dem Schriftstück oft als Schlüsselpartner der EU beschrieben. Fast alles ist jedoch in Form von Forderungen und Bedingungen anstelle von Vorschlägen formuliert. Beispielsweise wird Russland die Verantwortung für den Erfolg der Klimakonferenz in Kopenhagen zugeschoben. Dabei hat Russland das Kyoto-Protokoll gerettet, während die Vereinigten Staaten sich geweigert haben, es zu ratifizieren. Parallel dazu beinhalten die unrealistischen Einstellungen gegenüber Russland die Aufgabe, die Frage der Medienfreiheit zu regeln. Zweifelsohne ist die Situation nicht ideal. Gleichzeitig haben wir, meine Damen und Herren, im Fall von Italien in der letzten Plenarsitzung entschieden, dass es sich dort um eine interne Angelegenheit handelt. Italien ist rein zufällig ein Mitgliedstaat der Union. Was hoffen wir also in Russland zu erreichen? Wenn Russland als ein wichtiger Partner angesehen werden soll, dann lassen Sie uns mit dem Land auch auf dieser Basis verhandeln.

Fiorello Provera, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich werde mich bei der Abstimmung über diesen Entschließungsantrag enthalten, da ich ihn in gewisser Weise widersprüchlich finde. Tatsächlich wird in dieser Entschließung anerkannt, dass sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Europa innerhalb der letzten 10 Jahre enorm verbessert hat. Es wird die Tatsache gewürdigt, dass Russland die Beziehungen in den Bereichen Energie, Handel, Visumliberalisierung, Bekämpfung der illegalen Einwanderung, Kampf gegen den Terrorismus, Klimawechsel und Außenpolitik, sowie im Zusammenhang mit Themen wie den iranischen Atomwaffen, der Friedenssicherung auf dem Kaukasus und im Mittleren Osten gestärkt hat.

Obwohl wir all diese Dinge einfordern, kritisieren wir in der gleichen Entschließung heftig Russlands innerstaatliche Situation. Es herrscht ein allgemeines Gefühl von Ablehnung und Misstrauen gegenüber Russland, das keine sichere Basis für die von uns geforderte Zusammenarbeit darstellt. Dies bedeutet nicht, dass wir unsere Augen vor der Demokratie- und Menschenrechtssituation in diesem Land verschließen sollten, aber meiner Meinung nach sind zur Zeit Unterstützung und Vertrauen eher erforderlich als Kritik, und zwar genau zu dem Zweck, die Menschenrechtssituation in Russland zu verbessern.

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Obwohl wir mit dem Thema der Beziehungen zwischen der EU und Russland befasst sind, ist es mir ein Bedürfnis, auch die heutige feierliche Sitzung zu erwähnen.

Seit dem Fall der Berliner Mauer, welcher der kommunistischen Sowjetdiktatur ein Ende gesetzt hat, sind tatsächlich 20 Jahre vergangen. Die Ungarn haben zu denen gehört, die am meisten unter dieser Diktatur gelitten haben. Ich muss hier zwei weitere Tatsachen erwähnen. Zunächst einmal konnte der Status quo jahrzehntelang aufrechterhalten werden, da auch die westlichen Mächte die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ändern wollten. Zweitens konnte man die Sowjetunion auch schon damals nicht mit dem russischen Volk, das ebenfalls unter der kommunistischen Diktatur litt, gleichsetzen. Russland ist für uns offensichtlich ein extrem wichtiger wirtschaftlicher und strategischer Partner.

Bei Menschenrechtsverletzungen erhebt die Europäische Union die Stimme, und zwar mit vollem Recht. Verfügt sie aber über die moralische Berechtigung dies zu tun, nachdem sie sich Václav Klaus' Unterschrift unter den Vertrag von Lissabon erkaufte, indem sie die Beneš-Dekrete weiter gelten lässt und so hinnimmt, dass bestimmte Völker dadurch kollektiv als schuldig angesehen werden?

In der letzten Sitzung haben wir über den USA-EU-Gipfel gesprochen. Der allgemeine Tenor der Aussprache war: was müssen wir tun, um als guter Partner der Vereinigten Staaten akzeptiert zu werden? Die Stimmung, die ich jedoch hier jetzt auffange ist: Welche Bedingungen werden wir Russland auferlegen, damit wir das Land als einen zuverlässigen Partner anerkennen können? Meiner Meinung nach müssen wir versuchen, eine weitaus besser ausgeglichene Zusammenarbeit mit diesen beiden Partnern aufzubauen, wenn wir sie denn tatsächlich als Partner ansehen.

Paweł Zalewski (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, der bevorstehende EU-Russland-Gipfel wird die Bedeutung, welche die Europäische Union den Beziehungen mit Russland beimisst, untermauern. In diesem Zusammenhang möchte ich die Aufmerksamkeit auf zwei Themen lenken, die unter dem Gesichtspunkt der Interessen Russlands und der Europäischen Union von wesentlicher Bedeutung sind. Die Themen, um die es geht, beeinflussen diese Beziehungen und definieren sie faktisch.

Ich meine die Probleme bei der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Sicherheit. Wenn die Europäische Union und Russland gemeinsam einen Erfolg erzielen sollen, und dies ist sicherlich unser Ziel, müssen wir unseren Standpunkt sehr deutlich machen. Unsere russischen Partner tun dies auf gekonnte Art

und Weise, ganz klipp und klar, denn Zweideutigkeit führt zu Missverständnissen. Es ist wichtig, dass die Europäische Union ihren Standpunkt genau in der gleichen Art und Weise aufbaut.

Die von den größten politischen Fraktionen im Europäischen Parlament erzielte Einigung über einen gemeinsamen und wirklich sehr guten Antrag für eine Entschließung stellt einen Schritt dar, den ich sehr begrüße. Meiner Ansicht nach könnte sogar noch eine Verbesserung durch die Einarbeitung einer dritten Änderung erreicht werden, welche die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland in dem Bereich Energie hervorhebt, aber auch die Grundlage aufzeigt, auf der so eine Zusammenarbeit stattfinden sollte. Dies bedeutet, dass insbesondere in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise die Zusammenarbeit darauf beruhen sollte, die finanziellen Kosten so gering wie möglich zu halten, dass aber auch alle Bedingungen im Zusammenhang mit der Energieversorgung genannt werden sollten.

Das letzte Thema betrifft die Sicherheit. Ich möchte ein paar Worte zu dem Vorschlag meiner politischen Fraktion, der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), hinsichtlich einer Aussprache über die Angelegenheit der russisch-weißrussischen Militärübungen sagen, die auf der Annahme basierten, einen möglichen Angriff aus Westeuropa, dem Hoheitsgebiet von der Europäischen Union und der Nato angehörenden Ländern, abwehren zu müssen. Mit großem Bedauern habe ich die Nachricht erhalten, dass diese Aussprache keinen Platz auf dem Arbeitsplan gefunden hat und nicht Gegenstand einer Diskussion sein wird.

Knut Fleckenstein (S&D). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben bereits viele Punkte und auch Probleme, wie beispielsweise die Lage der Menschenrechte, deutlich benannt. Es ist auch wichtig, dass wir diese Punkte deutlich benennen, denn nur so können wir offen und ehrlich eine Diskussion führen. Wenn in Russland im Moment wieder ernsthaft darüber diskutiert wird, die Todesstrafe nach US-amerikanischem Vorbild einzuführen, dann kann das von unserer Seite nicht unkommentiert bleiben.

Ich habe zwei kurze Punkte: Russlands Beitritt zur WTO und meine herzliche Bitte, auch an Rat und Kommission, hier die größtmögliche Unterstützung zu leisten. Natürlich muss auch Russland seinen Beitrag leisten. Aber wir sind beide darauf angewiesen bzw. für uns beide wäre es gut, wenn sich diese Entwicklung zum Positiven wenden würde. Dass Russland der WTO nicht nur in einer Zollunion mit Belarus und Kasachstan beitreten will, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Der zweite Punkt ist meine herzliche Bitte, die Entwicklung unserer Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Forschung sowie im zivilgesellschaftlichen Bereich nicht aus den Augen zu verlieren. Wir brauchen neue Impulse für kulturellen Austausch sowie den Austausch von Jugendlichen. Aber nicht nur in eine Richtung, Herr Gahler, wie Sie gesagt haben, sondern in beide Richtungen. Jeder junge Mensch, der hieran teilnimmt, entwickelt Verständnis für andere und wird ein Botschafter für eine positivere Entwicklung unserer Beziehungen. Ich wünsche mir, dass wir mehr über diese gemeinsamen Interessen sprechen und dass auch diese Aspekte ein größeres Gewicht erhalten.

Heidi Hautala (Verts/ALE). - (FI) Frau Präsidentin, möchte ganz kurz drei Dinge ansprechen. Russland täte gut daran einzusehen, dass es ein Rechtsstaat werden muss. Es ist nur sehr schwer vorstellbar, wie Russland sich ohne eine unabhängige Justiz in wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Hinsicht weiterentwickeln könnte. Man kann unmöglich von ausländischen Unternehmen erwarten, dass sie Investitionen in dem Land als sicher erachten, wenn es dort keine unabhängige Justiz gibt.

Zweitens möchte ich hervorheben, wie wichtig es ist, Russland davon zu überzeugen, sich internationalen Regeln zu unterwerfen. Wir haben im Europäischen Rat ein Problem damit, dass Russland das Protokoll 14, welches die Effektivität des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erhöhen würde, noch nicht ratifiziert hat. Wir im Ostseeraum möchten auch, dass Russland dem Übereinkommen von Espoo über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen beiträgt.

Drittens sind die Menschenrechte an sich von Bedeutung. Ich fühlte mich sehr bestärkt, als Frau Malmström sagte, man beabsichtige nun, bei dem Gipfel Menschenrechtsfragen zur Sprache zu bringen. Bitte nehmen Sie die Ergebnisse des Menschenrechtsdialogs mit, und zwar ganz öffentlich.

Jacek Olgierd Kurski (ECR). - (PL) Frau Präsidentin, der EU-Russland-Gipfel findet in einer Woche statt. Ich möchte darüber an einem Tag sprechen, der für mein Land von besonderer Bedeutung ist, der Tag, an dem Polen seine Unabhängigkeit wieder gewonnen hat. Die Unabhängigkeit nicht nur Polens, sondern auch anderer Länder in der Region ist stets vom sowjetischen und danach vom russischen Imperialismus bedroht gewesen.

Heute möchten wir uns endlich sicher in der Organisation eines Europas freier Nationen fühlen, daher dürfen wir erst recht nicht unsere Augen davor verschließen, wie Russland versucht, sein Imperium wieder aufzubauen und dass das Land den Verlust dieses Imperiums nie verwunden hat. Aus diesem Grund hat Russland Georgien angegriffen. Daher vollzieht es etwas, was aller Absicht nach der Anschluss von Südossetien und Abchasien ist, daher bedroht es die Ukraine, daher mischt es sich bei dem Raketenabwehrschild in Polen und der Tschechischen Republik ein und daher benutzt es seine Energiereserven als Druckmittel. Daher hat die Tatsache, dass das Land, welches gerade den Ratsvorsitz der Europäischen Union innehat und Gastgeber des Gipfels ist, nämlich Schweden, ausgerechnet vor dem EU-Russland-Gipfel sein ökologisches Veto gegen die Ostseepipeline zurückgezogen hat, symbolischen Charakter und verursacht gleichzeitig Unbehagen. Die Ostseepipeline macht wirtschaftlich überhaupt keinen Sinn, und ihr einziger Zweck ist, das Prinzip der Energiesolidarität, eines der mutmaßlichen Hauptprinzipien und Ideale des Vertrags von Lissabon, in der Praxis abzuschaffen.

Mit den Worten einer in meinem Land gängigen Redensart fordere ich die alten Länder der EU auf: Gehen Sie nicht diesen Weg! Treffen Sie keine gegen die neuen Mitgliedstaaten politisch motivierten Abmachungen mit Russland, denn dies droht die Idee eines gemeinsamen Europas zu zerstören.

Anna Rosbach (EFD). – (DA) Frau Präsidentin, in Russland existiert die Pressefreiheit nur dem Namen nach, nicht in der Praxis. Kritische Journalisten werden eingeschüchtert, verfolgt und ermordet. Russland liegt auf Platz 153 des weltweiten Indexes der Pressefreiheit, mit anderen Worten ist es um die Pressefreiheit in Russland jetzt schlimmer bestellt als in Weißrussland, im Sudan und in Zimbabwe. Sollte dies wirklich belohnt werden? Aber hier hört es ja noch nicht auf. Wir haben das Thema der Gasversorgung für die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Auch dieses Jahr erleben wir wieder, wie Russland droht, die Gasversorgung zu unterbrechen, und es gibt Hinweise darauf, dass wir uns in Zukunft jeden Winter auf diese Aussicht werden einstellen müssen. Kann es denn wirklich richtig sein, dass wir Russland hierfür belohnen?

Ich möchte dem Rat und der Kommission nahelegen, dass es anstelle von freundlichen Gesprächen mit den Russen möglicherweise angebracht wäre, mit deutlichen Worten zum Ausdruck zu bringen, dass dies einfach nicht hinnehmbar ist. Welche Maßnahmen planen Sie eigentlich in Bezug auf die negativen Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Russland und der EU? Oder haben Sie schlicht und ergreifend vor, die Dinge, so wie sie sind, weiterlaufen zu lassen? Möchten Sie diese negative Entwicklung tatsächlich belohnen?

Nick Griffin (NI). – Frau Präsidentin, hier werden endlose Phrasen über Freundschaft und Zusammenarbeit mit jedem Staat unter der Sonne, außer Russland, gedroschen. China begeht Völkermord in Tibet. Die Türkei leugnet den armenischen Holocaust. Die USA machen den Irak nieder und werden hier hofiert. Nur in Falle Russlands werden nur pompöse und scheinheilige Reden geschwungen. Diese auf eine Konfrontation abzielende Russlandphobie nährt in schändlicher Weise den neuen Trend in Richtung Kalter Krieg von Amerikas kriegstreiberischer, neokonservativer Lobby.

Natürlich gibt es einige lokale Differenzen zwischen Russland und seinen Nachbarn, aber können wir uns nicht darauf einigen, dass der Gipfel nächste Woche dazu dienen sollte, Brücken zu schlagen und die Zusammenarbeit zwischen den östlichen und westlichen Hälften unserer Zivilisation aufzubauen? Aus historischen und kulturellen Gründen ist dies weitaus zweckmäßiger und sicherer als der Versuch, eine Einheit mit der Türkei, Europas altem und ewigem Feind zu schaffen.

Francisco José Millán Mon (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, die Beziehungen mit Russland sind sehr wichtig: das Land ist ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats und eine Militärmacht; seine Kooperation ist notwendig, um mit der nuklearen Herausforderung des Irans, der Frage des Mittleren Ostens, Abrüstung, Klimawandel etc. fertig zu werden.

Darüber hinaus ist Russland ein Nachbarland von Europa, es bestehen bedeutende wirtschaftliche Beziehungen mit vielen EU-Mitgliedstaaten und Energieabhängigkeiten in hohem Maße. Wir halten mit diesem Land zwei regelmäßig stattfindende Gipfel pro Jahr ab (die sicherlich eine gute Gelegenheit bieten, den Zustand der Beziehungen zu bewerten).

Nun verhandeln wir über ein neues Partnerschaftsabkommen, das die Zusammenarbeit in den sogenannten „vier gemeinsamen Räumen“ verstärken würde. Meiner Ansicht nach ist der wichtigste dieser Räume der für Wirtschaft und Energie: Wir benötigen Offenheit, klare Regeln, Investitionsgarantien, und zuallererst muss Russland der WTO beitreten.

Der Gipfel nächste Woche sollte daher die Gelegenheit bieten, Klarheit über die Absichten Russlands in Bezug auf die WTO zu gewinnen und sicherzustellen, dass das Land keine unvereinbaren Schritte in dieser

Hinsicht unternimmt. Zudem sollte man nicht zulassen, dass sich die Krise der Erdgasversorgung der letzten Jahren wiederholt, und das neue Abkommen muss die Prinzipien der Europäischen Energiecharta beinhalten, des Vertrags, von dem sich Moskau – wie bereits gesagt – leider zurückgezogen hat.

Auch an den anderen Räumen müssen wir weiterarbeiten. Die Bedeutung Russlands als Weltmacht habe ich bereits angesprochen.

Meine Damen und Herren, wir können viele Dinge gemeinsam mit Russland auf den Weg bringen, aber, wie ebenfalls schon gesagt wurde, ist da eine Seite der Beziehung, die wir nicht außer Acht lassen sollten, schließlich ist Russland ja ein europäisches Land und Nachbar. Damit meine ich, dass Russland die Menschenrechte und die Verpflichtungen, welche die Mitgliedschaft im Europarat dem Land in dieser Hinsicht auferlegt, achten muss.

Eines der offensichtlichsten Versäumnisse der EU-Außenpolitik ist das Fehlen einer gemeinsamen Politik in Bezug auf Russland. Mit den Instrumenten des Vertrags von Lissabon wird es einfacher werden, diese gemeinsame Politik zu formulieren, aber wir als Mitgliedstaaten müssen auch wirklich gewillt sein, eine gemeinschaftliche Politik auszuarbeiten und nicht weiterhin bilateralen Kanälen mit Moskau den Vorrang geben, die zuweilen jeweils deutlich unterschiedliche Ziele verfolgen.

Kristian Vigenin (S&D). – (BG) Frau Präsidentin, Frau Ferrero-Waldner, Frau Malmström, ich kann meine Rede nicht beginnen, ohne die Tatsache anzusprechen, dass wir hier in diesem Plenarsaal heute den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer begangen haben.

Irgendwie schien es, dass dem, was wir in all diesen Jahren erreicht haben, besondere Bedeutung beigemessen wurde, der Tatsache, dass Europa auf Grund der 20 Jahre zurückliegenden Umbrüche vereint wurde, und dass ein Land irgendwie keinen Anteil daran hatte, das – wenn wir ehrlich sein müssten – diesen Umbrüchen hätte Einhalt gebieten können, wenn es dies gewollt hätte, mit anderen Worten: die Sowjetunion.

Ich sage dies, da diese Änderungen meiner Ansicht nach möglich geworden sind, gerade weil der Westen eine Politik der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion initiiert hatte. Ohne eine Parallele zwischen der Sowjetunion und dem heutigen Russland zu ziehen, möchte ich sagen, dass das, was ich von Frau Ferrero-Waldner und Frau Malmström gehört habe, erfreulich ist, da es an diese Politik einer pragmatischen Partnerschaft mit Russland anknüpft, und zwar unter Hervorhebung der Tatsache, dass es Themen gibt, bei denen die Europäische Union ohne eine Einbeziehung Russlands keine Erfolge erzielen kann.

Natürlich möchte ich darauf hinweisen, dass uns die Menschenrechtssituation und auch andere Themen sicherlich Kummer bereiten, wie etwa die Tatsache, dass sich nach Einschätzung von Amnesty International die Situation weiter verschlechtert hat: Kommunalwahlen wurden manipuliert, und es gibt Probleme mit der Arbeitsweise ziviler Organisationen. Unser Position gegenüber Russland muss in jedem Fall eine gemeinsame Linie zum Ausdruck bringen.

Das ist die Schlussfolgerung, die wir aus den letzten Jahren ziehen müssen. Weiterhin möchte ich anmerken, dass eines der Themen, die in der von unserem Parlament vorgeschlagenen Entschließung fehlen, die Östliche Partnerschaft ist. Ich möchte, dass dem Thema Östliche Partnerschaft bei dem bevorstehenden Gipfeltreffen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, denn nur so können wir gewährleisten, dass unsere neue Politik erfolgreich sein wird.

Paweł Robert Kowal (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, Russland verdient es, ernst genommen zu werden. Hätten unsere Partner die Rede der Frau Kommissarin gehört, wären sie im Kreml meiner Meinung nach sehr erstaunt über ihre Einschätzung der Beziehungen zwischen der EU und Russland gewesen.

Unserem Ansatz für den nächsten EU-Russland-Gipfel fehlt es an dem erforderlichen Mut und der Ehrlichkeit für eine ernste Behandlung der grundlegenden Fragen, die heute zwischen der EU und Russland stehen. Wenn es keine Ehrlichkeit innerhalb der EU gibt, wenn nur wenige Tage nach der endgültigen Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in der Tschechischen Republik die Worte über Energiesolidarität keine Bedeutung mehr haben und weitere Maßnahmen zum Bau der Ostseepipeline getroffen werden, wenn in unseren Beziehungen kein seriöser Umgang mit der Energiecharta oder dem Sarkozy-Plan erfolgt, oder den kürzlich durchgeführten russischen Militärmanövern an der ostpolnischen Grenze, werden wir nichts erreichen.

Ich möchte, dass die Frau Kommissarin sich hierzu äußert, und bitte sagen Sie uns ehrlich: Welche Aspekte in den Beziehungen zwischen der EU und Russland sind Ihrer Meinung nach Ihr persönlicher Erfolg? Wo haben wir die Möglichkeit auf Erfolg in diesem Bereich? Ohne Aufrichtigkeit werden wir nichts aufbauen.

Andreas Mölzer (NI). - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Der Georgien-Krieg, der Gasstreit und die Unfähigkeit der Europäischen Union, sich auf eine einigermaßen einheitliche Linie gegenüber Russland zu verständigen, haben Spuren hinterlassen.

Dabei ist Russland zweifellos für Europa ein wichtiger strategischer Partner, nicht nur im Hinblick auf die Energieversorgung. Ob das neue Memorandum zur Vermeidung von Energiekrisen und das europäische Frühwarnsystem das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind, wird sich bald zeigen, spätestens dann, wenn der nächste Gasstreit kommt. Denn die Abhängigkeit vom russischen Gas lässt sich nicht einfach beseitigen, und selbst das Nabucco-Projekt wird kaum etwas daran ändern. Es wäre naiv zu glauben, dass Teheran Europa nicht unter Druck setzen könnte.

Ich glaube, die Europäische Union muss gegenüber Russland eine vernünftige und realistische Politik betreiben. Sie muss den Ausgleich zwischen europäischen und russischen Interessen finden und die historischen Sensibilitäten Russlands auch in geopolitischer Hinsicht respektieren. Sonst haben wir nämlich womöglich bald nicht nur eine bilaterale Eiszeit zu befürchten, sondern auch, dass in Europa frierende Bürger aufgrund des Gasstreits leben.

Vytautas Landsbergis (PPE). – (LT) Ich unterstütze Herrn Zalewskis Haltung, genauer gesagt die Änderung Nr. 1, da sie in eindringlicher Weise die Aufmerksamkeit auf zwei Fragen lenkt, welche von entscheidender Bedeutung für die Europäische Union sind. Zunächst missbilligen wir die Art und Weise, in der das Drittland die EU in für die Europäische Union wichtigen Angelegenheiten der externen Sicherung der Energieversorgung arrogant als gleichwertigen und geschätzten Partner missachtet und zurückweist. Zweitens missbilligen wir die anti-europäische Trennlinie, die das Drittland mit der Umsetzung des Ostseepipeline-Projekts offensichtlich zieht. Wir müssen uns der lobbyistischen und zuweilen korrupten Teilung Europas entgegenstellen und dürfen Russlands Arroganz uns gegenüber nicht stillschweigend hinnehmen, und damit meine ich das Europäische Parlament. Wir können nicht zulassen, dass Gazprom – der Hauptaktionär der Ostseepipeline – die Entschließung unseres Parlaments in Bezug auf die Umweltgefahren durch die Erdgaspipeline vollständig ignoriert.

Das Problem ist nicht einfach der tragische ökologische Zustand der Ostsee, sondern auch die moralische Verfassung unseres Organs. Bei unserer Abstimmung im letzten Jahr haben wir eine unabhängige Beurteilung der Umweltauswirkungen gefordert, ohne ein im Voraus gekauftes Ergebnis, und dass den Nationen am Rande der Ostsee Garantien im Falle einer Katastrophe gegeben werden. Gazprom hat es nicht einmal für nötig gehalten, Europa darauf zu antworten. Das ist für das Parlament wie ein Schlag ins Gesicht, und wir können nicht mit den Worten „Ja, mein Herr, mit dem größten Vergnügen“ darauf reagieren. Wir müssen würde- und ehrenvoll handeln, ohne die derzeit von Abgeordneten ins Leben gerufenen außerordentlichen Aussprachen über Probleme in Bezug auf den Lebensraum Ostsee zu manipulieren oder zu blockieren. Wenn wir aus lauter Angst zulassen, dass die Ostsee dem Tode geweiht wird und es im Meer eine neue Grenze Moskau-Berlin mit russischen Wasserfahrzeugen zum Schutz der Pipeline gibt, werden wir unsere Zukunft in Freiheit begraben. Tatsächlich verkaufen wir bei den lockeren Energiegesprächen unsere Zukunft.

Hannes Swoboda (S&D). - Frau Präsidentin! Ja, wir müssen Russland ernst nehmen, wie Herr Kowal gesagt hat, insbesondere nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon, wobei interessant ist, dass der Staatspräsident, der sich lange geweigert hat, den Vertrag zu unterschreiben, eine besonders unkritische Haltung gegenüber Russland eingenommen hat, nämlich Václav Klaus. Russland ernst nehmen heißt, ein vernünftiges Verhältnis, ein pragmatisches Wirtschaftsverhältnis zu Russland zu entwickeln, aber nicht unkritisch zu sein gegenüber innenpolitischen Entwicklungen und vor allem auch gegenüber Menschenrechtsfragen.

Wir haben mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen, was die letzten Wahlen gezeigt haben, dass da offensichtlich einige Dinge nicht mit rechten Dingen zugehen. Wir sind natürlich besonders betroffen über die Angriffe gegen Menschenrechtskämpfer. Diese Angriffe möchte ich nicht der russischen Regierung zuschieben. Das, was ich verlange und was wir in dieser Entschließung verlangen, die eine sehr ausgewogene ist, ist, dass Russland den Schutz dieser Menschenrechtskämpfer ernst nimmt. Das geschieht nicht, zumindest nicht in ausreichendem Maße. Da sollte man sich mehr an Präsident Medwedjew orientieren als an Ministerpräsident Putin. Die Unterschiede mögen nicht sehr groß sein, aber wenn jemand eine etwas aufgeklärtere, positive Haltung vertritt, dann ist das sicherlich Präsident Medwedjew, und wir sollten ihn darin bestärken und unterstützen.

Was die Energiefrage betrifft: Auch da gilt es, ein sehr kühles, vernünftiges Verhältnis zu finden. Ich habe nichts gegen *North-Stream*, ich habe auch nichts gegen *South-Stream*, aber ich möchte bei der Gasversorgung

von niemandem, von keinem Land abhängig sein. Daher bin ich auch sehr für die Nabucco-Pipeline. Vielfältigkeit, Diversifizierung – das ist das Entscheidende bei der Gasversorgung, ob sie jetzt über eine andere Pipeline, wie Nabucco, oder über LNG-Häfen erfolgt. Und das nicht, weil das Land Russland heißt, sondern weil Europa von niemand abhängig sein sollte.

Wenn man jetzt die Ukraine ins Spiel bringt, dann würde ich mir wünschen, dass die ukrainischen Politikerinnen und Politiker ihre volle Verantwortung übernehmen und jene Investitionen durchsetzen, die mit Europa vereinbart worden sind. Ich weiß, dass Russland oft die Situation ausnützt, aber wenn die Ukraine ihre Versprechungen wahrmacht, dann wird Russland die Situation nicht ausnützen können, weil die entsprechenden Investitionen in der Ukraine getätigt worden sind.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Ich möchte den Autoren der Entschließung dazu gratulieren, dass sie die Ansichten der unterschiedlichen politischen Fraktionen in Einklang miteinander gebracht haben. Der Stockholmer Gipfel bietet eine gute Gelegenheit, unseren Mitgliedstaaten zu zeigen, dass wir uns einig sein können. Obwohl wir 23 Sprachen sprechen, können wir mit einer Stimme reden, wenn es darum geht, unsere Interessen in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Energie zu verteidigen.

Die Europäische Union muss der Energiesicherheit besondere Aufmerksamkeit widmen, sowohl durch Sicherstellung einer regelmäßigen Versorgung aus Russland als auch durch die Entwicklung alternativer Projekte, wie Nabucco und die paneuropäische Ölpipeline von Constanta nach Trieste.

Für uns Rumänen ist Energiesicherheit gleichzusetzen mit Sicherheit in der Schwarzmeerregion. Europas Energiepolitik kann durch ungelöste Konflikte in dieser Region beeinträchtigt werden.

Gleichzeitig müssen wir die Grundhaltung ändern, die anstatt auf Einflussnahme eher auf Vertrauen basieren sollte. Russland muss mit der Europäischen Union in diesem Bereich, der von höchstem Interesse ist, zusammenarbeiten. Der Fortschritt bestimmter, für die Entwicklung der Europäischen Union sehr wichtiger Projekte hängt auch von der Energiesicherheit ab.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Frau Präsidentin, wir müssen dringend eine neue Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland begründen. Im Moment wird dies jedoch durch eine historische Auseinandersetzung zwischen einigen EU-Mitgliedstaaten und Russland behindert. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland dürfen nicht als Druckmittel in diesen historischen Auseinandersetzungen missbraucht werden.

Wie Hannes Swoboda bereits ausgeführt hat, sind wir im Energiesektor voneinander abhängig. Es wäre im Energiesektor für die Europäische Union und Russland richtungweisend, nach dem Rückzug von der Energiecharta eine Einigung zu erzielen. Es wäre auch wichtig im Hinblick auf die Einrichtung einer Energie-Hotline, damit die zentraleuropäischen Mitgliedstaaten nicht unter den Konsequenzen der Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine leiden.

Schließlich haben wir jedes Recht, Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in Russland zu verurteilen. Aufmerksamkeit muss jedoch auch auf Rechtsverletzungen wie etwa den Umstand, dass 400 000 in Lettland lebenden Russen die Staatsbürgerschaft vorenthalten wird, gelenkt werden. Dies zeigt uns, dass die Europäische Union immer noch viel vor ihrer eigenen Haustür zu kehren hat.

Ivo Vajgl (ALDE). – (SL) Ich unterstütze den von Frau Malmström und Frau Ferrero-Waldner gewählten Ansatz. Mit dieser festgesetzten Agenda wird sich der Dialog zwischen Russland und der Europäischen Union meiner Ansicht nach für beide Parteien als vorteilhaft erweisen.

Für uns ist heute hier ein feierlicher Tag gewesen: wir haben dem Fall der Berliner Mauer gedacht. Was wir dabei jedoch vergessen haben, uns ins Gedächtnis zu rufen, ist die Tatsache, dass eine weitere wichtige Mauer in Russland gefallen ist und der immer noch in Gang befindliche Übergangsprozess seinen Anfang genommen hat. Heute ist Russland ein besseres Land, als es vor dem Fall der Berliner Mauer war, und dies müssen wir uns zuweilen in Erinnerung rufen. Wir sollten Russland, unserem wichtigen Partner, mitunter Respekt dafür zollen, und dürfen uns nicht nur von in unserer eigenen Geschichte wurzelnden Gefühlen mitreißen lassen.

Wir benötigen Russland als globalen Partner in der Weltpolitik und als Partner in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland. Dies bedeutet jedoch nicht, wie andere Mitglieder meinen, dass wir unsere Grundwerte aufgeben. Für diese Art von Diskussion habe ich keine Zeit.

Marek Henryk Migalski (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, ich möchte vor allem etwas zu Frau Ferrero-Waldner sagen. Vielleicht waren Sie heute Nachmittag nicht anwesend, als Präsident Havel sprach. Wie Frau Ojuland

und Herr Schulz möchte ich auf Präsident Havel's Erklärung über die Verpflichtung der Europäischen Union eingehen, Demokratie und den Respekt vor Menschenrechten nach außen zu tragen.

Frau Malmström hat dies ebenfalls angesprochen, und ich danke ihr dafür. Sie haben geredet, als würde sich die Europäische Union auf einen Gipfel mit der Schweiz vorbereiten. Sie haben über Handel, über Wirtschaft, über das Klimapaket gesprochen und wichtige Angelegenheiten, aber das, was vielleicht am Wichtigsten für die Europäische Union ist, vollständig außer Acht gelassen. Ich wünsche Ihnen, uns und vor allem den Bürgern der Russischen Föderation, dass die EU häufiger der heute von Frau Malmström skizzierten Haltung Ausdruck verleihen wird als der von Ihnen vertretenen Position.

Andrew Henry William Brons (NI). – Frau Präsidentin, bevor wir Russland wegen Menschenrechtsverletzungen kritisieren, sollten wir unser Augenmerk auf ähnliche Verletzungen innerhalb der Europäischen Union selbst richten: auf Länder, in denen Oppositionsparteien körperlich angegriffen werden, wie Ungarn, oder von der Miliz der regierenden Partei angegriffen werden, wie sogar im Vereinigten Königreich, oder auf Länder, die Menschen wegen gewaltfreiem Dissens einsperren oder politische Parteien verbieten, wie Belgien.

Wir müssen die Beziehungen mit Russland auf Grundlage der Interessen unserer eigenen Mitgliedstaaten pflegen und nicht auf Grund scheinheiliger Ausbrüche.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, ich danke Ihnen für eine sehr konstruktive Aussprache. Meiner Ansicht nach stimmen die meisten von uns darin überein, dass Russland ein strategischer Partner der EU ist und unsere Beziehungen zu diesem Land wichtig sind. Es muss um eine auf gegenseitigem Respekt, Achtung vor unseren gemeinsamen Verpflichtungen und auch vor den Werten, für die die Europäische Union in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit steht, beruhende Partnerschaft gehen.

In diesem Punkt dürfen wir keine Unklarheiten bestehen lassen, und ich glaube, dass die, die mich kritisiert haben, Frau Rosbach beispielsweise, möglicherweise meiner Einführungsrede kein Gehör geschenkt haben, denn ich habe dort sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir über die Entwicklungen bei den Menschenrechten in Russland besorgt sind. Russland ist ein wichtiger Nachbar. Natürlich stellen sich uns viele ungelöste Fragen, und vielleicht glaubt keiner von uns so recht daran, dass wir all diese Fragen auf dem Stockholmer Gipfel lösen werden. Der Gipfel bietet jedoch eine wertvolle Gelegenheit, um sich zu treffen und zu reden.

Wir haben gemeinsame Themen, bei denen wir möglicherweise einer Lösung ein Stückchen näher kommen können. Da gibt es die Frage des Mittleren Ostens und Afghanistans, und gerade jetzt ist natürlich der Klimagipfel in Kopenhagen sehr wichtig. Dann wären da noch die Finanz- und Wirtschaftskrise und unsere diesbezüglichen gemeinsamen Verpflichtungen, sowie unsere Beziehungen in den Bereichen Energie, Beitritt zur WTO und verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Außen- und Sicherheitspolitik. Im Hinblick auf Konfliktlösung müssen wir in unserem gemeinsamen Raum zusammenarbeiten. Es geht darum, bestimmte Themen zu identifizieren, bei denen beide Parteien von der Zusammenarbeit profitieren werden. Wir müssen dies mit Anstand und Respekt tun, ohne unsere Werte aufzugeben.

Ich hoffe, dieser Gipfel wird auch dazu beitragen, unsere strategische Partnerschaft zu festigen und den Weg für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen uns zu öffnen. Dies wäre positiv zu bewerten. Ich habe die Entschließung gelesen, die viele von Ihnen angesprochen haben und über die Sie meinen Informationen zufolge morgen abstimmen werden. Ich halte sie für eine außerordentlich gute Entschließung, und finde es ebenfalls hervorragend, dass über diese Angelegenheiten im Großen und Ganzen ein hohes Maß an Konsens in der Kommission, sowie im Rat und im Europäischen Parlament herrscht.

Wie so viele von Ihnen zum Ausdruck gebracht haben, müssen wir Russland gegenüber mit einer Stimme sprechen. Wenn wir uns einig sind und auf einen klaren und konstruktiven Dialog setzen, wird dies gut für Russland, gut für die EU und gut für viele europäische und globale Sachfragen sein.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, Russland ist einerseits ein strategischer Partner, aber auch ein Nachbar, und die nachbarschaftlichen Beziehungen sind die schwierigeren. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit ist es jedoch meiner Meinung nach umso wichtiger, sicherzustellen, dass sich das Verhältnis zwischen Europa und Russland so erfolgreich wie möglich gestaltet, um sowohl unseren als auch Russlands Bürgern Sicherheit, Stabilität und Wohlstand zu bringen. Daher müssen wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um bei Fragen, zu denen wir unterschiedliche Meinungen haben, Gemeinsamkeiten zu finden – beispielsweise bei Menschenrechtsfragen oder Fragen der gemeinsamen

Nachbarschaft –, aber auch die Tür für Dialoge und Aussprachen offen halten, die sowohl unseren Unterschieden als auch unseren gemeinsamen Verpflichtungen Rechnung tragen. So lautet sozusagen die allgemeine Linie.

Lassen Sie mich nun einige sehr spezifische Dinge sagen. Russlands Beitritt zur WTO ist und bleibt für uns ein Hauptziel. Während wir dies sagen, ist es an der Zeit, einige Fragen zu klären, die in diesem Handelsverhältnis noch offen sind. Einige davon, wie etwa die transnistrischen Überfluggebühren, stehen schon viele Jahre auf unserer Agenda. Auf den vielen Gipfeln, an denen ich teilgenommen habe, sind sie regelmäßig angesprochen worden. Andere, wie das vorgeschlagene Dekret zur Begrenzung des Containerstraßentransports sind neueren Datums und ich persönlich – sowie alle Kommissionsdienststellen – bringen diese Fragen bei allen Gesprächen mit Russland auf den Tisch. Tatsächlich gab es erst gerade einen Ständigen Partnerschaftsrat, aber wir könnten dies natürlich wiederholen.

Der zweite Punkt, den ich zur Sprache bringen möchte, ist das Thema Energie. Die Europäische Union und Russland sind, wie ich gesagt habe, auch im Bereich Energie wichtige Partner. Das Verhältnis ist von einer gegenseitigen Abhängigkeit gekennzeichnet, die beiden Seiten eine starke Motivation verleiht, unsere Beziehungen im Bereich Energie auf eine berechenbare und auch solide Basis zu stellen. Die Sicherstellung einer ungehinderten und ununterbrochenen Erdgasversorgung der Europäischen Union, und damit das Verhindern und Überwinden von Notsituationen, ist deshalb von größter Bedeutung. Dies wollen wir beispielsweise mit dem Frühwarnmechanismus erreichen, an dem wir arbeiten, und bei dem es wichtig ist, dass wir mit dem Energieministerium der Russischen Föderation kooperieren. Wir haben dieses Thema besprochen, und ich hoffe, dass wir zum nächsten Punkt übergehen können.

Was die Ukraine und insbesondere den Gastransit betrifft, so haben wir in der Kommission gemeinsam mit den ukrainischen Behörden, aber auch mit den internationalen Finanzinstitutionen an einem Darlehenspaket gearbeitet, das sowohl die Zahlungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Lagerung von russischem Gas als auch die Reform und Modernisierung des ukrainischen Gassektors betreffen würde.

Ende Juli wurde eine Einigung erzielt und so der Weg für Finanzhilfen durch die internationalen Finanzinstitutionen vorbehaltlich der Umsetzung einer Anzahl von Bedingungen geebnet. Wir hoffen, dass dies wirklich funktionieren wird, und wir müssen auch sicherstellen, dass für die Beziehungen im Bereich Energie eine sehr klare und transparente Rechtsgrundlage besteht. Das ist unser Ziel, insbesondere in unserem neuen Abkommen.

Was die Menschenrechte angeht, so habe ich diese angesprochen. Bei jedem Gipfel haben wir über Menschenrechte gesprochen. Ich möchte ein paar Worte zu der Todesstrafe sagen, da diese vor dem Hintergrund unserer Wertegemeinschaft selbstverständlich unannehmbar ist. Ja, das Verfassungsgericht in Russland diskutiert diese Frage zur Zeit, aber uns wurde gesagt, es gäbe Hinweise darauf, dass das Gericht zu dem Schluss kommen wird, Russland sei durch die Unterzeichnung von Protokoll 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention gebunden und daher werde die Todesstrafe höchstwahrscheinlich nicht angewendet. Hoffen wir, dass dies auch wirklich der Fall sein wird.

Wie zuvor bereits von mir erwähnt, ist Russland als Mitglied der UN, als Mitglied der OSZE und des Europarates selbst sehr wichtige Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte eingegangen. Diese werden ständig im Rahmen unserer europäisch-russischen Menschenrechtskonsultationen erörtert. Da Letztere erst gerade am 5. November in Stockholm stattgefunden haben, habe ich keine weiteren Einzelheiten aufgegriffen, aber jeder, der informiert ist, weiß darüber Bescheid.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf etwas wirklich Positives: die Wissenschafts- und Technologie-Kooperationen für Jugendliche. Ich stimme Herrn Fleckenstein zu, dass die Anregung von Austauschen und Kooperationen zwischen jungen Leuten aus der Europäischen Union und aus Russland ein Hauptanliegen für uns sind, und wir stellen unsere Programme zu diesem Zweck zur Verfügung. Diese haben sich innerhalb der Europäischen Union selbst als nutzbringend erwiesen, wie beispielsweise TEMPUS und Erasmus Mundus, und dies ist auch ein Weg, den wir weiter erkunden sollten.

Ebenfalls in diesem Zusammenhang starten wir in die Verhandlungen über Russlands Assoziation zu dem Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung. Auch hierbei handelt es sich um einen Bereich mit hohem wirtschaftlichem Potenzial.

Ich bin immer noch der Meinung, dass die Spannbreite unserer Beziehungen sehr groß ist. Es gibt viel zu erörtern, und wir sind nicht immer auf einer Augenhöhe mit Russland, aber wir können uns jederzeit über alle Themen aussprechen, und genau dies tun wir.

Die Präsidentin. – Gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung habe ich sechs Entschließungsanträge⁽²⁾ erhalten.

Die Aussprache wird beendet.

Die Stimmabgabe findet morgen, Donnerstag, den 12. November 2009, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Jetzt zu Beginn des Winters ist Europa von einer Gaskrise bedroht, die der am Anfang des Jahres ähnelt, als die Abhängigkeit vom russischen Erdgas deutlicher als je zuvor zutage trat. Auch in diesem Jahr ist eine Wiederholung des Szenarios vom letzten Winter, auf das Premierminister Putin vor kurzem die Aufmerksamkeit zog, wahrscheinlich, wiederum wegen eines Missverständnisses mit der Ukraine. Vor diesem Hintergrund entwickelt sich die Alternative zu russischem Erdgas, die Nabucco-Pipeline, zu einer absoluten Notwendigkeit. Die europäische Gasversorgung kann nicht den Konflikten zwischen Russland und der Ukraine unterworfen sein. Für alle EU-Organisationen wird es dringend notwendig, Nabucco Priorität einzuräumen, so wie es der Europäische Rat übrigens auch im März entschieden hat. Die EU muss in Bezug auf das Nabucco-Projekt mit einer Stimme reden. Es liegt in Russlands Interesse, Zugang zu kaspischem Gas zu erhalten, und eine entschlossene, vereinte europäische Front würde Russland an den gleichen Verhandlungstisch bringen. Wir lassen uns nicht auf einen Wettbewerb zwischen Projekten ein. Wir reden nicht über Nord Stream oder South Stream. Worüber wir reden, ist das gemeinsame Interesse an der Gewährleistung einer alternativen Erdgasquelle. Und nicht zuletzt müssen die europäischen Organe vehement an Russland und die Ukraine appellieren, zu verhindern, dass von geopolitischen oder Wählerinteressen motivierte Gefühle des Stolzes die Sicherheit der Bevölkerung und der Ökonomien der EU beeinträchtigen.

András Gyürk (PPE), schriftlich. – (HU) Die Neuverhandlung des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland bietet beiden Seiten eine gute Gelegenheit, die Themen zu besprechen, die ihre Beziehungen am deutlichsten kennzeichnen. Infolge der Ereignisse der letzten Jahre ist es kein Zufall, dass die Verhandlungsagenda die wachsende Rolle von Energiebörsen widerspiegelt. Der Presse nach zu urteilen können wir keinesfalls sicher sein, dass wir dieses Jahr der Gaskrise entgehen werden, die sich zu einer regelmäßigen Einrichtung zu entwickeln scheint. Die noch nicht angenommene EU-Richtlinie zur Erdgasversorgung wird leider überhaupt nichts wert sein, wenn sich die EU-Mitgliedstaaten wieder einmal abgesperrten Hähnen gegenüber sehen. Genau aus diesem Grund muss sich die EU bemühen, die grundlegenden Prinzipien der noch von Russland zu ratifizierenden Energiecharta zu einem Bestandteil des neuen Kooperationsabkommens zu machen. Im Moment sind sowohl der Gastransit als auch die Marktzugänglichkeit Themen voller Widersprüche. Solange freilich Russland unter Ausnutzung der Offenheit des Marktes noch als Investor in den meisten EU-Mitgliedstaaten tätig ist, wird das Land seinen eigenen Markt beständig gegen westliche Firmen abschotten. Vielleicht wird die Energiecharta diesen Widerspruch auflösen. Die schriftliche Festlegung von Grundsätzen des Marktes kann auch als eine gute Basis bei der Verhandlung zukünftiger, langfristiger Erdgasversorgungsverträge dienen. Können keine transparenten Beziehungen geschaffen werden, wird es auch in Zukunft möglich sein, Mitgliedstaaten gegeneinander auszuspielen, da diese nach wie vor unterschiedliche Preise für die Gasversorgung zahlen.

Lena Kolarska-Bobińska (PPE), schriftlich. – Frau Präsidentin, in Russland werden wir heute Zeuge einer Schikanierung der Zivilbevölkerung durch die Behörden. Organisationen, deren einzige Aufgabe darin besteht, grundlegende Staatsbürgerfreiheiten und Menschenrechte schützen zu helfen, werden durch Räumungsbefehle, die Verweigerung behördlicher Genehmigungen und an einigen Orten in Russland durch den Mord an ihren Mitgliedern vertrieben.

Erst diese Woche haben wir Berichte gelesen, dass das Zentrum „For Human Rights“ und die „Moscow Helsinki Group“, die älteste Menschenrechtsorganisation in Russland, ihrer Räumlichkeiten verwiesen werden sollen.

Da wir, das Europäische Parlament, im Begriff sind, der Stiftung „Memorial“, darunter auch einer der Gründerinnen der „Moscow Helsinki Group“, Frau Lyudmila Mikhailovna Alexeyeva, den diesjährigen Sacharow-Preis zu verleihen, müssen wir deutlich machen, dass es in diesem Parlament, dieser Union um mehr geht als nur um Geschäfte und die Sicherstellung einer möglichst billigen Gasversorgung. Wir sind eine Wertegemeinschaft und vertreten auch folgenden Werte: bürgerliche Freiheiten, Demokratie,

⁽²⁾ Siehe Sitzungsprotokolle.

Menschenrechte und Menschenwürde. Auf dem Gipfel nächste Woche müssen unsere europäischen Führer über mehr als nur Pipelines und freien Handel sprechen. Es ist noch nicht an der Zeit, die Kerze der russischen Zivilbevölkerung verlöschen zu lassen. Vielen Dank.

Krzysztof Lisek (PPE), schriftlich. – (PL) Es ist sehr wichtig für uns, gute Beziehungen und eine gute Partnerschaft mit Russland zu pflegen. Gleichzeitig werden Anstrengungen für den Aufbau der Östlichen Partnerschaft unternommen, die darauf abzielt, die Beziehungen der EU zu Weißrussland, der Ukraine, Moldau, Georgien, Aserbaidschan und Armenien zu aktivieren. Trotz der vielen, von der Europäischen Union und Polen über eine Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation abgegebenen Erklärungen wird meine Besorgnis durch die Tatsache geweckt, dass im September Tausende russischer Soldaten an Militärübungen mit dem Namen „West 2009“ in Weißrussland teilgenommen haben. Ziel dieser Übungen war die Niederschlagung eines fiktiven Aufstands der polnischen ethnischen Minderheit. Das Abhalten gemeinsamer russisch-weißrussischer Militärübungen unter der Annahme, dass der Aggressor eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist, ist zutiefst verstörend. Darüber hinaus erstaunt es mich, dass darauf keine Reaktion der Europäischen Kommission oder des Hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU erfolgt ist. Ich hoffe, dass dieses Thema im Rahmen des bevorstehenden, am 18. November in Stockholm stattfindenden EU-Russland-Gipfels zur Sprache gebracht werden wird.

17. Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie (Aussprache)

Die Präsidentin. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über

- die mündliche Anfrage an den Rat über die Durchführung der Richtlinie 2006/123/EG von Malcolm Harbour, Andreas Schwab, Evelyne Gebhardt, Cristian Silviu Buşoi, Heide Rühle, Adam Bielan, Kyriacos Triantaphyllides und Matteo Salvini im Namen des IMCO-Ausschusses (O0107/2009 – B70216/2009), und

- die mündliche Anfrage an die Kommission über die Durchführung der Richtlinie 2006/123/EG von Malcolm Harbour, Andreas Schwab, Evelyne Gebhardt, Cristian Silviu Buşoi, Heide Rühle, Adam Bielan, Kyriacos Triantaphyllides und Matteo Salvini im Namen des IMCO-Ausschusses (O0114/2009 – B70219/2009).

Malcolm Harbour, Verfasser. – Frau Präsidentin, es ist mir eine Ehre, zum ersten Mal seit meiner Wahl zum Vorsitzenden des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz in diesem Plenarsaal auftreten zu können und diese Anfrage im Namen aller in dem Ausschuss vertretenen politischer Fraktionen sowie der Koordinatoren vorzulegen. Ich freue mich sehr, dass viele neue Mitglieder des Ausschusses heute Abend hier sind, um mich zu unterstützen und zu der Aussprache beizutragen.

Ich glaube nicht, dass dieses Parlament daran erinnert werden muss, wie wichtig die Dienstleistungsrichtlinie ist. Mit Freisetzung der Kräfte des Binnenmarktes in einem Sektor, der wahrscheinlich 70 % der europäischen Wirtschaft ausmacht, werden die so geschaffenen Arbeitsplätze und die dazugehörigen dynamischen Effekte unter den stagnierenden Bedingungen, denen wir uns ausgesetzt sehen, derzeit dringend benötigt.

Es handelt sich hier um eine sehr weitreichende Richtlinie. Sie beinhaltet viele neue Merkmale. In vielen Bereichen ist sie kompliziert. Vieles musste berücksichtigt werden. Für ihre Wirksamkeit ist eine konsistente und vollständige Umsetzung absolut notwendig. Kern dieser Richtlinie ist der Umstand, dass Mitgliedstaaten Hindernisse für Geschäftsaktivitäten und insbesondere diskriminieren Maßregeln für Dienstleistungsunternehmen, welche ihrer Geschäftsaktivität nachgehen wollen, in ihren eigenen nationalen Rechtsvorschriften abbauen werden. Glauben Sie mir, es gibt buchstäblich Hunderte von Rechtsakten bzw. Rechtsvorschriften in unterschiedlichen Ländern, die auf Grund dieses Aktes geändert werden mussten. Sofern sich nicht alle Kollegen und alle Länder zusammenschließen, um diese Aufgabe anzugehen, wird die Diskriminierung bestehen bleiben. Es muss eine konsistente Umsetzung erfolgen. Andernfalls werden die Hindernisse bestehen bleiben.

Daher möchte ich zunächst insbesondere der Kommission Anerkennung zollen für die Führungsrolle, die sie im Zusammenhang mit der Steuerung und Koordinierung des gesamten Prozesses zur Ausführung und Umsetzung dieser Rechtsvorschriften bei den Mitgliedstaaten übernommen hat. Da der Vorschlag ja bereits 2006 vereinbart wurde, möchte ich ebenfalls dem Rat, d. h. eigentlich mehreren aufeinanderfolgenden Räten danken, die den Prozess geleitet haben, was bei den Gipfeln, auf denen eine konsistente Umsetzung dieser Richtlinie gefordert wurde, deutlich geworden ist.

Insbesondere der Ministerin, Frau Cecilia Malmström, die heute Abend hier anwesend ist, möchte ich sagen, wie beeindruckt der Ausschuss von der Arbeit Schwedens war, als wir Schweden im September im Rahmen einer Mission besuchten. Meiner Meinung nach ist hier ein deutliches Beispiel für viele andere Menschen abgegeben worden, und dazu zählt vor allem die akribische Art und Weise, in der sichergestellt wird, dass die schwedischen Behörden sich auf allen Ebenen ihrer Verpflichtungen gemäß europäischem Recht bewusst sind, um in der Lage zu sein, Dienstleistungsunternehmen aus anderen Ländern innerhalb der europäischen Union zuzulassen.

Unsere Anfrage heute Abend bezieht sich insbesondere auf das, was wir als die wichtigsten, so schnell wie möglich umzusetzenden Punkte ansehen. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, ihre Rechtsvorschriften zu sichten, um – wie ich es ausdrücke – nach diskriminierenden Punkten zu suchen. Die Umsetzung am 28. Dezember ist jedoch erst der Anfang des Prozesses zum Abbau von Hindernissen, denn jedes Land wird nun mit einer Liste von Akten aufwarten, die andere Länder diskriminieren und die sie ihrer Meinung nach im Namen des öffentlichen Interesses rechtfertigen können. Dieses Verfahren der gegenseitigen Evaluierung – eine ganz neue Maßnahme – verlangt von den Behörden der anderen Mitgliedstaaten, sich miteinander und den jeweiligen diskriminierenden Vorschlägen der anderen Seite zu befassen. Es wird eine wichtige Phase sein, die ihren Anfang nimmt, und wir verfolgen sie mit großem Interesse. Heute Abend möchten wir gerne die Vorschläge der Kommission hören, wie an diesen Prozess herangegangen werden soll. Wir möchten vom Rat wissen, welche Unterstützung dieser hierbei leisten wird. Wir möchten ebenfalls eine Zusicherung, dass dieser Prozess nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden wird, denn Verbraucher und Unternehmen und andere Interessengruppen wollen wissen, wie sich die Umsetzung dieses Prozesses vollziehen wird. Wir möchten die Liste sehen. Wir möchten die Liste der Verordnungen und internen Statuten sehen, welche die Mitgliedstaaten beibehalten möchten.

Zweitens geht es um Informationen und den Zugang zu elektronischen Verfahren. Die Einrichtung zentraler Anlaufstellen für Unternehmen ist wiederum ein bahnbrechender Vorschlag in einer europäischen Richtlinie. Von den Mitgliedstaaten wird gefordert, mit Hilfe dieser Systeme die Informationen und den Zugang zu Verfahren anzubieten, die Unternehmen notwendigerweise erhalten bzw. durchlaufen müssen, um tätig werden zu können. Die Einrichtung umfassender und vollständiger Systeme ist von entscheidender Bedeutung.

Darum geht es also bei unserer Anfrage heute Abend. Wir freuen uns auf Frau Ferrero-Waldners umfassende Antworten, vielleicht auf einem Gebiet, mit dem sie nicht so vertraut ist. Wir gehen davon aus, dass Sie Charlie McCreedy die besten Grüße von uns allen bestellen werden.

Meiner Meinung nach ist es noch wichtig, die Sichtweise meines Ausschusses zu verstehen. Auch für uns ist dies der Beginn eines Prozesses über die nächsten fünf Jahre, welcher die Überwachung und Aufrechterhaltung des politischen Interesses und Drucks auf alle Mitgliedstaaten zur Erfüllung dieser Richtlinie beinhaltet. Ich muss Cecilia Malmström sagen, dass es gelinde gesagt enttäuschend war, in dem vom Rat (Wettbewerbsfähigkeit) im September erörterten Bericht eine Anmerkung der Kommission dahingehend zu finden, dass in einigen Mitgliedstaaten augenscheinlich das politische Engagement für eine vollständige und rechtzeitige Umsetzung leider nicht in entsprechende Handlungen umgesetzt wurde. Das ist nicht gut genug. Wir wollen die Vorteile, und wir wollen sie jetzt.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, ich möchte Herrn Harbour und dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz dafür danken, dass sie diesen wichtigen Punkt zur Sprache gebracht haben. Wie Herr Harbour ausgeführt hat, ist der freie Dienstleistungsverkehr einer der Eckpfeiler des Binnenmarkts. Er steht für 60-70 % der Wirtschaft und Beschäftigung in der EU und nimmt weiter zu. Er wird eine sehr wichtige Rolle beim wirtschaftlichen Wachstum der EU spielen, aber wie auch bereits gesagt wurde, hat der freie Dienstleistungsverkehr nicht so gut funktioniert, wie es hätte sein sollen. Es ist immer noch viel zu tun, um Hindernisse im Geschäftsleben abzubauen und den Dienstleistungshandel zu vereinfachen, und daher ist es eine ausgezeichnete Sache, dass wir nun die Dienstleistungsrichtlinie haben, die zum 28. Dezember umgesetzt werden soll.

Die Kommission ist letztendlich dafür verantwortlich, dass die Mitgliedstaaten ihre Pflichten erfüllen werden, und ich bin mir sicher, dass die Kommission darüber sprechen wird, nichtsdestotrotz möchte ich einige Worte im Namen des Vorsitzes bezüglich der Anfrage sagen, die mir von dem Ausschuss vorgelegt wurde. Als erstes möchte ich das Sichten der Rechtsvorschriften ansprechen, und wie dies zu der Umsetzung beigetragen hat. Zweck der Maßnahme ist das Erkennen und der Abbau von Hindernissen im Zusammenhang mit der Niederlassungsfreiheit und dem freien Dienstleistungsverkehr. Die Forderungen in Bezug auf die Erbringung von Dienstleistungen, welche Mitgliedstaaten sich vorbehalten, müssen den Ansprüchen des Diskriminierungsverbots, der Notwendigkeit und Angemessenheit genügen.

Dies ist eine gewaltige Aufgabe, aber wenn sie abgeschlossen ist, wird der Dienstleistungssektor von einer Verringerung der administrativen Belastung für Dienstleistungsunternehmen profitieren. Der abschließende Bericht an die Kommission in dieser Angelegenheit sollte am 28. Dezember fertig gestellt sein.

Die zentralen Anlaufstellen sollen Informationen über Rechte und Anforderungen im Dienstleistungsbereich für Dienstleister und Empfänger von Dienstleistungen zusammentragen. Sie müssen Dienstleistern die Möglichkeit bieten, online eine Genehmigung zu beantragen und mit der Genehmigungsbehörde zu kommunizieren. Natürlich ist dies für die Mitgliedstaaten nicht so einfach zu organisieren. Das Ganze basiert auf der Idee des Vorhandenseins eines moderneren Systems mit einem hohen Grad an E-Government. Nächste Woche hält der schwedische Ratsvorsitz eine Ministertagung genau zu dem Thema E-Government in Malmö ab. Bei dieser Tagung werden die Mitgliedstaaten Unterstützung von der Kommission bekommen, und man wird eine Vielzahl von Seminaren abhalten, die uns in die Lage versetzen werden, voneinander zu lernen, so dass wir unser Hauptaugenmerk auf die Benutzerfreundlichkeit richten können.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die auf den Webportalen verwendete Sprache und die Möglichkeit, den Service in einer anderen Sprache als der des jeweiligen Mitgliedstaates zu benutzen. Dies wird in der Richtlinie nicht gefordert, aber hoffentlich werden die meisten Mitgliedstaaten die in den Anlaufstellen erhältlichen Informationen in mehreren Sprachen zur Verfügung stellen. So erhalten Dienstleister eine bessere Möglichkeit, verschiedene Märkte zu vergleichen und sich den Überblick zu verschaffen, den sie benötigen, um ihren Betrieb auszuweiten.

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz möchte wissen, ob die Mitgliedstaaten in der Lage sein werden, die Richtlinie rechtzeitig umzusetzen, und ich hoffe, dass dies der Fall sein wird. Die Kommission wird diese Frage beantworten müssen, Tatsache ist aber, dass in dem Rat (Wettbewerb) alle Mitgliedstaaten angegeben haben, rechtzeitig fertig zu werden. Die politische Unterstützung in diesem Zusammenhang ist sicherlich sehr wichtig.

Was also sind die größten Herausforderungen? Bei der Richtlinie insgesamt handelt es sich selbstverständlich um eine außerordentlich weitreichende Maßnahme und sie erfordert eine Reihe von Maßnahmen seitens der Mitgliedstaaten, nicht nur im Hinblick auf die Rechtsvorschriften, sondern auch verschiedene Maßnahmen, um Zusammenarbeit zu erleichtern. Die dann hoffentlich von uns etablierten Strukturen werden zu einer effizienteren und moderneren Organisation führen. Es wird jedoch Zeit benötigen, all dies zu aufzubauen. Das Sichten der Rechtsvorschriften in diesem sehr großen Bereich und das Finden von Lösungen in Form von Rechtsvorschriften kann nicht über Nacht geleistet werden. Die Behörden werden im Hinblick auf ihre neuen Aufgaben geschult werden müssen, und dazu wird man Ressourcen brauchen.

Somit lautet die Antwort auf die Frage nach den größten Herausforderungen natürlich die Schaffung der zentralen Anlaufstellen und die Sicherstellung ihrer Funktion. Schließlich fragt das Parlament, auf welche Weise die Interessenvertreter eingebunden wurden. Dies ist eine wichtige Frage, da es selbstverständlich ein wesentlicher Teil des Prozesses ist, die verschiedenen Interessenvertreter mit ins Boot zu holen, um Verständnis für die Dienstleistungsrichtlinie zu wecken, die Vorteile gegenüber den Bürgern und Firmen zu kommunizieren, aber auch um deren Ansichten und Bedürfnisse zu erfahren.

Dieser Dialog ist ein Schlüsselement gewesen. Viele Interessenvertreter waren bereits in der Verhandlungsperiode in Arbeitsgruppen eingebunden, und in vielen Fällen haben diese Netzwerke Fortbestand. In einer Reihe von Ländern gab es auf breiter Ebene soziale Konsultationen zu den Umsetzungsvorschlägen, um verschiedene Einzelinformationen und Ansichten einzufangen.

Zum Schluss, Frau Präsidentin, möchte ich dem Parlament für das im Zusammenhang mit dem Umsetzungsprozess der Dienstleistungsrichtlinie gezeigte Interesse danken. Angesichts der sehr wichtigen Rolle, die das Europäische Parlament bei der Erzielung einer Einigung gespielt hat, ist es gut, dass Sie weiterhin interessiert bleiben, nachfragen und sicherstellen, dass wir unseren Pflichten in den Mitgliedstaaten nachkommen. Wir stimmen zu, dass es außerordentlich wichtig ist, die Richtlinie unverzüglich und auf die richtige Art und Weise umzusetzen, und insbesondere jetzt in der Wirtschaftskrise wird die Dienstleistungsrichtlinie ein wichtiges Werkzeug darstellen, um uns aus der Krise zu führen und uns erneut die Möglichkeit zu geben, das wirtschaftliche Wachstum und hoffentlich die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, ich möchte dem Parlament dafür danken, dass es diese rechtzeitig gestellte mündliche Anfrage über den Stand der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie vorgebracht hat, insbesondere auch im Namen meines Kollegen, Charlie McCreevy.

Bis zur Umsetzungsfrist sind es noch etwas weniger als zwei Monate, und dies ist die richtige Zeit, auf die bisher getane Arbeit zurückzublicken und eine Bilanz zu ziehen, wo wir heute stehen.

Die Dienstleistungsrichtlinie ist eine der wichtigsten Initiativen, die in den letzten Jahren angenommen wurden. Sie birgt ein großes Potenzial, Handelshemmnisse im Binnenmarkt abzuschaffen und unsere öffentlichen Verwaltungen zu modernisieren, und in dem aktuellen wirtschaftlichen Kontext wird eine ordnungsgemäße Umsetzung umso dringlicher. Wir sind uns dieser Tatsache sehr bewusst und das Europäische Parlament, bzw. insbesondere dessen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, hat nicht nur eine Schlüsselrolle dabei gespielt, die Einführung der Richtlinie möglich zu machen, aber die Kommission wusste besonders Ihr fortlaufendes Interesse an der Verfolgung der von den Mitgliedstaaten geleisteten Arbeit zur Umsetzung der Richtlinie zu schätzen.

Was uns anbelangt, so hat die Kommission ihrer Verpflichtung, den Umsetzungsprozess zu vereinfachen, Rechnung getragen. Dies ist bereits zur Sprache gekommen. Wir haben die Bitten der Mitgliedstaaten um technische Hilfe ernst genommen und in beispielloser Weise Anstrengungen unternommen und Ressourcen freigesetzt, um ihre Arbeit zu unterstützen. Mehr als 80 bilaterale Tagungen mit allen Mitgliedstaaten wurden abgehalten, und Expertengruppen haben sich mehr als 30 Mal während der letzten drei Jahre in Brüssel getroffen.

Die Kommission kann jedoch nicht die Umsetzung auf nationaler Ebene leisten. Dies ist Aufgabe der Mitgliedstaaten, und die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ist eine Herausforderung für sie gewesen.

Es ist eine Herausforderung gewesen, weil es die Durchführung mehrerer Großprojekte beinhaltet, wie etwa die Einrichtung „zentraler Anlaufstellen“ und die Überprüfung bzw. Vereinfachung von auf Dienstleistungen bezogenen Rechtsvorschriften. Es ist auch eine Herausforderung gewesen, weil eine intensive Abstimmung aller Verwaltungsebenen untereinander, sei es auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene damit verbunden war.

Wo stehen wir also heute? Und werden die Mitgliedstaaten ihren Beitrag leisten?

Es scheint, dass knapp mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten in der Lage sein wird, die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zum Termin Ende 2009 oder Anfang 2010 zu erreichen. Einige Mitgliedstaaten werden sich vielleicht verspäten. Dies ist nicht vollkommen zufriedenstellend, insbesondere für Bürger und Unternehmen, die von ihren Rechten auf dem Binnenmarkt Gebrauch machen möchten. Auch wenn diese Situation im Vergleich mit anderen Binnenmarktrichtlinien nicht ungewöhnlich ist, so gibt sie doch in gewisser Weise Anlass zu Besorgnis.

Es muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass Mitgliedstaaten vielleicht in einem umfangreicheren Maße als bei anderen Richtlinie gezwungen waren, sich mit einer Vielzahl schwieriger rechtlicher und praktischer Aspekte zu befassen. Unter diesem Gesichtspunkt kann das Ergebnis, dass wir Anfang nächsten Jahres zu erreichen hoffen, vielleicht sogar als ganz gut angesehen werden.

Lassen Sie mich nun genauer auf Ihre Anfrage antworten.

Es haben also fast alle Mitgliedstaaten die Phase der Sichtung ihrer nationalen Rechtsvorschriften abgeschlossen. Einige arbeiten noch immer daran. Gleichwohl ist das Ausmaß, in dem diese Sichtung zu einer effektiven Umsetzung der Richtlinie beigetragen hat, zu diesem Zeitpunkt natürlich etwas schwierig abzuschätzen. Die Frist für die Umsetzung ist noch nicht abgelaufen, und die Mitgliedstaaten haben der Kommission ihre Änderungen der Rechtsvorschriften noch nicht vorgelegt.

Es steht jedoch außer Zweifel, dass ein anspruchsvolles und gründliches Sichtungsverfahren von entscheidender Bedeutung ist, um die „Binnenmarktfreundlichkeit“ nationaler Rechtsvorschriften in jedem einzelnen Mitgliedstaat zu gewährleisten. Darüber hinaus ist es auch für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Dienstleistungssektors im Allgemeinen von entscheidender Bedeutung.

Was die zentralen Anlaufstellen angeht, scheint klar, dass die meisten Mitgliedstaaten Ende 2009 zumindest grundlegende, praktische Lösungen dafür geschaffen haben werden. Auch an dieser Stelle wird es keine vollkommen perfekten Strukturen geben, es sollte jedoch eine solide Basis vorhanden sein. Wünschenswert ist, dass die Mitgliedstaaten die zentralen Anlaufstellen fortlaufend weiterentwickeln und verbessern, mit dem Ziel, sie langfristig in vollwertige E-Government-Zentren umzuwandeln.

In diesem Zusammenhang stimmt die Kommission zu, dass es wichtig ist, zusätzliche Informationen über und Verfahren für die zentralen Anlaufstellen bereit zu stellen, etwa in Bezug auf die Rechte der Arbeiter

und die Besteuerung. Unternehmen und Verbraucher müssen sich der anwendbaren Regeln bewusst sein. Wie sie jedoch wissen, ist dies in der Richtlinie nicht zwingend vorgeschrieben.

Wir rechnen damit, dass diese Informationen im Zuge der Festigung und Entwicklung der zentralen Anlaufstellen auch bereitgestellt werden. Einige der Mitgliedstaaten planen dies sogar bereits ein.

Was die Umsetzung der Richtlinie in dem Bereich Sozialdienstleistungen angeht – in dem Umfang, wie diese davon betroffen sind – scheinen keine besonderen Probleme aufgetreten zu sein. Die Richtlinie selbst beinhaltet Mechanismen, um sicherzustellen, dass den Besonderheiten dieser Dienstleistungen Rechnung getragen wird.

Schließlich ist es meiner Ansicht nach offensichtlich, dass die Interessenvertreter eine wichtige Rolle in dem gesamten Umsetzungsprozess gespielt haben. Sie haben die Bemühungen der Mitgliedstaaten aus nächster Nähe verfolgt und waren auf verschiedene Art und Weise an der Umsetzung beteiligt, und wir werden sicherstellen, dass die Interessenvertreter nächstes Jahr bei der Bewertung der Umsetzungsergebnisse zu Rate gezogen werden.

Also müssen wir einen Weg finden, um sicherzustellen, dass diese Konsultation auf zielgerichtete und sehr konkrete Art und Weise durchgeführt wird.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass viele Mitgliedstaaten im Zuge des Rechtsetzungsprozesses offene Anhörungen zu den Entwürfen der Rechtsvorschriften abgehalten haben. Einige Interessensvertreter haben sogar mit ihren Mitgliedern regelmäßige Bestandaufnahmen über den Stand der Umsetzung vorgenommen. Einigen wir uns darauf, dass es in dieser Phase des Prozesses wichtig ist, realistisch und ehrlich zu sein. Im Zusammenhang mit der Umsetzung bleibt noch viel zu tun, und die Mitgliedstaaten, die hinter dem Plan zurückliegen, müssen besondere Anstrengungen unternehmen.

Meiner Überzeugung nach ist das Glas immer noch mehr als halb voll. Trotzdem sollten wir es besser weiter füllen, und zwar schnell.

VORSITZ: Pál SCHMITT

Vizepräsident

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir von Kommission und Rat jetzt gehört haben, ist doch ein Stück weit entmutigend.

Europa steht im internationalen Wettbewerb, in einem globalen Wettbewerb, in dem sich auch die europäischen Dienstleister positionieren und durchsetzen müssen. Wenn wir uns die Vorgeschichte dieser Richtlinie, die hier im Parlament mit ganz wesentlicher Beteiligung der Abgeordneten entstanden ist, ansehen, so ist es aus meiner Sicht doch einigermaßen entmutigend zu hören, dass das Glas halb voll ist beziehungsweise halb leer, wie die Frau Kommissarin gesagt hat. Ich darf Ihnen, Frau Ratspräsidentin, sagen, dass das Parlament nicht nur in der Vergangenheit eine Rolle gespielt hat, sondern diese Rolle auch in Zukunft wahrnehmen will. Deswegen haben wir uns auch entschlossen, im Binnenmarktausschuss diese Frage rechtzeitig vor der Umsetzungsfrist an Sie zu richten, um zu überprüfen, ob Sie die Verpflichtungen, die Sie als Mitgliedsstaaten der Europäischen Union übernommen haben, damals auf eigenen Vorschlag hin, die Richtlinie bis Ende dieses Jahres umzusetzen, ob Sie diese Ambition auch erfüllen können. Ich darf Ihnen sagen, jedenfalls für die EVP-Fraktion gehe ich nach wie vor davon aus, dass Sie alles dafür tun werden, dass dieser Anspruch von Ihnen in den kommenden Monaten auch erfüllt wird.

Wir werden die Richtlinie und ihre Umsetzung aus der Sicht der europäischen Bürgerinnen und Bürger begutachten, aus der Sicht der Dienstleister, aus der Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und werden vor diesem Hintergrund genau prüfen, wie sich die Mitgliedstaaten untereinander verhalten und welche Transparenz – wie der Vorsitzende dies angesprochen hat – bei diesem Austausch über die Richtlinienelemente vorliegt und wie effektiv dabei vorgegangen wird, mitgliedstaatliche Vorschriften auf ihre Binnenmarkttauglichkeit für Dienstleisterinnen und Dienstleister hin zu überprüfen. Das Gleiche gilt ebenso für den Anwendungsbereich der Richtlinie. Auch hier werden wir in Zukunft, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, genau betrachten, inwieweit der Europäische Gerichtshof möglicherweise den EU-Vertrag so auslegt, dass die Rechte der Bürger Vorrang haben und dass nicht immer – wie man im Rat manchmal den Eindruck haben kann – die Interessen der Mitgliedstaaten Vorrang genießen.

Zum Zweiten: Dem Punkt, den Sie im Hinblick auf die elektronische Abwicklung der Verfahren angesprochen haben, stehen wir sehr positiv gegenüber, aber entscheidend ist aus unserer Sicht, ob am Ende die

Dienstleisterinnen und Dienstleister unkompliziert und effektiv sämtliche Verfahrensnotwendigkeiten im Online-Verfahren abwickeln können und ob sie bei den hinter diesen vielen Homepages stehenden Personen wirklich auch auf Personen treffen, mit denen sie über die Sache und über die Notwendigkeiten in den Mitgliedstaaten reden können oder ob hier einfach chinesische Mauern aufgebaut werden.

Meine Damen und Herren, der Präsident mahnt mich zur Eile. Ich möchte gerne auf den letzten Punkt zu sprechen kommen. Das Parlament hat damals in der Diskussion insbesondere darauf gedrungen, dass über das *Internal Market Information System* all diese Schwierigkeiten beseitigt werden, die die mitgliedstaatlichen Verwaltungen vernünftigerweise bei der Umsetzung der Richtlinie haben, und deswegen hoffe ich, Frau Ratspräsidentin, dass Sie alle Anstrengungen unternehmen, dass diese Richtlinie bis zum 31. Dezember dieses Jahres in Kraft treten kann.

Evelyne Gebhardt, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Vielen Dank, dass wir heute über dieses Thema, das so wichtig ist, diskutieren können. Ich möchte eines ganz deutlich klarstellen: Wir haben als Parlament nicht eine Rolle gespielt, sondern wir haben dafür gesorgt, dass in dieser Dienstleistungsrichtlinie ein sehr positiver, guter Kompromiss gefunden wurde. Dieser Kompromiss basiert insbesondere auf der Sicherung der Arbeits- und Sozialrechte und der besonderen Achtung und Herausnahme der Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Das war der Sockel dafür, dass es überhaupt eine Dienstleistungsrichtlinie hat geben können.

Da sehe ich doch einige Fragezeichen, und auch die Fragen, die wir gestellt haben, wurden nicht beantwortet. Es wäre nämlich sehr bedauerlich, wenn sich herausstellen würde, dass wahr ist, was ich verschiedentlich schon gehört habe, nämlich dass es Mitgliedstaaten gibt, die die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie nutzen, um die Balance, die wir als Gesetzgeber gefunden haben, zu torpedieren, indem sie diese Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht voll respektieren, so wie wir es in der Dienstleistungsrichtlinie gemacht haben. Da geht es nicht nur um die Arbeitsbestimmungen, die in Frage gestellt werden, da geht es in manchen Staaten auch um Definitionen, die umgeschrieben bzw. eingengt werden. Und es gibt auch Mitgliedstaaten, die mit fadenscheinigen Begründungen die sozialen Dienstleistungen nicht aus dem Wirkungskreis der Dienstleistungen herausnehmen, die in dieser Umsetzung sind.

Da war gerade das Handbuch der Europäischen Kommission nicht hilfreich, weil es zum Teil den falschen Weg gewiesen und eine Interpretation gegeben hat, die nicht dem entsprach, was für uns das Richtige war. Gerade diese vorgenannten Beispiele zeigen, wie notwendig es ist, dass wir auch einen Rechtsrahmen für Dienste im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse schaffen, damit diese sozialen Rechte wie das Arbeitsrecht auch wieder voll und ganz respektiert werden können. Alles andere wäre nicht gut.

Ich frage auch die Mitgliedstaaten, inwiefern sie bei der Umsetzung insbesondere auch die *stakeholders*, und da insbesondere die Gewerkschaften und die sozialen Dienste, mit einbezogen haben. Eine Frage, die wir gestellt haben, zu der ich aber noch keine Antwort gehört habe. Und ich hätte dazu schon ganz gern eine gute Antwort!

Jürgen Creutzmann, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antwort der Kommission ist natürlich nicht nur nicht ermutigend, wie Kollege Schwab gesagt hat, sondern sehr enttäuschend. Wir müssen wissen, dass wir bei der Umsetzung davon ausgehen müssen, dass, wenn Sie sagen, etwa 50 % werden den Zeitplan einhalten, die anderen 50 % bei weitem noch nicht so weit sind.

Wenn ich an mein eigenes Land Deutschland denke, so setzen die einzelnen Bundesländer diese Richtlinie jetzt um. Und in meinem Heimatland hatte ich am 2. September noch die Gelegenheit, an der ersten Lesung über die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie für das Land Rheinland-Pfalz teilzunehmen. Sie können sich vorstellen, dass es unmöglich sein wird, die Umsetzung zeitgerecht zu erreichen. Es dürfte den anderen Bundesländern ähnlich gehen.

Entscheidend wird natürlich auch für uns sein, wie die Umsetzung erfolgen wird. Wenn in Artikel 13 Absatz 2 die Forderung festgeschrieben wird: „Die Genehmigungsverfahren und Formalitäten dürfen weder abschreckend sein, noch die Erbringung der Dienstleistung in unangemessener Weise erschweren oder verzögern“, dann müssen wir sehr darauf achten, dass dies in der Tat nicht stattfindet. Entscheidend wird sein, wie beispielsweise die einheitlichen Ansprechpartner ausgestattet sein werden. Haben sie die Sprachkompetenz? Arbeiten sie eng genug mit den Verwaltungen zusammen, um die Anliegen, die an sie herangetragen werden, auch umsetzen zu können? Da haben wir unsere großen Zweifel. Eigentlich müsste der Ausschuss jetzt fragen, welche Länder hintendran sind und welche Länder diese 50 % erfüllen, und wann

gedenkt man, dieses zu erreichen. Dann sollte man lieber davon ausgehen, für diese Länder ein Moratorium oder was auch immer zu schaffen.

Ich bin überzeugt, dass diese Richtlinie zum 1. Januar 2010 in den meisten Ländern nicht umgesetzt sein wird, obwohl diese Länder mehr als vier Jahre Zeit hatten. Das ist ein großes Problem und sehr enttäuschend.

Tadeusz Cymański, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident, im Kontext der derzeit stattfindenden Diskussion möchte ich nach den Auswirkungen der Krise auf die Einführung der Richtlinie in den EU-Ländern fragen.

In meinem Land Polen ist trotz der Krise und Umsetzungsschwierigkeiten die Schaffung eines Dienstleistungsgesetzes möglich gewesen, welches auf einem hohen Maß an Freiheit bei der Registrierung und Ausübung einer unternehmerischen Tätigkeit beruht. In Branchen wie Handwerk, Handel, Fremdenverkehr und Hotellerie stellen die Beschränkungen lediglich Ausnahmen dar. Wir machen dies im Namen von Chancengleichheit und für die Wahrung des Grundsatzes eines gesunden Wettbewerbs.

Der Kompromiss von 2006 ging davon aus, dass bestimmte Bereiche von einer Regelung durch diese Richtlinie ausgenommen würden. Ich möchte gern fragen, wie die Bewertung jener Entscheidungen heute aussieht. Weiter wurde davon ausgegangen, dass in Zukunft weitere gesetzgeberische Maßnahmen zur Frage der öffentlichen Versorgungsunternehmen unternommen würden. Um bei der durch die Frau Kommissarin verwandten Metapher zu bleiben, wird es nach dem Füllen des bereits halbvollen Glases ein weiteres Glas geben? Und was wird als nächstes geschehen?

Eva-Britt Svensson, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (SV) Herr Präsident, in dem im Jahr 2006 erzielten Kompromiss hat die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament Forderungen zurückgezogen, wonach sozialen Belangen vor der Freiheit von Dienstleistungsanbietern Priorität einzuräumen sei. Sonst wäre es, wie Herr Harbour in einer Pressemitteilung schrieb, kein Kompromiss gewesen. Der Begriff „Ursprungsstaatsprinzip“ ist entfernt worden. Er ist jedoch seitens der Kommission durch eine Regelung zu Gesetzeskonflikten ersetzt worden, die klar besagt, dass im Falle eines Konflikts zwischen den Arbeitsmarktgesetzen verschiedener Mitgliedstaaten das Recht des Ursprungsstaates anzuwenden sei.

Die Richtlinie hätte in dem Sinne interpretiert werden können, dass die EU nicht in die nationale Arbeitsgesetzgebung eingreifen würde. Dennoch hat die Kommission schnell Leitlinien entworfen, wonach Dienstleistungsunternehmen keinen ständigen Vertreter in dem Land haben müssen, in dem die Leistung ausgeführt wird. Demnach hat die Gewerkschaft keinen Ansprechpartner, mit dem sie verhandeln könnte. Auch das Vaxholm-Urteil stellt klar fest, dass das schwedische Arbeitsrecht dem EU-Recht untergeordnet sei, was bedeutete, dass Schweden gezwungen war, die Standards seiner Arbeitsmarktgesetzgebung zu reduzieren. Ich und die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke können keine andere Alternative für Arbeitnehmerrechte sehen, als ein klares, rechtsverbindliches Protokoll im Vertrag bereitzustellen, welches den Unionsrechten Vorrang vor der Freiheit des Marktes einräumt.

Lara Comi (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, in erster Linie verkörpert die Dienstleistungsrichtlinie für Europa das Ende einer Reise. Einer Reise, von der das Endziel gerade die Vollendung des Binnenmarktes ist, um somit den Handel innerhalb der Europäischen Union zu erleichtern. Und um folglich den Behörden eine Koordinierung ihrer Arbeit zu ermöglichen und darüber hinaus die Durchführungskosten der einzelnen Maßnahmen innerhalb der verschiedenen Branchen und Mitgliedstaaten zu minimieren.

Die inhaltliche Harmonisierung der verschiedenen Verwaltungsverfahren und ein leichter Zugang für Dienstleister, um in anderen Mitgliedstaaten tätig zu sein, bedeutet in einer beispiellosen Krisenphase wie dieser automatisch Wachstumssteigerung und demzufolge auch Wachstumsstimulierung. Die durch das Europäische Parlament und den Rat am 12. Dezember 2006 angenommene Dienstleistungsrichtlinie ist ein wesentlicher Bestandteil der Strategie von Lissabon. Diese wurde im Laufe der Zeit überarbeitet und an die verschiedenen Situationen, die Europa in den letzten neun Jahren durchlebt hat, angepasst. Dabei muss ihr Hauptziel unbedingt sein, die europäische Wirtschaft sowohl zur weltweit wettbewerbsfähigsten als auch zu einer wissensbasierten Wirtschaft zu machen.

Die Wirtschaftskrise, die wir derzeit durchlaufen und die die Europäische Union auf institutioneller Ebene bewältigt, erfordert eine noch genauere und schnellere Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie, als dies bei ihrer ersten Annahme notwendig war. Dabei werden die verschiedenen, mit den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen fachkundig durch die Europäische Union aufeinander abgestimmt. Die Frist des 28. Dezember 2009 für die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ist demnach natürlich nicht nur ein

Hinweis auf das festgesetzte Datum für den Fortgang von der Ratifizierung bis hin zum legislativen Verfahren dieser Richtlinie. Sondern sie ist vor allem auch ein wichtiger Schritt in Richtung eines Europa, das sich zunehmend seiner Ressourcen bewusst beziehungsweise zunehmend in der Lage ist, das Beste aus diesen Ressourcen herauszuholen.

Bernadette Vergnaud (S&D). – (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, die Dienstleistungsrichtlinie ist seit ihrer Annahme und die sie begleitenden hitzigen Debatten in gewisser Weise unklar geworden. Aber es ist wichtig zu zeigen, dass wir in der entscheidenden Phase ihrer Umsetzung besonders aufmerksam sind.

Ich stelle die Interpretation der Bestimmungen von Artikel 2 der Richtlinie in Verbindung mit dem Ausschluss sozialer Dienstleistungen aus ihrem Anwendungsbereich in Frage. Begriffe wie „Unterstützung für hilfsbedürftige Personen“ und „beauftragte Anbieter“ scheinen restriktiv zu sein, wenn man sie mit der in bestimmten Mitgliedstaaten verwandten Definition von sozialen Dienstleistungen vergleicht. Ich bin ferner besorgt darüber, dass eine bewusst strikte Interpretation für den Einschluss ganzer Schwaden dieser Dienstleistungen in den Anwendungsbereich der Richtlinie dienen kann.

Der Ausschluss dieser Dienstleistungen ist ein wichtiges Element des Wortlauts und eine Garantie für die Bürgerinnen und Bürger, dass das europäische Sozialmodell geschützt wird.

Ich hoffe, dass bestimmte Mitgliedstaaten einschließlich Frankreich die Umsetzung nicht dazu nutzen werden, ihre sozialen Dienstleistungen unter dem falschen Vorwand zu liberalisieren, sie entsprächen europäischem Recht. Diese Probleme mit der Integration von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zeigen die Notwendigkeit einer europäischen Gesetzgebung, die auf sie zugeschnitten ist und nicht einer vorgegebenen Definition als Teil einer Richtlinie zu kommerziellen Dienstleistungen folgt.

Róza, Gräfin von Thun Und Hohenstein (PPE). – (PL) Herr Präsident, die korrekte Umsetzung der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt ist nicht nur für die in diesem Markt operierenden europäischen Unternehmer wichtig, sondern auch für die Verbraucher. Die Dienstleistungsrichtlinie ist ein gutes Beispiel. Für ihre Umsetzung wurde ein Zeitraum von drei Jahren eingeräumt. Das ist eine lange Zeit, und trotzdem werden es nicht alle Länder schaffen, die Richtlinie innerhalb von drei Jahren zu verwirklichen. Dieses Beispiel zeigt das Erfordernis einer optimalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen besonders deutlich, damit die Umsetzung in allen Mitgliedstaaten rechtzeitig durchgeführt werden kann.

Dies ist tatsächlich die Richtlinie, die in die im Juni dieses Jahres veröffentlichten Empfehlungen der Kommission zur Optimierung der Funktionsweise des Binnenmarktes aufgenommen wurde. Ich denke aber, dass es notwendig ist, beim Umsetzungsprozess ein wenig weiter zu gehen. Daher schlage ich im Bericht zur Ergebnisliste für den Binnenmarkt die Einrichtung eines Binnenmarktforschums vor. Es würde Vertreter der europäischen Institutionen, der Mitgliedstaaten und sonstiger Interessengruppen mit dem Ziel zusammenbringen, eine deutlichere Verpflichtung zur Umsetzung zu erzielen, damit wir unsere Gesetze bezüglich des Binnenmarktes anwenden können, einschließlich dieser besonders wichtigen Richtlinie. Ich möchte gern, dass das Forum ein Ort für den Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen zum Thema Umsetzung wird. Ich möchte gern, dass das Forum die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Fragen des Binnenmarktes lenkt. Wir müssen das Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger an einem funktionierenden Markt und die Verantwortung dafür wecken. Erst dann haben wir einen umfassenden Erfolg erzielt.

In Zusammenhang mit den Problemen bei der Umsetzung der Richtlinie, von denen wir gerade gehört haben, möchte ich die Mitgliedstaaten fragen, ob sie versucht haben, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, und ob man sagen könnte, dass es ihnen bei der Umsetzung gelungen ist, auch nur eine der Empfehlungen der Kommission umzusetzen. Wird die Kommission damit fortfahren, nach neuen Lösungen zu suchen? Nutzt sie sämtliche Möglichkeiten und Mittel zur Mobilisierung und Unterstützung insbesondere jener Länder, die Probleme bei der Umsetzung haben? Gibt es in dieser Angelegenheit neue Ideen?

Louis Grech (S&D). – (MT) Es ist beunruhigend, dass unsere regelmäßigen Kontakte mit den lokalen Behörden zumindest in meinem Land bestätigen, dass viele Länder im Dunkeln tappen und nicht wissen, was sie erwartet, sobald die Richtlinie in Kraft tritt. Grundsätzlich ist das Wissen über die aktuelle Gesetzgebung zu den vier Freiheiten gering. Es scheint auch einen Mangel an Informationen zu allem zu geben, was mit den Gesetzen und Regelungen für Finanzdienstleistungen, elektronische Kommunikationsdienste und Transportdienstleistungen in Verbindung steht. Zudem scheint es, dass die Behörden Probleme bei der Vereinfachung des Verwaltungsprozesses, der Harmonisierung des Handels und sonstiger

Genehmigungsverfahren haben. Die Kommission muss daher weitere Initiativen annehmen, um den lokalen und regionalen Behörden sofortige und direkte Hilfe zur Verfügung zu stellen. Wenn wir wirklich möchten, dass der Umsetzungsprozess unsere Vereinbarungen des Parlaments vollumfänglich reflektiert, muss das Europäische Parlament auch nach dem Inkrafttreten der Richtlinie in den Prozess eingebunden bleiben.

Bogusław Liberadzki (S&D). – (PL) Herr Präsident, in Rezessionszeiten wie diesen sollten wir generell versuchen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und Preisreduzierungen zu fördern oder kurz gesagt vermehrt Vorteile für die Verbraucher zu schaffen. Wir tun dies, indem wir beispielsweise die Automobilindustrie subventionieren. Wir sprechen von Berufsgruppen wie Frisöre, Klempner und Maurer, die keine Subventionen benötigen. Allerdings brauchen sie Freiheit für die Ausübung ihrer Tätigkeit. Wenn Regelungen und die Wirklichkeit nur übereinstimmen würden!

Ich weiß zum Beispiel von einer Großbäckerei, die in einem Nachbarland gebaut wurde. Während der Genehmigungsphase für den Bau war alles in Ordnung. Als jedoch die Produktion startete, haben Regierung und lokale Behörden ihre Genehmigungen zurückgezogen. Weshalb? Der örtliche Bäckerverband hatte protestiert. Wenn doch nur diese Art von Praxis nie angewandt worden wäre!

Frau Kommissarin, lassen Sie auch uns 50 % der Mitgliedstaaten nennen, die die Gesetzgebung wirklich umgesetzt haben. Um welche handelt es sich? Ich bitte darum, dass wir im Januar einen Vorschlag für die genaue Überwachung der Richtlinienumsetzung in den einzelnen Mitgliedstaaten bekommen.

Małgorzata Handzlik (PPE). – (PL) Herr Präsident, Frau Kommissarin, ich stimme mit der Frau Kommissarin darin überein, dass die Dienstleistungsrichtlinie eine der wichtigsten in den letzten Jahren verabschiedeten Gesetzgebungen ist und dass deren richtige Umsetzung äußerst wichtig ist.

In der vorangegangenen Wahlperiode hatte ich die Gelegenheit, an den Bestimmungen der Dienstleistungsrichtlinie zu arbeiten. Ich erinnere mich noch an die enormen Anstrengungen, die wir alle hier beim Entwurf ihrer Bestimmungen im Europäischen Parlament leisteten. Ich unterstütze die Dienstleistungsrichtlinie aus vollem Herzen und bin zutiefst davon überzeugt – und dies ist etwas, was ich bei Veranstaltungen mit Unternehmern oft betone –, dass sie eine große Gelegenheit sowohl für Unternehmer als auch die gesamte europäische Wirtschaft darstellt.

Allerdings wird nur dann die Umsetzung in gezielte Ergebnisse möglich sein, wenn die entsprechende Gesetzgebung richtig und rechtzeitig durch die Mitgliedstaaten umgesetzt wird. Daher schließe ich mich der Forderung nach einem beschleunigten Umsetzungsprozess durch die nationalen Behörden an. Diese haben die wichtigen Arbeiten in diesem Bereich noch immer nicht abgeschlossen, insbesondere hinsichtlich der Frage der richtigen Umsetzung des Grundsatzes der Freiheit des Angebots von Dienstleistungen und der nationalen Kontaktpunkte. Ich verfolge aufmerksam die Durchführung der Dienstleistungsrichtlinie sowohl in den einzelnen Ländern als auch in meinem eigenen Land Polen, wo die Arbeit an der geeigneten Richtlinienumsetzung noch im vollen Gang ist. Ich hoffe, dass das Ergebnis dieser Anstrengungen zufriedenstellend sein wird.

Anna Hedh (S&D). – (SV) Herr Präsident, das skandinavische Arbeitsmarktmodell gründet auf Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern. Dieser Modelltyp funktioniert nicht, wenn einer der Partner – in diesem Fall ein Dienstleister – keinen Vertreter hat, mit dem die Verhandlungen durchgeführt werden können. Wir haben uns daher über die Entscheidungen zur Dienstleistungsrichtlinie sehr gefreut. Diese wird unserer Meinung nach das Recht auf Verhandlung, auf den Eintritt in Kollektivvereinbarungen, die Anwendung von Kollektivvereinbarungen und die Aufnahme eines Arbeitskampfes nicht beeinflussen.

Dennoch entstand während der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in Schweden eine Debatte darüber, ob es zulässig oder unzulässig sei, das Vorhandensein eines bevollmächtigten Unternehmensvertreters als Vorschrift festzulegen. Daher frage ich: Verhindert die Richtlinie in irgendeiner Weise, dass das Gastland Anforderung für das Dienstleistungsunternehmen bestimmt, einen bevollmächtigten Vertreter vor Ort für die Verhandlung von und den Eintritt in Vereinbarungen zu haben?

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Bei dieser laufenden Aussprache dürfen wir nicht die ernsten Folgen vergessen, die die Umsetzung dieser Richtlinie auf die Liberalisierung von Dienstleistungen in einer Reihe von Ländern haben wird, insbesondere in Ländern mit einer höchst instabilen sozialen Situation, was zu einer weiteren Verschlechterung einer Krisensituation wie der jetzigen führt. Bei all den in den verschiedenen Mitgliedstaaten gezeigten Bedenken ist es so, dass wir sogar mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wenn wir nicht sofort Maßnahmen zur Verteidigung der sozialen und Arbeitnehmerrechte und zum Schutz des empfindlichsten Sektors einschließlich des öffentlichen Dienstleistungssektors treffen. Die

Liberalisierung könnte Arbeitslosigkeit, Armut und Ungerechtigkeit gerade unter den Schwächsten vergrößern und lediglich den großen Dienstleistungsunternehmen und Wirtschaftskonzernen speziell in den reichsten Ländern nützen.

Daher stellen in Zeiten der Krise wie dieser der Aufschub der Umsetzung dieser Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen und die Durchführung einer geeigneten Studie zu potentiellen sozialen Auswirkungen dieser Richtlinienumsetzung besonders wichtige Maßnahmen dar.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, ich danke dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz für die Hervorhebung dieser wichtigen Frage, die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie. Insbesondere darf die jetzige Wirtschaftskrise nicht von Ländern, Unternehmern oder sonst jemandem dazu benutzt werden, uns in den Protektionismus zurückzudrängen. Das wäre im Gesamtkontext eine Katastrophe.

In einem weiteren Sinne kann der Handel mit Dienstleistungen die Antriebskraft für wirtschaftliche Erholung sein, und Irland ist seit unserem Engagement im Bereich Außenhandel tatsächlich vorangekommen. Die neue Krise wäre in Irland weitaus schlimmer, wenn wir nicht mit dem internationalen, durch den Binnenmarkt gestützten Handel eine breite Basis hätten.

Die Öffnung unserer Grenzen für den ausländischen Wettbewerb hat tatsächlich keinerlei negative Konsequenzen für die Dienstleister vor Ort mit sich gebracht. Vielmehr hat sie Wettbewerb und Innovation gefördert. Was demnach heute vorgeschlagen worden ist, kann ich zu 100 % unterstützen.

Abschließend möchte ich hinzufügen, dass ich mich freue, hier jemanden etwas Gutes über den irischen Kommissar Charlie McCreevy sagen zu hören. Er ist ein guter Freund von mir, obgleich er einer anderen politischen Gruppierung angehört.

Josefa Andrés Barea (S&D). – (ES) Herr Präsident, Frau Kommissarin, wir sprechen derzeit über die Dienstleistungsrichtlinie. Da wir heute über Jahrestage reden, möchte ich anmerken, dass es das Ziel dieser Richtlinie war, die vierte Grundfreiheit des europäischen Integrationsprojekts in die Tat umzusetzen. Sie wurde vor drei Jahren angenommen. Inzwischen ist der den Mitgliedstaaten eingeräumte Zeitraum abgelaufen, in dem sie ihre nationalen Gesetze anpassen und Hindernisse abbauen sollten. Da diese Phase jetzt vorbei ist, ist es an der Zeit für unsere aktuelle Zustandsbewertung, eine Auswertung dessen, wer die Gesetzgebung und unter welchen Bedingungen umgesetzt hat, und wer nicht.

Meine Frage ist jedoch, ob die Kommission einen höheren Harmonisierungsgrad für erforderlich hält. Wenn ja, ob sie aktuell darüber nachdenkt, Gesetzesinitiativen im Zusammenhang mit dieser extrem wichtigen Dienstleistungsrichtlinie vorzuschlagen, die darauf abzielt, den Markt und die Rechte von Verbrauchern, Bürgern und Arbeitnehmern zu harmonisieren.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Herr Präsident, vielen Dank noch einmal dafür, dass Sie diesen wichtigen Punkt aufgeworfen haben. Ich denke, es gibt eine allgemeine Übereinstimmung dahingehend, dass die Dienstleistungsrichtlinie sehr wichtig ist und wir wirklich dringend versuchen sollten, sie so bald wie möglich umzusetzen.

Der schwedische Ratsvorsitz tut wie frühere Ratsvorsitze sein Äußerstes für die Sicherstellung eines reibungslosen und schnellen Ablaufs. Wir hatten verschiedene Diskussionen in unterschiedlichen Ratsformationen. Wir hatten dazu Seminare und Diskussionen, und das Thema wurde auf die Tagesordnung genommen, um wirkliche Fortschritte in der Sache zu unterstützen.

Allerdings verbleiben fast nur noch zwei Monate, und die Antwort auf die Frage, wer zurückliegt, kann sich ändern. Noch ist Zeit. Unsere Zielsetzung ist deutlich – und ich weiß, dass dies auch die Zielsetzung der Kommission ist –, dass alle Länder die Richtlinie bis zum 28. Dezember 2009 umgesetzt haben sollen. Dabei kann es zu Verspätungen kommen. Das bedauern wir natürlich, aber ich weiß, dass alle Länder so schnell und prompt wie möglich arbeiten.

Es gab eine Frage dahingehend, wie die nationalen Kontaktpunkte arbeiten würden. Es gibt diese zwar noch nicht, aber sie sollten in einer benutzerfreundlichen und effizienten Weise arbeiten und über alle relevanten Informationen verfügen, die sowohl von den Dienstleistungsanbietern als auch den Verbrauchern benötigt werden. Die Mitgliedstaaten haben mit der Kommission zusammengearbeitet, um eine in allen Sprachen verfügbare Informationsbroschüre bereitzustellen, um den relevanten Zugang zu Informationen für Bürgerinnen und Bürger und Verbraucher zu erleichtern. Viele Mitgliedstaaten unternehmen auch eigene Anstrengungen zur Verbreitung von Informationen über die Richtlinie. Es gibt auch Übereinstimmung

bezüglich des gemeinsamen Logos, um es für Nutzer einfacher zu machen, zwischen den verschiedenen Websites und Kontaktpunkten zu navigieren.

Obgleich es nicht obligatorisch ist, werden einige Mitgliedstaaten in ihren nationalen Kontaktpunkten Informationen zu Arbeitnehmerrechten und dem Arbeitsrecht zur Verfügung stellen. Die Dienstleistungsrichtlinie umfasst nicht das Arbeitsrecht, und die Entsendung von Arbeitnehmern ist daraus ausgeschlossen. Die von meinen schwedischen Kollegen vorgelegte Frage ist eine schwedische Frage. Wir prüfen das, es liegt ein wenig außerhalb dieser Debatte. Wir werden darauf gern in einem eher nationalen Zusammenhang zurückkommen.

Die Dienstleistungsrichtlinie ist wichtig. Sie wird das Leben für Dienstleistungsanbieter einfacher machen und die Freizügigkeit erleichtern. Sie wird nützlich für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung sein und unseren Bürgern Vorteile bringen. Die Bürgerinnen und Bürger schauen auf uns, damit ihre Umsetzung so rasch als möglich sichergestellt wird, denn sie wird deren Leben erleichtern. Es liegt in unserer Verantwortung zu gewährleisten, dass wir alles dafür tun, um dies Realität werden zu lassen.

Ich möchte dem Parlament noch einmal danken. Nicht nur für seinen Beitrag zur Abstimmung und Annahme der Dienstleistungsrichtlinie, sondern auch für seine Überwachungstätigkeit, und dafür, dass es den Rat und die Kommission immer wieder gedrängt hat, alles in unserer Macht stehende für die Umsetzung zu tun. Aber es bleibt immer noch ein wenig Zeit, und wir werden möglicherweise im nächsten Jahr unter dem spanischen Ratsvorsitz zu dieser Debatte zurückkehren. Die Kommission wird dies weiterhin genau verfolgen.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, wie vor mir gesagt wurde, haben wir alle Fragen im Umfeld der verschiedenen sozialen und sonstigen Aspekte dieser Richtlinie erörtert. Ich glaube nicht, dass wir diese Diskussion jetzt neuerlich eröffnen sollten. Aber wir müssen in Richtung der Mitgliedstaaten schauen, um zu sehen, wie sie die Richtlinie umgesetzt haben oder umsetzen werden. Auf Basis der bereits verfügbaren Informationen scheint es so zu sein, dass eine Mehrheit der Mitgliedstaaten die Umsetzung weder zum Ende dieses Jahres oder gar zu Beginn des Jahres 2010 vollzogen haben wird.

Wie ich meine kann man gleichfalls sagen, dass die meisten Mitgliedstaaten zumindest den grundlegenden, einzigen Kontaktpunkt eingerichtet haben werden. Demnach werden sie imstande sein, ihre Kooperationsvereinbarung und -verpflichtungen zur Verwaltungszusammenarbeit zu erfüllen.

In einigen Fällen könnte es jedoch Verspätungen bei den Änderungen des Rechtsrahmens geben.

Im Hinblick auf den Überprüfungsprozess haben einige Mitgliedstaaten die Gelegenheit ergriffen, die Vereinfachung von Gesetzen und Verfahren zu überprüfen, und eine beträchtliche Anzahl von Änderungen vollzogen. Andere Mitgliedstaaten haben nur wenige Änderungen verfügt. Ferner hängt die Zahl der vollzogenen Änderungen natürlich von verschiedenen Faktoren einschließlich dem bestehenden regulatorischen Rahmen und der internen Organisation der Mitgliedstaaten ab. Für föderalistische Staaten ist dies komplizierter als für andere.

Selbstverständlich hängt dies auch von der Bereitschaft eines Mitgliedstaats ab, Gesetze und Verfahren zu vereinfachen.

Bezüglich der Frage der richtigen Umsetzung hat mein Kollege Herr Charlie McCreevy bei vielen Anlässen die Aufmerksamkeit der Regierungsmitglieder der Mitgliedstaaten auf die Wichtigkeit der Umsetzungsarbeit gelenkt. Er und seine Mitarbeiter haben den Umsetzungsprozess sehr genau verfolgt und überwacht.

Ich habe zwar schon früher in den letzten drei Jahren erwähnt, dass mehr als 80 bilaterale Treffen mit allen Mitgliedstaaten abgehalten wurden und sich über 30mal Expertengruppen in Brüssel trafen. Wir sind demnach sehr aktiv gewesen. Und wir werden die Arbeit der Mitgliedstaaten weiterhin verfolgen und ihnen weiterhin – sofern durch die Mitgliedstaaten gewünscht – technische Unterstützung zur Verfügung stellen. Letztendlich liegt es aber in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, die Arbeiten durchzuführen und die erforderlichen Mittel zuzuweisen.

Im Hinblick auf das kommende Jahr muss meiner Ansicht nach sichergestellt werden, dass das in der Richtlinie vorgesehene Verfahren der gegenseitigen Bewertung in einer konstruktiven Weise genutzt wird. Wir werden auch wie erbeten die Umsetzungsqualität der Gesetzgebung begleiten und die Arbeit der einzelnen Kontaktpunkte überwachen müssen. Dann brauchen wir auch eine Rückmeldung von der Wirtschaft und den Verbrauchern.

Zudem können wir auf weitere Mechanismen zur Durchsetzung zurückgreifen, bisweilen in Fällen von Rechtsverletzungen, aber es ist jetzt noch zu früh, dazu etwas zu sagen.

Bezüglich der kleinen und mittelständischen Unternehmen sind wir natürlich der gleichen Ansicht wie Sie. Sie sind das Rückgrat der EU-Wirtschaft, und deren Interesse bildet das Herzstück der Dienstleistungsrichtlinie.

Demnach wird diese Richtlinie jede Art von Geschäftstätigkeit fördern, aber kleine und mittelständische Unternehmen werden am meisten profitieren. Kleine und mittelständische Unternehmen entscheiden häufig wegen der juristischen Komplexität und des Mangels an transparenten Informationen sehr häufig, im Heimatland zu verbleiben. Diese Richtlinie wird jedoch viele dieser Komplexitäten beseitigen und den Unternehmen – wie wir alle denken – Auftrieb geben.

Soweit die Kommission weiß, benutzt kein einziger Mitgliedstaat benutzt die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zur Einschränkung von Arbeitnehmerrechten. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Arbeitnehmerrechte als solche werden von der Dienstleistungsrichtlinie weder berührt noch von ihr behandelt. Dabei handelt es sich eindeutig um das Ergebnis des praktischen und politischen Kompromisses, der sowohl vom Parlament als auch vom Rat erzielt wurde.

Abschließend möchte ich wiederholen, dass das Parlament während der ganzen Geschichte der Dienstleistungsrichtlinie ein wichtiger Partner war. In den letzten drei Jahren befand es die Kommission für wichtig, Sie am Umsetzungsprozess zu beteiligen und über unsere Arbeit mit den Mitgliedstaaten zu informieren. Wie bereits erwähnt, wird die Dienstleistungsrichtlinie ferner eine Schlüsselmaßnahme für ein besseres Funktionieren des Binnenmarktes bleiben, damit wie benötigt Wachstum und Beschäftigung sichergestellt werden. Besonders in der aktuell schwierigen Wirtschaftskrise ist die dringendste Frage daher die richtige Umsetzung.

Der Präsident. – Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Europa muss wettbewerbsfähig sein. Dank der Anstrengungen des Europäischen Parlaments wird die Dienstleistungsrichtlinie dabei helfen, die bislang noch nicht umfassend geregelte Freizügigkeit von Dienstleistungen im Binnenmarkt der Europäischen Union umzusetzen. Die Dienstleistungsrichtlinie regelt Genehmigungsverfahren, verweist auf unzulässige Anforderungen und bestätigt, dass ab 2010 alle neuen Anforderungen für Dienstleistungsanbieter nicht diskriminierenden Charakters und durch wichtige soziale Interessen gerechtfertigt sein müssen. Sie regelt zudem die wichtigsten Aufgaben der noch einzurichtenden nationalen Kontaktpunkte. Am wichtigsten aber ist die Reduzierung der Kosten für die Bereitstellung von Dienstleistungen auf zwischenstaatlicher Ebene. In Zeiten wirtschaftlicher Rezession ist dies besonders wichtig. Litauen tritt der Liste der Mitgliedstaaten bei, die bereit sind, die Bestimmungen der Dienstleistungsrichtlinie rechtzeitig umzusetzen. Für die Kommission ist es sehr wichtig, eng und effektiv mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, da es in einigen Ländern einen Informationsmangel und unzureichende Vorbereitungen für die Umsetzung der Richtlinie gibt. Derzeit sind nur 50 % der Mitgliedstaaten bereit, die Bestimmungen der Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Edit Herczog (S&D), schriftlich. – (HU) Herr Präsident, die Mitgliedstaaten müssen die Dienstleistungsrichtlinie bis zum 28. Dezember 2009 vollständig umgesetzt haben, was den Dienstleistungsmarkt wie im Falle von Waren und Erzeugnissen für Privatpersonen und Unternehmen öffnen würde.

Diese Richtlinie würde kleinen und mittelständischen Unternehmen in einem großen Maße helfen. Sie würde die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wirtschaftswachstum unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen fördern. Einige Mitgliedstaaten haben jedoch beschlossen, die Beschäftigung für Bürgerinnen und Bürger aus den neuen, 2004 und 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten zu beschränken. Deutschland und Österreich wünschen diese Beschränkung bis 2011 aufrechtzuerhalten, ohne dass es hierfür ernste wirtschaftliche und soziale Motive gäbe. Frankreich und Belgien wenden eine ähnliche Regelung im Hinblick auf Rumänien und Bulgarien an.

Mittlerweile ist jedoch klar, dass die durch den berüchtigten „polnischen Klempner“ ausgelösten Ängste unbegründet sind. Die Zahl der in Frankreich arbeitenden Zentral- und Osteuropäer ist beispielsweise weitaus niedriger als die Zahl der im Vereinigten Königreich Beschäftigten, obgleich Paris vor drei Jahren die Entscheidung getroffen hatte, die Beschränkungen für jene Berufe schrittweise zu beseitigen, bei denen es einen Arbeitskräftemangel gegeben hat.

Diese Maßnahmen behindern zu einem großen Teil die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, wovon eine der grundlegenden Säulen die vollständige Beseitigung der Diskriminierung aus wirtschaftlichen oder nationalen Gründen ist. Zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, der für eine Beseitigung der Grenzen zwischen Ost und West sorgte, können wir sagen, dass die Dienstleistungsrichtlinie eigentlich einer ähnlichen Zielsetzung dient. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Richtlinie würde endlich den falschen Eindruck beseitigen, der durch den „polnischen Klempner“ entstanden ist.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Vor der Umsetzung irgendeiner Richtlinie sollte das Europäische Parlament zunächst eine Bewertung der menschlichen und sozialen Auswirkungen durch deren Anwendung durchführen. Insbesondere sollten die Auswirkungen der aktuellen Krise berücksichtigt werden. Zunächst deutet alles auf die Tatsache hin, dass diese Richtlinie zu einer Unternehmung der Europäischen Union wird, bei der Handwerker und Angestellte gegeneinander ausgespielt werden. Kürzlich enthüllte ein Landwirtschaftsverband den Vorschlag der französischen Behörden, in den Ländern Osteuropas Arbeitsvermittlungen für landwirtschaftliche Arbeiter einzurichten, die schlechter bezahlt und weniger sozial geschützt sind als französische Arbeiter. Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie darf nicht in der Einführung derartiger Praktiken resultieren, die auf eine Absenkung des europäischen Sozialniveaus hinauslaufen. Überdies sind wir aufgrund des Fallrechts des Europäischen Gerichtshofs sehr besorgt über die Gefahren für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (SGI). Wir hoffen weiterhin auf einen anderen europäischen Rechtsrahmen, der insbesondere öffentliche Dienstleistungen verbessern und entwickeln wird.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Die Dienstleistungsrichtlinie (2006/123/EG) zeichnet sich durch eine Teilliberalisierung der Dienstleistungsbewegungen in der Europäischen Union aus. Das Ziel der Inkraftsetzung einer derartigen Richtlinie war es, ökonomische Potentiale freizusetzen. Die Richtlinie hat sowohl für Verbraucher als auch Unternehmer viele Möglichkeiten eröffnet. Der europäische Binnenmarkt lässt sich viel besser nutzen. Zu den wichtigsten Nutznießern der Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts gehören kleine und mittelständische Unternehmen, für die die vorher bestehenden Schranken die größten Schwierigkeiten verursacht haben. Rund 70 % des Bruttoinlandsprodukts der Mitgliedstaaten werden nach Angaben der Europäischen Kommission durch Dienstleistungen erzeugt. Ein ähnliches Bild ergibt sich für den Anteil der an der Leistungserbringung beteiligten Arbeitskraft. Einer der Vorteile der Inkraftsetzung dieser Richtlinie ist die daraus resultierende Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt. Die Anwendung dieser Richtlinie hat sich als eine Entwicklungsmöglichkeit für die europäische Wirtschaft erwiesen und ermöglicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es sollte hinzugefügt werden, dass mit der erhöhten Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft eines der Ziele der Strategie von Lissabon erreicht wurde. Außerdem hat sie zu einer Zunahme des angebotenen Dienstleistungsspektrums geführt. Die erzielten Ergebnisse ermutigen uns dazu, die Arbeit an der weiteren Liberalisierung dieser Richtlinie fortzusetzen.

18. Gemeinsame Programmplanung im Bereich der Forschung zur Bekämpfung von neurodegenerativen Krankheiten, insbesondere Alzheimer (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Anfrage zur mündlichen Beantwortung des Rates zu der gemeinsamen Programmplanung im Bereich der Forschung zur Bekämpfung von neurodegenerativen Krankheiten, insbesondere Alzheimer O-0112/2009 (B7-0218/2009)

Der Verfasser, Herr Herbert Reul, hat darauf hingewiesen, dass er sich verspätet. Wenn er eintrifft, kann ihm zum Schluss das Wort erteilt werden.

Françoise Grossetête, für den Verfasser. – (FR) Herr Präsident, in Abwesenheit von Herr Reul werde ich diese Frage, die wir der Kommission vorlegen, wiederholen. In Übereinstimmung mit der Rechtsgrundlage von Artikel 165 des Vertrags fordert der Rat in seiner Empfehlung zu Maßnahmen zur Bekämpfung neurodegenerativer Erkrankungen zur Anhörung des Parlamentes auf.

Wir möchten wissen, ob der Rat seine Absicht bestätigen kann, Schlussfolgerungen in dieser Sache während des Rates für Wettbewerbsfähigkeit am 3. Dezember 2009 anzunehmen. Aber ist der Rat nach Anhörung des Parlamentes zum Kommissionsvorschlag bereit, die Ansichten des Parlamentes beim Entwurf seiner Schlussfolgerungen zu berücksichtigen?

Kann der Rat zudem im Hinblick auf die künftige gemeinsame Programmplanung von Forschungsaktivitäten seine Ansicht bestätigen, dass diese Initiativen grundsätzlich auf der gleichen Rechtsgrundlage angenommen werden sollten?

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir eine Entschließung verfasst haben. Diese Entschließung hat die Unterstützung aller politischen Fraktionen und ist ganz einfach deshalb wichtig, weil sie die Herausforderungen aufgrund einer alternden Bevölkerung aufzeigt. Diese Herausforderungen bedeuten, dass heute in Europa mehr als sieben Millionen Menschen an der Krankheit Alzheimer leiden, eine Zahl, von der angenommen wird, dass sie sich im Laufe der nächsten 20 Jahre verdoppeln wird.

Daher ist es entscheidend, in diesem Bereich zu planen, zu investieren und zu kooperieren, um die gesellschaftlichen Kosten dieser Krankheiten zu kontrollieren und den Millionen Erkrankten und deren Familien Hoffnung, Würde und ein gesünderes Leben ermöglichen zu können. Diese ganz Europa betreffenden gesundheitlichen und sozialen Probleme erfordern koordinierte Maßnahmen, die darauf abgestimmt sind, die Effektivität von Prävention, Diagnostik, Behandlung und Pflege sicherzustellen, die den betroffenen Menschen zur Verfügung gestellt werden.

Gerade die Forschungs- und Innovationsanstrengungen durch öffentliche und private Unternehmen müssen dabei besonders unterstützt werden, die diese in dem Bestreben durchführen, neue Behandlungsmöglichkeiten zu erforschen und das Voranschreiten dieser Krankheiten aufzuhalten. Die medizinische Forschung ist auf europäischem Niveau noch stärker zersplittert, und die Zahl der öffentlich-privaten Partnerschaften muss erhöht werden. Das Beispiel der im Februar 2008 gestarteten innovativen medizinischen Initiative darf kein einmaliger Versuch bleiben.

Zum Schluss möchte ich anmerken, dass dies wirklich ein Wettlauf mit der Zeit ist, denn wir müssen diesen Krankheiten so weit wie möglich vorbeugen. Die Forschung lehrt uns heute, dass es bereits auf die Vordiagnose abzielende Initiativen gibt. Bei diesen konkreten Fragen erwarten unsere Bürgerinnen und Bürger Signale aus Europa für ihre Gesundheit, denn sie möchten Sicherheiten und dass altersbedingten Krankheiten vorgegriffen wird.

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Herr Präsident, der durch die Kommission am 22. Juli angenommene Vorschlag für eine Empfehlung des Rates über Maßnahmen zur Bekämpfung neurodegenerativer Krankheiten, insbesondere von Alzheimer, basiert auf Artikel 165 des Vertrages. Dieser Artikel spricht über die Koordinierung von Forschung und technologischer Entwicklung in der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten, um eine größere Übereinstimmung zwischen den nationalen Strategien und der Gemeinschaftspolitik sicherzustellen.

Der Artikel 165 stimmt mit den Zielen der Gemeinschaftsprogramminitiativen überein. Diese Ziele basieren auf der Idee, dass wir die Herausforderungen gemeinsam ermitteln, mit denen unsere Gesellschaften kollektiv konfrontiert sind, und dass wir mit verstärktem politischem Engagement der Mitgliedstaaten gemeinsame oder koordinierte Maßnahmen dazu vereinbaren können. Angestrebt wird dabei eine gesteigerte Effizienz der Finanzierung von Forschung mit öffentlichen Mitteln in Europa.

Ich glaube allerdings, dass das Problem und der Schlüssel zu unserer Frage in der Tatsache begründet liegen, dass Artikel 165 dem Rat keine Handlungsbefugnisse erteilt. Dieser Artikel stellt eine Rechtsgrundlage für die Kommission dar, mögliche Initiativen für die unterstützende Koordinierung von Strategien der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft zu ergreifen. Der Vertrag sieht unter der Überschrift Forschung keine andere Rechtsgrundlage vor, die von der Kommission für Vorschläge von Maßnahmen verwendet werden könnte, mit denen gemeinsame Programminitiativen vorgeschlagen werden könnten.

Natürlich gibt es ein sehr starkes politisches Bestreben innerhalb des Rates, so schnell wie möglich Pilotinitiativen für eine gemeinsame Programmplanung einzuführen, die speziell auf die Bekämpfung von Alzheimer abstellen. Daher ist der Ratsvorsitz der Ansicht, dass der Rat Schlussfolgerungen zu dieser gemeinsamen Programminitiative auf der Basis des Textes annehmen sollte, der von der Kommission vorgelegt wurde.

Ich weiß, dass das Europäische Parlament dem Kampf gegen die Krankheit Alzheimer einen hohen Stellenwert einräumt. In einer im Februar veröffentlichten Erklärung hat das Parlament die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, diesen Kampf als eine Priorität des öffentlichen Gesundheitswesens von Europa zu begreifen. Sie sind natürlich mit dem Vorschlag der Kommission vertraut. Der Ratsvorsitz wird bemüht sein sicherzustellen, dass die Ansichten des Parlaments so weit wie möglich in die Schlussfolgerungen aufgenommen werden. Diese sollen beim Zusammentreffen des Rates für Wettbewerbsfähigkeit am 3. Dezember dieses Jahres angenommen werden.

Im Hinblick auf mögliche künftige Gemeinschaftsprogramminitiativen teilt der Rat die Meinung der Abgeordneten, dass ein gemeinsamer Ansatz für die Annahme dieser Initiativen unter der Überschrift

Forschung gewählt werden sollte. Leider steht zurzeit nur eine Methode zur Verfügung, und zwar die Annahme der Schlussfolgerungen des Rates für jede einzelne Initiative. Das liegt daran, dass der Vertrag keine geeignete Rechtsgrundlage für die Annahme sonstiger Maßnahmen beinhaltet.

Elena Oana Antonescu, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (RO) Der schwedische Ratsvorsitz möchte im Dezember die Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Maßnahmen zur Bekämpfung neurodegenerativer Krankheiten annehmen, ohne auf die Ansicht des Parlaments in dieser Sache zu warten.

Ich war Berichterstatterin für die Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit zu diesem Dossier. Unter diesen gegebenen Umständen unterstütze ich die Annahme einer Entschließung mit dem Ziel, die Ansichten des Parlaments zu den Maßnahmen zur Bekämpfung neurodegenerativer Erkrankungen, speziell von Alzheimer, mittels einer gemeinsamen Programmplanung von Forschungsaktivitäten zum Ausdruck zu bringen.

Neurodegenerative Krankheiten stellen ein bedeutendes Gesundheitsproblem in Europa dar. Fortschritte in der medizinischen Wissenschaft und der Lebensstandard in den entwickelten Ländern haben zu Bedingungen geführt, die in einer zunehmenden Lebenserwartung resultieren. Aber auch die Anzahl der Personen, die von neurodegenerativen Erkrankungen betroffen sind, ist gestiegen.

Dies ist ein Problem mit einer ganzen Reihe verschiedener Aspekte. Einige Aspekte beziehen sich auf die Lebensqualität jener Personen, die von diesen Krankheiten betroffen sind, und auf die Auswirkungen auf die nahen Familienangehörigen oder auf diejenigen, die die Betroffenen pflegen. Dabei geht es auch um die Zukunftsfähigkeit der Gesundheitssysteme, die mit einer zunehmenden Patientenzahl zurechtkommen müssen. Und zwar in einer Zeit, in der aufgrund der alternden Gesellschaft der Anteil der aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen zunimmt.

Der Vorschlag der Kommission konzentriert sich auf die forschungsbezogenen Aspekte. Die Entschließung, die wir gerade vorbereiten, betont gleichermaßen die Ergebnisse, die durch koordinierte Forschungsaktivität erzielt werden. Und er betont den Umfang, in dem sie die aktuelle Situation verbessern. Daher bitte ich dringend darum, unsere Anstrengungen auf zwei Hauptgebiete zu konzentrieren: Die wissenschaftliche Forschung und die Sicherstellung dessen, dass die unternommenen Anstrengungen sich in Ergebnissen widerspiegeln, die sich wiederum auf die Pflege der Patienten auswirken.

Angesichts des Interesses, welches das Parlament im Laufe der Zeit für diesen Bereich gezeigt hat und der Bedeutung dieses Dossiers, bei dem es sich um ein Pilotprojekt für die gemeinsame Forschungsplanung handelt, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Ansichten des Parlaments bei den Schlussfolgerungen des Rates berücksichtigt werden.

Das Parlament muss in alle Initiativen bezüglich der künftigen gemeinsamen Forschungsplanung einbezogen werden. Artikel 182 des Vertrags von Lissabon bietet eine geeignete Rechtsgrundlage für künftige Entwicklungen auf diesem Gebiet.

Patrizia Toia, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die von uns gerade gestartete Initiative ist aus zwei Gründen sehr wichtig: Der erste Grund liegt in dem Forschungsgegenstand begründet, da es um den Kampf gegen neurodegenerative Krankheiten geht, und bei dem zweiten handelt es sich um die gemeinsamen Planungsmethoden für die Forschung.

Natürlich hätten wir es vorgezogen, wenn das Parlament direkter in das Pilotprojekt einbezogen worden wäre. Dies ist gesagt worden, und es ist der Gegenstand unserer Frage. Während wir nun Druck machen und die Sache nicht zum Halten bringen dürfen, fragen wir nichtsdestotrotz nach Garantien dafür, dass unsere Meinung in den Überlegungen des Rates für Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt wird und dass für die Zukunft eine zuverlässigere Rechtsgrundlage definiert wird, damit das Parlament vollumfänglich involviert wird und die Verantwortlichkeiten in diesen Forschungsgebieten gestärkt werden.

Wir müssen jetzt adäquate Mittel und Ressourcen einsetzen, um der weitverbreiteten Bedrohung durch Krankheiten wie Alzheimer, Parkinson und andere Erkrankungen vorzubeugen und diese auszumerzen, denn diese neigen aufgrund der alternden Bevölkerung zu einer verstärkten Ausbreitung. Wir rufen zu Bemühungen mit Blick auf umfangreiche, groß angelegte Studien auf, die sowohl auf die Diagnostik als auch die Entwicklung von Behandlungsmethoden abzielen. Die Forschungen zu Biomarkern, zu Früherkennungsmethoden, die auf einem multidisziplinären Ansatz basieren, die Erfassung umfangreicher Datenbestände und die Entwicklung von kurativen Medikamenten, geeigneter Behandlung und Leistungsmodellen wären entscheidend.

Ich möchte eine Bitte in diesem Parlament äußern: Dass wir weder die individuellen Umstände von Patienten, die im Kontext dieser Krankheitsarten viel zu häufig ausgeschlossen werden, noch die Einbindung von Patienten- und Angehörigenverbänden ignorieren. Wir sind davon überzeugt, dass die Methode gemeinsamer Forschungsprojekte besonders wichtig ist, da diese eine wesentliche Anforderung erfüllen: nämlich die Bündelung von Anstrengungen und Mitteln sowie die Aufhebung dieser Aufgliederungen und Duplizierungen, und Bildung einer kritischen Gruppe, die zufriedenstellende Ergebnisse bei dieser Art Forschung vorlegen kann.

Wenn wir uns verdeutlichen, dass es in anderen Teilen der Welt durch gemeinsame öffentliche und private Anstrengungen möglich ist, zweistellige Millionenbeträge zu investieren, können wir erkennen, wie viel uns noch zu tun bleibt. Und wie viel wir immer noch tun müssen, indem wir unsere Bemühungen in Richtung gemeinsamer Projekte lenken, in Richtung strategischer Vorgehensweisen und gemeinsamer Programme von den Mitgliedstaaten und Europa; in Richtung gemeinsamer Programme zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen, ohne dabei außer Acht zu lassen, dass es die internationalen Bezugssysteme sind, die uns mit den wichtigsten wissenschaftlichen Entwicklungen auf internationaler Ebene in Verbindung bringen.

Jorgo Chatzimarkakis, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin! Wir behandeln heute einen Entschließungsantrag zu neurodegenerativen Krankheiten. Eigentlich sollte daraus eine Richtlinie werden, und das nächste Mal sollten wir auch eine Richtlinie hierzu behandeln. Die Krankheiten, die wir heute behandeln – Alzheimer, aber auch Parkinson wurde in den Text aufgenommen –, sind Hirnkrankheiten, die eine große Herausforderung für Europa darstellen. Die Kosten werden auf lange Sicht hochgetrieben, und es gibt noch viel zu erforschen. Leider gibt es in Europa viel Doppelforschung und viel Bürokratie. Wir wollen deswegen mit diesem Entschließungsantrag diese Doppelforschung, die Bürokratisierung, die Zersplitterung überwinden.

Die GUE/NGL-Fraktion hat einen Antrag eingebracht, wonach die Forschungsergebnisse öffentlich zugänglich sein sollen. Ich finde diesen Antrag gut. Leider ist er falsch formuliert, und ich bitte deswegen um Umformulierung, damit das besser geregelt werden kann. Grundsätzlich gibt es ein Problem bei den europäischen Patenten. Ich fände es gut, wenn die Kommission, aber auch der Rat, das Thema europäische Patente im Bereich Pharma, im Bereich Bio aufgreifen und deutlich machen würde, dass wir das brauchen. Die ALDE-Fraktion jedenfalls unterstützt diesen Entschließungsantrag.

Philippe Lamberts, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich hätte eigentlich Berichterstatter für dieses Dossier sein sollen, daher bin ich ein wenig enttäuscht. Dennoch freue ich mich, dass wir uns vorwärtsbewegen. Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für einen interinstitutionellen Disput. Ich bin froh, dass der Rat bereit ist, sich zu bewegen.

Ich möchte gerne eine Reihe von Beobachtungen erläutern: In der Tat hoffen wir hier im Parlament, dass der Rat die Ideen in den Entschließungen, über die wir morgen abstimmen werden, berücksichtigen wird.

Ich möchte die Notwendigkeit betonen, die richtige Balance zwischen der Verringerung und der Anpassung – wie beim Klimawandel – zu finden. Ich spreche hier über die Prävention dieser Krankheit, das Verständnis ihrer Entstehung und welche die Faktoren sind, damit wir sie wirklich wirksam verhindern können. Denn dies ist immer der effektivste und am wenigsten kostenintensive Weg zur Bekämpfung von Krankheiten.

Ist die gemeinsame Programmplanungsinitiative ausreichend? Nicht in dem Sinne, dass dies zur Norm werden sollte. Bei solch wichtigen Vorhaben sollte die Zusammenarbeit die Norm und nicht nur eine freiwillige Sache sein, sondern etwas, das die Mitgliedstaaten wirklich verpflichten würde, effizient zusammenzuarbeiten.

Zweitens lautet im Hinblick auf die finanziellen Prioritäten die erste Frage: Geben wir für diese Krankheitstypen genug aus? Wir denken, dass dies nicht der Fall ist, und möchten nachdrücklich anregen, innerhalb der bevorstehenden Rahmenprogramme einige Mittel aus großen Programmen wie dem ITER-Projekt zu entnehmen, von dem uns die besten Wissenschaftler sagen, dass es sich in vielleicht 60 Jahren amortisiert haben wird. Weiter schlagen wir vor, etwas von den Geldern in die Erforschung von Alzheimer und sonstigen Krankheiten vergleichbaren Charakters zu stecken. Ich denke, dass dies wirklich notwendig ist.

Marisa Matias, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (PT) Zunächst möchte ich meine volle Unterstützung im Hinblick auf die Frage, die von Herrn Reul gestellt worden ist, ausdrücken. Insbesondere möchte ich betonen, dass die grundlegende Frage – die hier grundlegende politische Frage – gerade die Frage nach gemeinsamer Forschungsprogrammplanung ist.

Was bei der Frage gemeinsamer Forschungsprogrammplanung zu neurodegenerativen Krankheiten, insbesondere Alzheimer geschah, ist, dass mitten im Verfahren die Regeln geändert wurden. Wir haben von einem Bericht zu einer Entschließung gewechselt und haben dabei unsere Mitentscheidungsrechte in der Sache beseitigt. Wir haben aufgehört, als Abgeordnete aufzutreten und sind stattdessen Berater geworden. Ich möchte daher zumindest wissen, ob unsere Empfehlungen berücksichtigt werden oder nicht.

Die Programmplanung von Forschungsarbeiten ist in jeder Hinsicht eine politische und keine technische Entscheidung. Daher sollte die Rolle des Parlaments betont und gestärkt werden. Die Definition von Prioritäten ist meiner Ansicht nach ein politisches Mittel, das eingehend geprüft, transparent und demokratisch sein sollte. Was im Zusammenhang mit der gemeinsamen Entscheidung und Programmplanung zur Erforschung der Krankheit Alzheimer geschah, ist ein Prozess, der nicht wiederholt werden sollte. Wenn er jemals wiederholt werden sollte, warnen Sie uns bitte ausführlich. Ich hoffe daher, Folgendes auf jeden Fall nicht geschieht, nämlich dass die von dem Parlament in dieser Frage vorgelegten Entscheidungen und Empfehlungen keine Berücksichtigung finden.

VORSITZ: SILVANA KOCH-MEHRIN

Vizepräsidentin

Diane Dodds (NI). Frau Präsidentin, in meinem Wahlkreis in Nordirland leiden derzeit 16 000 Menschen an Demenz. Sie, ihre Familien und ihre Pfleger werden einen proaktiven Ansatz im Kampf gegen diese Krankheit begrüßen, die sowohl für die Betroffenen selbst als auch die Familien so verheerend sein kann.

In Bereichen wie diesen ist es, so glaube ich, gut, wenn die Staaten Europas zusammenarbeiten. Ich glaube, dass ein koordinierter Ansatz im Kampf gegen diese Krankheit neue Anhaltspunkte, neue medizinische Erkenntnisse und bei Zeiten hoffentlich auch verbesserte Behandlungs- und Heilmethoden hervorbringen kann.

Im Vereinigten Königreich leiden derzeit über 400 000 Menschen an Alzheimer. Die Zahl für das Vereinigte Königreich wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Jahre 2025 bei etwa 750 000 liegen. Es ist deswegen unbedingt notwendig, dass etwas getan wird, um unsere Diagnose, Behandlung und Vorbeugung sowie die Sozialforschung im Hinblick auf das Wohlergehen der Patienten und ihrer Angehörigen, insbesondere der pflegenden Angehörigen, zu verbessern. Ein koordinierter Ansatz und ein breiter Forschungszugang sind von grundlegender Bedeutung, sofern bei dieser Forschung die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens in all seine Formen respektiert wird.

Maria Da Graça Carvalho (PPE). – (PT) Ich begrüße die Initiativen und die Maßnahmen, die auf europäischer Ebene unternommen werden, um neurodegenerative Erkrankungen und insbesondere die Alzheimer-Krankheit zu bekämpfen. Die Mitgliedstaaten haben auf diesem Forschungsgebiet große Anstrengungen unternommen. Es ist wichtig, dass die Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten gefördert wird, um eine verbesserte Koordination in Bezug auf wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung sicherzustellen und eine Zersplitterung zu verhindern.

Die gemeinsame Gestaltung der Forschung ist ein wertvolles Mittel bei der Reduzierung der Zersplitterung, da so auf europäischer Ebene die Mitgliedstaaten, der öffentliche Sektor und der private Sektor mit einbezogen werden. Dieses gemeinsame Gestaltungsprogramm wird für die Zukunft des Europäischen Forschungsraums von entscheidender Bedeutung sein. Die Entwicklung dieses Europäischen Forschungsraums ist das Herzstück der Forschungspolitik im Vertrag von Lissabon.

Ich bin jedoch besorgt über die Umsetzung dieses gemeinsamen Gestaltungsprogramms, was die bürokratische Komplexität und die Verzögerungen bei den administrativen Verfahren angehen. Ich möchte deshalb fragen, was es für Pläne im Hinblick auf die Nutzung eines Verfahrens auf Grundlage einer Wirtschaftlichkeit durch Massenproduktion gibt, bei der Effizienz, Vereinfachung und schnelle Verfolgbarkeit von verwaltungstechnischen Verfahren miteinander kombiniert werden, um hervorragende Leistungen zu fördern und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene voranzubringen, wie es diesem Thema angemessen ist.

Nessa Childers (S&D). Frau Präsidentin, ich habe über 30 Jahre lang im Gesundheitswesen gearbeitet, und deshalb habe ich mit Bedauern festgestellt, dass das Parlament nicht in Bezug auf die neuen Vorschläge der Kommission zu der Alzheimer-Krankheit angehört werden wird. Wie dem auch sei, wir müssen weitermachen.

Da die Bevölkerung in Europa immer älter wird, werden sich die Auswirkungen der Krankheit Alzheimer auch immer mehr verstärken. Es wird vorhergesagt, dass die Fälle von Alzheimer weltweit von heute 35 Millionen auf 107 Millionen Erkrankte im Jahre 2050 ansteigen werden.

Einer der schlimmen Nebeneffekte der Alzheimer-Krankheit ist, dass durch sie, abgesehen vom eigentlichen Patienten, auch viele andere Menschen indirekt betroffen sind. In Irland gibt es z. B. 50 000 registrierte Pfleger, die sich um die 44 000 Erkrankten kümmern. Diese Krankheit wird oft als Familienkrankheit bezeichnet, weil es chronischen Stress verursacht, einen geliebten Menschen so langsam verfallen zu sehen.

Die Rolle, die das Europäische Parlament im Kampf gegen die Alzheimer-Krankheit weiterhin spielen wird, darf nicht vernachlässigt werden. Jeder neue Erlass durch die EU sollte die gemeinsame Stimme des Parlaments in Bezug auf diese Angelegenheit berücksichtigen und nicht nur die an Alzheimer Erkrankten, sondern auch die vielen Pfleger, die bemüht sind, deren Lebensqualität zu verbessern, unterstützen.

Mairead McGuinness (PPE). Frau Präsidentin, offensichtlich ist die Koordination der Forschung auf diesem Gebiet wirklich wichtig, und dabei geht es nicht nur um die Alzheimer-Krankheit, da durch den Begriff „neurodegenerativ“ eine Vielzahl von Krankheiten erfasst wird.

Und das Parlament spielt in der Tat eine sehr wichtige Rolle dabei, wie diese Forschung erfolgen soll. Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die momentan stattfindenden Diskussionen über das Thema Wohlergehen von Tieren in wissenschaftlichen Experimenten zwischen dem Parlament und dem Rat lenken. Ich bin daran beteiligt und voller Hoffnung aufgrund unseres Berichtstatters und der Richtung, die die Gespräche nehmen, dass wir auch weiterhin notwendige Forschungsexperimente mit Tieren zulassen werden, wenn auch auf eine Weise, die dem Wohlergehen der Tiere mehr Rechnung trägt, als dies wahrscheinlich heute der Fall ist. Das muss so sein, weil wir Forschung auf diesem Gebiet brauchen, um das umzusetzen, was in Bezug auf Vorsorge und Behandlung von Menschen – und wir selbst können eines Tages dazugehören – besprochen wurde, die bedauerlicherweise von diesen Krankheiten betroffen sind.

Ich hoffe, dass es zu einem frühen Abkommen in zweiter Lesung über diese überaus wichtige Richtlinie kommen wird. Während wir vielleicht keinen großen Einfluss auf dieses spezielle Thema haben, so können wir diesen zumindest auf die aktuelle Forschung ausüben.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, es wurde die Frage über den Kampf gegen diese Krankheit während des französischen Ratsvorsitzes vorgebracht, eine Tatsache, die man hoch anrechnen muss. Damals wurde gesagt, dass die EU diesbezügliche Maßnahmen ergreifen soll. Es wäre gut, wenn der nächste Ratsvorsitz diese Angelegenheit wieder aufnahm und ihr dieselbe Wichtigkeit beimessen würde. Es ist hier bereits gesagt worden, dass von diesem Problem Millionen von Menschen und ihre Familien betroffen sind, die alle darunter leiden.

Bei den Treffen mit unseren Wählern wird oft diese Frage gestellt: Was tut die EU eigentlich für die Bürgerinnen und Bürger Europas? Warum sind Sie dort? Wofür sind Sie verantwortlich? Was tun Sie dort? Es ist genau diese Art von Frage, die im Zentrum unserer Bemühungen stehen sollte, der Europäischen Union eine Ausstrahlung von Autorität und Wichtigkeit zu verleihen. Denn das ist es, was unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen. Gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen Krankheiten wie diese müssen bei EU-Institutionen oberste Priorität besitzen.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, ich nehme das Problem, den Kampf gegen neurodegenerative Erkrankungen – insbesondere gegen die Alzheimer-Krankheit – sehr ernst.

Aus diesem Grund ist es sehr hilfreich, die Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Kampf gegen die Ursachen und für die Identifizierung des Problems der Vorsorge und der Behandlung sowie die Folgen, die solche Krankheiten für die Patienten, die Gesellschaft als Ganzes und die öffentliche Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union haben, zu koordinieren.

Ich glaube, dass die Priorität und der Hauptansatz dabei auf dem Gebiet der Vorsorge und nicht auf dem Gebiet der Medikation liegen sollten. Die Mitgliedstaaten sollten ebenso angehalten werden, Überwachungszentren für Patienten und ihre Pfleger zu errichten, und gleiche wissenschaftliche Beteiligungen der Mitgliedstaaten in diesem Forschungsunternehmen durch die Europäische Union sicherstellen.

Und schließlich muss die in Übereinstimmung mit dem Rat und den Mitgliedstaaten eingerichtete Datenbank sowohl in öffentlichem wie in staatlichem Besitz im Rahmenwerk der nationalen Systeme sein, und die Ergebnisse müssen in einem öffentlichen Forum veröffentlicht werden und weltweit zugänglich sein. Es bleibt letztendlich unsere Aufgabe, den Haushalt für dieses Thema zu kontrollieren.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Ich stimme dem zu, dass es zu diesem Zeitpunkt besonders wichtig ist, die Aufmerksamkeit auf die wissenschaftliche Forschung zu richten, um sicherzustellen, dass den Menschen, die an Alzheimer leiden, geholfen wird, da unsere Europäische Union derzeit 27 Mitgliedstaaten umfasst und nicht jeder dieser Staaten in der Lage ist, eine ähnliche Unterstützung für Alzheimer-Patienten anzubieten wie andere. Es gibt unterschiedliche Gesundheitssysteme, unterschiedliche Sozialdienstsysteme, unterschiedliche Unterstützungen für Familien mit solchen Patienten. Aus diesem Grund ist die wissenschaftliche Forschung äußerst wichtig, und wir müssen uns darauf konzentrieren und, zu allererst, die Finanzierung und Koordination von Arbeiten und Maßnahmen erarbeiten. Danach ist es sehr wichtig, dass die Umsetzung dieser Forschung finanziert wird und den von diesen Krankheiten Betroffenen und ihren Familien effektive Hilfe angeboten wird.

Herbert Reul (PPE). – Frau Präsidentin! Ich will es auch sehr kurz machen. Die Notwendigkeit ist in vielen Redebeiträgen schon dargestellt worden. Es ist eine Krankheit, die viele Menschen und immer mehr Menschen betrifft. Es gibt die verstärkte Notwendigkeit, dass die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, dass man Kräfte bündelt, um Wirkung zu erzielen. Insofern ist es ein richtiger und vernünftiger Weg.

Schade ist, dass wir auf dem Verfahrenswege einige Schwierigkeiten haben, jetzt die Rolle des Parlaments noch einzubringen. Dass das hier mit einer Entschließung in letzter Minute geschehen muss, ist bedauerlich. Aber wenn es am Ende ein gutes Ergebnis gibt, dann ist das wichtig und entscheidend.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, Alzheimer und andere mit Demenz verbundene Erkrankungen sind furchtbar. Ich glaube, dass viele von uns, die einen an Alzheimer erkrankten Angehörigen haben, wissen, wie diese Krankheit eine zuvor noch gesunde Person zerstören kann und wie schmerzlich dies für die Familie und andere Angehörige ist, und ich spüre deutlich, dass wir mehr Ressourcen in die Erforschung dieser schrecklichen Krankheit investieren müssen.

Es ist klar, dass wir neue Schritte unternehmen müssen, um Wissen und Forschung in Europa einerseits und die Pilotprojekte der Kommission zur Unterstützung der Mobilisierung der besten Forscher, die wir haben, andererseits besser zu koordinieren, um zu versuchen, sowohl die Alzheimer-Krankheit als auch andere mit Demenz verbundenen Erkrankungen zu verstehen, zu heilen und ihnen vorzubeugen.

Im des Rahmen der derzeitigen Troika Frankreich, Tschechische Republik und nun Schweden ist von uns bereits in einem sehr frühen Stadium über die Wichtigkeit einer Einbindung der Alzheimer-Krankheit als ein gemeinsames Thema mit oberster Priorität im Kontext mit der Arbeit in Bezug auf die öffentliche Gesundheit diskutiert worden. Unter dem französischen Ratsvorsitz ist eine sehr wichtige Konferenz abgehalten worden, wie bereits von einem der Abgeordneten erwähnt wurde, und unter dem schwedischen Ratsvorsitz ist im September eine Konferenz über würdevolles Altern organisiert worden, bei der Alzheimer als Punkt auf der Tagesordnung stand.

Wie ich bereits gesagt habe, beabsichtigt der Rat am 3. Dezember Entschlüsse zu verabschieden, und wir werden natürlich die hervorragende Entschlüsse, die sie erarbeitet haben und über die sie morgen abstimmen werden, dabei berücksichtigen. Ich bin sicher, dass das Thema Alzheimer im Rahmen des Forschungsprogramms und ähnlicher Initiativen in naher Zukunft erneut zur Sprache kommen wird, deshalb vielen Dank dafür, dass Sie sich diesem wichtigen Thema gewidmet haben.

Die Präsidentin. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung Entschlüsseantr⁽³⁾ eingereicht

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Cristian Silviu Buşoi (ALDE), schriftlich. – (RO) Ich begrüße den Vorschlag für eine Empfehlung der Kommission über die gemeinsame Gestaltung der Forschung auf dem Gebiet der neurodegenerativen Erkrankungen. Die mentale Gesundheit der Bevölkerung ist ein grundlegender Faktor für eine anständige Lebensqualität. Von Erkrankungen dieser Art ist eine stetig wachsende Zahl von Menschen in der EU betroffen. Aus diesem Grund sind Anstrengungen nötig, die für die Auslösung dieser Erkrankungen verantwortlichen Faktoren zu bekämpfen. Um diese Faktoren jedoch erfolgreich bekämpfen zu können, müssen sie zunächst

(3) Siehe Protokoll

einmal durch Forschung erkannt werden. Ich glaube, dass das Pilotprojekt für gemeinsame Forschungsaktivitäten einen deutlichen Vorteil im Hinblick auf die Bündelung von Maßnahmen zur Forschungsfinanzierung bietet, was wiederum zu einer effizienteren Nutzung der für diesen Forschungsbereich zur Verfügung gestellten Geldmittel führen wird. Darüber hinaus ist eine Zusammenarbeit auf Grundlage von Netzwerken durch nationale Forschungszentren und die gemeinsame Nutzung der erforderlichen Infrastruktur umso mehr von Vorteil, da nicht alle Mitgliedstaaten über die nötigen Ressourcen verfügen, solche Forschungsaktivitäten auf eigene Kosten vorzunehmen, selbst wenn bei ihnen die Anzahl der Fälle neurogenerativer Erkrankungen hoch ist. Vorrangigstes Ziel in Bezug auf die Forschungsergebnisse wird sein, die Bevölkerung über Wege zu informieren, die mentale Gesundheit zu fördern und damit dazu beizutragen, die Anzahl der Patienten zu verringern und die Lebensfähigkeit der nationalen öffentlichen Gesundheitssysteme zu wahren.

António Fernando Correia De Campos (S&D), schriftlich.. – (PT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in der Mitteilung der Kommission an das Parlament wird eine optimistische Analyse der zu erwartenden Vorteile einer Zusammenarbeit zwischen der einzelnen Mitgliedstaaten in Bereich der Forschung und der Koordination geliefert, die die Kommission im Kontext des Siebten Forschungsrahmenprogramms in Bezug auf neurodegenerative Erkrankungen und insbesondere der Alzheimer-Krankheit, übernehmen kann. Die im Rahmen dieser Mitteilung vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich jedoch nur auf das Prinzip, die bereits vorhandenen Ressourcen und Programme besser zu nutzen: Das „Gesundheitsprogramm“, das Siebte Forschungsrahmenprogramm, der EU-Aktionsplan Behinderung, die offene Koordinationsmethode und die Statistischen Programme. Wird jedoch die Optimierung der Nutzung dieser Ressourcen ausreichend sein, um die erwarteten Ergebnisse erzielen zu können? Welche Koordinationsmechanismen werden von der Kommission vorgestellt, die nicht auch bereits vor der Mitteilung an das Parlament hätten umgesetzt werden können? Welcher Mehrwert ergibt sich daraus? Welche neuen und praktischen Maßnahmen gedenkt die Kommission zu ergreifen, um die Zusammenarbeit in der Forschung zu fördern, in einer Situation, in der bereits Ressourcen und Teams existieren, selbst wenn sie zersplittert sind? Wird eine größere Transparenz in Bezug auf diese Angelegenheit und der Einsatz bereits vorhandener Instrumente ausreichen, um das Problem lösen zu können?

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. Ich unterstütze diese Entschließung und begrüße das vorgeschlagene Pilotprojekt für eine gemeinsame Gestaltung der Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der neurodegenerativen Erkrankungen. In der Europäischen Union sind allein mehr als sieben Millionen Bürgerinnen und Bürger von neurodegenerativen Erkrankungen wie die Alzheimer-Krankheit oder die Parkinson-Krankheit betroffen. Neurodegenerative Erkrankungen sind derzeit unheilbar, und das Wissen über Vorbeugung, Behandlung und die Identifikation von Risikofaktoren sind sehr begrenzt. Ein Großteil der Forschungsbemühungen auf dem Gebiet der neurodegenerativen Krankheiten wird in der Tat von Mitgliedstaaten mit einem relativ niedrigem Niveau an grenzüberschreitender Koordination unternommen, was zu einer Zersplitterung und einer begrenzten Weitergabe von Wissen und bewährten Verfahren unter den einzelnen Mitgliedstaaten führt. Eine gemeinsame Gestaltung könnte sich als extrem wertvoll bei der Reduzierung der Zersplitterung bei den Forschungsbemühungen erweisen und somit quasi zu einer Vereinigung der kritischen Masse an Fertigkeiten, Wissen und finanziellen Ressourcen führen. Artikel 182 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, so wie er in den Vertrag von Lissabon eingefügt wurde, mit dem die erforderlichen Maßnahmen für die Umsetzung eines europäischen Forschungsraums festgelegt werden, könnte jedoch eine geeignetere rechtliche Grundlage für zukünftige gemeinsam gestaltete Initiativen im Bereich der Forschung liefern. Die Kommission sollte generell überlegen, ob sie Artikel 182 Absatz 5 nicht als gesetzliche Grundlage für alle zukünftigen Vorschläge für gemeinsam gestaltete Forschungsaktivitäten nutzen möchte.

Eija-Riitta Korhola (PPE), schriftlich.. – (FI) Frau Präsidentin, die Alzheimer-Krankheit ist eine den Geist verwirrende Krankheit, die für den Erkrankten das Erleben der Welt zu etwas Unbekanntem und Gefährlichem werden lässt. Das Leben wird zu einem gefährlichen „Jetzt“, bei dem es keine Erinnerungen aus der Vergangenheit und keine Erfahrungswerte gibt, mit deren Hilfe man eine Brücke der Sicherheit zum gegenwärtigen Augenblick hin bauen könnte. Darüber hinaus wird diese verhängnisvolle Tragödie noch durch die Tatsache verschlimmert, dass es für diese Krankheit derzeit keine Heilmittel gibt. Von der Erkrankung sind auch die nahen Angehörigen betroffen. Deshalb wird sie manchmal auch als Familienkrankheit bezeichnet, weil die Angehörigen oftmals unter chronischem Stress leiden. Die gesellschaftlichen Auswirkungen sind enorm und erfordern das Zollen eines großen Tributs. Mit der immer älter werdenden Bevölkerung in Europa werden neurodegenerative Erkrankungen wie die Alzheimer-Krankheit oder die Parkinson-Krankheit immer mehr zu einer Angelegenheit der öffentlichen Gesundheit: Es gibt derzeit mehr als sieben Millionen Patienten, und es wird davon ausgegangen, dass sich diese Zahl im nächsten Jahrzehnt

verdoppeln wird. Dabei hat man in der medizinischen Forschung bislang noch nicht einmal die Ursachen für diese Krankheit vollständig aufdecken können. Es gibt zwar ein paar viel versprechende Forschungsergebnisse, aber wir brauchen koordinierte Maßnahmen, um diesbezüglich einen wirklichen Durchbruch zu erreichen. Um die von privaten und öffentlichen Organisationen sowie den Mitgliedstaaten gesammelten Daten zusammenzustellen und ihre Innovationen zu koordinieren, brauchen wir eine gemeinschaftliche Programmgestaltung: Auf diese Weise gibt es Hoffnung, dass wirksamere Vorbeugungsmaßnahmen, Diagnosen und Behandlungen in Bezug auf diese Krankheiten schnellstmöglich in der praktischen Pflegearbeit verwirklicht werden können. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen, die unter neurodegenerativen Krankheiten leiden, die Patienten, Angehörigen und Pfleger, jeden gemeinschaftliche Versuch, nach neuen Wegen im Umgang mit diesen Krankheiten zu suchen, intensiv unterstützen werden. Es ist genau diese Art von Projekten, die unseren Bürgern zeigen, warum wir heute überhaupt hier sind: Durch sie wird die gesamte Existenz der Union gerechtfertigt. Ich stimme mit meinem Kollegen, Herrn Reul, überein, dass Verfahren und Kompetenz an zweiter Stelle kommen, wenn erst einmal die richtige Richtung eingeschlagen wurde.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *schriftlich*. – (FI) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, im Sommer ist die Kommission der Empfehlung des Rates gefolgt, mit der Mitgliedstaaten der EU angehalten wurden, sich in einer gemeinsam gestalteten Forschung auf dem Gebiet der neurodegenerativen Krankheiten zu engagieren. Es ist wichtig, dass die ohnehin schon begrenzten Forschungsmittel besser genutzt werden sollen. Wir müssen uns vor Augen halten, dass Europa jedoch zusätzlich zu der Forschung ein umfassenderes Aktionsprogramm zu dem Thema Demenz benötigt. Das Europäische Parlament hat in diesem Jahr bereits eine schriftliche Erklärung genehmigt, in der die Kommission aufgefordert wurde, einen Entwurf für einen Aktionsplan für die Alzheimer-Krankheit zu entwickeln. In der Erklärung des Parlaments wurden insbesondere die folgenden vier Punkte betont: Entwicklungen in der Forschung, Frühdiagnosen, verbesserte Lebensqualität der Patienten und ihrer Pfleger und der Status der Alzheimer-Verbände. Ich möchte jeden daran erinnern, dass das Programm dringend benötigt wird, und dass die Kommission endlich mit der Umsetzung der Maßnahmen beginnen muss, um die sie das Parlament gebeten hat.

Richard Seeber (PPE), *schriftlich*. – In unserer immer älter werdenden Gesellschaft wird die Zahl der neurodegenerativen Erkrankungen wie Alzheimer oder Altersdemenz weiter ansteigen. Um uns bestmöglich darauf vorzubereiten, müssen wir die Forschungsstrukturen besser ausbauen und die bestehenden Einrichtungen besser nutzen. Das geplante Pilotprojekt in diesem Bereich ist ein idealer Ausgangspunkt, um die derzeitigen Forschungsanstrengungen besser zu vernetzen. Wichtig ist neben der bestmöglichen Pflege für Betroffene aber auch die Prävention. Die Mitgliedstaaten sind dazu angehalten, Informationskampagnen über eine aktive Lebensgestaltung zu forcieren.

19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute gemäß Artikel 150 der Geschäftsordnung.

Monica Luisa Macovei (PPE). – (RO) Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die politische Situation in Rumänien und auf die Auswirkungen, die diese auf die Beziehungen Rumäniens zu den Institutionen der Gemeinschaft hat, lenken.

Die sozialdemokratische Partei ist im Oktober 2009 aus der Regierung ausgetreten. Die neu gebildete Opposition hat daraufhin zunächst die Regierung durch einen Misstrauensantrag gestürzt, dann die erste vorgeschlagene neue Regierung abgelehnt und sich ebenso geweigert, an den Verhandlungen über die Bildung einer neuerlichen Regierung teilzunehmen. Eine Folge daraus ist die Tatsache, dass Rumänien nun nicht den Verpflichtungen, die es gegenüber der Europäischen Kommission, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds im Hinblick auf aufgenommene Kredite hat, nachkommen kann. Aus diesem Grund befinden wir uns in der Situation, in der einige der eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die Reformierung des Staates nicht rechtzeitig erfüllt werden können.

Die politische Instabilität in Rumänien ist hauptsächlich durch die politischen Aktivitäten der Sozialdemokratischen Partei ausgelöst worden. Die tieferen Gründe dafür liegen aber nicht nur auf Wahlebene. Mittelfristig sollen die Reformen bezüglich der Verwaltung, der Rechtsstaatlichkeit, des Justizwesens und der Korruptionsbekämpfung blockiert werden.

Luís Paulo Alves (S&D). – (PT) Im letzten Monat standen die Regionen Europas im Rampenlicht. Mit der Europäischen Woche der Regionen und Städte wurde die Stellung der Regionen als ein grundlegender Bestandteil der Lösung, wie Europa sich den globalen Herausforderungen stellen will, bekräftigt. Dies ist auch in der abschließenden Erklärung von Präsident Barroso, Kommissar Samecki und den zahlreichen Debatten, die stattgefunden haben und daran keinen Zweifel ließen, deutlich geworden.

Genauer gesagt wurde das wichtige Aufeinandertreffen bei der Konferenz der Präsidenten der „abgelegenen Regionen in Europa“, bei der einige Mitglieder des Europäischen Parlaments überhaupt zum ersten Mal anwesend waren, zu einem Meilenstein für die Regionalpolitik zugunsten der europäischen Integration. Die globalen Herausforderungen und die entsprechenden Reaktionen Europas darauf bieten die ideale Gelegenheit für die Anwendung einer neuen Strategie für abgelegene Regionen. Diese Regionen, wie die Azoren beispielsweise, bieten, neben den andauernden Schwierigkeiten, von denen wir gewöhnlich hören, eine breite Palette an Möglichkeiten, die eindeutige Gelegenheiten für uns bieten, Fortschritte zu machen und Europa einen deutlichen Vorteil auf neuen Gebieten zu verschaffen, die für das Meistern der globalen Herausforderungen absolut notwendig sind.

Aus diesem Grund muss der Präsident der Kommission die Palastrevolution, von deren Vorbereitung im Non-Paper der Kommission ausgegangen wird, während wir, die Abgeordneten und Bürger Europas, die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon und seine Bedeutung für die Verteidigung des territorialen Zusammenhalts unterstützen, ein für alle Mal beenden...

(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)

Marian Harkin (ALDE). Frau Präsidentin, insgesamt 465 Mio. EUR sind in Irland für das LEADER-Finanzierungsprogramm für den Zeitraum von 2007 bis 2013 bereitgestellt worden. Nach nun zwei Jahren dieses Fünfjahresprogramms sind jedoch nur 18 % der Finanzmittel für dieses Projekt verwendet worden, weil lokale Entwicklungsunternehmen, durch die die Projekte verwaltet werden, selbst im Papierkrieg und übermäßiger Bürokratie zu ersticken drohen.

Es gibt unzählige Seiten mit Vorschriften, die gemeinsam mit einem sehr umfassenden Prüfverfahren berücksichtigt werden müssen. Ein Teil des Problems besteht dann wiederum darin, dass diese Vielzahl an Vorschriften unterschiedlich ausgelegt werden können und daher von Prüfer zu Prüfer variieren. Ein anderer Teil des Problems besteht darin, dass einige dieser Vorschriften von vornherein unsinnig sind. Ein Mitarbeiter des Projekts sagte, dass er 50 % seiner Arbeitszeit damit zubringt aufzuzeichnen, was er in den anderen 50 % gemacht hat.

Natürlich brauchen wir eine Rechenschaftspflicht, aber diese hat ein Niveau erreicht, wo sie auf die Gruppen vor Ort, die sich um Finanzierungen bemühen, nur noch abschreckend wirkt. So werden Millionen an Geldern nicht verwendet werden können, was angesichts des dringenden Bedarfs, unsere Wirtschaft mit welchen auch immer zur Verfügung stehenden Ressourcen wieder in Schwung zu bringen, einfach kriminell wäre. Wir brauchen einen gesunden Menschenverstand in Dublin, und wir müssen sicherstellen, dass dies durch die Europäische Kommission gewährleistet wird.

Karima Delli (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, in seiner Rede vor dem Parlament hat Präsident Václav Havel eines der grundlegenden Prinzipien der Europäischen Union herausgestellt: Die Solidarität unter den Menschen.

Wir feiern derzeit den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer, dieser Schandmauer. Im Zuge der Ereignisse vom 9. November 1989 wurde uns gesagt, dass sich Menschlichkeit am Ende durchsetzen würde. Demokratie und Menschenrechte sollten auf dem ganzen Planeten verbreitet werden und damit Mauern einreißen und Grenzen zwischen den Menschen aufgehoben werden.

Wie viele neue Mauern sind auf unserem Kontinent jedoch für diese eine Gefallene errichtet worden?

Die Mauern in Ceuta und Melilla beispielsweise, mit denen die Männer und Frauen abgewehrt werden sollen, die vor Krieg, Armut und Klimawandel flüchten, die Mauern, die sich von den Internierungslagern, wo sogar Kinder im Namen der Rückführungsrichtlinie festgehalten werden, und den Toren unserer Städte über Lampedusa bis in die Libysche Wüste erstrecken.

Lassen Sie uns die Mauern der Festung Europa einreißen, lassen Sie uns Brücken statt Mauern bauen ...

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin.)

Evžen Tošenovský (ECR). – (CS) Zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer betrachten wir einige Ereignisse, die heute rund um den Globus passieren, mit anderen Augen und einer gesteigerten Sensibilität. So sind wir heute größtenteils in der Lage, die Ereignisse in Russland realistisch einzuschätzen. Früher haben wir alle Ereignisse in der Sowjetunion vor dem Hintergrund des ideologischen Drucks interpretiert, heute verhandeln wir unter den Bedingungen einer absoluten individuellen Freiheit. Im Zuge des nahenden Winters wächst natürlich die Sorge über die Gasversorgung aus Russland über die Ukraine. Die Untersuchungen der Januar-Krise zeigen deutlich, wie unterschiedlich die Situation für West- bzw. Osteuropa gewesen ist. Sie werden einen spezifischeren Ansatz in der Vorbereitung von Krisenszenarien zur Folge haben. Es ist wichtig, die bestmögliche Lösung für vertraglich gebundene Beziehungen auf internationaler Ebene zu finden, und dabei gleichzeitig auch mehr Informationen in vergleichbaren Situationen liefern zu können. Die hohen Kosten der technischen Maßnahmen verpflichten uns außerdem dazu, sorgfältig zu überlegen, ob diese mit öffentlichen Mitteln oder auf Grundlage von europäischen Richtlinien finanziert werden. Die Frage lautet deshalb: Wie viel Gas muss tatsächlich gelagert und wie soll das finanziert werden? Dabei ist es wichtig, zwischen einer tatsächlichen Krise und einer Geschäftsangelegenheit in Verbindung mit Gas zu unterscheiden, an welchem Punkt sich hochrangige Regierungsmitglieder in die Verhandlungen einschalten sollten und was durch den Markt kontrolliert werden sollte. Wir müssen verhindern, dass wir in übermäßige bürokratische Interferenzen hineingezogen werden.

Joe Higgins (GUE/NGL). Frau Präsidentin, die EU-Kommission verlangt von der irischen Regierung umfangreiche Sparmaßnahmen im irischen Haushalt, wovon insbesondere der öffentliche Dienst und der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung, möglicherweise sogar Rentner und Arbeitslose, betroffen wären.

Die Kommission sollte sich jedoch dessen bewusst sein, dass sie sich mit der irischen Regierung tatsächlich verschwört, wenn vorgegeben wird, dass das Geld für die Rettung der Banken keine Staatshilfe darstellt, wenn gleichzeitig der öffentliche Sektor dem Hammer zum Opfer fällt.

Die irischen Arbeiter und lokalen Aktivisten wehren sich jedoch dagegen. So haben am vergangenen Freitag Zehntausende an Demonstrationen teilgenommen, heute demonstrieren mehrere tausend Arbeiter in Dublin und für den 24. November ist ein Streik der Angestellten im öffentlichen Dienst vorgesehen, um diese Angriffe zu stoppen.

Angeichts der Ernsthaftigkeit der Lage sollte dieser nun zu einem 24 Stunden dauernden Generalstreik ausgeweitet werden, um diese denkbar schlechte Regierung zu stürzen, die über kein Mandat für diese Form von Politik verfügt, und um die Politik der Kommission und der irischen Regierung zu stoppen, durch die die Lebensstandards der und die Dienstleistungen für die arbeitende Bevölkerung vernichtet werden.

Paul Nuttall (EFD). Frau Präsidentin, ich möchte die Aufmerksamkeit dieser Versammlung auf die verheerenden Auswirkungen lenken, die die Biozid-Richtlinie im Vereinigten Königreich hat. Durch diese bestrafende und unsinnige Richtlinie wird der Einsatz von Strychnin verboten, mit dem in den letzten 70 Jahren im Vereinigten Königreich die Maulwurfspopulation kontrolliert wurde. Dies war so lange der Fall, bis sich die EU eingeschaltet hat. Das Ergebnis ist, dass es Maulwurffängern nun nur noch erlaubt ist, Aluminiumphosphat einzusetzen, was doppelt so teuer wie Strychnin ist, und so viele aus dem Markt drängt.

Aber damit nicht genug. Während ein Maulwurf mit Strychnin innerhalb von 15 Minuten getötet wird, braucht es mit Aluminiumphosphat bis zu drei Tagen, und der Maulwurf erleidet dabei einen langsamen und qualvollen Tod.

Diese verrückte Richtlinie verursacht deshalb nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen im Vereinigten Königreich, sondern ist darüber hinaus auch noch grausam und unmenschlich, und dies ist ein weiterer kleiner Grund dafür, warum das Vereinigte Königreich draußen besser aufgehoben ist.

Corneliu Vadim Tudor (NI). – (RO) Der Präsident der Weltorganisation Atra Kadisha, Großrabbiner David Schmidl, hat mich gebeten und ich zitiere dabei: „ihr Sprecher in der Europäischen Union“ zu sein, wenn um die Einrichtung eines Ausschusses geht, der sich mit den Schwierigkeiten in Bezug auf die Schändung von Grabanlagen auf Friedhöfen beschäftigt. Darüber hinaus sollte auch der Vertrag von Genf aktualisiert und nachgebessert werden.

Ich möchte weder ins Detail gehen, noch jemanden beschuldigen, aber ich habe mit eigenen Augen Fotos gesehen, wo Pferde und Kühe auf jüdischen Gräbern gegrast haben. Ebenso habe ich Bilder von Grabsteinen gesehen, die als einfache Toiletten fungierten, sowie 2 000 Jahre alte jüdische Katakomben, in denen sich

die sakralen menschlichen Überreste in einem furchterlichen Zustand befinden. Die verbleibenden Friedhöfe sind Bulldozern anheim gefallen, die die Gebeine mit ihren Baggerschaufeln ausgehoben haben.

Das ist ein Angriff auf Gott. Der Holocaust ist eine tragische Narbe im Gesicht der Menschheit und darf sich niemals wiederholen, noch nicht einmal im Kleinen. Ich selbst habe mit meinen Kindern Auschwitz besucht, und glauben Sie mir, ich weiß sehr wohl, wovon ich spreche.

Diese Leute fordern uns im Europäischen Parlament auf, alle Überreste aller Religionen zu bewahren, also nicht nur jüdische Überreste, sondern auch römische Überreste in Europa.

(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)

János Áder (PPE). – (HU) Frau Präsidentin, unsere lieben Nachbarn, die Österreicher, verschmutzen nun schon seit Jahren einen der schönsten Flüsse Ungarns, die Raab. Vor zwei Wochen konnten wir einen Schaumbelag von einem halben Meter Dicke auf dem Fluss sehen, wodurch diese Tatsache nochmals deutlich bekräftigt wird. Nun sind unsere lieben Nachbarn aber nicht damit zufrieden, unseren Fluss zu verschmutzen, sondern sie beabsichtigen auch noch, unsere Luft zu verpesten, und zwar mit einer Müllverbrennungsanlage, die sie in Heiligenkreuz bauen wollen. Sie wollen eine Müllverbrennungsanlage in Heiligenkreuz 300 Meter vor der ungarischen Grenze bauen, in der fast zehn Mal soviel Abfall verbrannt werden kann, wie er in einem Jahr im Burgenland produziert wird, und all dies geschieht mit der Unterstützung der Europäischen Union. Diese geplante Investition verstößt gegen die Richtlinie 2008/98/EG. Aus diesem Grund fordere ich die Europäische Kommission auf, keine EU-Hilfe für den Bau der Müllverbrennungsanlage in Heiligenkreuz zu genehmigen.

Kriton Arsenis (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, eine der größten Herausforderungen für die Menschheit in Bezug auf den Klimawandel wird sein, zu verhindern, dass sich Kohlenstoff immer weiter in der Atmosphäre ansammelt, und ihn statt dessen auf dem Boden zu lagern.

Angesichts der Tatsache, dass es nicht möglich sein wird, den Ausstoß von Kohlenstoffgasen in den kommenden 50 Jahren zu unterbinden, stellt die Lagerung von Kohlenstoff am Boden unsere einzige Hoffnung dar und sollte bei den Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems oberste Priorität besitzen. Um dies zu erreichen, brauchen wir umfassendere Planzungen. So sind in China als ein Beispiel für diese Bestrebungen auf einer Fläche von 54 Millionen Hektar Bäume gepflanzt worden, mit beeindruckenden Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Trinkwasser und die landwirtschaftliche Produktivität. Ähnliche Aufforstungsprogramme haben in Ruanda zu einem solchen Strömungsanstieg der Flüsse in Richtung Hauptstadt geführt, dass diese nun vollständig durch ein Wasserkraftwerk versorgt werden kann.

Ebenfalls in diese Richtung gehen die Bemühungen des US-amerikanischen Repräsentantenhauses, das ein Gesetz verabschiedet hat, in dessen Rahmen die USA 5 Mrd. USD für Wiederaufforstungsmaßnahmen aufwenden wird.

Aus diesem Grund kann der Stillstand im Rat, dem es weder gelungen ist, sich auf eine spezifische Summe für die Finanzierung für Entwicklungsländer zu einigen, noch sich in irgendeiner Form über die Finanzierung für die Erhaltung der Wälder weltweit zu äußern, und dies zu einem Zeitpunkt, an dem es weder eine einheitliche Politik, noch eine Koordination auf europäischer Ebene in Bezug auf den Schutz des gefährdeten Wald-Ökosystems in Südeuropa gibt, nicht akzeptiert werden.

Nichtsdestotrotz vertraue ich darauf, dass die Verhandlungen der Europäischen Union in Kopenhagen die weltweiten Bemühungen, die Abholzung von Wäldern abzuschaffen und die Wiederaufforstung zu fördern, proaktiv unterstützen werden.

Giommaria Uggias (ALDE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Debatte über neurodegenerative Erkrankungen erlaubt es mir, das Problem der Sklerose-Krankheit und der Amyotrophen Lateralsklerose (ALS) anzusprechen und das Parlament darüber zu informieren, dass sich 150 Menschen in Italien in einen Hungerstreik begeben haben, um sich mit Herrn Salvatore Usala zu solidarisieren, der mit dem Essen aufgehört hat, um gegen die Gleichgültigkeit der italienischen Regierung gegenüber Patienten und ihren Familien, die mit dieser schrecklichen Krankheit leben müssen, zu protestieren. Diese Kampagne wird darüber hinaus von Mitgliedern des italienischen Parlaments, wie Frau Antonietta Farina, ebenso wie von unserem Kollegen, Herrn Rinaldi von der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, unterstützt.

Es handelt sich hierbei jedoch vor allem um einen Kampf, dem sich die ALS-Patienten und ihre Familien jeden Tag ausgesetzt sehen und den sie auf würdevolle und stille Weise kämpfen als Teil der Tragödie, von

dieser schrecklichen Krankheit betroffen zu sein. An ALS erkranken bereits junge Menschen, und es gibt für sie keine Heilung. Trotzdem widmet sich der italienische Staat allem, nur nicht diesen Patienten und ihren Familien. Die Umsetzung von Forschungsprojekten ist zweifellos eine Herausforderung für Europa, aber es liegt in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten, den Patienten eine würdevolle Existenz zu gewährleisten.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte meinerseits ein paar Fragen in Bezug auf den AH1N1-Grippeimpfstoff an Sie richten.

Die Abgeordneten und ihre Assistenten werden derzeit aufgefordert, sich dagegen impfen zu lassen, und ich möchte ihnen meine diesbezüglichen Vorbehalte mitteilen.

Erstens, in welchem Verhältnis stehen Risiken und Vorteile zueinander? Gegenwärtig sind die Vorteile eher mäßig, weil es keine Grippe gibt, die eine Vielzahl von Todesopfern zur Folge hat – jedenfalls bei weitem nicht so viele, wie durch die für diese Jahreszeit typische Grippewelle verursacht werden.

Im Hinblick auf die Risiken haben wir andererseits genug Zeit, über diesen Aspekt nachzudenken, und ich möchte insbesondere auf das Problem der Zusatzstoffe hinweisen. Ich möchte Sie über etwas informieren, dass vielleicht ein wenig eigenartig anmutet: In den Vereinigten Staaten ist der Einsatz von Squalen als Bestandteil von Zusatzstoffen verboten, diese sind hingegen von der Europäischen Arzneimittel-Agentur genehmigt worden, da die meisten Impfstoffe Squalen enthalten.

Der zweite Punkt ist die Tatsache, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur uns bestätigt hat, dass werde für Kinder, noch für Schwangere klinische Testergebnisse vorliegen und dass sie selbst keinen Zugriff auf eine Extrapolation von einem Prototypen hatte. Aus diesem Grund denke ich, dass eine verbesserte Harmonisierung erforderlich ist.

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, das skandalöse Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, das verlangt, dass ein Kreuz von der Wand einer italienischen Schule entfernt wird und einem der Schüler 5 000 Euro Schadenersatz für so genannte moralische Schäden gezahlt werden müssen, hat nicht nur in Italien, sondern auch in anderen Ländern der Europäischen Union Bedenken hervorgerufen. Das Kreuz ist sowohl ein Symbol für die christliche Religion als auch für die Geschichte und die Tradition Europas. Das Entfernen eines Kreuzes durch Verwaltungsangestellte ist der erste Schritt zu einem kulturellen „Harakiri“ in Europa.

Bedauerlicherweise scheint sich ein Pragmatismus dieser Art zu einem beständigen Plan, die Werte Europas zu demontieren, zu entwickeln. Es ist deshalb absolut notwendig, sich wieder auf den Bezug zum Christentum in den wichtigsten Dokumenten der Europäischen Union zu besinnen. Wir müssen wieder zu den ursprünglichen Ideen und Konzepten der Gründungsväter der Europäischen Union zurückkehren, die Christdemokraten waren. Aus diesem Grund appelliere ich an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, eine geeignete Debatte einzuberufen, die mit einer EntschlieÙung über das Thema Freiheit der religiösen Praxis in Europa und den grundsätzlichen Werten, auf die sich die Europäische Union stützt, abgeschlossen wird.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) In Portugal, insbesondere im nördlichen Landesteil, verschlimmert sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise zunehmend, und die Arbeitslosigkeit steigt weiterhin an, was diese Region zu eine der Ärmsten in der Europäischen Union macht, wie die jüngsten Eurostat-Veröffentlichungen belegen. Große Unternehmen kündigen weiterhin an, ihre Aktivitäten herunterzuschrauben und Arbeitsplätze einzusparen. Ein drastisches Beispiel hierfür ist das Unternehmen Qimonda in Vila do Conde, das gerade dabei ist, zusätzlich zu den bereits im vergangenen Jahr entlassenen 1 000 Mitarbeitern nun weitere 600 Mitarbeiter zu entlassen. Hier wird die Zerstörung eines der größten und wichtigsten Unternehmen auf einem strategischen Industriesektor für technische Entwicklung wirkungsvoll verdeutlicht.

Wir können diese Situation nicht akzeptieren. Es kann nicht akzeptiert werden, dass weder die Europäische Kommission, noch der Rat eine Alternative zur Demontage dieser Mikrochip- und Nanotechnologie-Industrie gefunden haben. Es ist schrecklich, dass sie in Apathie verharren angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und des wachsenden Leids in breiten Regionen der Europäischen Union.

John Bufton (EFD). Frau Präsidentin, es wurde von mir erwartet, dass ich über den Druck spreche, den die uneingeschränkte EU-Migration auf das Vereinigte Königreich ausübt. Ich möchte Sie jedoch um Verständnis bitten, dass ich nun ein dringenderes Thema zur Sprache bringe, auf das ich erst vor kurzem aufmerksam

geworden bin. Als Koordinator des Ausschusses für regionale Entwicklung und Abgeordneter für Wales habe ich mit großer Besorgnis eine mir zugespielte Kopie eines Entwurfs einer Mitteilung der Europäischen Kommission mit folgendem Titel zur Kenntnis genommen: *A Reform Agenda for a Global Europe: reforming the budget, changing Europe* (Eine Reformagenda für ein globales Europa: Reformierung des Haushalts und Veränderung Europas).

In dem Dokument wird eine umfangreiche Refokussierung auf die Prioritäten der EU-Ausgaben vorgeschlagen, indem eine größere Betonung auf ein, und ich paraphrasiere jetzt, globales Europa und weniger auf Landwirtschaft und Transferleistungen für wohlhabende Regionen gelegt wird. Dies wird immense Auswirkungen auf die britische Landwirtschaft und die Strukturfondsprogramme im aktuellen Zyklus haben. Das Vereinigte Königreich wird als Nettozahler gezwungen sein, viel mehr von den Ausgleichszahlungen aufzugeben, während andere Länder die Hauptnutznießler sein werden.

11,8 % der unter der Kohäsionspolitik für das Vereinigte Königreich vorgesehenen Gelder gehen in die ärmsten Regionen in Wales. Ich bin sehr besorgt darüber, dass dieses mir zugespielte Dokument Konsequenzen für die Übergangszahlungen am Ende des aktuellen Programms im Jahre 2013 haben könnte. Es ist an der Zeit, dass die Menschen im Vereinigten Königreich in einem Referendum über ihr Verhältnis zu diesem Ort hier abstimmen, so dass das Volk letztendlich über sein Schicksal selbst entscheiden kann und nicht irgendwelche nicht gewählten Bürokraten.

Krisztina Morvai (NI). – (HU) Während wir hier in der Europäischen Union so enthusiastisch den Fall der Berliner Mauer und damit den Zusammenbruch des Kommunismus feiern, könnten wir uns auch fragen, was eigentlich aus den ehemaligen kommunistischen Führern geworden ist. Das werde ich Ihnen sagen. Es sind diejenigen, die mittlerweile zu den überzeugtesten Kapitalisten, Neo-Liberalen und Verfechtern der Weltherrschaftsordnung geworden sind. Bei ihrer Rückkehr an die Macht haben sie gleich alles mit beseitigt, was gut am Kommunismus war, und lassen Sie uns ehrlich zugeben, es gab durchaus ein paar gute Dinge, wie beispielsweise die Sicherheit der Arbeitsplätze und die soziale Absicherung. Dafür haben sie jedoch die hässlichsten Aspekte wieder eingeführt: Brutalität und Terror.

Am 50. Jahrestag des Volksaufstands von 1956, der den Fall der Berliner Mauer möglich gemacht hat, wurde den Menschen regelrecht ins Auge geschossen. Während wir hier im Plenarsaal debattieren und den Zusammenbruch des Kommunismus feiern, befinden sich im selben Augenblick in Ungarn auf Veranlassung eben jener kommunistischen Genossen 16 Personen in politischer Gefangenschaft.

Ich werde nur feiern können, wenn diese politischen Gefangenen freigelassen werden, wenn den Opfern, denen ins Auge geschossen wurde, Gerechtigkeit widerfahren ist und wenn diese Kommunisten dieses Blutvergießen beendet haben werden und ein für alle Mal auf dem Kompost der Geschichte entsorgt wurden.

Jarosław Kalinowski (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, ich möchte gerne über den Vorschlag sprechen, den Haushalt der Europäischen Union nach 2013 zu reformieren. Ist es richtig, dass dieser Vorschlag eine einschneidende Reduzierung der regionalen Fonds vorsieht? Ist sich die Europäische Kommission darüber im Klaren, dass dies zu einer radikalen Schwächung der Regional- und Agrarpolitik der EU führen wird?

Der Vorschlag, die ärmeren Regionen der EU zu schwächen, um damit den Kampf gegen den Klimawandel zu finanzieren, kann wohl kaum als rational oder logisch bezeichnet werden. Davon wäre ein Großteil der 271 Regionen in der EU betroffen. Es ist sicherlich möglich, den ärmeren Regionen in der EU zu helfen, während gleichzeitig sinnvolle Projekte im Kampf gegen den Klimawandel, zur Reduzierung der Gasemissionen und der Einführung erneuerbarer Energien und moderne technische Lösungen umgesetzt werden.

Beabsichtigt die Kommission mit der Vorstellung des Vorschlags für die Haushaltsreform etwa, regionale und lokale Behörden in der Verteilung der Gelder zu umgehen? Auf diese Weise wird den regionalen Behörden nämlich die Anerkennung von Angelegenheiten entzogen, die für sie von äußerster Wichtigkeit sind.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Die Europäische Union hat sich selbst dazu verpflichtet, einen wirksamen Mechanismus gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern zu entwickeln. Nun sind acht Monate vergangen, seit über dieses besonders wichtige Thema in einer Vollsitzung des Europäischen Parlaments debattiert worden ist. Wir sollten die Tatsache begrüßen, dass der Rat seitdem begonnen hat, über den Entwurf einer Richtlinie zu verhandeln, mit der die Gesetzgebung auf diesem Gebiet verbessert werden soll. Die Zeit bleibt jedoch nicht stehen, und wir werden stets aufs Neue durch grausame Ereignisse schmerzlich daran erinnert, dass unsere Kinder unzureichend geschützt sind. Leider sind die Folgen dieser Verbrechen verheerend und langfristig. Die sexuelle Ausbeutung von Kindern und die Verbreitung von Pornographie sind oftmals grenzüberschreitender Natur, und beides kann deshalb nur durch eine internationale Zusammenarbeit

wirksam verhindert werden. Wir müssen die Schuldfähigkeit bei neuen Formen der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Kindesmissbrauch einführen, die in der derzeitigen Gesetzgebung nicht vorgesehen sind. Ich möchte die Aufmerksamkeit des neuen Parlaments auf dieses wichtige Problem lenken und den Rat auffordern, die Verhandlungen über diese Vorschlagsentwürfe zu beschleunigen.

Jelko Kacin (ALDE). – (SL) Frau Präsidentin, ich bin sehr erfreut über den Fortschritt in den Beziehungen zwischen den Regierungen von Kroatien und Slowenien, die auf politischer Ebene mit gewonnener Reife, die von beiden Regierungen gezeigt wurde, einen großen Schritt nach vorne gemacht haben. Von dem Grenzabkommen, das von ihnen unterzeichnet wurde, geht ein positives Signal aus, und es dient als gutes Beispiel für die anderen Länder in dieser Region.

Ich muss jedoch mit Bedauern feststellen, dass nur ein paar Tage nach der Unterzeichnung dieses Abkommens der Premierminister von Kroatien darüber hinaus eine einseitige Erklärung unterschrieben hat, die eine einseitige Interpretation des gerade zuvor unterzeichneten Abkommens vermittelt. Wir sollten nichts unternehmen, was zu Zweifeln und Unsicherheit führen könnte, weil dies nicht der Weg ist, um vorwärts zu kommen. Einseitige Erklärungen und einseitige Maßnahmen sind weder eine gute Wahl, noch gehen von ihnen die richtigen Botschaften aus. Durch solche Maßnahmen wird weder die Glaubwürdigkeit gefördert, noch das erforderliche gegenseitige Vertrauen vertieft, und es werden Zweifel an der Aufrichtigkeit der Intentionen und der Wahrhaftigkeit und Realisierbarkeit des Abkommens genährt. Wenn wir auf diesem Gebiet erfolgreich sein wollen, müssen wir große Anstrengungen unternehmen und das Vertrauen zu Hause, zu unseren Nachbarn und in der gesamten Region verstärken.

Ich appelliere an die Regierung von Kroatien, auf neuerliche einseitige Maßnahmen zu verzichten, und ich fordere den Premierminister auf, auf politischer Ebene Mut und Entschlossenheit zu zeigen und uns dabei zu unterstützen, die Sackgassen der Vergangenheit zu überwinden.

Marek Henryk Migalski (ECR). – (PL) Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass wir seit der letzten Woche über die Situation oder durch die Information beunruhigt sind, dass Premierminister Vladimir Putin die Europäische Kommission aufgefordert hat, die Verbindlichkeiten der Ukraine gegenüber Gazprom zu begleichen. Im Hinblick darauf möchte ich fragen, ob eine solche Anfrage erfolgt ist. Beabsichtigt die Europäische Kommission eine Übernahme dieser Verbindlichkeiten durch die Europäische Union? Wenn die Antworten auf beide Fragen „Ja“ lauten, auf welcher Grundlage würde die Kommission dies dann tun?

Frau Präsidentin, ich möchte sie auch darauf hinweisen, dass ich das einzige Mitglied bin, das seine Redezeit nicht vollständig ausgenutzt hat.

Kyriacos Triantaphyllides (GUE/NGL). Frau Präsidentin, ich habe heute um das Wort gebeten, um Sie über eine eher beunruhigende Tatsache zu informieren, die ich als Delegationsmitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres während meines Besuchs in Washington DC erfahren habe.

Im Zuge der derzeitigen transatlantischen Verhandlungen über Datenschutz (SWIFT, PNR) sind die Vereinigten Staaten dabei, die Datenerfassungseinrichtungen ihrer Nationalen Sicherheitsbehörde so zu erweitern, dass jede elektronische Nachricht in ihrem Hoheitsgebiet sowie alle im Land eingehenden und aus dem Land ausgehenden Nachrichten abgefangen werden können.

Wie können die USA vorgeben, das Recht auf Privatsphäre zu respektieren, wenn sie so eine enorme Abhörmaschinerie aufbauen, und wie können wir dabei nur so ruhig sitzen bleiben und dies geschehen lassen?

Es liegt in unserer Verantwortung, das Bewusstsein für diesen massiven Machtmissbrauch und Verstoß gegen unsere Grundrechte zu stärken. Ich hoffe, dass Sie mich dabei unterstützen werden, durch Bekanntmachungen und Presseartikel unsere Wähler und die Bürger in unseren Ländern darüber zu informieren.

Nick Griffin (NI). Frau Präsidentin, ich bin in den letzten Monaten zu einem Opfer der Labour-Regierung des Vereinigten Königreichs geworden: So hat man mir meinen Ausweis für das Britische Unterhaus entzogen, mir den Zutritt zur nuklearen Aufbereitungsanlage Sellafield verweigert, obwohl ich Mitglied im Unterausschuss des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit bin, und es wurde dem Citizens' Advice Bureau verboten, mir eine Informationsdatenbank zu verkaufen, die allen anderen Abgeordneten offen zum Kauf angeboten wird.

Frau Präsidentin, würden Sie mit mir darin übereinstimmen, dass politische Diskriminierung nicht nur ungesetzlich und nicht nur ein Angriff auf meine Person, sondern auf die Funktion dieses Ortes hier und, wichtiger noch als das, auf die Wähler und den gesamten demokratischen Prozess an sich ist?

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Die Untersuchung, die von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz durchgeführt wurde, liefert einige besorgniserregende Ergebnisse, die besagen, dass sich allgemein Arbeitslosigkeit negativ auf die Sicherheit und die Gesundheit von Arbeitnehmern auswirkt. Laut dieser Untersuchung, bei der 27 000 Menschen in den 27 Mitgliedstaaten befragt wurden, sind sechs von zehn Arbeitnehmern der Meinung, dass die Wirtschaftskrise und die steigende Arbeitslosigkeit zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen. Fünfundsiebzig Prozent der Befragten haben behauptet, dass die Verschlechterung ihrer Gesundheit auf die Arbeit, die sie tun, zurückzuführen ist. Diese Informationen bekräftigen die Daten einer Eurostat-Studie, die besagt, dass 27 Millionen Beschäftigte Unfälle erleiden oder von Berufskrankheiten betroffen sind, und dass 137 Millionen Beschäftigte täglich Risiken ausgesetzt sind. Und so sind gerade vor ein paar Tagen erst bei einem schweren Betriebsunfall fünf portugiesische Arbeitnehmer in Andorra ums Leben gekommen.

Diese Situation erfordert ein schnelles Reagieren von Seiten der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten. Diese Reaktion sollte darin bestehen, Arbeitsplätze mit Rechten zu schaffen, die die Arbeit und die Beschäftigten fördern und Arbeitgeber zu bestrafen, die Einschränkungen in der Vorsorge und dem Schutz für Beschäftigte vornehmen, um ihre Gewinne zu steigern.

Die Präsidentin. – Es gab hier bei der Mikrofonzuteilung eine Verwechslung. Eigentlich hatten Sie, Herr Teixeira, das Wort. Wahrscheinlich habe ich Ihren Namen falsch ausgesprochen, und die Verwechslung kam so zustande.

Nuno Teixeira (PPE). – (PT) Die Europäische Kommission hat kürzlich einen Mitteilungsentwurf über eine Haushaltsreform vorgelegt, der Verweise auf die Kohäsionspolitik umfasste, die für Unruhe und Besorgnis gesorgt haben, insbesondere, was die abgelegensten Regionen angeht.

Aus diesem Grund muss unverzüglich eine Aussprache über den Gemeinschaftshaushalt erfolgen. Zudem sind wir der Meinung, dass der finanzielle Rahmen nach 2013 auf Grundlage von Solidarität und regionaler Kohäsion fußen sollte, da dies für Regionen wie Madeira, die sich dauerhaften Schwierigkeiten ausgesetzt sehen und deshalb eine dauerhafte Unterstützung brauchen, von entscheidender Bedeutung ist.

Die Absicht, den Schwerpunkt der Kohäsionspolitik vom derzeitigen regionenbezogenen Ansatz auf einen Ansatz, der sich auf wertschöpfende Regionen bezieht, zu verlagern, ist inakzeptabel. Eine solche Verlagerung könnte zur Aufhebung von Ziel 2 führen, von dem derzeit rund zwei Drittel aller europäischen Regionen profitieren.

Es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass die Kommission beabsichtigt, die Zuteilung der Gelder von einer regionalen Grundlage auf eine nationale Grundlage oder sogar eine europäische Ebene umzuschalten, und damit das Kriterium der Nähe, das stets die Kohäsionspolitik gestützt hat, zu verwerfen. Es ist für einen langjährigen Mitgliedstaat der EU nicht akzeptabel, eine bloße Variable in der Formel für die Berechnung der Strukturfondszuteilung zu sein, bei der die Mitgliedstaaten in alt und neu eingeteilt werden, was dazu führt, dass Artikel 299 Absatz 2 des EG-Vertrags im Hinblick auf den Zugriff der abgelegensten Regionen auf die Strukturfonds gegenstandslos wird.

Estelle Grelier (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, als Abgeordnete aus der Normandie möchte ich die Aufmerksamkeit der Kommission und des Parlaments auf die Vorschläge für die Natura 2000-Gebiete, die die französische Regierung gerade erst den europäischen Behörden vorgelegt hat, lenken. In diesen Vorschlägen wird der Antifer-Damm bei Etretat ausgeschlossen und durch die Erweiterung des Umfangs auf 12 Seemeilen ersetzt.

Durch diese Entscheidung wird es Poweo erleichtert, eine Anlegebrücke für Methan in Antifer zu errichten und das Vorhaben, einen Offshore-Windpark bei Fécamp zu schaffen, trotz der Unterstützung dieses Projektes durch die lokalen gewählten Repräsentanten, der Bevölkerung und sogar den Fischern, eingeschränkt. Dabei ist für die Region ein wissenschaftlich fundierter und vereinbar Vorschlag entworfen worden, der auch die Unterstützung der lokalen Betreiber gefunden hat. Im Rahmen dieses Vorschlags gibt es eine 6-Meilen-Zone entlang des gesamten Küstenverlaufs, einschließlich Antifer.

Ich habe nun drei Fragen: Wie weit ist die Kommission bei ihrer Untersuchung der Zonen-Vorschläge bisher gekommen? Stimmt sie ihnen zu, obwohl sie den wissenschaftlichen Auffassungen und den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten in dieser Region zuwiderlaufen? Und in Anbetracht des nahenden Gipfels in Kopenhagen, kann Europa in vernünftiger Weise eine Entscheidung unterstützen, bei der Gas auf Kosten der Entwicklung erneuerbarer Energien gefördert wird?

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Gesundheitssituation in der Ukraine lenken. Veröffentlichte Daten zeigen, dass bereits über eine Million Fälle von Influenza registriert worden sind, einschließlich mehrerer Duzend Fälle des AH1N1-Virus'. Ukraine hat um internationale Hilfe gebeten, insbesondere was Impfstoffe, Medikamente, Desinfektionsmittel, Gesichtsmasken, Handschuhe und Laborutensilien betrifft.

Wir wissen, dass die Kommission einen speziellen Mechanismus für zivile Hilfe in Gang gesetzt hat, ein Überwachungs- und Informationszentrum für die Koordination der Hilfe für die Ukraine durch EU-Länder. Doch wie genau sieht die Koordination aus? Welche Hilfe wird gegeben? Wie arbeitet das Überwachungssystem? Ich denke, dass die Öffentlichkeit gerne diese drei Fragen beantwortet haben möchte.

Kinga Gál (PPE). – (HU) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nun sind bereits zwei Jahrzehnte seit dem Mauerfall in Berlin, wir haben gerade den 20. Jahrestag gefeiert, und dem Fall des Eisernen Vorhangs vergangen. Nichtsdestotrotz ist in diesen 20 Jahren in vielen Ländern, die vom Kommunismus befreit wurden, nicht viel passiert, weil es uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, uns ein für alle Mal von den Angewohnheiten des früheren Systems zu befreien.

So ist im Herbst 2006 das Recht, sich in den Straßen von Budapest frei zu versammeln, ebenso von der Polizei ignoriert worden, wie das Recht auf einen gerechten Prozess. Die Opfer fordern nach wie vor, wenn auch vergeblich, Gerechtigkeit und die Gelegenheit, ihre Rechte wahrzunehmen. Im März dieses Jahres ist Forderungen gegenüber dem Premierminister, sein Amt niederzulegen, abermals mit Verhaftungen und unmenschlichen, erniedrigenden Maßnahmen begegnet worden. So kann es auch heute noch in der Europäischen Union passieren, dass Menschen in ihrem Geburtsland nicht ihre Muttersprache sprechen dürfen, wie zum Beispiel in der Slowakei, oder nicht ihre Rechte ausüben dürfen, die ihnen durch demokratisch zugesichert sind, falls ihnen die Geschichte das Schicksal der Zugehörigkeit zu einer Minderheit auferlegt hat. Gleiches gilt für Rumänien, wo man gerade dabei ist, ein Denkmal für einen ehemaligen General zu errichten, der den Befehl gegeben hat, auf Teilnehmer an einer Demonstration zu schießen.

José Manuel Fernandes (PPE). – (PT) Die derzeitige Wirtschaftskrise führt zu einer unsicheren Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wirtschaftliche Schwierigkeiten führen dazu, dass Arbeitnehmer oftmals blind Stellenangebote annehmen, bei denen Arbeitsrechte und die Überwachung durch Strafverfolgungs- und Regierungsbehörden umgangen werden. Bedauerlicherweise sind wir in der Europäischen Union bereits Zeugen von verschiedenen Fällen von Ausbeutung geworden, die oftmals Formen von echter Sklaverei annehmen, sei es von europäischen oder nicht europäischen Bürgern. Darüber hinaus haben wir eine ungewöhnlich hohe Sterberate bei Wanderarbeitnehmern, einschließlich vieler meiner Landsleute, den Portugiesen, selbst wenn sie legal beschäftigt wurden. Diese hohe Sterberate ergibt sich aus Unfällen am Arbeitsplatz und da vor allem im Baugewerbe.

Aus diesem Grund sind die Europäische Union und ihre Institutionen sowie alle Mitgliedstaaten dringend aufgefordert, mit Nachdruck und auf effektive Weise zusammenzuarbeiten, um diese Situationen in Zukunft zu verhindern.

Sophie Briard Auconie (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte hier die Alarmglocken läuten, um auf das geringe Volumen in Bezug auf Planung und Zahlung von EFRE-, ESF- und Kohäsionsfondsmitteln aufmerksam zu machen.

Wir sind immer noch weit davon entfernt, auch nur für die Hälfte aller verfügbaren Fonds Pläne entwickelt zu haben. Im Hinblick auf die Zahlungen sind bisher lediglich 9,62 % der 347 Mrd. EUR für die Regionalpolitik an die Projektleitungen ausgeschüttet worden. Und davon sind alle Länder betroffen, wenn auch einige mehr, die anderen weniger. So müssen Spanien, Luxemburg und Schweden ihr Äußerstes geben, um mit den in Bezug auf die Zahlung von Geldern aus europäischen Fonds führenden Ländern, wie die Baltischen Staaten, Irland und Slowenien beispielsweise, Schritt halten zu können.

Die Regionalpolitik der Europäischen Union ist eines der nutzbringendsten Instrumente für unsere Mitbürger. Auf diese Weise wird nämlich eine wirtschaftliche, soziale und regionale Kohäsion durch die Kofinanzierung von praktischen und oftmals entscheidend wichtigen Projekten gewährleistet.

Aus diesem Grund appelliere ich an die nationalen Verwaltungsbehörden, sich zu engagieren. Gleichzeitig denke ich, dass es von entscheidender Bedeutung ist, in einer Phase der wirtschaftlichen Krise den größten Problemen mit geeigneten europäischen Regelungen zu begegnen.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, wir feiern heute den 20. Jahrestag der demokratischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa. Es hat eine sehr angemessene und würdige Feier gegeben, an der Herr Havel und Herr Buzek teilgenommen haben, und es gibt Ausstellungen im Europäischen Parlament. Es ist schön, so wie es ist, aber die Europäischen Institutionen sollten sich nicht darauf beschränken, solche Ereignisse nur alle Jubeljahre ins Gedächtnis zu rufen.

Sie sollten permanenter Bestandteil unserer Geschichte sein, die Wahrheit über diese Veränderungen sollte in unseren pädagogischen Aktivitäten präsent sein und dies sollte von den Europäischen Institutionen ausgehen. Wir brauchen ein gemeinsames Geschichtsbuch über diese Zeit, in dem gezeigt wird, wie sich Europa vereinigt hat, so dass die Kinder in unseren Schulen Zugang zu dieser Wahrheit und diesem Wissen haben.

Es ist nämlich so, dass es viele Beispiele dafür gibt, wo unnötigerweise Geld ausgegeben wird. Die britische Organisation „Open Europe“ teilt mit, dass allein 7 Mio. EUR für die Finanzierung eines Blogs über einen Esel, der durch die Niederlande reist, ausgegeben wurden. Es ist an der Zeit, dass wir das Geld für Europa auf wirksamere Weise ausgeben.

Die Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich nicht freuen, aber wir müssen die Ausführungen von einer Minute nach Artikel 150 der Geschäftsordnung an dieser Stelle beenden. Laut Artikel 150 dürfen wir diese Art von Diskussion für einen Zeitraum von höchstens 30 Minuten führen. Wir haben fast 40 Minuten diskutiert, weil es leider immer wieder Rednerinnen und Redner gab, die sich nicht an die eine Minute gehalten haben.

Ich habe versucht, denjenigen Vorrang zu geben, die in den vergangenen beiden Debatten noch nicht gesprochen haben, und hoffe, dass Sie das Gefühl hatten, dass es einigermaßen ausgewogen war. Wir haben heute Abend noch weitere vier Debatten vor uns, und Sie wissen, die Sitzung muss um spätestens Mitternacht geschlossen werden.

20. Staatsangehörige von Drittländern, die beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen oder von dieser Visumpflicht befreit sind (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Tanja Fajon Im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind [KOM(2009)0366 - C7-0112/2009 - 2009/0104(CNS)] (A7-0042/2009).

Tanja Fajon, Berichterstatterin. – (SL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Barrot und alle hier Anwesenden, das Europäische Parlament unterstützt intensiv die Abschaffung der Visumregelung für alle Länder der westlichen Balkanstaaten. Das war auch die Kernidee, an der wir uns bei der Vorbereitung dieses Berichts orientiert haben. Ich möchte meine Komplimente zum Ausdruck bringen, die insbesondere den Schattenberichterstattern und den Abgeordneten gelten, ohne deren Unterstützung ich niemals dieses Ergebnis erzielt hätte. In ähnlicher Weise möchte ich dem Rat und der Kommission für ihre Bemühungen in der Zusammenarbeit danken, die ein festes Fundament für eine zukünftige Kooperation auf diesem Gebiet sein wird, insbesondere dann, wenn der Vertrag von Lissabon ratifiziert worden ist, da dies es dem Parlament ermöglichen wird, durch das Mitentscheidungsverfahren alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Bürgerinnen und Bürger der westlichen Balkanstaaten sind lange genug durch die Visumregelung ausgegrenzt worden. Sie haben heute weniger Rechte, was das freie Reisen angeht, als sie zur Zeiten des früheren Jugoslawiens hatten. Was die jungen Leute aus den Ländern des westlichen Balkans heute über Europa oder Amerika, wenn wir schon dabei sind, wissen, sind die Informationen, die sie aus dem Internet oder dem Fernsehen haben. Da ich aus Slowenien komme, kann ich mich noch daran erinnern, dass es in der Tat der Ratsvorsitz Sloweniens gewesen ist, unter dem Anfang 2008 und damit fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Thessaloniki-Agenda, die eine eindeutige europäische Perspektive für die Bevölkerung der westlichen Balkanstaaten gewährleistet, das Verfahren zur Liberalisierung der Visumregelung in Gang gesetzt wurde.

Ich bin erfreut darüber, den Vorschlag der Kommission über die Abschaffung der Visumsanforderungen für Mazedonien und Serbien-Montenegro begrüßen zu können, und ich freue mich besonders darüber, die

Initiative Sloweniens begrüßen zu können, die eine starke Unterstützung von Seiten der Mitgliedstaaten erfahren hat und die es Bürgern dieser Länder nun erlaubt, vom 19. Dezember an frei in die Länder des Schengen-Gebiets zu reisen. Der 1. Januar 2010 hätte als Datum logistische Probleme nach sich gezogen, da in der Ferienzeit um Weihnachten und Neujahr herum viele Bürger dieser Länder gerne ihre in den Mitgliedstaaten lebenden Angehörigen besuchen möchten.

Die Abschaffung der Visumpflicht wird enorm zu dem Prozess der regionalen Zusammenarbeit und der Überwindung ethnischer Teilungen beitragen und wird dabei helfen, kulturelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Brücken zu bauen.

Meine Damen und Herren, die Abschaffung der Visumpflicht für die drei von mir genannten Länder ist ein sehr positiver Schritt in die richtige Richtung. Ich sollte jedoch auch betonen, dass es den Ländern, die von diesem Rahmenwerk der Visumsabschaffung ausgenommen sind, so schnell wie möglich gestattet werden sollte, diesem beizutreten, oder vielmehr, sobald sie dazu bereit sind. Ich spreche hierbei natürlich über Bosnien und Herzegowina sowie Albanien. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sie noch mehr ausgegrenzt werden, und dass zu einer Zeit, in der ihre Nachbarländer sich der Möglichkeit der unbegrenzten Reisefreiheit in die Europäische Union erfreuen.

Sie müssen natürlich für eine Visumsabschaffung bereit sein, und ich meine damit nicht, dass wir diesbezüglich von unseren Kriterien abweichen sollten. Was wir beabsichtigen zu tun, ist, den Bürgern von Bosnien und Herzegowina sowie Albanien eine klare Botschaft zu übermitteln: Wir warten auf euch, ihr müsst Eure Regierungen drängen, ihren Teil der Abmachung zu erfüllen. Und wir werden auf der anderen Seite alles in unserer Macht stehende tun, um sicherzustellen, dass es bei der Entscheidungsfindung auf Seiten der Europäischen Union zu keinen Verzögerungen kommen wird. Ich kann mit Sicherheit sagen, dass dieser Ansatz die breite Unterstützung von zwei Ausschüssen, dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, der mein ursprünglicher Ausschuss ist, gefunden hat.

Ich möchte außerdem hinzufügen, dass ich morgen nach der Abstimmung um das Wort bitten werde, um eine spezielle politische Erklärung, eine gemeinsame Erklärung des Parlaments und des Rates, übermitteln werde, in der die Abschaffung der Visumsanforderungen für alle Länder des westlichen Balkans sehr stark unterstützt wird. In dieser Erklärung, über die wir morgen gesondert abstimmen werden, werden wir sowohl den 19. Dezember als Datum begrüßen, an dem die Visumsanforderungen für Mazedonien sowie Serbien und Montenegro abgeschafft werden, als auch die Europäische Kommission auffordern, schnellstmöglich einen Vorschlag zu erarbeiten, der die Abschaffung der Visumsanforderungen für Bosnien und Herzegowina sowie Albanien vorsieht, sobald sie die entsprechenden Kriterien erfüllt haben. Wir verpflichten uns im Gegenzug dazu, uns mit diesem Vorschlag in einem beschleunigten Verfahren zu befassen. Ich möchte, dass wir uns auf ein bestimmtes Datum für die Visumsabschaffung für Bosnien und Herzegowina sowie Albanien einigen, obwohl ich mir der komplexen Natur der damit verbundenen Verfahren bewusst bin. Ich hoffe, dass sich der Sommer 2010 als ein realistischer Zeitpunkt für die Visumsabschaffung für diese beiden Länder herausstellen wird.

Abschließend möchte ich noch Folgendes sagen: Wir sollten auch nicht den Kosovo vergessen, wenn wir verhindern wollen, dass er zu einem blinden Fleck auf der Landkarte wird ...

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin.)

Lassen sie mich so abschließen: Die Europäische Union trägt eine politische Verantwortung für den Abschluss der Visumsliberalisierung, und ich erwarte morgen die breite Unterstützung des Parlaments in dieser Sache.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). Frau Präsidentin, es ist bedauerlich, dass der schwedische Ratsvorsitz heute nicht durch einen Minister vertreten wird, wie ich es mir gewünscht hätte.

Ich verstehe, dass der Ratsvorsitz nicht eingeladen wurde, und dass gesagt wurde, dass seine Anwesenheit hier nicht erforderlich sei. Ich möchte das Parlament jedoch daran erinnern, dass der schwedische Ratsvorsitz das Verfahren der Visumsliberalisierung für die westlichen Balkanstaaten von Anfang an gefördert und unterstützt hat.

Wir sollten, und ich weiß, dass meine Kollegin Frau Tanja Fajon, die Berichterstatterin, darin mit mir einer Meinung ist, die Gelegenheit haben, dem Ratsvorsitz zu danken, da wir ihm die gemeinsame Erklärung von Parlament und Rat mit der Unterstützung der Kommission verdanken, was so in der Geschichte dieser Institution noch nicht vorgekommen ist.

Ich hätte gerne, wenn auch vielleicht nicht hier und heute, eine Erklärung dafür erhalten, warum der Ratsvorsitz nicht anwesend sein konnte, und ich möchte, dass die Tatsache ins Protokoll aufgenommen wird, dass der Minister nicht anwesend sein konnte, weil er nicht eingeladen wurde.

Die Präsidentin. – Ich werde informiert, dass die Ratspräsidentschaft eingeladen war, es aber Termenschwierigkeiten gab und sie deshalb nicht anwesend sein kann. Man wird dem aber nachgehen.

Jacques Barrot, Vizepräsident der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte auf die von Frau Corazza Bildt vorgebrachte Frage antworten und sagen, dass der schwedische Ratsvorsitz in der Tat sehr aktiv in diesem Prozess gewesen ist, der, wie Frau Fajon gerade richtig erläutert hat, uns es nun ermöglicht, einer Anzahl von Bürgern, insbesondere jungen Menschen, aus den betreffenden Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu bieten, sich mehr in diesem Europa zu engagieren und mit ihm zu interagieren, das ihnen teilweise noch sehr unbekannt ist.

Es ist in der Tat wahr, dass dieser Vorschlag einen historischen Schritt in der Entwicklung der Visumpolitik Europas für Kurzaufenthalte im Kontext mit unseren Beziehungen zu den westlichen Balkanstaaten markiert. Darüber hinaus begrüßt die Kommission die Annahme dieses Gesetzesvorschlags sowohl durch das Europäische Parlament als auch durch den Rat. Jeder ist sich der großen politischen Bedeutung und der sensiblen Natur dieser Angelegenheit bewusst, die Auswirkungen auf alle Bürgerinnen und Bürger der betreffenden Länder hat.

Ich kann die Position des Parlaments nachvollziehen. Ich möchte in diesem Zusammenhang das ausgeprägte Engagement der Kommission bestätigen, die Erfüllung aller im Fahrplan festgelegten Kriterien durch alle betreffenden Mitgliedstaaten sorgfältig zu überwachen. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ist bereits Gegenstand einer positiven Bewertung geworden, der Dialog wurde aus diesem Grund mit dem Land abgeschlossen. Im Oktober sind in Serbien und Montenegro von der Kommission gemeinsam mit Fachleuten aus den Mitgliedstaaten Missionen durchgeführt worden und diese Missionen haben bestätigt, dass die Kriterien des entsprechenden Fahrplans ordnungsgemäß erfüllt wurden.

Wir beabsichtigen nun, dieselbe Methode für Albanien sowie Bosnien und Herzegowina anzuwenden. Abgesehen von dem sehr deutlichen Fortschritt, der in den letzten Monaten gemacht wurde, sind Bosnien und Herzegowina sowie Albanien bisher noch nicht in der Lage gewesen, die im Fahrplan festgelegten erforderlichen Reformen vollständig umzusetzen, womit ihre Befreiung von der Visumpflicht gerechtfertigt werden könnte. Es ist jedoch, wie Sie, Frau Fajon gerade bereits gesagt haben, sehr ermutigend für diese Länder zu hören, dass ihre Nachbarn bereits über die Option verfügen, von der Visumpflicht befreit zu werden, und ich kann Ihnen bestätigen, dass ich persönlich alles mir in meiner Macht stehenden tun werde, um sicherzustellen, dass Albanien sowie Bosnien und Herzegowina ebenso diese Visumsbefreiung so schnell wie möglich erhalten werden, so wie Sie es gefordert haben.

Ich lade das Parlament, das mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon als Mitgesetzgeber im Visumsbereich fungieren wird, ein, die strukturierte Methode des Dialogs über die Liberalisierung von Visa zu unterstützen, also die Methode, die von der Kommission verfolgt wird, weil ein anderer Ansatz nur zu Verwirrung führen und die Visumregelung nicht wirklich verändern würde. Er würde lediglich falsche Hoffnungen wecken und dafür verantwortlich sein, dass die bereits von den betreffenden Ländern unternommenen Anstrengungen, die in den Fahrplänen festgesetzten Reformen umzusetzen, gebremst werden.

In der jetzigen Phase werden Albanien sowie Bosnien und Herzegowina in Anhang I zu der Regelung aufgeführt, während gleichzeitig aber auch noch einmal die Verpflichtung der Europäischen Kommission bestätigt wird, diesen beiden Ländern dabei zu helfen, die Kriterien ihres jeweiligen Fahrplans zu erfüllen, um so von den Visumsanforderungen gemäß geltender Verfahren befreit zu werden.

In diesem Zusammenhang unterstützt die Kommission den Wortlaut der gemeinsamen politischen Erklärung, in der diese eindeutige Verpflichtung der Union bestätigt wird, so schnell wie möglich die zweite Phase des Visumliberalisierungsverfahrens für die Bürgerinnen und Bürger von Albanien sowie Bosnien und Herzegowina, Frau Fajon, umzusetzen.

Damit wäre ich fertig, Frau Präsidentin. Ich glaube, dass dies ein sehr wichtiger Punkt ist, der den Balkanstaaten zeigt, wie aufmerksam sich Europa mit ihren Erwartungen und Wünschen auseinandersetzt.

Sarah Ludford, Berichterstatterin der Stellungnahme des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Frau Präsidentin, die Verpflichtung, die durch den Fajon-Bericht und durch die vorgeschlagene Erklärung des Rates und des Parlaments unterstützt wird, ist sehr weitsichtig. Damit wird das visumsfreie Reisen für

alle Menschen der westlichen Balkanstaaten ermöglicht. Dabei handelt es sich allerdings um mehr als bloß eine großzügige und selbstlose Geste. Sie ist ebenso nüchtern wie scharfsinnig, da dadurch auch Sicherheit im weitesten Sinne des Wortes gefördert und verbessert wird. Menschen in Freiheit und mit Reisefreiheit sind eher dazu bereit, zu friedlichen Lösungen zu kommen und sich weniger einem introvertierten Nationalismus hinzugeben, der eine Bedrohung der Sicherheit darstellt.

Wer ist nicht von den Bildern auf den Bildschirmen vor diesem Saal und all den Feiern bewegt, die wir in dieser Woche gehabt haben, um den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer zu begehen? Während diese Hindernisse natürlich nicht mit der Berliner Mauer verglichen werden können, sind sie doch trotzdem auch eine Barriere für eine freie Kommunikation und erweitere Horizonte, die das Verständnis füreinander und Toleranz fördern. Unser Beharren auf einen umfassenden Ansatz sollte auch ein faires Ergebnis durch den 15. Jahrestag des Abkommens von Dayton mit einschließen.

Ich möchte der Berichterstatterin, Frau Fajon, gratulieren und ihr für ihre harte Arbeit und die Art und Weise danken, wie sie alle Nuancen bei jeder Drehung und Wendung der in den vergangenen beiden Monaten stattgefundenen Beratungen berücksichtigt hat.

Ich möchte mich darüber hinaus auch beim Rat, und dabei insbesondere beim schwedischen Ratsvorsitz für seine Arbeit bedanken, dass er uns dabei geholfen haben, eine Einigung über eine Erklärung zu erzielen, mit der die eindeutige Absicht der schnellstmöglichen Visumsliberalisierung für alle Bürgerinnen und Bürger der westlichen Balkanstaaten bestätigt wird, und wir hoffen, dass dies noch 2010 passieren wird, weil das Fehlen einer umsetzbaren Gemeinsamkeit in Bezug auf die Zieldaten für das Erreichen dieser Reisefreiheit Uneinigkeit stiftet und zu Instabilität führt.

Wir haben uns im Fajon-Bericht auch dazu verpflichtet, an einer Visumserleichterung und einem Fahrplan für die Visumsliberalisierung für den Kosovo zu arbeiten, der den Fahrplänen der anderen westlichen Balkanstaaten in etwa entspricht.

Ich möchte dem Ganzen noch die Hoffnung hinzuzufügen, dass die Regierung des Vereinigten Königreiches, das nicht im derzeitigen Beschluss über das EU-Schengen-Gebiet eingeschlossen und demzufolge auch kein entsprechendes Mitglied ist, denselben Weg einschlagen wird. Ich fühle mich immer ein wenig hin- und hergerissen, wenn ich an diesen Angelegenheiten rund um die Schengen-Projekte arbeite, denn ich bin eine britische Abgeordnete, aber es wäre sicherlich eine gute Sache für die Europäische Union und für die westliche Balkan-Region, wenn das Vereinigte Königreich so schnell wie möglich nachziehen würde.

Ich möchte damit enden, der Berichterstatterin, Frau Fajon, zu danken.

Anna Maria Corazza Bildt, im Namen der PPE-Fraktion. Frau Präsidentin, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) ist bereit, die Visumsliberalisierung für alle Länder des westlichen Balkans bis Juli 2010 zu beschleunigen. Wir begrüßen und unterstützen den Vorschlag, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie Serbien und Montenegro vor Weihnachten dieses Jahres noch eine Visumsliberalisierung zu gewähren.

Wir haben Verständnis für die Bitte der Menschen aus Bosnien und Herzegowina sowie Albanien, eine junge Generation, die eingeschlossen wurde und sich gefangen fühlt. Wir sagen ihnen: „Wir sind auf Eurer Seite, wir sind bereit, sobald Ihr bereit seid.“ Es ist bedauerlich, dass sie durch den zögerlichen Beginn der Behörden in Albanien sowie Bosnien und Herzegowina zurückgelassen wurden. Damit tragen diese die Verantwortung für die Verzögerungen. Wir ermahnen sie dazu, die Kriterien so schnell wie möglich zu erfüllen. Wir wissen, dass uns die Kommission bei diesem Prozess unterstützt.

Bedauerlicherweise muss ich sagen, dass ich betrübt darüber bin, dass es die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) drei Monate an Verhandlungen gekostet hat, um die politische Linke dieses Parlaments davon zu überzeugen, gemäß den Verträgen zu operieren. Ist das so kompliziert? Letztendlich hat jedoch auch sie verstanden, dass das Europäische Parlament nicht über dem Gesetz steht.

Mit allem Respekt für meine ausgezeichneten Kollegen muss ich hier doch eine destruktive Haltung anprangern. Es gibt keine Abkürzungen. Es gibt kein Abrakadabra. Wir sind nicht hier, um zu punkten. Wir sind hier, um Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger des Balkans zu erzielen. Lassen Sie mich hier noch einmal unmissverständlich deutlich machen, dass ein vorübergehender Zwischenstatus das Verfahren in keinsten Weise beschleunigt und weder die Kommission, noch den Rat unter Druck setzt. Dadurch wird absolut keine starke politische Botschaft übermittelt.

Ich möchte abschließend anmerken, dass ich die Belagerung von Sarajevo und den Beschuss anderthalb Jahre lang miterlebt habe. Meinen Freunden dort möchte ich sagen, dass ich entschlossen und bereit bin.

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin.)

Claude Moraes, im Namen der S&D-Fraktion. Frau Präsidentin, bis 2008 und dem slowenischen Ratsvorsitz ist kein ausreichender Fortschritt im Hinblick darauf, was der Kommissar zu Recht einen historischen Schritt in Richtung Visumliberalisierung für die westlichen Balkanstaaten genannt hat, erreicht worden.

Wie Frau Ludford sehr richtig gesagt hat, gibt es tief greifende praktische Überlegungen in Bezug darauf, warum das für uns wichtig ist und warum dies nicht nur eine reaktive Maßnahme ist. Deshalb möchte ich im Namen der Fraktion der Sozialisten und Demokraten der Berichterstatterin, Frau Fajon, für ihre sorgfältige und gewissenhafte Arbeit danken, die sie geleistet hat, damit die Europäische Union dieses letzte Ziel bei der Abschaffung der Visumregelung für die westlichen Balkanstaaten erreichen kann. Dies ist mit Hilfe der Schattenberichterstatter und mit der Kommission und dem Rat erfolgt und sollte anerkannt werden.

Während es auf der einen Seite deutlich wird, dass viele in der Visumliberalisierung große Vorteile für beide Seiten sehen, ist es jedoch andererseits auch der Fall, dass wir das gesamte Parlament hinter uns bringen müssen, was die Frage des Fahrplans und die Sicherstellung angeht, dass die grundlegenden Reformen in all diesen Ländern durchgeführt werden, um das Vertrauen in eine wahrhaft angemessene Regelung der Visumliberalisierung zu gewinnen.

Aus diesem Grund lag die Aufgabe der Berichterstatterin darin, einen Durchbruch in der Visumliberalisierung zu erreichen und gleichzeitig dabei auch das Parlament hinter sich zu bringen. Sie hat dies in Form der Erklärung, die sie mit dem Rat ausgehandelt hat, getan. Die Erklärung sieht die Visumliberalisierung für Mazedonien sowie Serbien und Montenegro, eine Beschleunigung der Liberalisierungsregelung für Albanien sowie Bosnien und Herzegowina sowie einen sensiblen Kompromiss für die Frage des Kosovo vor.

Aus all diesen Gründen wird dieser Bericht von meiner Fraktion unterstützt, und wir hoffen, dass er auch in diesem Parlament eine breite Unterstützung finden wird.

Ulrike Lunacek, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich möchte mich zuerst den Worten meines Vorredners anschließen und meinen herzlichen Dank an beide Berichterstatterinnen, Frau Fajon und Frau Sarah Ludford für den AFET- und den LIBE-Ausschuss, und auch an die Schattenberichterstatter aussprechen. Es ist uns gelungen, einen Vorschlag zu machen, eine Forderung an Kommission und Rat zu stellen, hier ein Gesamtpaket für alle Menschen des gesamten Westbalkan zu machen und nicht einige draußen zu lassen. Ich hoffe sehr – und richte mich dabei an Kommissar Barrot –, dass Sie beim Rat durchsetzen können, dass es auch für das Kosovo das Ziel der Visaliberalisierung geben wird, dass der Dialog jetzt beginnt und dass für Bosnien und für Albanien spätestens Mitte nächsten Jahres die Visaliberalisierung erreicht wird. Mir wäre lieber, es wäre schon früher.

Ich möchte etwas klarstellen. Natürlich geht es um die Implementierung, aber ich habe gehört, dass in Serbien noch nicht alles implementiert wurde. Ich würde gerne wissen, wie Sie das einschätzen. Es ist wichtig, alles zu implementieren. Vielen Dank allen, die mitgearbeitet haben, und ich hoffe, dass alle Menschen ...

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Doris Pack (PPE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwanzig Jahren erhielten meine Landsleute aus Ostdeutschland die Reisefreiheit. Wenige Jahre später hat Milošević die Reisefreiheit für Serbien und anschließend für alle anderen Länder in der Region willkürlich aufs Spiel gesetzt und dann auch verwirkt. Wie oft haben wir in diesem Hause seit dem Jahr 2000 in Erklärungen und in öffentlichen Diskussionen Reisefreiheit, Visafreiheit für die Länder Südosteuropas gewünscht. Wir wissen, dass es die EU als solche nicht kann, sondern die nationalen Regierungen zustimmen müssen. Wir müssen die Ängste in unserer Bevölkerung abbauen. Kriminelle sind überall, sie brauchen kein Visum! Sie kommen ohne Visum über die Grenzen. Insofern brauchen wir uns darum nicht zu kümmern.

Es geht um die junge Generation, die mit Hilfe der Visafreiheit endlich auch dahin reisen kann, wohin wir wollen, dass sie kommen. Deswegen freuen wir uns, dass die Bürger von Mazedonien, von Montenegro und Serbien jetzt endlich wieder frei reisen können. Welche Freude! Es ist auch ein Tropfen Traurigkeit dabei, dass nämlich Albanien, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo noch nicht dabei sein können. Wir erwarten aber, dass die Kommission im Dezember die großen Fortschritte, die Albanien gemacht hat, würdigt und auch sieht, dass sich in Bosnien-Herzegowina einiges verbessert hat. Leider gibt es in Bosnien-Herzegowina Politiker, die sich weniger um die Interessen ihrer Bürger kümmern, in der Gewissheit, dass sie selbst ja

Visafreiheit haben. Ich glaube also, dass wir auch dafür sorgen müssen, dass das im nächsten Sommer möglich ist. Ich hoffe, dass Herr Barrot uns dabei hilft. Das Kosovo darf aber nicht vergessen sein. Es darf nicht der einsame schwarze Fleck bleiben. Wir haben die Verpflichtung, dem Kosovo zu helfen, die *Benchmarks* zu erfüllen. Allein kann es das nicht. Visafreiheit ist ein zutiefst menschlicher Akt. Ich freue mich, dass wir alle dazu in der Lage waren. Danke, für diese Möglichkeit, Herr Barrot.

Kinga Göncz (S&D). – (HU) Europa und die Europäische Union haben ein Friedensprojekt in Gang gebracht und erleben nun die längste Friedenszeit in der Geschichte. Aus diesem Grund sind wir uns bewusst, wie viel Macht das Instrument der Integration aus dieser Perspektive haben kann. Und nun müssen wir es in Bezug auf die westlichen Balkanstaaten einsetzen.

Diese Länder haben bis vor kurzem noch eine äußerst traumatische Phase des Krieges erlebt, die für eine große Anzahl von Menschen extremes Leid bedeutet hat. Aus diesem Grund muss im Hinblick auf die europäische Integration ein Fortschritt erfolgen, um dieses Ereignis zu überwinden. Visumfreies Reisen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Es ist von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen worden, dass dadurch jungen Menschen die Gelegenheit geboten wird, einen direkten Kontakt zu knüpfen und Erfahrungen aus erster Hand zu sammeln, sowie die Möglichkeit geschaffen wird, dass demokratische Kräfte stärker zusammenwachsen. Es geht also nicht nur darum, eine Botschaft des Vertrauens und des visumfreien Reisens zu übermitteln. Europa kann also auch im Hinblick auf sicherheitstechnische und wirtschaftspolitische Aspekte von einer Annäherung der westlichen Balkanstaaten an die Europäische Union profitieren. Es ist jedoch wichtig, dass wir in dieser Region keine neuen Teilungen provozieren, sondern sicherstellen, dass jedes Land an diesem Programm für visumfreies Reisen so schnell wie möglich teilnehmen kann.

Emine Bozkurt (S&D). – (NL) Morgen wird das Europäische Parlament über die Abschaffung der Visumpflicht bei Kurzaufenthalten für die Balkan-Länder abstimmen. Dabei sind nicht alle Länder, für die ein Fahrplan entwickelt wurde, berechtigt, die Befreiung am 1. Januar zu erhalten.

Es ist bedauerlich, dass in einem Land, Bosnien und Herzegowina, der Vorschlag der Kommission einen Unterschied zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen vorsieht: Diejenigen nämlich, die durch kroatische und serbische Pässe visumsfrei in Europa einreisen können, und diejenigen, die bosnischen Muslime, die nicht in Besitz eines solchen Passes sind. Damit wird eine in Anbetracht der jüngsten Geschichte dieses Landes peinliche Unterscheidung gemacht.

Es liegt am Parlament, morgen ein Signal an Bosnien und Herzegowina sowie Albanien zu senden. Kriterien sind Kriterien, und diese Anforderungen müssen erfüllt werden, um sich für die Aufhebung der Visumpflicht zu qualifizieren. Wenn die Kriterien jedoch einmal erfüllt sind, muss die Aufhebung der Visumpflicht schnellstmöglich gewährleistet werden.

Wir haben gesehen, dass große Anstrengungen unternommen wurden, um die Kriterien zu erfüllen, und wir fordern die Kommission auf, Bosnien und Herzegowina sowie Albanien dabei zu helfen, die Anforderungen so schnell wie möglich zu erfüllen.

Zoran Thaler (S&D). – (SL) Für die Bürgerinnen und Bürger der westlichen Balkanstaaten hat die Aufhebung der Visumpflicht für Reisen in die Europäische Union nicht nur eine technische Dimension, sondern steht in gleichem Maße für eine außergewöhnlich politische Aufgabe und Bedeutung. Wir haben heute zu Recht im Parlament den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und den Niedergang des Sozialismus in voller Blüte gefeiert. Skopje, Podgorica und Belgrad wollen in diesem Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr jedoch endlich den Fall der Visumsmauer feiern, die sie seit fast zwölf Jahren von uns in der Europäischen Union trennt.

Seit fast 20 Jahren ist der Mehrheit der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawiens die Gelegenheit verweigert worden, frei in Europa zu reisen, was ihnen davor noch möglich war, als sie noch Bürgerinnen und Bürger des nun zusammengebrochenen sozialistischen Staatenbundes waren. Wir fangen nun an, die hässlichen Folgen einer solchen Isolierung zu sehen, die eine ganze Generation lang andauert hat, und es ist höchste Zeit, dass wir dies beenden.

Wie dem auch sei, die Einwohner von Bosnien und Herzegowina, die Albaner und die Kosovaren sollten sich so schnell wie möglich in 2010 den Mazedoniern, Montenegrinern und den Serben anschließen. Denn nur dadurch wird es neuen Generationen dieser Länder möglich sein, die Welt draußen zu entdecken und erfahren, Kontakte mit anderen Europäern zu pflegen, zu der Entwicklung europäischer Werte im eigenen Land beizutragen und ihre Nationen für eine vollständige Mitgliedschaft in unserer gemeinsamen europäischen Geschichte, der Europäischen Union, zu rüsten.

Als Berichterstatter des Parlaments für Mazedonien habe ich in den letzten Tagen eine große Anzahl von Telefonanrufen von Bürgern verschiedener Balkanstaaten erhalten. Ich möchte ihnen laut und deutlich versichern, dass ihre visumfreie Einreise in die EU keinen Ersatz für ihren EU-Beitritt darstellt. Ihre Möglichkeit, frei in die EU einzureisen, kommt jedoch einem Schritt in Richtung einer vollständigen EU-Mitgliedschaft gleich.

Kinga Gál (PPE). – (HU) Ich möchte diesen Bericht begrüßen und den Berichterstattern und Schattenberichterstattern dazu gratulieren. Ich möchte auch sagen, dass, soweit ich das sehen kann, an diesem 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer mit der Zusicherung, dass Grenzen im Fall der westlichen Balkanländer überwunden werden, eine Serie von Ereignissen fortgesetzt wird, die ihren Anfang vor 20 Jahren genommen hat, und nun regelrecht zu einem neuerlichen Mauerfall führt.

Aus diesem Grund sollte der Vorschlag willkommen geheißen werden. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass die Gewährung von visumfreien Reisen nur zu einem Teil ein technischer Sachverhalt und darüber hinaus eben auch gleichzeitig eine sehr eindeutige politische Angelegenheit ist. Aus diesem Grund ist dies so wichtig. Ich unterstütze ebenso die gemeinsame Erklärung, weil dadurch signalisiert wird, dass die europäischen Institutionen sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Diese Verantwortung bedeutet gleichzeitig aber auch Handeln. Und dieses Handeln bezieht sich zu allererst auf die entsprechenden Staaten, die bisher noch nicht in der Lage waren, die Bedingungen für das visumfreie Reisen zu erfüllen, dies nun schnellstmöglich nachzuholen, ganz zu schweigen von dem Handeln seitens der Europäischen Kommission, ohne deren Hilfe sich dieser Prozess in die Länge ziehen würde.

Axel Voss (PPE). - Frau Präsidentin! Ich denke, wir sind mit den Balkanstaaten auf einem guten Weg. Wir haben eine Annäherung durch die Visaerleichterung, und das dient der Stabilität, ist aber auch ein Zeichen der Wertschätzung der unternommenen Anstrengungen. Ich finde es aber auch gut, dass wir eine klare Regelung beibehalten und die Anforderungen, die dafür notwendig sind, auch eingehalten werden. Hierfür danke ich insbesondere natürlich auch meiner Kollegin, Frau Corazza Bildt, für die Anstrengungen, die sie unternommen hat.

Alles andere wäre meines Erachtens eine klare Brüsseler Entscheidung, in der ein klares System aufgegeben worden wäre, und es gäbe keine Ehrlichkeit gegenüber den Betroffenen in den Balkanstaaten, genauso wenig wie gegenüber unseren eigenen Leuten. Politische Signale gehören nicht in ein Sternchen, in eine Anlage einer europäischen Richtlinie oder Verordnung, sondern müssen ausformuliert werden.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, ich bin glücklich, dass die Bürgerinnen und Bürger der westlichen Balkan-Länder die Möglichkeit haben werden, sich frei innerhalb der Europäischen Union zu bewegen. Dies wird den zwischenmenschlichen Kontakt erleichtern, die Geschäftsmöglichkeiten erweitern und neue Bedingungen für die Bewohner dieser Region schaffen, die Europäische Union besser kennen zu lernen.

Wir können es nämlich nicht zulassen, dass unsere Nachbarn im Osten isoliert werden. Wir können ihnen nicht die Gelegenheit verwehren, die wir anderen europäischen Ländern gewähren. Wir müssen auch für sie eindeutige Kriterien festlegen und einen Aktionsplan für eine umfassendere Liberalisierung der Visumregelung erstellen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Kosten für ein Visum für die Bewohner dieser Länder eine beträchtliche Ausgabe darstellt, dass die Antragsverfahren eine lange Zeit dauern und so die Möglichkeiten für die Entwicklung einer ganzen Bandbreite von Formen der Zusammenarbeit beschränkt werden.

Wir sollten uns vor Augen halten, dass im Jahre 2012 die Fußballeuropameisterschaft in Polen und der Ukraine stattfinden wird, so dass die Möglichkeit der Reisefreiheit eine besondere Bedeutung erhalten wird.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Auch ich möchte die Wichtigkeit der Reisefreiheit als grundlegendes Recht betonen, und ich bestätige ebenfalls, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus den westlichen Balkan-Ländern ihre Freude an der Ausübung dieses Rechtes haben werden. Ich begrüße diese Öffnung wirklich.

Gleichzeitig bedauere ich jedoch die Tatsache, dass in diesem Bericht letztendlich mit keinem Wort auf ein Land, das in der Östlichen Partnerschaft mit eingeschlossen ist, eingegangen wird. Ich denke, dass auch ein Bezug zu Moldawien hergestellt werden müsste, wenn auch nur symbolisch. Wir reden hier über Moldawien und damit über ein Land, das einen beachtlichen Fortschritt in politischer Hinsicht gemacht hat. Ich habe den Eindruck, dass sich die beständigste Mauer, die wir derzeit in Europa noch haben, zwischen Rumänien und Moldawien befindet. Und ich denke, dass diese Tatsache sehr bedauerlich ist.

Jacques Barrot, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte mich bei allen Rednern bedanken, die zum größten Teil das Verfahren für die Visumabschaffung für die drei führenden Balkanstaaten unterstützt haben. Sie haben deutlich gemacht, dass Reisefreiheit offensichtlich sehr begehrt ist. Und wie Herr Moraes gesagt hat, profitieren beide Seiten davon: Sowohl Europa als auch die Balkanstaaten.

Ich möchte jedoch nicht nur allen Rednern und insbesondere der Berichterstatterin, Frau Fajon, danken, sondern einfach auch sagen, Frau Präsidentin, dass seitdem in etwa die Teilbeschlüsse für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie Serbien und Montenegro getroffen wurden, wir auch beständig konkrete Hilfen für Albanien, das ich persönlich ein paar Mal bereist habe, sowie Bosnien und Herzegowina angeboten haben, um sie in ihrem Fortschritt zu unterstützen, und wir müssen auch weiterhin daran festhalten.

Ich glaube, dass die sehr schnelle Annahme dieser EntschlieÙung ein guter Indikator dafür ist, wie schnell wir in der Lage sein werden, dies auch für andere Länder, insbesondere für Bosnien und Herzegowina sowie Albanien, und nicht zu vergessen, den Kosovo, möglich zu machen.

VORSITZ: Alejo VIDAL-QUADRAS

Vizepräsident

Tanja Fajon, *Berichterstatterin*. – Herr Präsident, ich möchte mich nochmals bei allen bedanken, die ihren Beitrag geleistet und damit bewiesen haben, dass die Europäische Union die Visaliberalisierung für die Länder des westlichen Balkans stark unterstützt.

Ich bedauere, dass die schwedische Ministerin nicht anwesend war, da wir eine sehr gute Zusammenarbeit hatten. Ich begrüÙe es, dass die Kommission sich verpflichtet hat, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Prozess für Bosnien und Herzegowina sowie Albanien zu beschleunigen, und ich hoffe, dass beide Länder visafreie Regelungen einführen, wenn sie die Kriterien erfüllen – sobald wie möglich, eventuelle bereits im Sommer nächsten Jahres.

Ich möchte dazu sagen, dass ich jeden mit einbezogen habe, und ich bin mir völlig darüber bewusst, was die Verträge vorschreiben. Es handelt sich hier jedoch um ein politisches Parlament, und wir alle betreiben nach besten Kräften eine ernsthafte Politik.

Ich begrüÙe nochmals die Abschaffung von Visa für Mazedonien, Serbien und Montenegro am 19. Dezember und hoffe, dass Bosnien und Herzegowina sowie Albanien sobald wie möglich folgen können. Wir reden über das Schicksal der jungen Generation. Es ist unsere politische Verantwortung, diesen Visaliberalisierungsprozess zu Ende zu führen, und wir müssen auch für alle Menschen im Kosovo eine Lösung finden.

Vielen Dank für Ihre Zusammenarbeit.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet morgen um 11.00 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Kinga Gál (PPE), *schriftlich*. – (HU) Herr Präsident, Herr Kommissar, lassen Sie mich beginnen, indem ich der Berichterstatterin und der Schattenberichterstatterin für die Ausarbeitung eines akzeptablen Kompromisses in dieser Sache danke. Bei der Ermöglichung des visumfreien Reisens handelt es sich nur teilweise um eine technische Frage. Es handelt sich ganz eindeutig auch um eine politische Angelegenheit. Visumfreies Reisen basiert auf gegenseitigem Vertrauen und Verpflichtungen. Daher unterstütze ich ebenfalls die Annahme der Gemeinsamen Erklärung zusätzlich zu dem Bericht, da dies signalisiert, dass die europäischen Institutionen diese Verantwortung verstanden haben.

Verantwortung bedeutet natürlich auch Handeln. Sie bedeutet zuallererst Handeln durch die betreffenden Staaten, die nicht in der Lage waren, die Bedingungen für visumfreies Reisen zu erfüllen. Sie müssen äußerste Anstrengungen unternehmen, damit diese Bedingungen sobald wie möglich erfüllt werden. Sie bedeutet auch Handeln durch die Europäische Kommission, ohne deren wirksame Hilfe sich dieser Prozess in die Länge ziehen würde, was nicht in unserem Interesse sein kann. Es betrifft auch Bosnien und Herzegowina, Albanien und den Kosovo.

Als ungarische Abgeordnete möchte ich nochmals erwähnen, dass Dank des visumfreien Reisestatus für Serbien eine direktere Verbindung zwischen den in der Vojvodina in Serbien und im Mutterland lebenden

Ungarn entstanden ist, ganz zu schweigen von der Verbindung mit Europa. Die Bürgerinnen und Bürger, die auf beiden Seiten dieser Grenzen leben, sprechen die gleiche Sprache und pflegen enge familiäre und kulturelle Bindungen. Man kann kaum mit Worten beschreiben, wie wichtig die Möglichkeit für sie ist, die Grenzen ohne jegliche Schranke oder Visumzwang zu überschreiten. Heute feiern wir den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und der Durchtrennung des Stacheldrahts. Die Sicherstellung der Möglichkeit, diese Grenzen zu überschreiten, ist für die Länder des westlichen Balkans Teil einer Reihe von Ereignissen, die vor 20 Jahren begannen, und kommt dem Fall einer weiteren Mauer gleich.

21. Mittelfristiger finanzieller Beistand zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten und soziale Konditionalität (Aussprache)

Der Präsident. – Bei dem nächsten Tagesordnungspunkt handelt es sich um die Aussprache über eine mündliche Anfrage an die Kommission von Frau Tatjana Ždanoka und Herrn Jean Lambert im Namen der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, von Herrn Alejandro Cercas im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament und von Frau Marian Harkin und Frau Elizabeth Lynne im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa bezüglich des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten und der sozialen Konditionalität (O-0102/2009 - B7-0215/2009).

Tatjana Ždanoka, Verfasserin. – Herr Präsident, ich komme aus Lettland, einem Land, das durch die Finanzkrise schwer getroffen wurde. Lettland drohte ohne finanzielle Unterstützung von außen bankrott zu gehen. Wir erhielten diese Unterstützung durch die EU und den IWF. Als eine Voraussetzung musste die lettische Regierung allerdings die Haushaltsausgaben einschränken. Dazu reduzierte sie die Renten um 10 % und die Renten von arbeitenden Rentnern um 70 %, Familienhilfen und Mutterschaftshilfen wurden für arbeitende Eltern um 10 % reduziert und die Grenze für nichtsteuerpflichtige persönliche Einkommen wurde gesenkt.

Wie Sie sehen, handelte es sich um einen egalitären Ansatz. Unabhängig davon, ob man 100 Euro oder 1000 Euro Rente erhielt, wurden 10 % abgezogen. Die Kommission begrüßte diese Kürzungen, die auf solch eine skandalöse Weise durchgeführt worden waren, und unterzeichnet eine gemeinsame Absichtserklärung mit Lettland. Es war von Anfang an klar, dass solche unselektiven Kürzungen die Schwächsten der Gesellschaft treffen würden. Ist sich die Kommission nicht des Europäischen Jahres zu Bekämpfung von Armut bewusst?

Die Situation in Lettland stellt in der Union keinen Einzelfall dar. Ungarn und Rumänien haben ebenfalls Gemeinschaftsdarlehen erhalten. Andere Länder könnten eines Tages gezwungen sein, solche Darlehen zu beantragen. Wir müssen daher verhindern, dass ein Präzedenzfall für die Durchführung unsozialer Maßnahmen geschaffen wird.

Herr Kommissar, Sie können natürlich sagen, dass Sie das Geld nur geben, und dass die Regierungen der Mitgliedstaaten für die Sozialpolitik verantwortlich sind, aber Sozialrechte sind für die Institutionen der Europäischen Union rechtlich verbindlich. Dies bedeutet, dass alles, was die Institutionen tun, an den Sozialrechten gemessen werden muss. Andernfalls werden Worte über einen hohen Grad an sozialem Schutz als Aufgabe der EU nicht mehr als ein ironisches Lächeln erzeugen.

Elizabeth Lynne, Verfasserin. – Herr Präsident, es geht hier nicht darum, den Mitgliedstaaten vorzuschreiben, wofür sie ihr Geld ausgeben oder nicht ausgeben sollen. Jedes Land hat seine eigenen unmittelbaren Prioritäten, um sich aus seinen finanziellen Schwierigkeiten zu befreien.

Wenn Mitgliedstaaten jedoch diese Hilfe von der Europäischen Union unter dieser Bedingung erhalten, sollten sie aufgefordert werden, sie auf eine Weise auszugeben, die die Prinzipien der Union respektiert. Mit anderen Worten: Sie sollten die Notwendigkeit des Sozialschutzes und der sozialen Integration nicht ignorieren.

Die Finanzkrise hat Menschen in der gesamten Europäischen Union hart getroffen, und daher ist es richtig, dass dieser Fonds existiert. Millionen von Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren. Viele von denen, die in diesen Mitgliedstaaten arbeitslos geworden sind, zählen zu den Schwächsten der Gesellschaft, und es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass sie schnell wieder Arbeit finden werden. Daher ist es wichtig, dass der Bedarf für soziale Sicherheitsnetze in diesen Mitgliedstaaten nicht ignoriert wird.

Wir haben in unserer mündlichen Anfrage insbesondere gefragt, ob die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, eine Bewertung der sozialen Auswirkungen in ihre an die Kommission eingereichten Berichte mit einzuschließen. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns sagen könnten, ob dies der Fall ist.

Es ist wichtig, dass wir den Mitgliedstaaten, die von der Europäischen Union Mittel in Form von mittelfristiger finanzieller Unterstützung erhalten, die richtige Botschaft übermitteln. Ich persönlich bin der Ansicht, dass wir deutlich machen müssen, dass die Kommission es möglicherweise berücksichtigt, wie den Schwächsten geholfen wird, bevor sie weitere Unterstützung gewährt.

Ich weiß, dass es für die Mitgliedstaaten oft nicht einfach ist, sich weiter ihrer sozialen Verpflichtungen bewusst zu sein, wenn sie sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, daher diese mündliche Anfrage. Es ist so wichtig, nicht zu vergessen, dass die Finanzkrise auch einen menschlichen Aspekt hat, und dass dieser Aspekt oft durch diejenigen repräsentiert wird, die sich bereits am Rande der Gesellschaft befinden.

Alejandro Cercas, Verfasser. – (ES) Herr Präsident, Herr Kommissar, bevor ich nun diese Frage stelle, habe ich die vorherigen Fragen und den Standpunkt, den das Parlament zu diesen Fragen eingenommen hat, sorgfältig gelesen. Es ist eine Tatsache, nicht eine Meinung, dass das Parlament am 24. April dieses Jahres eine legislative Entschließung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 332/2002 verabschiedet hat, die gemäß Artikel 100 des Vertrags diese Finanzinstrumente regelt.

Herr Kommissar, in dieser Entschließung hat das Parlament diese Hilfe zur Bewältigung der spezifischen Probleme der öffentlichen Finanzen in den von der Finanzkrise am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten unterstützt und seine umfassende Solidarität vor allem mit den erst vor kurzem der EU beigetretenen Mitgliedstaaten ausgedrückt. Gleichzeitig, Herr Kommissar, hat das Parlament jedoch deutlich gesagt, dass diese Hilfe mit Bedingungen verknüpft sein sollte und legte vier Kriterien fest, bei denen es sich um die Ziele der Gemeinschaft handelt.

Diese sind: Erstens sollten die öffentlichen Ausgaben gewissen Qualitätsanforderungen genügen, damit keine Gelder verschwendet werden; zweitens sollten Sozialversicherungssysteme und nachhaltiges Wachstum aufrechterhalten werden; drittens sollte die Politik der Vollbeschäftigung in angemessener Qualität nicht aufgegeben werden; und viertens sollte der Klimawandel bekämpft werden. Um es logisch auszudrücken: Wenn dies gute Ziele für uns sind, dann müssen sie auch in diesen Ländern eingehalten werden.

Einige Monate sind vergangen, und wir haben eine Anzahl von Berichten von NRO, Gewerkschaften und Bürgern über eines der vier Länder erhalten, die bedeutende Unterstützungsbeiträge für die öffentlichen Finanzen erhalten haben: 6,5 Mrd. EUR, 3,1 Mrd. EUR., 2,2 Mrd. EUR und 5 Mrd. Euro. Sie stellen uns Zahlen zur Verfügung, wie die, die meine Kollegin soeben genannt hat: Kürzungen von 40 % im Bildungssektor Kürzungen von 10 % in den Rentenprogrammen; eine Halbierung der Unterstützung für Kranke usw.

Herr Kommissar, angesichts dieser Situation wünscht das Parlament zumindest, dass unser Schweigen nicht – wie es jetzt der Fall ist – so ausgelegt wird, als ob wir diejenigen sind, die diese Maßnahmen auferlegen. Wir sollten zumindest nicht mitschuldig an dieser Auslegung sein, die Europa als den Urheber der Angriffe auf die bedürftigsten Teile der Bevölkerung betrachtet. Herr Kommissar, wir müssen, falls möglich, eine Situation vermeiden, in der die Schwächsten die Kosten für die Anpassung tragen.

Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, bei den Problemen in Lettland, Ungarn und Rumänien, den drei europäischen Ländern, die gegenwärtig Darlehen über die Zahlungsbilanzfähigkeit erhalten, handelt es sich nicht um Probleme, die dieses Parlament, die Europäische Kommission oder die Europäische Union geschaffen hat. Es handelt sich um durch die wirtschaftliche Krise geschaffene Probleme, die jedoch durch Misswirtschaft und eine fehlgeleitete Politik von Seiten der politischen Führer dieser Länder verschärft wurden. Ich sage dies, da es Länder in der gleichen Region der Europäischen Union gibt, in der sich Lettland befindet, in der gleichen Region der Europäischen Union, in der sich Ungarn befindet und in der gleichen Region der Europäischen Union, in der sich Rumänien befindet, die nicht die gleichen Probleme haben, und die die Krise besser bewältigen, mit Unterstützung des europäischen Haushalts, durch die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds, durch den Schutz, den ihnen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der zukünftige Beitritt zum Euro gewähren aber ohne auf die Unterstützung der Zahlungsbilanzfähigkeit zurückgreifen zu müssen.

Wieso mussten diese drei Länder um Unterstützung bitten? Wieso mussten wir ihnen Geld leihen? Dies ist nicht auf ein Verschulden der Kommission, des Parlaments oder der Europäischen Union allgemein zurückzuführen: Es ist auf die Misswirtschaft in diesen Ländern zurückzuführen.

Wie helfen wir ihnen? Wir tun dies, indem wir ihnen Geld leihen; und niemand gibt Darlehen ohne Bedingungen; wir sind weder von diesem Parlament noch vom Rat ermächtigt, Darlehen ohne Bedingungen zu geben. Wir leihen unter bestimmten Bedingungen, und wir erlegen diesen Ländern einige Bedingungen auf, die hart sind, da ihre Situation außerordentlich schwierig ist, aber wir sagen zu ihnen: „Macht keine

Kürzungen, um in der Lage zu sein, den Struktur- und Kohäsionsfonds mitzufinanzieren; führt keine rückschrittlichen Maßnahmen durch; führt keine Kürzungen durch, die den Schwächsten schaden.“ Manchmal habe wir Erfolg, und manchmal haben wir unglücklicherweise keinen Erfolg, weil die Angelegenheit in ihren Händen liegt, und nicht in unseren.

Daher teile ich Ihre Bedenken, und ich teile sie nicht nur, sondern werde sie im Namen von Ihnen allen diesen Regierungen zum gleichen Zeitpunkt übermitteln, an dem ich ihnen das Geld im Namen der Europäischen Union übergebe: 3,1 Mrd.EUR als Darlehen an Lettland und sehr hohe Beträge an Rumänien und Ungarn.

Nehmen Sie jedoch bitte dies zur Kenntnis: Niemand vergibt Darlehen ohne Bedingungen, und ich bin nicht befugt, dies in Ihrem Namen, im Namen der Mitgliedstaaten zu tun. Wir können nicht, ob dies nun positiv oder negativ ist, Entscheidungen treffen, die in der Verantwortung der Regierungen und Parlamente dieser Länder liegen.

Was wir tun, ist, dass wir die Regierungen und Parlamente dieser Länder erstens daran erinnern, dass sie dafür verantwortlich sind, ihre Länder aus einer Krise zu befreien, unter der andere Länder nicht so stark leiden; und zweitens, dass es Maßnahmen gibt, die nicht ergriffen werden dürfen, und dass wir nicht bereit sind, Geld zu verleihen, damit Maßnahmen ergriffen werden, die über das hinausgehen, was absolut notwendig ist, um die öffentlichen Finanzen anzupassen und diese Länder in die Lage zu versetzen, ihre Zukunft zu bewältigen, ohne die Europäische Union um Darlehen bitten zu müssen.

Jean-Paul Gauzès, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich bin der Ansicht, dass die Bemerkungen des Kommissars soeben die gestellte Frage wirklich beantwortet haben.

Die Europäische Union stellt keine Mittel ohne Bedingungen zur Verfügung. Diese Bedingungen wurden erwähnt: Qualität der öffentlichen Ausgaben, nachhaltige Entwicklungsziele, Beschäftigungspolitik, Klimawandel, aber selbstverständlich auch die schnellstmögliche Behebung der Defizite der bisherigen Verwaltung, damit diese Länder, denen wir helfen, das erforderliche Niveau erreichen können.

Ich bin jedoch der Ansicht, dass wir es in einer Krise wie der, die wir gerade erleben, mit den Bedingungen nicht übertreiben dürfen. Wir müssen es den Regierungen der Mitgliedstaaten, die europäische Hilfe erhalten, zutrauen, dass sie notwendigen Maßnahmen treffen und, wie der Herr Kommissar sagte, Maßnahmen vermeiden, die rückschrittlich oder rückwärtsgewandt sind.

Soziale Ausgaben sind natürlich wichtig und müssen erhalten bleiben, aber auch hier müssen wir es den Mitgliedstaaten zutrauen, dass sie die Maßnahmen treffen, die erforderlich sind, um die Lage zu verbessern, und dürfen keine spitzfindigen Überprüfungen durchführen, die sowieso unwirksam wären.

Der Zeitpunkt, um zu bewerten, auf welche Weise die Mitgliedstaaten die europäische Hilfe verwendet haben, ist dann gekommen, wenn neue Hilfe bewilligt wird, und dann werden wir vielleicht in der Lage sein, Schlussfolgerungen in Bezug auf Maßnahmen zu ziehen, die insbesondere im sozialen Bereich ungeeignet waren.

Pervenche Berès, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, Sie werden sich deutlich daran erinnern, dass, als wir am 24. April, wie mein Kollege, Herr Cercas, dargelegt hat, die Erhöhung der Zahlungsbilanzfazilität befürwortet, bestätigt und ratifiziert haben, dies unter zwei Bedingungen geschah: Erstens, dass mit dieser Hilfe Bedingungen verknüpft sind, insbesondere was die soziale Hilfe angeht; und zweitens, dass es Transparenz geben muss, damit dieses Parlament über die Bedingungen Bescheid weiß, unter denen solche Vereinbarungen mit den betreffenden Mitgliedstaaten geschlossen wurden. Ich bin daher der Ansicht, dass die Aussprache, die wir diesen Abend abhalten, eine gerechte, nützliche und demokratische Aussprache ist, die Beweise für effektive Handlungen liefern muss.

Wir befinden uns in einer sehr kritischen Situation, was die Europäische Union angeht, und wir können deutlich erkennen, dass diese Krise die Grundfesten der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und insbesondere der Solidarität mit bestimmten Mitgliedstaaten schädigt. Diese Situation verschlechtert sich noch durch die Nachrichten, die uns aus Rumänien erreichen, wo wir uns aufgrund der insbesondere durch diese Krise ausgelösten politischen Unsicherheit in einer sehr schwierigen Position befinden.

Ich möchte jedoch nicht, dass wir die Fehler der Vergangenheit wiederholen, insbesondere diejenigen, die wir dem IWF zuschreiben konnten, der vor ungefähr 10 Jahren Formeln anwandte, die letztendlich alles nur schlimmer machten. Darüber hinaus muss ich meinem Kollegen, Herrn Gauzès, deutlich widersprechen, wenn er empfiehlt, keine spitzfindigen Überprüfungen durchzuführen, sondern auf die nächste Anfrage zu

warten, um dann die Qualität der Verwendung der Hilfe zu überprüfen. Nein! Mann kann nur Bedingungen stellen, wenn die Hilfe gewährt wird, und ich bin der Ansicht, dass Europa schon genug Lehrgeld gezahlt hat, weil es die Bedingungen für Hilfen in vielen Bereichen nicht überprüft hat, um die Augen in diesem Fall zu verschließen.

Wir können heute nicht akzeptieren, dass in der Europäischen Union die Schwächsten für die Anpassungspolitik zahlen müssen. Ich glaube nicht, dass in diesem Fall der Kommission der Vorwurf gemacht werden kann, die lettische Politik schlecht gehandhabt zu haben. Niemand in diesem Haus hat Ihnen, Herr Kommissar, gegenüber angedeutet, dass wir diesen Weg einschlagen wollten.

Wir können jedoch nicht zulassen, dass die Schwächsten den Preis für die Budgetverpflichtung der Europäischen Union und unsere Solidarität mit Lettland zahlen, da wir nicht glauben, dass wir auf diese Weise die Solidarität und das Gleichgewicht der Wirtschaft Lettlands wiederherstellen.

Marian Harkin, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, der EU-Prozess zum sozialen Schutz und zur sozialen Eingliederung ist das Kernstück, wenn es darum geht, das strategische Ziel der Europäischen Union bezüglich eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, zusätzlichen und besseren Arbeitsplätzen und stärkerer sozialer Kohäsion zu erreichen.

Während einer wirtschaftlichen Krise besteht für viele Bürgerinnen und Bürger ein erhöhtes Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung, jedoch insbesondere für diejenige am Rand der Gesellschaft, für diejenige, die arbeitslos werden und diejenige, die auf verschiedene, in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandene soziale Sicherheitsnetze angewiesen sind.

In dieser Anfrage wird die Kommission gefragt, ob sie versucht, den Prozess für Sozialschutz und soziale Eingliederung in die Maßnahmen für den mittelfristigen finanziellen Beistand zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 332/2002 des Rates zu integrieren.

Ich reagiere stets empfindlich, wenn den Empfängern von Unterstützung zu viele Bedingungen und ein übermäßiger Papierkrieg auferlegt werden, und dies gilt sowohl für Mitgliedstaaten als auch für KMU und Einzelpersonen. Wenn dadurch jedoch ein Kerngrundsatz der EU wie soziale Eingliederung verwirklicht wird, dann ist dies in der Tat wichtig. Wir können keinen sozialen Eingliederungsprozess anstreben und jede Menge Dokumente erstellen, die umreißen, wie wir dies erreichen wollen, wenn wir gleichzeitig nicht gewährleisten, dass dieser Prozess in unsere Initiativen einfließt.

Der Herr Kommissar sagt, dass wir mit diesen Darlehen harte Bedingungen verknüpft haben, aber es war nicht ganz klar, worin diese Bedingungen bestehen, und ob sie eine soziale Konditionalität enthalten.

Ungeachtet der Umstände, unter denen EU-Geldmittel ausgezahlt werden, können wir nicht einfach unsere Hände in Unschuld waschen und das Beste hoffen. Wir wurden aufgefordert, den Mitgliedstaaten zu vertrauen. Mitgliedstaaten zu vertrauen, ist eine feine Sache, aber Vertrauen muss stets verdient werden, und wenn es Bedenken gibt, müssen diese meiner Ansicht nach behandelt werden.

Patrick Le Hyaric, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, die meisten Ökonomen sagen, dass die Krise hauptsächlich auf den Transfer von durch Arbeitskraft geschaffenem Vermögen in Kapital, in Profite zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist man sich allgemein darüber einig, dass die Bevölkerung in Ländern, die ihre Sozialhilfesysteme und ihre öffentlichen Dienste aufrechterhalten haben, vergleichsweise weniger stark unter der Krise gelitten hat.

Das Problem, dem wir heute Abend gegenüber stehen, besteht jedoch in der Art der Bedingungen, die mit der Bewilligung von europäischer Hilfe oder IWF-Hilfe an die Bevölkerungen verknüpft werden. Diese Unterstützung kann nicht mehr von der Umsetzung von Strukturanpassungsplänen für die Reduzierung von Ausgaben für Bildung und Soziales und die Privatisierung öffentlicher Bereiche, einschließlich von Dienstleistungen im allgemeinen Interesse, abhängig gemacht werden. Es ist dies, was heute unwirksam geworden ist, und es muss erkannt werden. All dies wird die Krise, die Arbeitslosigkeit und die Armut nur noch verschlimmern.

Daher müssen wir unserer Ansicht nach die Kriterien für diese Konditionalität umkehren und beschließen, dass öffentliche Fonds der EU und Fonds des IWF von Bedingungen abhängig gemacht, mit einem neuen Zuteilungssystem kombiniert und gemäß den neuen Kriterien gewährt werden können, die darauf abzielen, eine neue Vermögensverteilung zu fördern, um so Gehälter, Renten und die sozialen Mindestanforderungen zu erhöhen und ein hohes Maß an Sozialschutz zu erhalten, eine Arbeitsplatzgarantie für alle. Letztendlich geht sozialer Fortschritt Hand in Hand mit wirtschaftlicher Effizienz und nicht umgekehrt.

Arturs Krišjānis Kariņš (PPE). – (LV) Herr Präsident, Herr Kommissar, die Europäische Kommission hat ein deutliches und kooperatives Verständnis für die Mitgliedstaaten gezeigt, die sich aufgrund der Krise Finanzschwierigkeiten gegenüber sahen. Stabile, starke Sozialhilfesysteme können nur bewahrt werden, wenn die Mitgliedstaaten über eine starke Wirtschaft verfügen. Meine Abgeordnetenkollegen schlagen vor, die Bedingungen für das Angebot finanzieller Unterstützung einzuschränken, aber ich halte dies prinzipiell nicht für wünschenswert. Wir sollten stattdessen ernsthaft die Möglichkeit in Erwägung ziehen, die Bedingungen, unter denen finanzielle Unterstützung gewährt wird, zu erweitern, sodass diese nicht nur zur Stützung der staatlichen Haushalte und Finanzsysteme verwendet werden kann, sondern auch zur Förderung der Wirtschaft.

Investitionen in die Wirtschaft sind notwendig, um langfristig ein stabiles Sozialhilfesystem zu gewährleisten. Der Einsatz von Finanzhilfemitteln auf diese Weise wäre die beste Möglichkeit, um Mitgliedstaaten, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, so schnell wie möglich zu helfen. Die Erholung der Staaten von der Krise und ihre weitere Stabilisierung ist mit der Politik der Europäischen Union gegenüber diesen Staaten eng verknüpft. Nur eine harmonisierte und effektive Vorgehensweise wird zu EU-weiten Ergebnissen führen. Finanzhilfe ist und darf nicht die einzige Weise sein, in der die europäischen Staaten einander unterstützen können. Es müssen komplexe Lösungen gefunden werden, die die wirtschaftliche Entwicklung in allen europäischen Mitgliedstaaten fördern.

Kinga Góncz (S&D). – (HU) Bei den Ländern, über die wir in diesem Fall reden, handelt es sich um die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich nach dem Regimewechsel um diejenigen kümmern mussten, die durch den Regimewechsel benachteiligt wurden; sie mussten außerdem nach einer wirtschaftlichen Umstrukturierung in einem freien Markt konkurrenzfähiger werden und eine Wirtschaft mit ausgewogenen Strukturen aufbauen. In diesen Ländern verfügen die Menschen über die geringsten Reserven. Dies bedeutet, dass es für sie wegen der hohen währungsbedingten Schuldenquote schwierig ist, Immobilienkredite zurückzuzahlen. Die Arbeitslosigkeit steigt wegen der sich einseitig entwickelnden wirtschaftlichen Probleme an, und die Sozialausgaben sinken ebenfalls.

Wir können sehen, wie sich Instabilität, insbesondere politische Instabilität, als Ergebnis sozialer Spannungen entwickelt. In einer zunehmenden Anzahl von Ländern steigt die Unterstützung für extremistische Anschauungen, und der Populismus gewinnt an Boden. Ich bin der Ansicht, dass wir all diese Faktoren berücksichtigen müssen, wenn wir die Situation beurteilen und darüber nachdenken, welche anderen Maßnahmen wir bezüglich und auf der Grundlage der europäischen Solidarität durchführen müssen.

Jürgen Klute (GUE/NGL). – Herr Präsident! Das Thema, das wir hier heute Abend diskutieren, hat schon mehrfach auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments gestanden. Bekannterweise orientiert sich die Kommission bei der Gewährung der Beihilfe an den Konditionen des Internationalen Währungsfonds. Das ist schon ein paar Mal angeklungen.

Vor diesem Hintergrund hat es wiederholt Anfragen des EP an die Kommission gegeben. Das EP hat im November 2008 die Kommission aufgefordert, eine Analyse der Auswirkungen des Verhaltens von Banken vorzulegen, die ihre Vermögenswerte seinerzeit aus den kurz zuvor beigetretenen Mitgliedsstaaten transferiert haben. Am 24. April dieses Jahres hat das EP diese Forderung wiederholt. Des Weiteren hat das EP gefordert, dass es über die Absichtserklärungen unterrichtet wird, die zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten, die Beihilfen erhalten, im Detail abgeschlossen werden und in denen die Bedingungen für die Beihilfen im Detail aufgeführt werden. Soweit ich weiß, sind diese Anfragen bis heute nicht beantwortet worden.

Meine erste Frage lautet daher: Stimmt es, dass diese Anfragen bisher nicht beantwortet worden sind? Wenn das stimmt, dann lautet meine zweite Frage: Weshalb sind diese Anfragen bisher nicht beantwortet worden? Und meine dritte Frage lautet dann: Wann ist mit einer Beantwortung dieser Anfragen zu rechnen?

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – (RO) Als ein Vertreter Rumäniens, eines Landes, das von der finanziellen Unterstützung für seine Zahlungsbilanz durch die Europäische Kommission profitiert hat, möchte ich der Europäischen Kommission für ihr schnelles Handeln danken, das in der Gewährung von finanzieller Unterstützung für die Zahlungsbilanz bestand, ohne dass die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Rumäniens sehr viel stärker ausgeprägt wären.

In den Ländern, die finanzielle Unterstützung erhalten haben, gibt es sicherlich viele soziale Probleme, und wir können darüber reden, welche Art von sozialer Konditionalität in diese Finanzhilfvereinbarungen integriert werden könnte. Falls wir das Problem auf diese Weise darstellen, müssen wir berücksichtigen, dass es Versicherungs- und Sozialhilfesysteme in diesen Ländern gibt, die zu der Unausgewogenheit beigetragen

haben, welche die Finanzhilfe für die Zahlungsbilanz erforderlich gemacht hat. Aus diesem Grund müssen wir bei der Diskussion einer sozialen Konditionalität auch die Reformen diskutieren, die in diesen sozialen Sektoren durchgeführt werden müssen, insbesondere bei den Rentensystemen, damit wir eine mittel- bis langfristige finanzielle Nachhaltigkeit erreichen können, die grundlegend zu einer Lösung der Probleme in diesen Ländern beitragen wird.

Proinsias De Rossa (S&D). – Herr Präsident, die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat unlängst – im Juni, als sie ihren globalen Pakt für Arbeitsplätze vorstellte – gesagt, dass die Welt nach der Krise anders aussehen würde.

Ich befürchte, dass dem nicht so ist. Was wir am Ende dieser Krise haben sollten, ist eine nachhaltigere Wirtschaft mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen, mit hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen und einer fairen Globalisierung, die sich auf die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele zu bewegt. Aber das ist nicht, was wir bekommen. Was wir bekommen, sind Einschränkungen bei den Banken und Finanziers in Europa und der ganzen Welt, die lediglich versuchen, ihre Privilegien zu erhalten.

Zum gleichen Zeitpunkt, zu dem die Kommission es absegnet, dass Milliarden von Euro in die Rettung der irischen Banken gepumpt werden, haben wir eine irische Regierung, die in dieser Minute plant, die lokale Entwicklung und von der Europäischen Union unterstützte Gemeinschaftsentwicklungsprogramme zu zerstören. Sie haben vor, unser Bildungssystem zu zerstören.

Heute wurde der Bericht der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen *Umstrukturierung in der Rezession* veröffentlicht. Wenn ich hier einfach zwei Zeilen zitieren dürfte: „Idealerweise wäre es vorzuziehen, dass die Maßnahmen zur Bewältigung der unmittelbaren, durch die Rezession verursachten Probleme mit den langfristigen Zielen in Einklang stehen“. Sicherlich sollte die Kommission darauf bestehen, dass alle Mitgliedstaaten versuchen, zumindest das zu erreichen.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Während einer wirtschaftlichen Krise, deren schmerzhafteste Auswirkungen wir immer noch fühlen, haben viele Länder beschlossen, sich an eine Reihe von Finanzinstitutionen zu wenden und finanzielle Unterstützung zu beantragen. Es lohnt sich allerdings, zu fragen, welcher Teil dieser nicht unbedeutenden Summen diejenigen erreicht hat, die von der Krise am stärksten betroffen sind, bzw. diejenigen, die in dieser schwierigen Situation den größten Bedarf haben.

Tausende von Menschen in Europa verlieren von einem Tag auf den anderen die Quelle für ihren eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familien. Berücksichtigen die Regierungen der Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise den sozialen Faktor, wenn sie Finanzhilfe beantragen? Dies kann zweifelhaft erscheinen, wenn man die sich verschlechternden Bedingungen betrachtet, unter denen viele Menschen leben müssen, sowie den Anstieg der Arbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern. Daher möchte ich dazu auffordern, dass wir den Bedürfnissen der gewöhnlichen Menschen gegenüber nicht gleichgültig bleiben, die wie immer von den negativen Auswirkungen der Fehler der Regierenden am stärksten betroffen sind.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Die Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion wird in Krisensituationen besonders wichtig. Sie erfordert nicht nur eine deutliche Erhöhung des Gemeinschaftshaushalts, sondern auch eine gerechte Risikoverteilung sowie andere politische Maßnahmen, die den Sozialschutz und die soziale Eingliederung, die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Rechten für alle und den Zugang zu universellen, hochwertigen öffentlichen Diensten in den Vordergrund stellen, um so die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

Gemeinschaftsfinanzierungen und alle vorgeschlagenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen sollten daher von einer Bewertung ihrer sozialen Auswirkungen begleitet werden, um zu verhindern, dass Ungleichheit und Armut durch sie verschlimmert werden. Wir hoffen, Herr Kommissar, dass es nach dieser Aussprache Initiativen der Europäischen Kommission mit diesem Ziel geben wird.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, es ist interessant, wenn auch etwas deprimierend, dieser Diskussion und Aussprache heute Abend zu folgen, insbesondere wenn die Europäische Union in gutem Glauben handelt, wenn sie versucht, in Schwierigkeiten befindlichen Ländern zu helfen.

Unser eigenes Land, Irland, hat in gewissem Ausmaß davon profitiert, und insbesondere die Globalisierungsfonds, die es bald geben sollte, sind ein Beispiel dafür. Gleichzeitig fragt man sich, wie es zu einer Misswirtschaft kommt, wenn diesen Ländern unter angeblich harten Bedingungen Geld zur Verfügung gestellt wird. Man würde erwarten, dass ein Teil dieser harten Bedingungen darin besteht, dass gewährleistet

wird, dass es keine Misswirtschaft gibt, und falls es zu einer solchen kommt, korrigierende Maßnahmen ergriffen würden.

Kann die Kommission sicherstellen, dass diese Geldmittel entweder gesperrt oder zurückgezogen werden können, oder dass Geldstrafen verhängt werden? Denn es ist nicht akzeptabel, dass, wenn etwas, wie meine Kollegin Frau Harkin sagte, im guten Glauben gegeben wurde, dieses Vertrauen nicht beidseitig ist.

Zweitens und letztens werden wir niemals die von Herrn Proinsias De Rossa beschriebene Situation haben, in der die Gesellschaft nach einer Depression besser ist als jetzt.

Joaquín Almunia, Mitglied der Kommission. – (ES) Herr Präsident, ich möchte zuerst einmal sagen, dass ich den vom Europäischen Parlament genehmigten Bedingungen in vollem Umfang zustimme; die Kommission macht Folgendes: Wenn sie Geld an die drei Mitgliedstaaten leiht, die von der Zahlungsbilanzfazilität Gebrauch machen, dann nimmt die Kommission von den Märkten geliehenes Geld und leiht es unter genau den gleichen Bedingungen, bei denen es sich um Bedingungen handelt, die für diese Länder sehr viel günstiger sind, als diejenigen, die ihnen gewährt würden, wenn sie direkt im Markt ein Darlehen aufnehmen müssten. Die Kommission legt außerdem einige Bedingungen fest, um zu gewährleisten, dass sie uns das Geld zurückzahlen, aber wir berücksichtigen dabei die vier Bedingungen, die sie erwähnt haben, und die von diesem Parlament beschlossen wurden. Wir stimmen ihnen völlig zu.

Wenn die Zahlungsbilanzfazilität in Anspruch genommen wird, sollte man jedoch nicht – und mir scheint, so weit ich das verstanden haben, dass Sie dies in einigen Redebeiträgen versucht haben – eine Nutzung der Haushaltsressourcen (Strukturfonds, Kohäsionsfonds, Programme anderer Art, Hilfe) mit einem Darlehen zur Lösung eines finanziellen Problems in einem Land gleichsetzen.

Lettlands Problem, bei dem es sich um das gleiche Problem handelt, dem sich auch Ungarn und Rumänien gegenüber sehen, besteht darin, dass es auf diese Fazilität für die Zahlungsbilanz zurückgreifen muss, da es sich nicht an die Märkte wenden kann, um ein Darlehen zur Finanzierung seines Finanzbedarfs zu erhalten. Darin besteht das Problem. Wir reden nicht von einem Programm für eine bestimmte Aktivität oder für einige bestimmte Programme; wir reden über einige Länder, die finanzielle Schwierigkeiten haben. Dies ist natürlich teilweise auf die Krise zurückzuführen, aber aufgrund der Misswirtschaft ist es sehr viel deutlicher ausgeprägt als in anderen Ländern, in denen die Bedingungen, objektiv gesehen, ähnlich sind.

Bitte geben Sie nicht der Kommission, dem Europäischen Parlament oder dem Ministerrat die Schuld für die Misswirtschaft einiger Regierungen in bestimmten Mitgliedstaaten. Das ist nicht unsere Verantwortung; unsere Verantwortung besteht darin, zu versuchen, ein Finanzproblem zu lösen. Zum Teil ist dieses Finanzproblem ein Zahlungsbilanzproblem, das mit der Verschuldung des privaten Sektors zu tun hat, der bestimmte Beträge refinanzieren oder bestimmte Schulden zurückzahlen muss und nicht in der Lage ist, sich selbst zu finanzieren, um diese Transaktionen durchzuführen, und zum Teil ist es gelegentlich ein Bedarf des öffentlichen Sektors.

Falls im öffentlichen Sektor der Bedarf zur Finanzierung öffentlicher Schulden besteht, gibt es mehr Möglichkeiten, bestimmte Bedingungen zu stellen, und diese werden auch von uns gestellt, das können Sie mir glauben. Ich habe erst vorgestern hier in Brüssel versucht, einen Vertreter der lettischen Regierung davon zu überzeugen, die im Haushalt für 2010 enthaltenen Maßnahmen progressiver zu gestalten. Aber verlangen Sie von der Kommission bitte nicht, dass sie ein Land dazu zwingen soll, eine Steuerreform durchzuführen, die dieses Land nicht durchführen möchte. Ob dies nun positiv oder negativ ist, sei dahingestellt, aber Sie wissen genauso gut wie ich: Wir haben diese Fähigkeit nicht.

Welche Alternative haben wir dann als Vertreter der europäischen Bürgerinnen und Bürger? Zuzuschauen, wie das Land bankrott geht? Wie es nicht mehr in der Lage ist, seinen externen Verpflichtungen nachzukommen, unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Schulden handelt? Wie diese Finanzprobleme das Land zwingen, seine Währung um 25 oder 30 % abzuwerten, wodurch Familien, Firmen und der öffentliche Sektor aufgrund ihrer Schulden in ausländischer Währung verarmen würden? Ich bin mir sicher, dass Sie das genauso wenig möchten wie ich. Unter diesen Bedingungen arbeiten wir.

Ich stimme all ihren Analysen zu: Denen von Herrn De Rossa, denen von Herrn Cercas, denen von Frau Berès, Ihnen allen; natürlich stimme ich ihnen zu. Die Situation vor Ort ist aber in Ländern wie Lettland und Rumänien derzeit sehr viel komplizierter. Versetzen Sie sich bitte in die Lage von jemandem, der im Namen von ihnen allen handeln muss, um zu entscheiden, ob einem Land Geld geliehen werden soll, das in den Märkten kein Darlehen erhalten kann, wie es der Mehrheit der Mitgliedstaaten und den meisten

Industrieländern möglich ist. Das ist die Situation. Dieses Problem versuchen wir zu lösen, während wird die vier Bedingungen erfüllen, die Sie uns auferlegt haben, und die ich befürworte.

Der Präsident. – Die Aussprache wird beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Die globale Finanzkrise hat tiefgehende, weltweite Auswirkungen auf die Bewegung von Menschen weltweit. Vor diesem Hintergrund ist eine größere politische und soziale Integration erforderlich, mit einem stärkeren und stärker geeinten Europa. Die Europäische Union muss den Schutz aller Grundrechte innerhalb ihres eigenen Bereichs garantieren, denn sie kann nicht eine Politik predigen, die sie nicht praktiziert. Ich befürworte daher ein neues Konzept der Solidarität in der Europäischen Union, das jedem europäischen Bürger ein Mindestmaß an sozialen Rechten garantiert. So sind zum Beispiel Mindeststandards in den Bereichen Gesundheit, Bildung und staatliche Renten und Zuschüsse erforderlich, die auf europäischer Ebene garantiert werden sollten. Ich glaube, dass es von entscheidender Bedeutung ist, diese Mindeststandards zu garantieren, da sie eine stärkere Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen fördern, die einen Regelungseffekt auf die Bewegung von Unternehmen und Arbeitskräften hat. Finanzielle Unterstützung durch die EU kann weder einer Politik unterliegen, die ausschließlich in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt, noch kann sie die gleiche Politik von Bedingungen abhängig machen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht eine bessere politische und soziale Koordination erforderlich ist. Diese Integration ist im Gegenteil von entscheidender Bedeutung.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), schriftlich. – (RO) Die Finanzkrise hat einige Mitgliedstaaten dazu gezwungen, die EU (Verordnung Nr. 332/2002(1) des Rates vom 18. Februar 2002) und die internationale Gemeinschaft (Internationaler Währungsfonds) um Hilfe zu bitten. Diese Hilfe muss darauf ausgerichtet sein, sowohl zu gewährleisten, dass angemessene Bedingungen für die Gewährung von Sozialschutz und sozialer Eingliederung existieren, als auch für Rahmenbedingungen zu sorgen, welche die Konjunktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigen. Im Zeitraum zwischen März 2008 und Mai 2009 erreichte die Arbeitslosenquote in den EU27 8,9 %, wobei die Zahl der Arbeitslosen von 5,4 Millionen auf 21,5 Millionen anstieg. Die größte Sorge der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen in der Lage sein, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies kann durch effektive Investitionen in Landbau, Ausbildung und Gesundheit sowie in die Transport- und Energieinfrastruktur erreicht werden. Jeder europäischer Bürger, der seinen Arbeitsplatz verliert, steht für eine europäische Familie mit einem niedrigeren Einkommen und daraus folgend einer geringeren Lebensqualität. Jeder geschaffene Arbeitsplatz steht für eine Familie mit anständigen Lebensumständen und einer qualitativ hochwertigen Ausbildung für die jüngere Generation. Der Erfolg des europäischen Modells lässt sich anhand der Lebensqualität der 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger Europas messen.

22. Politische Lage in Honduras vor den Wahlen vom 29. November 2009 (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Erklärung der Kommission zur politischen Lage in Honduras mit Blick auf die Wahlen am 29. November 2009.

Catherine Ashton, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, wir sind heute hier, um über die wichtigen neuen Entwicklungen in der politischen Krise in Honduras zu reden.

Vier Monate nach der Entmachtung von Präsident Zelaya bleibt die politische Krise in Honduras leider weiterhin ungelöst, obwohl am 30. Oktober eine Vereinbarung zwischen den Ausschüssen, die den Präsidenten repräsentieren, und der *de facto* Regierung unterzeichnet wurde.

Die Durchführung der so genannten San-José-Vereinbarung, die für den notwendigen Rahmen und die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Demokratie und der verfassungsmäßigen Ordnung in Honduras sorgen sollte, hat seit der Ablehnung der Regierung der nationalen Einheit durch Präsident Zelaya am 5. November keine Fortschritte gemacht. Darüber hinaus hat der Kongress noch keine Entscheidung bezüglich seiner Wiedereinsetzung gefällt, was die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Parlamentswahlen vom 29. November bedroht, die ein Schlüsselement für den Weg aus der Krise sind.

Daher haben wir gemeinsam mit dem Präsidentenamt alle Parteien dringend aufgefordert, alle Bestimmungen der Vereinbarung unverzüglich umzusetzen, um so die Voraussetzungen für die Wiederherstellung eines normalen Verhältnisses zwischen uns zu schaffen, auch was unsere Entwicklungszusammenarbeit betrifft.

Die Europäische Kommission hat bis zum heutigen Zeitpunkt die Vermittlungs- und Moderationsversuche des Präsidenten von Costa Rica, Oscar Arias, und der Organisation Amerikanischer Staaten sowie die von der internationalen Gemeinschaft durchgeführten Maßnahmen unterstützt, die Druck auf die Parteien ausüben sollen, damit diese eine friedliche Lösung finden. Der Botschafter des EU-Ratsvorsitzes wurde zu Beratungen zurückgerufen, und auch alle anderen Botschafter der EU haben das Land verlassen. Unterstützungszahlungen für den Haushalt sowie die Entwicklungszusammenarbeit wurden mit Ausnahme der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und im humanitären Bereich ausgesetzt. Außerdem wurde die geplante Wahlbeobachtungsmission bei den Parlamentswahlen am 29. November annulliert.

Wir nehmen diese Krise sehr ernst, da sie in demokratischer Hinsicht einen Rückschritt nicht nur für Honduras und den Rest Mittelamerikas, sondern auch für Lateinamerika in seiner Gesamtheit darstellt.

Ich möchte hier und heute wiederholen, dass die Kommission die Normalisierung der politischen Situation in Honduras unterstützen wird, und dafür ist es erforderlich, dass sich die Parteien an die Vereinbarung halten. Obwohl es aufgrund der begrenzten zur Verfügung stehenden Zeit nicht länger möglich ist, eine Wahlbeobachtungsmission zu entsenden, hat die Kommission zwei Wahlexperten zur Unterstützung der EG-Delegation für einen Zeitraum von fünf Wochen ab dem 9. November entsendet, die den Auftrag haben, über Aspekte des Wahlverfahrens zu berichten und Empfehlungen für möglichen Maßnahmen im Anschluss an die Wahlen auszusprechen. Sollte die politische Situation ein aktiveres Engagement zur Unterstützung des Wahlprozesses ermöglichen, hat die Kommission außerdem eine finanzielle Unterstützung des Wahltribunals unter einem Vertrag mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP vorgesehen. Die Kommission ist außerdem bereit, der Organisation Amerikanischer Staaten OAS finanzielle Unterstützung zu gewähren, wenn die Bedingungen für eine Wahlbeobachtung gegeben sind.

Wir werden die Situation weiterhin überwachen und alle Bemühungen unterstützen, um bei der Wiederherstellung der Demokratie in Honduras zu helfen.

Alojz Peterle, im Namen der PPE-Fraktion. – (SL) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, als Mitglied einer Sonderdelegation der Europäischen Volkspartei hatte ich vor mehr als einem Monat die Möglichkeit, mich mit der politischen Situation in Honduras ausgiebig vertraut zu machen. Unsere Delegation besuchte zuerst Herrn Arias, den Präsidenten von Costa Rica und international anerkannten Vermittler in der Krise, der uns die San-José-Vereinbarung vorlegte.

In Honduras trafen wir den amtierenden Präsidenten Micheletti, den entmachteten Präsidenten Zelaya, den Außenminister, die Richter des Verfassungsgerichtshofs, das Oberste Wahltribunal, den Präsidenten des Nationalkongresses, den Generalstaatsanwalt sowie die vier Präsidentschaftskandidaten und andere wichtige Persönlichkeiten. Beide Parteien begrüßten unsere Mission und gaben ihrer Bereitschaft Ausdruck, einen partnerschaftlichen Dialog zu führen.

Ungeachtet der verschiedenen Auslegungen der Ereignisse gegen Ende Juni letzten Jahres, möchte ich darauf hinweisen, dass es seit der von einer Entscheidung des obersten Gerichtshofs unterstützten Entmachtung von Präsident Zelaya zu keiner Eskalation der Gewalt gekommen ist. In unseren Gesprächen haben wir die Bedeutung eines politischen Dialogs im Sinne des Vorschlags von Präsident Arias betont. Zu einem späteren Zeitpunkt fand ein interner Dialog statt, der jedoch bedauerlicherweise bisher zu keinem endgültigen Ergebnis geführt hat. Ich glaube jedoch weiterhin, dass wir auf eine politische Einigung in diesem Land drängen sollten.

Wir haben aus unseren Gesprächen mit den wichtigen politischen Akteuren erfahren, dass die Wahlen vom 29. November keine Folge des politischen Wandels sind, sondern dass sie ganz im Gegenteil durch eine unabhängige Entscheidung des Obersten Wahltribunals zu einem früheren Zeitpunkt angesetzt wurden, als Präsident Zelaya noch an der Macht war. Nach den Ereignissen im Juni haben keine neuen Kandidaten ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, für die Präsidentschaft zu kandidieren. Tatsächlich haben die Präsidentschaftskandidaten betont, dass sie keine Befürchtungen hegen, dass die politische Krise die Legitimität der Präsidentschaftswahlen in Frage stellen könnte, da die Vorbereitungen auf der Grundlage demokratischer Entscheidungen stattgefunden haben.

Honduras ist eines der mittelamerikanischen Länder, mit denen die Europäische Union ein Assoziierungsabkommen abschließen will. Die politische Krise hat den Verhandlungsablauf jedoch unterbrochen. Da die kontinuierliche demokratische Entwicklung in Honduras im Interesse der Europäischen

Union ist, erscheint es mir wichtig, dass das Europäische Parlament seine Beobachter entsendet, um die Präsidentschaftswahlen zu überwachen.

Luis Yáñez-Barnuevo García, im Namen der S&D-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, nachdem ich der Frau Kommissarin zugehört habe, möchte ich eigentlich nur meine Zustimmung ausdrücken, aber ich habe bereits eine Rede im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament vorbereitet.

Der Zusammenbruch der verfassungsmäßigen Ordnung in Honduras markiert das Ende von zwei Jahrzehnten ohne Staatsstreiche in Lateinamerika und schafft einen negativen Präzedenzfall für andere Länder, insbesondere für die derzeit schwächsten, wie beispielsweise Paraguay.

Das Europäische Parlament kann und sollte nicht taub und stumm bleiben angesichts einer derartigen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit. Sowohl der Rat als auch die Kommission haben unzweideutige Stellungnahmen abgegeben, in denen sie den Staatsstreich verurteilen und die Vermittlung von Präsident Arias im Einklang mit der einstimmig von der OAS vertretenen Position und mit der UN im Rücken unterstützen.

Der selbsternannte *de facto*-Präsident, Herr Micheletti, hat sich nicht an die jüngst ausgehandelten Vereinbarungen gehalten, womit er die internationale Gemeinschaft zum Gespött macht, und eine seiner Maßnahmen bestand darin, die Wiedereinsetzung des entmachteten Präsidenten, Herrn Zelaya, zu verhindern.

Unter den gegenwärtigen Umständen hätte die Wahl eines neuen Präsidenten bei den für den 29. November angesetzten Wahlen von Anfang an keinerlei Legitimität, und das Wahlergebnis kann und sollte nicht von der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden.

Das Europäische Parlament würde einen schweren Fehler begehen, wenn es eine Delegation zur Beobachtung der Wahlen entsenden würde, da dies als Unterstützung des Staatsstreichs ausgelegt würde. Die OAS hat die Entsendung einer Beobachtungsmission zu den Wahlen bereits ausgeschlossen.

Dieses Parlament hat sich als einen Garanten für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Respektierung der Menschenrechte beschrieben. Wie Václav Havel heute Morgen gesagt hat, können wir uns keine Doppelmoral leisten. Wir sind hier alle Demokraten und deswegen Kämpfer für die Freiheit. Folglich muss sich unsere Aussprache, ob sie nun Kuba, China, Nordkorea oder wie jetzt Honduras gilt, entschlossen gegen die Zerstörer der Freiheit wenden. Wir dürfen uns nicht von unseren ideologischen Unterschieden blenden lassen. Es gibt keine rechts- oder linksgerichteten Putschisten oder Diktatoren sondern nur repressive und freiheitszerstörende.

Wir haben die starke Befürchtung, dass sich die Verhältnisse in Honduras nicht ändern werden und dass diese Ereignisse einen sehr gefährlichen Präzedenzfall geschaffen haben und dass die Doktrin von einem guten, rechtzeitigen und nicht besonders blutigen Staatsstreich triumphiert haben wird.

Izaskun Bilbao Barandica, im Namen der ALDE-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, am 30. Oktober haben die an diesem Konflikt beteiligten Parteien eine Vereinbarung, die San-José-Vereinbarung, unterzeichnet und beschlossen, dass bis zum 5. November eine Regierung der nationalen Einheit und Aussöhnung geschaffen werden sollte und dass der Kongress Herrn Zelaya bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode am 27. Januar 2010 wieder einsetzen würde.

Was ist jedoch geschehen? Herr Micheletti hat versucht, eine Regierung der Einheit ohne die Beteiligung von Herrn Zelaya zu bilden, und der Kongress hat die Abstimmung verzögert, um ihn nicht wieder einsetzen zu müssen. Herr Micheletti hat sich nicht an die Vereinbarung gehalten, und die Situation verschlechtert sich. Wahlen sind angesetzt worden, und Kandidaten ziehen, wie wir in allen Medien sehen können, ihre Kandidatur zurück, da sie sehen können, dass die für die Abhaltung von Wahlen erforderlichen demokratischen Voraussetzungen nicht existieren. Es kommt auch zu Gewalt: Heute wurden wir darüber informiert, dass ein Bürgermeister der Oppositionspartei und ein Personenschützer erschossen wurden.

Eine internationale Beteiligung ist weiterhin erforderlich, und wir unterstützen die vom Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, Präsident Lula, durchgeführten Maßnahmen sowie die Vermittlungsmission durch die Vereinigten Staaten und ihren Vermittler, Herrn Arias. Durch alle diese Aktionen fordern wir die Einhaltung der Vereinbarungen und die Wiedereinsetzung von Herrn Zelayas, sodass die Demokratie, die institutionelle Legitimität und die friedliche Koexistenz zwischen Honduranern wieder hergestellt werden kann.

Wir fordern die Parteien auf, Ihren Großmut zu zeigen, indem sie zum Dialog zurückkehren, obwohl die OAS bereits gesagt hat, dass dies immer schwieriger wird. Herr Präsident, Europa muss seine Stimme dem internationalen Druck auf die Anführer des Staatsstreichs hinzufügen, indem es alle zur Verfügung stehenden diplomatischen und politischen Maßnahmen durchführt, um die Vereinbarung zu fördern.

Catherine Greze, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Anschluss an einen militärischen Staatsstreich und die Absetzung des rechtmäßigen Präsidenten schien die San-José-Vereinbarung eine willkommene Nachricht zu sein. Diese Hoffnung ist jetzt tot. Durch die Bildung seiner eigenen Regierung der nationalen Einheit hat der Putschist Roberto Micheletti seine illegalen und autoritären Maßnahmen fortgesetzt. Die Europäische Union muss diese Haltung deutlich verurteilen und die sofortige Wiedereinsetzung von Präsident Zelaya fordern.

In der gegenwärtigen Situation darf es keine von einer illegalen Diktatur veranstalteten Wahlen geben. Die Wahlen vom 29. November können nicht anerkannt werden. Obwohl die Organisation Amerikanischer Staaten dies bereits getan hat, müssen wir uns weigern, Beobachter zu schicken. Obwohl die Opposition sich zurückgezogen hat, weigern wir uns, das Wahlergebnis dieser Marionettenwahl anzuerkennen.

Wir sind besorgt über die Vielzahl der Menschenrechtsverletzungen, über die uns berichtet wurde. Europa muss nun mehr denn je einen festen Standpunkt zur Demokratie vertreten. Wir weisen jegliche Vereinbarung mit einer illegalen Regierung zurück. Die APS+-Vereinbarungen müssen außer Kraft gesetzt werden. Wenn sich der Konflikt fortsetzt, ist die Zeit für Sanktionen gekommen. Wir haben die Verantwortung, zu gewährleisten, dass sich Millionen von Honduranern für die Demokratie entscheiden können und dass Lateinamerika nicht in die Ära der *pronunciamientos* zurückfällt.

Edvard Kožušník, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (CS) Herr Präsident, Frau Kommissarin, ich habe eine hohe Meinung von Herrn Yañeze und seinen Werdegang genau verfolgt, aber ich kann der Art und Weise, in der er die Worte von Václav Havel, der von allen im Parlament hoch geschätzt wird, benutzt hat, nicht zustimmen. Ich war einer dieser Millionen Menschen auf den Straßen, als Václav Havel vom Podium sprach, unter dem wir standen – ich war damals 18 Jahre alt – und unabhängig von unseren politischen Anschauungen nur eines wollten, und zwar freie Wahlen. Das war der Slogan der Zeit, und ich glaube, dass es ein Slogan war, dem wir alle zustimmen. Wir reden über Wahlen, weil Wahlen Demokratie bedeuten. Meines Erachtens ist die Situation in Honduras nicht einfach, und wir werden sie bestimmt nicht allein aus einer EU-Perspektive lösen: Wir müssen sie aus einer globalen Perspektive betrachten. Meines Erachtens sollten die Wahlen ein Ausgangspunkt sein, und die EU sollte dort ihre Beobachter haben, weil Wahlen abgehalten werden, und wir müssen hoffen, dass sie auf demokratische Weise abgehalten werden.

Ilda Figueiredo, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (PT) Wir verurteilen den Militärputsch, der in Honduras am 28. Juni stattgefunden hat sowie die fortgesetzte Verletzung der Tegucigalpa/San-José-Vereinbarung vom 30. Oktober durch diejenigen, die den Staatsstreich durchgeführt haben. Es kann nicht hingenommen werden, dass diejenigen, die den Staatsstreich durchgeführt haben, eindeutig eine Strategie der systematischen Verzögerung und Entschuldigungen verfolgen, um die Wiedereinsetzung des verfassungsmäßig gewählten Präsidenten Zelaya aufzuschieben.

Die Europäische Union muss die bedingungslose und sofortige Wiedereinsetzung von Präsident Zelaya verlangen. Ansonsten kann der Wahlvorgang unmöglich fortgesetzt werden, weil er undurchführbar und rechtswidrig wird, da nicht einmal die Mindestbedingungen erfüllt sind, um den Bürgern das universale Recht einer direkten, geheimen Wahl frei von Zwängen oder Drohungen jeglicher Art zu garantieren. Die Europäische Union und dieses Parlament müssen die Anschauungen derjenigen, die diesen Staatsstreich ausgeführt haben, eindeutig verurteilen. Sie müssen außerdem die sofortige Rückkehr zur Demokratie in Honduras verlangen und sich darauf einigen, keine europäischen Beobachter zu entsenden und die Ergebnisse jeglicher unter diesen Umständen abgehaltenen Wahlen nicht anzuerkennen.

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Wahlen können ein Weg aus einer politischen Krise oder Sackgasse sein. Wir haben in der Vergangenheit Beispiele dafür in Europa gehabt.

Die Wahlen in Polen im Jahre 1989 sind ein Beispiel. Es waren keine demokratischen Wahlen. Es waren Wahlen, die einen politischen Kompromiss darstellten, aber es waren keine demokratischen Wahlen. Sie waren entscheidend, spezifisch und sehr wichtig. Damit Wahlen solch eine spezifische, positive Rolle spielen können, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Eine Grundvoraussetzung ist die beständige Einhaltung politischer Vereinbarungen, welche die Abhaltung der Wahlen erst möglich machte. Das häufigste Hindernis für die Einhaltung von Vereinbarungen sind Auslegungsfragen bezüglich der vereinbarten Punkte.

Um zu verhindern, dass Differenzen bei der Auslegung zu Konflikten führen, ist etwas Besonderes erforderlich, das kaum wahrnehmbar und schwer zu definieren ist. Der gute Wille beider an dem Disput beteiligten Parteien ist notwendig, und dies ist in Honduras der Fall. Ohne den guten Willen beider Seiten werden die Wahlen überhaupt nicht abgehalten werden, oder sie werden die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Ich bitte daher um guten Willen, Zukunftsorientiertheit und allermindestens um Verantwortungsbewusstsein. Dies ist umso wichtiger, da sowohl Herr Zelaya als auch Herr Micheletti in der Vergangenheit politische und gesetzliche Fehler gemacht haben. Die Wahlen bieten die Möglichkeit und die Hoffnung auf eine Richtigstellung dieser Fehler. Ich bin sicher, dass wir wollen, dass dies geschieht.

Die Wahlen können für ein demokratisches Honduras entscheidend und positiv sein. Die Europäische Union unterstützt diesen Prozess und ist erfreut darüber. Wir alle unterstützen diesen Prozess, da wir glauben, dass Demokratie und Demokratisierung Werte sind, die eine Anstrengung lohnen. Václav Havel sagt heute in diesem Parlament, dass wir uns vor einem Übel nicht zurückziehen dürfen, da es in der Natur eines Übels liegt, dass es jegliches Nachgeben ausnutzt. Die gegenwärtige Situation in Honduras ist vorübergehend und kann nicht lange andauern. Die Wahlen bieten eine Möglichkeit für Veränderungen.

Emine Bozkurt (S&D). – (NL) Herr Präsident, am 28. Juni wurde Präsident Zelaya, der rechtmäßig gewählte Präsident von Honduras, von der Armee abgesetzt. Ich verurteile diesen Militärputsch auf das Schärfste. Die demokratische Rechtsstaatlichkeit muss in Honduras wieder hergestellt werden, und dies muss friedlich durch einen Dialog geschehen.

Vor fast zwei Wochen – zufälligerweise zu exakt dem Zeitpunkt, an dem unsere Delegation für Beziehungen mit den Ländern Mittelamerikas die Region besuchte – schien es, also ob nach Monaten intensiver Verhandlungen durch einen Dialog eine historische Vereinbarung für Honduras gefunden worden war, welche die Wiederherstellung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Rückkehr des rechtmäßig gewählten Präsidenten und die Einrichtung einer Regierung der nationalen Einheit und schließlich auch die Einrichtung einer Wahrheitskommission zur Untersuchung der Situation bedeutet hätte. Diese Vereinbarung würde, falls sie durchgeführt würde, den bevorstehenden Wahlen Legitimität verleihen, ist jedoch gegenwärtig vom Tisch.

Ich möchte den ausdrücklichen Wunsch formulieren, dass die betroffenen Parteien in Honduras an den Verhandlungstisch zurückkehren und die erreichte Vereinbarung umsetzen. Der Putsch muss mithilfe eines Dialogs rückgängig gemacht werden. Dies ist ihre Pflicht dem honduranischen Volk gegenüber, das unter dieser politischen Krise am meisten leidet. Wenn keine demokratische Lösung erreicht werden sollte, hat es gegenwärtig den Anschein, als ob die Wahlen nicht allgemein anerkannt würden. Dies würde für den Integrationsprozess in Mittelamerika und für die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen weitreichende Konsequenzen haben und zu Jahren der Stagnation führen, unter denen vor allem das Volk zu leiden hätte.

Ich möchte den Abgeordneten, die bereits vorschlagen, die kommenden Wahlen anzuerkennen, Folgendes sagen: Wir dürfen an Honduras, Zentralamerika und den Rest der Welt nicht die Botschaft senden, dass wir Staatsstrieche tolerieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt müssen alle Beteiligten ihre Energie für die Wiederherstellung der Demokratie einsetzen. Falls Abgeordnete im Voraus feststellen, dass es Unterstützung für die Wahlen geben wird, werden weder Manuel Zelaya noch Roberot Micheletti einen Anreiz haben, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Dies würde uns zu einem Teil des Problems und nicht der Lösung machen, und wir würden den undemokratischen Kräften und der Zwietracht in die Hände spielen.

Willy Meyer (GUE/NGL). – (ES) Herr Präsident, Frau Kommissarin, ich gratuliere der Europäischen Kommission und dem Rat dazu, dass sie zusammen mit der internationalen Gemeinschaft Einstimmigkeit hinsichtlich einer scharfen Verurteilung des Staatsstreichs, des Putsches, erreicht haben und jegliche internationalen Maßnahmen von der Wiedereinsetzung von Präsident Zelaya abhängig machen.

Ich bedauere die Tatsache zutiefst, dass dieses Parlament den Putsch noch nicht verurteilt hat. Ich möchte auf die Verantwortung der größten parlamentarischen Fraktion in Europa, der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hinweisen, die auch in der heutigen Aussprache weiterhin der Ansicht ist, dass die Anführer des Staatsstreichs und die legitime Regierung identisch sind. Es ist inakzeptabel, dass dieses Parlament den Staatsstreich noch nicht verurteilt hat. Ich stimme deswegen damit überein, dass keine Beobachter geschickt werden können, und dass das Ergebnis der Wahlen vom November nicht anerkannt werden kann, da sie unter Bedingungen der Unfreiheit durchgeführt wurden, mit einem legitimen Präsidenten, der die brasilianische Botschaft nicht verlassen kann.

Carlos José Iturgaiz Angulo (PPE). – (ES) Herr Präsident, ich würde mich freuen, wenn bestimmte linke Abgeordnete dieses Parlaments, die resolute Verurteilungen über Honduras abgeben, ebenso energische Verurteilungen der Vorgänge in Kuba oder der Handlungen von Herrn Chávez in Venezuela und in Lateinamerika abgeben würden, denn unglücklicherweise trauern manche Leute immer noch der Berliner Mauer, den Säuberungen Stalins und der Mumie Lenins mehr nach als den demokratischen Wahlen in einem Land, in diesem Fall in Honduras. Gleichwohl sollte man angesichts der bevorstehenden Wahlen einige ernsthafte Überlegungen darüber anstellen, was in diesem mittelamerikanischen Land geschehen ist.

Herr Präsident, vor 16 Monaten wurden in Honduras Präsidentschaftswahlen abgehalten. Die Mitglieder des Wahlgerichts, der für die Organisation der Wahlen verantwortlichen Stelle, wurden vor dem 28. Juni und somit unter dem Mandat von Herrn Zelaya ernannt. Die sechs Präsidentschaftskandidaten haben das Vorwahlverfahren durchlaufen, und die Mehrheit der Kandidaten will, dass die Wahlen in Honduras abgehalten werden.

Wieso möchten also einige Personen den Wahlprozess nicht anerkennen, wenn es sich dabei um ein natürliches Ergebnis handelt, unabhängig davon, ob Herr Zelaya in Honduras an der Macht ist oder nicht?

Am 30. Oktober verpflichteten sich beide Seiten, eine Lösung der Krise zu finden, indem Sie eine Vereinbarung unterzeichneten. Die Vereinbarung enthielt eine Reihe von Schlüsselpunkten, die von beiden Seiten unterstützt wurden. Die Unterhändler des abgesetzten Präsidenten Zelaya legten jedoch nicht fest, wer die Regierung der Einheit führen sollte.

Es ist daher klar, dass die Europäische Volkspartei für die Abhaltung der Wahlen ist, unter der Voraussetzung von Transparenz, Demokratie und Freiheit, und wir werden sie durch Beobachter aus unserer Fraktion unterstützen. Wir sollten nicht vergessen, dass es der Vermittler, Óscar Arias, Präsident von Costa Rica, war, der verlangt hat, dass sie stattfinden sollen. Als Antwort auf eine Frage der Delegation für Mittelamerika sagte er, dass es notwendig wäre, diese zu entsenden, da die Óscar Arias Stiftung selbst Beobachter nach Honduras schicken würde. Wir werden genau das tun, da es auch von dem internationalen Vermittler, Óscar Arias, verlangt wird.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Herr Präsident, ich denke, dass die Wahlen am 29. November eine Möglichkeit für Honduras darstellen und dass das Europäische Parlament verpflichtet ist, Beobachter zu den Wahlen zu schicken. Dies würde nicht dem Zweck dienen, sie zu legitimieren, wie die Linke behauptet, da dies illegal wäre, sondern es würde lediglich dem Zweck dienen, zu sehen, wie die Wahlen durchgeführt werden.

Gleichzeitig möchte ich sagen, dass Honduras nur eine Flugstunde von Cuba, von Havanna, entfernt ist. Dort sind seit 50 Jahren keine Wahlen abgehalten worden. Kuba wird von einem kommunistischen Tyrannen beherrscht, der all seine Gegner ins Gefängnis steckt. Das Europäische Parlament hat schon oft ihre Freilassung verlangt und sogar den Sacharow-Preis an die „Damen in Weiß“ verliehen, aber Fidel Castro hat ihnen nicht erlaubt, das Europäische Parlament zu besuchen, um den Preis in Empfang zu nehmen. Ich wünsche mir, dass sich die Kommission, der Rat und die linke Seite dieses Parlament mit der gleichen Entschlossenheit für die Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger von Kuba einsetzen werden.

Ricardo Cortés Lastra (S&D). – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte meiner extremen Besorgnis über die Aufhebung der San-José-Vereinbarung Ausdruck geben. Bei den in Panama abgehaltenen Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika haben wir unsere Verurteilung des Putsches und unsere Unterstützung für die Vermittlungsversuche der OAS erneut zum Ausdruck gebracht.

Wir müssen erneut dringend zum Frieden und Dialog auffordern. Die Situation in Honduras ist kritisch, nicht nur im politischen Sinne, sondern auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Probleme wie Armut, die Wirtschaftskrise und die Auslandsverschuldung dürfen durch den Prozess der Lösung des politischen Konflikts nicht weiter aufgeschoben werden.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem das Europäische Parlament mehr denn je seine bedingungslose Unterstützung für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte zeigen und Herrn Zelaya als unabdingbare Voraussetzung für die Legitimität des Wahlprozesses wieder einsetzen muss.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich möchte heute an diesem Tag, an dem Václav Havel in diesem Haus über die Freiheit gesprochen hat, die in Osteuropa vor 20 Jahren erkämpft wurde, an all jene aus den Reihen der EPP, die heute hier dafür plädiert haben, dass die Europäische Union Wahlbeobachter nach Honduras schickt, die Frage richten: Was hätten Sie gesagt, wenn vor mehr als 20 Jahren die Europäische Union erklärt hätte, sie schicke Wahlbeobachter zu einer illegitimen Wahl in einem Ihrer Länder? Über das

alle gesagt haben, dort gibt es keine Freiheit. Dort gibt es ein Klima der Gewalt. Dort gibt es Unsicherheit. Was hätten Sie damals vor mehr als 20 Jahren gesagt, wenn die EU erklärt hätte: „Ja, wir schicken dorthin Wahlbeobachter, weil das Regime, das jetzt im Amt ist, sagt, das ist in Ordnung.“?

Sie hätten alle gesagt, es ist illegitim, dass diese Europäische Union dort Wahlbeobachter hinschickt. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren der EPP, verlange ich heute von Ihnen, dass Sie genau dieselben Kriterien anwenden für das, was jetzt in Honduras geschieht. Nämlich keine Wahlbeobachter hinzusenden zu einer illegitimen Wahl!

Danke auch an die Kommission, dass sie genau diese Position vertritt.

Catherine Ashton, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich werde mich relativ kurz fassen, nicht weil ich nicht die Bedeutung dieses Themas anerkenne, sondern wegen der fortgeschrittenen Stunde.

Ich habe mit großem Interesse die Leidenschaft zur Kenntnis genommen, mit der die Abgeordneten gesprochen haben, sowie die Besorgnis, die bezüglich der Beziehung ausgedrückt wurde, die wir auf kurze Sicht mit diesem äußerst armen Land haben müssen, das, offen gesagt, sobald wie möglich zur Normalität zurückkehren muss.

Die Besorgnis, die Abgeordnete unterschiedlicher Überzeugungen darüber haben, dass gewährleistet sein muss, dass wir in der Europäischen Union in den kommenden Wahlen die richtige Rolle übernehmen. Das werde ich mitnehmen und mit Kollegen überdenken.

Dementsprechend ist es meiner Ansicht nach sehr wichtig, dass wir die Situation in Honduras weiter so genau wie möglich überwachen, um zu gewährleisten, dass wir mitbekommen, was passiert und die notwendigen Maßnahmen treffen und die Unterstützung gewähren können, um sobald wie möglich eine friedliche Lösung für diese Krise zu finden.

Wie ich bereits sagte, handelt es sich um ein armes Land. Die Lösung dieser Krise ist längst überfällig, und ich begrüße die Unterstützung durch die Mitglieder der Kommission für unsere Bemühungen um das Finden dieser Lösung, wobei wir unseren Teil dazu beitragen, dass in Honduras sobald wie möglich wieder Stabilität herrschen wird.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – Ein Großteil der Debatte über Honduras konzentriert sich verständlicherweise auf die politische Krise, aber die Auswirkungen gehen weit über die Politik hinaus. Honduras ist das zweitärmste Land in Lateinamerika, und die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der politischen Krise treffen die 70 Prozent der Bevölkerung, die bereits in Armut leben. Der Tourismus ist fast völlig zum Stillstand gekommen, die Einstellung ausländischer Hilfe hat direkte Auswirkungen auf die öffentlichen Investitionen, und überlastete und schlecht ausgestattete Krankenhäuser mühen sich ab, nicht nur die üblichen, durch schlechte sanitäre Verhältnisse, Unterernährung und Krankheiten verursachten Probleme zu bewältigen, sondern müssen jetzt auch noch die Opfer der Gewalt auf den Straßen behandeln, einer Gewalt, die auch Prügel und sogar Tötungen durch die Regierungstruppen umfasst. Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen können ihre wertvolle Arbeit nicht verrichten, da ihr Personal nicht durch normale verfassungsmäßige Rechte geschützt wird. Statt dessen sehen sie sich einer Ausgangssperre gegenüber, Inhaftierungen ohne Anklage und anderen Verletzungen individueller Freiheiten. Die Krise geht weiter über den politischen Stillstand und die Kämpfe zwischen politischen Schlüsselfiguren hinaus. Es geht um gewöhnliche Menschen, deren alltäglicher Überlebenskampf während der letzten vier Monate noch härter geworden ist. Es muss jeder Versuch unternommen werden, freie und faire Wahlen sowie die sofortige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte und die Wiederaufnahme der ausländischen Hilfe zu gewährleisten und damit die Not der gewöhnlichen Menschen zu lindern.

23. "Made in" (Ursprungskennzeichnung) (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Erklärung der Kommission zu „hergestellt in“ (Ursprungskennzeichnung).

Catherine Ashton, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, Sie in der Plenarsitzung bezüglich des Vorschlags für eine Regelung zur Ursprungskennzeichnung

ansprechen zu können. Es handelt sich um einen Vorschlag, den, wie sich die Abgeordneten erinnern werden, das Parlament seit seiner Annahme durch das Kolleg bereits im Dezember 2005 stark unterstützt hat. Ich erinnere mich insbesondere an Ihre Entschließung vom Juli 2006 und die schriftliche Erklärung vom September 2007. Ich hatte das Privileg, dieses Thema letzten Monat in Straßburg mit einer Gruppe von Abgeordneten zu diskutieren, die mir gegenüber betonten, dass es wichtig ist, rasch zu handeln, um diese Verordnung anzunehmen.

Ich denke, dass mir die Abgeordneten darin beipflichten werden, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die Handelspolitik nicht nur die Möglichkeiten stärkt, die offene Märkte zu bieten haben, sondern auch die Besorgnisse anspricht, welche die Globalisierung nicht nur für Verbraucher sondern auch, und vielleicht insbesondere, für kleine Unternehmen schafft.

Die Ursprungskennzeichnung sollte daher in diesem Sinne betrachtet werden. In der Erklärung von 2007 haben Sie das Recht der europäischen Verbraucher betont, eindeutige und unmittelbare Informationen über ihre Käufe zu erhalten. Genau darum geht es in dieser Verordnung. Sie zielt darauf ab, es Verbrauchern in der EU zu ermöglichen, das Ursprungsland des Produkts, das sie kaufen, genau zu kennen.

Die Kommission hat eine obligatorische Angabe des Ursprungslandes gewisser, aus Drittländern in die EU importieren Produkte vorgeschlagen. Nicht alle Produkte werden davon erfasst – wir haben uns nach ausgiebigen Beratungen mit Verbrauchern und der Industrie auf diejenigen konzentriert, bei denen ein echtes Interesse besteht.

Ich möchte noch hinzufügen, dass sich die Ursprungskennzeichnung in völliger Übereinstimmung mit den gegenwärtigen WHO-Regeln und -Prinzipien befindet und bereits fast überall in der Welt existiert. Importe in die Vereinigten Staaten, nach Kanada, China und Japan erfordern eine Ursprungskennzeichnung. Tatsächlich tragen bereits die meisten Produkte, die Sie derzeit in Geschäften in der Europäischen Union kaufen können, die Ursprungslandkennzeichnung, da sie von den meisten Rechtssystemen gegenwärtig verlangt werden. Dies bedeutet selbstverständlich, dass für die überwiegende Mehrheit der Unternehmen die Verpflichtung zur Kennzeichnung von in die Europäische Union exportierten Produkten keine zusätzlichen Kosten bedeutet.

Seit 2006 sind im Rat Diskussionen abgehalten worden, um zu einer Vereinbarung bezüglich des Vorschlags der Kommission zu kommen. Einige Mitgliedstaaten müssen noch überzeugt werden. Sie befürchten, dass die administrative Belastung und die Kosten des Ursprungskennzeichnungssystems den Nutzen überwiegen könnten.

Wir haben diese Bedenken zur Kenntnis genommen und vor kurzem konkrete Optionen vorgelegt, die unserer Ansicht nach diese Fragen ansprechen. Dies ist keine formale Empfehlung; es ist ein Versuch, eine gemeinsame Grundlage zu finden und einen Kompromiss zu schließen. Am 23. Oktober 2009 wurde ein Optionspapier der Kommission im Artikel-133-Ausschuss diskutiert.

Zuerst bat die Kommission die Mitgliedstaaten, die Option einer Einschränkung der Produktabdeckung in Erwägung zu ziehen, sodass nur Endverbraucherprodukte umfasst wären. Die ursprüngliche Liste enthielt einige Zwischenprodukte wie Rohleder und bestimmte Textilien, die für den Verbraucher nicht von direktem Interesse sind. Die Kommission schlägt jetzt vor, nur die Waren aufzunehmen, die von Verbrauchern im Einzelhandel erworben werden können.

Zweitens hat die Kommission vorgeschlagen, dass das System als Pilotprojekt gestartet werden sollte. Jede Fortsetzung wäre dabei von der Bewertung der Auswirkungen des vorgeschlagenen Systems abhängig. Dies würde eine Beurteilung der Auswirkungen auf Kosten und Preise erlauben und könnte natürlich auch einen Hinweis darauf geben, wie wir die Produktabdeckung der Verordnung modifizieren könnten.

Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, dass die Mitgliedstaaten unser Optionspapier mit Interesse aufgenommen haben. Obwohl nicht alle Zweifel ausgeräumt wurden und einige Mitgliedstaaten ihren grundsätzlichen Widerstand gegen diesen Vorschlag aufrecht erhalten, sind sie bereit, die Frage weiter zu untersuchen, und die Arbeit wird über die nächsten Wochen hinweg sowohl auf der Ebene von Expertengesprächen als auch im Artikel-133-Ausschuss fortgesetzt werden. Ich hoffe aufrichtig, dass dies den Weg für eine Kompromisslösung freimachen wird.

Wie die Abgeordneten wissen, verleiht der neue Artikel 207 der Vertrags von Lissabon dem Parlament eine neue und verstärkte Befugnis in Bezug auf legislative Maßnahmen im Bereich der Handelspolitik, und die „hergestellt in“-Verordnung könnte eine der ersten sein, die auf dem Tisch der Abgeordneten landet.

Ich bin daher sehr daran interessiert, Sie in die weiteren Diskussionen zu diesem wichtigen Thema eng einzubinden und freue mich auf unsere nun folgende kurze Aussprache.

Cristiana Muscardini, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, gewisse Probleme betreffen auch uns, nicht nur die Dolmetscher und diejenigen, die der Aussprache folgen und hoffentlich einige konkrete Antworten erhalten möchten, was ein Problem angeht, das sich nun schon seit 2005 hinauszieht.

Wie die Frau Kommissarin richtig aufgezeigt hat, verlangen unsere wichtigsten Konkurrenten und Handelspartner schon seit vielen Jahren eine Ursprungskennzeichnung für Waren, die in ihr Gebiet eingeführt werden. Der Europäischen Union fehlt es jedoch trotz des Verordnungsvorschlags von 2005, der eine breite Unterstützung von Seiten der Verbraucher und Gruppen der Zivilgesellschaft erhalten hatte, an einer Definition, obwohl das Parlament mehrfach eine befürwortende Stellungnahme abgegeben hat. Das Fehlen einer Verordnung über die Ursprungsbenennung von Waren untergräbt die Rechte von Bürgern und Verbrauchern und verhindert das ordnungsgemäße Funktionieren des Marktes, der, um frei zu sein, gemeinsame und einheitliche Regeln benötigt.

Der Artikel-133-Ausschuss hat während der letzten Tage Ideen für die Reduzierung der von der Verordnung umfassten Warenkategorien und die Gründe für eine Empfehlung ihrer Anwendung während einer Probezeit untersucht. Wir fragen die Frau Kommissarin: Werden diese Kompromissvorschläge wenigstens von einigen der Mitgliedstaaten befürwortet? Werden sie eingehender geprüft werden? Beabsichtigen Sie, den Verordnungsvorschlag von 2005 gemeinsam mit dem Parlament und als Teil des Mitentscheidungsverfahrens weiterhin zu unterstützen? Welche Garantien und Fahrpläne kann die Kommission am Ende dieser schwierigen und verspäteten Debatte anbieten? Frau Kommissarin, könnten Sie mir schließlich, während ich Ihnen für das danke, was Sie mit viel Energie und Entschlusskraft erreicht haben, bestätigen, was Sie in Ihrer Antwort auf meine Frage am 5. November 2009 geschrieben haben, nämlich dass die Kommission auch weiterhin die Annahme des 2005 vorgelegten Vorschlags nachdrücklich unterstützen und weiterhin ihrer Verpflichtung nachkommen wird?

Gianluca Susta, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe sicherlich, trotz der mir zur Verfügung stehenden Zeit, nicht vor, zum gegenwärtigen Zeitpunkt all die Gründe für den von uns, dem Parlament, wiederholt gestellten Antrag zu rekapitulieren. Ich möchte darauf hinweisen, und Sie selbst, Frau Kommissarin, haben dies hervorgehoben, dass Frau Muscardini und ich die einzigen beiden Veteranen von 2006 sind, von der Unterzeichnung der Entschließung, mit der dieses Parlament die Initiative des damaligen Kommissars Mandelson im Dezember 2006 befürwortete.

Wir hatten gehofft, dass die Initiative, die Sie vor wenigen Wochen unternommen haben, um kleine Veränderungen vorzunehmen und so einen Kompromiss zu erzielen, stärker hätte unterstützt werden können, auch innerhalb des Artikel-133-Ausschusses. Unter anderem bedauern wir, dass innerhalb des Ausschusses viele Länder, einschließlich des Vereinigten Königreichs durch seinen Vertreter, ihren Widerstand und ihre Bedenken wiederholt haben. Wir möchten Sie heute lediglich daran erinnern, dass dieser Antrag nichts mit Protektionismus zu tun hat; wir möchten keine Industrien schützen, die nicht mehr in der Lage sind, auf dem internationalen Markt zu konkurrieren, sondern die Verbraucher: Wir möchten auf das Thema Gesundheit, die Umwelt und echte Gegenseitigkeit auf dem Weltmarkt, die heute fehlt, aufmerksam machen. Zudem fehlt diese nicht nur bezüglich der Schwächsten in der Welt: Nein, sie fehlt auch in Bezug auf Japan, die Vereinigten Staaten, Australien, Kanada, Brasilien und Indien, den wichtigsten Konkurrenten der Europäischen Union, die in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Pflicht hat, die Interessen der Gemeinschaft zu verteidigen, die ebenfalls hinter diesem Antrag steht.

Wir hoffen daher, dass das Parlament seinen ganzen Einfluss zugunsten der von der Kommission bereit gestellten Initiativen geltend machen wird, und wir hoffen außerdem, dass die vor einigen Wochen eingegangenen Verpflichtungen in vollem Umfang eingehalten werden, auch wenn dieses Verfahren nicht bis Weihnachten zu Ende geführt werden kann, sondern gemäß dem neuen, durch den Vertrag von Lissabon eingeführten Verfahren.

Niccolò Rinaldi, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, ich möchte unter Befürwortung der von den Abgeordneten, die vor mir gesprochen haben, gemachten Kommentare und unter Unterstützung der von Frau Muscardi gestellten Forderungen an ein Bild aus einem Buch von Italo Calvino erinnern, das den Titel *Cosmicomic* trägt, in dem der Big Bang als eine undeutliche Masse beschrieben wird, in der nichts bekannt ist über irgend jemand oder über den Ursprung von irgend jemand. An einem bestimmten Punkt sagt eine Frau, dass sie, falls sie etwas Raum hätte, Pasta und Pizza für

die anwesenden Personen machen würde. Das sorgt für große Begeisterung innerhalb der Masse aus Materie: Es kommt zu einer Explosion, und der gewünschte Raum materialisiert sich in Form einer Welt aus Gegensätzen, bei der es sich um das heutige Universum handelt.

Ich bin der Ansicht, dass wir uns in unserem globalen Markt rückläufig entwickeln, hin zu einer undeutlichen Masse von Waren, deren Herkunft und Eigenschaften den Verbrauchern entgehen. Als Liberale und Demokraten sind wir dem System und Prinzip des Freihandels eng verbunden, aber auch dem der Transparenz und der Rückverfolgbarkeit von Waren. Wie bereits gesagt wurde, handelt es sich hier nicht so sehr um eine Frage des internationalen Handels als um eine Frage des Verbraucherschutzes. Wir erneuern unsere Unterstützung für den Vorschlag von 2005 und ich wiederhole – ich unterstütze die von Frau Muscardini gestellten Forderungen.

Carl Schlyter, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (SV) Herr Präsident, vielen Dank Frau Kommissarin, dass Sie endlich einen Vorschlag eingebracht haben. Ich bin der Ansicht, dass die Barroso-Kommission es viel zu oft nicht gewagt hat, den Rat herauszufordern, wenn dieser sich rückwärts anstatt vorwärts zu bewegen versuchte, aber jetzt hat die Kommission genau das getan. Vielen Dank. Adam Smith hat festgestellt, dass eine Marktwirtschaft nicht funktionieren kann, wenn die Verbraucher nicht genügend Informationen erhalten, um in der Lage zu sein, beim Kauf von Produkten Entscheidungen zu treffen; daher ist es absolut notwendig, dass wir diese Ursprungskennzeichnung erhalten.

Es sollte keine Ausnahmen für diejenigen Länder geben, die einen Freihandelsvertrag oder eine andere Vereinbarung mit der EU getroffen haben; für alle müssen die gleichen Regeln gelten. Manche behaupten, dass die Kennzeichnung kostspielig ist, aber viele Produkte sind bereits gekennzeichnet, sodass die zusätzlichen Kosten minimal sein dürften. Wir haben dies bereits bei der genaueren Kennzeichnung von Rindfleisch in Europa gesehen – sie ist überhaupt nicht teuer. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die Liste verlängert werden könnte. Sie scheint sich in erster Linie auf Produkte zu konzentrieren, die oft kopiert werden, und an denen jeder in der Industrie ein Interesse hat. Gleichzeitig fehlen viele wichtige Konsumgüter, und ich bin daher der Ansicht, dass die Liste erweitert werden sollte.

Helmut Scholz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, meine Fraktion, die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, ist der Ansicht, dass die „hergestellt in“-Ursprungskennzeichnung von Produkten, die von außerhalb der EU kommen, eine dringende Notwendigkeit für die Europäische Union ist. In einer weitgehend globalisierten und deregulierten Welt ist es absolut notwendig, dass die Verbraucher in die Lage versetzt werden, zu wissen, wo ein Produkt herkommt und was sie kaufen.

Ich denke, dass dies ein Bereich ist, in dem Bürger und Verbraucher wirklich verstehen, was Europa ist und wie Europa seinen Beitrag zum internationalen Handel und der Welt da draußen leisten kann. Ich stimme mit meinen Kollegen überein, dass wir hinsichtlich der Ursprungskennzeichnung den Ansatz von 2005 umsetzen sollten. Unserer Ansicht nach handelt es sich hierbei um das absolute Minimum dessen, was den europäischen Verbrauchern und Bürgern garantiert werden muss. Es könnte auch den kleinen und mittelgroßen Industrien Europas zugute kommen.

Wir fordern die Kommission und den Rat auf, dies schnell zur Beratung durch das Europäische Parlament vorzulegen. Hier geht es unter anderem um einen zusammenhängenden politischen Entscheidungsprozess, und ich bin der Ansicht, dass in diesem Bereich internationaler Handel auch zum internationalen Frieden beitragen kann.

Lara Comi (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir sind Teile eines industriellen Systems auf europäischer Ebene, in dem der gute Ruf von Waren stark von der Integrität des Produktionssystems abhängig ist. Indem wir zumindest einen Teil unserer Herstellung in Europa halten, können wir unseren Verbrauchern qualitativ hochwertige geprüfte Waren bieten. Es ist in unser aller Interesse, dies weiterhin zu tun und Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, zu erkennen, was wir produzieren und wo der Ursprung der produzierten Waren liegt. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigen wir etwas sehr einfaches aber entscheidendes: Transparenz, ein Konzept, das die Vorschriften für die Ursprungskennzeichnung untermauert, die bereits 2006 vom Parlament befürwortet wurden, und die, wie die Frau Kommissarin vorhin erwähnt hat, größtenteils bereits auf den wichtigen Weltmärkten wie den Vereinigten Staaten, Mexiko und China in Gebrauch sind.

Dennoch ist die „hergestellt in“-Kennzeichnung von einigen EU-Mitgliedstaaten immer noch nicht genehmigt worden. Wir sind der Ansicht, dass die europäischen Verbraucher bei einem in China oder in irgendeinem anderen nicht-europäischen Land hergestellten Produkt, unabhängig von dessen Qualität, die oft hoch ist,

in der Lage sein müssen, zu erkennen, wo das Produkt hergestellt wurde, um eine informierte Wahl treffen zu können. Manche werden das Bedürfnis nach Transparenz möglicherweise als exzessiven Protektionismus auslegen und der Meinung sein, dass dies zu erhöhten Kosten für die Industrie führen wird: Nun, dies ist ganz sicher nicht der Fall.

Das Fehlen von Ursprungskennzeichnungen auf nach Europa importieren Waren, das im Gegensatz zur Praxis in China, den Vereinigten Staaten und Australien steht, erschwert es europäischen Waren, sich im Wettbewerb auf einem globalisierten internationalen Markt zu behaupten. Aus all diesen Gründen besteht der erste und entscheidende Schritt zur Anerkennung auf der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten im Schutz der Idee von Waren, die unter Verwendung des besten, das Europa zu bieten hat, hergestellt wurden.

Kader Arif (S&D). – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, dies ist nicht unsere erste Debatte über die Ursprungskennzeichnung, aber da ich davon überzeugt bin, dass Wiederholung ihre Vorteile hat, werde ich mir die Freiheit nehmen, gemeinsam mit meinen Abgeordnetenkollegen den Bedarf für eine europäische Gesetzgebung zur „hergestellt in“-Ursprungskennzeichnung zu betonen.

Tatsächlich hat trotz der von diesem Parlament 2005 und dann wieder 2007 durch die Abstimmung über die Entschließung unseres Kollegen, Herrn Barón Crespo, ausgedrückten Ansicht das Fehlen einer Mehrheit innerhalb des Rates die Verabschiedung dieser Verordnung stets verhindert.

Ein Text wie dieser würde jedoch einen entscheidenden Vorstoß darstellen, nicht nur für die europäischen Verbraucher, sondern auch für unsere Industrien. Durch den Hinweis auf das Ursprungsland bestimmter aus Drittländern importierten Produkten wären die Verbraucher über die Eigenschaften des von ihnen gekauften Produkts in vollem Umfang informiert. In so empfindlichen Bereiche wie Bekleidung, Lederwaren und Möbel ist die Schaffung von Bedingungen, die Verbrauchern eine informierte Wahl ermöglichen, ein wichtiges Thema für die Unternehmen, die sich entschlossen haben, ihre Produktion in Europa zu lassen und so europäisches Wissen und europäische Arbeitsplätze bewahren.

Ich begrüße daher den Vorschlag, den Sie soeben gemacht haben, Frau Kommissarin, aber mir ist es auch wichtig, zu betonen, dass dieser Vorschlag ehrgeizig bleiben muss. Die Unterstützung der Mehrheit der Mitgliedstaaten erhalten zu können, darf nicht auf Kosten unseres Endziels gehen. Es wäre zum Beispiel inakzeptabel, wenn die Ursprungskennzeichnung nur fertige Produkte betreffen würde und es so ermöglichen würde, alle Bestandteile separat zu importieren, in Europa zusammenzubauen und das Ergebnis als „in Europa hergestellt“ zu bezeichnen.

Darüber hinaus möchte ich die Bemühungen der Kommission unterstützen, maximalen Nutzen aus einer solchen Vereinbarung zu ziehen. Daher wäre die Möglichkeit der Schaffung einer paneuropäischen und -mediterranen Kennzeichnung, ohne auf die wiederholte Forderung nach der Verbesserung und Vereinfachung der Ursprungsvorschriften zurückzukommen, ein deutlicher Fortschritt, was die Stärkung der um den mediterranen und den Süd-Süd-Handel aufgebauten Sektoren betrifft.

Abschließend möchte ich betonen, dass die Befugnisse des Ausschusses für internationalen Handel als Teil der Umsetzung des Vertrags von Lissabon deutlich verstärkt werden. Die Kommission, das kann ich Ihnen versichern, Frau Kommissarin, wird daher auf die volle Unterstützung der Abgeordneten zählen können, wenn es um die genaue Überwachung der Diskussion über diese für europäische Verbraucher und Arbeiter entscheidende Verordnung gehen wird.

Jacky Hénin (GUE/NGL). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, bei dem „hergestellt in“-Konzept darf es nicht nur um Kennzeichnung gehen. Es muss schnell zu einem starken Konzept des Respekts für die fortschrittlichsten Regeln in Bezug auf Wissen, Arbeitnehmerrechte, nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz sowie den Ausdruck einer verantwortungsvollen wirtschaftlichen Einstellung werden.

Während die Globalisierung jedem die Voraussetzungen zur Produktion bietet, bedeutet das hektische Streben nach ausschließlich Profit, dass die Rechte von Arbeitern und Bevölkerungen ständig verletzt werden, während ihre Umwelt zerstört wird. Kopieren, das bisher nur ein Problem für Luxusmarken war, betrifft jetzt so unterschiedliche Sektoren wie Arzneimittel, Automobile und den Luftfahrtbereich, wobei stets die Profitabsicht im Hintergrund steht, während die Sicherheit der Verbraucher ernsthaft untergraben wird. Gleichzeitig verschwinden zehntausende von Arbeitsplätzen.

Mit der Einführung des „in Europa hergestellt“-Konzepts könnten wir es den Verbrauchern ermöglichen, eine informierte Wahl zu treffen und Maßnahmen zu ergreifen, um neue Rechte zu erhalten. Ja zum Respekt für die Rechte der Arbeiter und für Umweltvorschriften, für unsere Fähigkeiten und für verantwortliches

Management. Uns schließlich und am wichtigsten, Ja zur Erhaltung und Verteidigung von Industriearbeitsplätzen in Europa.

Christofer Fjellner (PPE). – (SV) Herr Präsident, Protektionisten geben nur selten zu, dass ihre Vorschläge protektionistisch sind, sondern verstecken ihre Absichten hinter anderen Argumenten. Ich würde sagen, dass eine obligatorische Ursprungskennzeichnung hierfür ein eindeutiges Beispiel ist. Im Juni 2006 stand ich in diesem Parlament und zerstörte einige der Mythen bezüglich eben dieses Vorschlags und damals endete er dort, wo er hingehört, im Papierkorb.

Jedoch hat der Kuhhandel vor der Entscheidung über das Freihandelsabkommen mit Korea dazu geführt, dass wir diesen Vorschlag erneut debattieren, und dies ist eine unangemessene Art und Weise, mit dieser Art von Vorschlag umzugehen. Drei Jahre später sind einige Mythen weiterhin lebendig und müssen zerstört werden.

Lassen Sie uns daher mit dem ersten beginnen, der immer wieder vorgebracht wird, nämlich dass die Verbraucher dies verlangen, und hier behaupten die Befürworter, dass sie von der diesbezüglichen Internetkonsultation der Kommission unterstützt würden. Sie versäumen allerdings, zu erwähnen, dass 96,7 % der Antworten auf die Konsultation aus einem einzelnen Land stammen, nämlich Italien, wo Industrie und organisierte spezielle Interessengruppen die Triebkraft in dieser Frage sind. Heute ist es für jeden, der dies wünscht, möglich, seine Waren mit einer Ursprungskennzeichnung zu versehen, und, glauben Sie mir, jedes wettbewerbsorientierte Unternehmen, das sich davon mehr Kunden verspricht, wird dies bereits tun, und daher ist es nicht erforderlich.

Der zweite Mythos besagt, dass die Kennzeichnung Verbrauchern relevante Informationen und Verbraucherschutz bietet, und dass sie der Umwelt zuträglich ist, als ob dies eine Frage der Geografie wäre. Nein, damit bedient man lediglich die Vorurteile der Menschen, anstatt die Menschen zu schützen. Der dritte Mythos besagt, dass Kennzeichnung die europäische Wettbewerbsfähigkeit verstärkt. Neue technische Barrieren für den Handel stellen jedoch keinen Schutz für die europäische Industrie dar. Dies hat nichts mit Wettbewerbsfähigkeit zu tun, diese wird nur durch offene Märkte und ein gutes Geschäftsklima gestärkt.

Wenn wir Mitgliedstaaten daran hindern, diese Art von Gesetzgebung innerhalb der EU zuzulassen, weil sie protektionistisch ist, wieso wenden wir dann die gleichen Regeln gegenüber dem Rest der Welt an, ohne anzuerkennen, dass es sich um Protektionismus handelt? Wir haben das Konzept der Einführung einer obligatorischen „in der EU hergestellt“-Kennzeichnung abgelehnt, daher wäre es unvernünftig, dies bezüglich der restlichen Welt einzuführen.

Mairead McGuinness (PPE). – Herr Präsident, in vielen Fällen gibt es bereits eine Ursprungskennzeichnung für Lebensmittel und andere Produkte, dies ist also nichts Neues. Das Problem bei der Etikettierung einiger Lebensmittel besteht darin, dass sie nicht immer zutreffend ist, daher sollten wir, was auch immer wir mit diesem Vorschlag machen, in der Lage sein, die Richtigkeit eines Etiketts zu überprüfen, d. h., ob das, was auf dem Etikett steht, zutreffend ist, damit die Verbraucher die Information erhalten, nach der sie suchen.

Eine spezifische Frage: Ich hatte einen Anruf von einem Hersteller, der innerhalb der Europäischen Union arbeitet, und der mich fragte, ob die Kommission, der Rat und das Parlament ein „in der Europäischen Union hergestellt“-Etikett in Erwägung ziehen, das es ihnen ermöglichen würde, mit der Tatsache zu werben, dass sie in der Europäischen Union produzieren. Könnte die Frau Kommissarin vielleicht zu diesem Punkt etwas sagen?

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, diese ganze Sache hat viele Probleme verursacht, insbesondere im landwirtschaftlichen Sektor in Irland. Fast jedes Mal, wenn ich den Vorsitzenden des Bauernverbands, Padraig Walshe, sprechen höre, weist er auf die Schwierigkeit hin, eine ordnungsgemäße, zutreffende Etikettierung zu erhalten, wie Frau McGuinness bereits gesagt hat.

Es scheint so, dass Produkte nach Irland importiert und unter Verwendung von Gewürzen oder dergleichen wiederaufbereitet werden können, um danach als Waren irischer Herkunft verkauft zu werden. Dies stellt eine krasse Täuschung des Verbrauchers dar, und ich bin der Ansicht, dass jeder berechtigt ist, das Ursprungsland eines jeden Produkts zu kennen anstelle des Verarbeitungslandes.

Kann ich davon ausgehen, dass diese Praxis bald zu einem Ende kommen wird, und dass wir eine eindeutige und zutreffende Etikettierung erhalten, sodass wir genau wissen, aus welchem Land ein Produkt stammt?

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, Klarheit, Klarheit, Klarheit: Das ist es, was der Markt heute verlangt; er verlangt Regeln, die Transparenz

garantieren, um die Verbraucher zu schützen. Die Freiheit des Marktes ist ebenfalls durch klare Regeln definiert, die, wenn sie durch transparenten Mechanismen angewendet werden, die Verbraucher als Ganzes in die Lage versetzen, eine Wahl zu treffen. Darum werden wir heute bitten; das werden wir heute verlangen.

Auf den Kanälen des staatlichen Fernsehens in Italien sind häufig Enthüllungsdokumentationen zu sehen, die zeigen, wie in manchen auch kulturell weit von Europa entfernten Ländern die Produktionstechniken auf dem Einsatz von stark verschmutzenden Waren, von verschmutzenden Techniken, von giftigen Lösungsmitteln basieren, wobei die Belegschaft, darunter auch Kinder, ausgebeutet wird und extrem viele Arbeitsstunden leisten muss. Die Verbraucher müssen in die Lage versetzt werden, zu wählen und eine klare Vorstellung davon zu haben, woher bestimmte Produkte stammen. Dies ist, worum wir bitten. Ich glaube, dass die Zeit gekommen ist, um sofortige und eindeutige Regeln zu beschließen, die die Verbraucher in die Lage versetzen, anhand eines eindeutigen und transparenten Mechanismus zu wählen; und diese Regeln müssen mit sehr viel größerer Entschlossenheit und sehr viel schneller beschlossen werden, als dies bisher der Fall war.

Catherine Ashton, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, ich möchte gern jedem danken, der zu dieser wichtigen Debatte zu diesem Thema beigetragen hat.

Wenn ich mit Frau Muscardinis Punkten beginnen könnte, nämlich dem Gefühl, dass diese Sache sich schon einige Zeit hinzieht. Während meiner Zeit als Kommissarin habe ich mich sehr bemüht, mit den Mitgliedstaaten über die Themen zu sprechen, über die sie am meisten besorgt sind, und ich habe versucht, zu reagieren, wenn ich ein wichtiges Thema sehen konnte. Aber, wie andere Abgeordnete schon gesagt haben, die Realität des politischen Lebens besteht darin, dass ich jeden Vorschlag durch den Rat bringen muss. Dies bedeutet – wenn klar ist, dass es keine stabile Mehrheit für eine bestimmte Idee gibt – nochmals darüber nachzudenken, was den Unterschied zwischen Versagen und Erfolg bedeuten könnte, wenn es eindeutig sehr ausgeprägte Sichtweisen gibt.

Es schien mir, als hätten wir die Möglichkeit, diese Sache erneut vorzulegen, indem wir das verfeinern, was wir beschreiben, um die Bedenken der Mitgliedstaaten anzusprechen, da es sich noch immer innerhalb der Kommission befindet. Insbesondere wenn sich eine Kommission wie jetzt gerade dem Ende ihrer Amtszeit nähert und jetzt, natürlich, wie manche sagen würden, ihre Amtszeit überschritten hat, ist es wichtig, darüber nachzudenken, was noch nicht vollendet wurde.

Ich kann keine Zeitgarantien geben. Ich würde dies gerne tun, aber in dieser Hinsicht befinde ich mich zwangsläufig in den Händen des Rates. Aber ich verpflichte mich, damit weiterzumachen, da es diesbezüglich starke Empfindungen gibt. Ich werde auf das zu sprechen kommen, was meiner Ansicht nach so wichtig ist.

Einige Abgeordnete haben bestimmte Themen über Verbraucher und die Möglichkeit für Transparenz und Klarheit, die dies bieten würde – den Verbrauchern Informationen zu geben – angesprochen. Ich glaube, dabei wurde sogar Adam Smith zitiert. Es ist wichtig, dass man, wenn man in der Welt Freihandel hat, auch Klarheit und Transparenz für die Verbraucher benötigt, damit diese die Entscheidungen treffen können, die mit dem Freihandel einhergehen. Diese Konzepte gehen Hand in Hand, und ich würde da zustimmen. Daher denke ich, dass die Abgeordneten, die diesen Punkt angesprochen haben, tatsächlich zum Kern dessen gekommen sind, was hiermit erreicht werden soll.

Es geht nicht um Protektionismus. Dies geschieht auf der ganzen Welt. Bei den meisten der Länder, von denen man die von Ihnen aufgeführten Produkte kaufen würde, weiß man bereits, von wem man kauft. Da ich selbst eine Verbraucherin bin, ist es für mich wichtig, zu wissen, wo das Produkt hergestellt wird. Ich denke, dass dies für viele Verbraucher eine wichtige Möglichkeit der Interaktion mit dem Markt darstellt. Ich würde behaupten, dass die Möglichkeit zu sagen, dass wir dafür sorgen werden, dass es Transparenz gibt, sehr wichtig ist. Wir sollten keine Angst vor ihr haben, denn wenn wir Angst vor ihr haben, stimmt etwas nicht. Der springende Punkt bei Offenheit und Freihandel besteht darin, dass man dem ins Auge sieht und angemessen damit umgeht.

Herr Schlyter hat mich insbesondere bezüglich der Erweiterung der Liste gefragt. Nun, sie wird weiter diskutiert: Es gibt noch überhaupt keine endgültige Liste. Wir haben lediglich versucht, etwas vorzulegen, das wir für eine realistische Liste halten, aber wir sind gerne bereit, sie eingehender zu diskutieren.

Ich denke, dass es nur gerecht ist, wenn ich die Bedenken anspreche, die bezüglich der Tatsache genannt wurden, ob wir ehrgeizig genug waren. Herr Arif sagte, dass wir dies nicht verwässern sollten. Natürlich, aber ich versuche nicht, es zu verwässern. Ich versuche, realistisch zu sein. Wenn ich letzten Endes einen Vorschlag habe, den ich einfach nicht beim Rat durchsetzen kann, dann bin ich meiner Ansicht nach

verpflichtet, mir den Vorschlag noch einmal anzusehen und zu fragen, ob wir etwas tun könnten, nicht um den Vorschlag zu verwässern, sondern um die berechtigten Bedenken anzuerkennen und zu sehen, ob wir diesen Vorschlag durchsetzen können, vielleicht in Form eines Pilotmodells oder eines eingeschränkteren Modells, um zu testen, ob das, was ich sage, richtig ist, und in der Hoffnung, dass wir später die Einschränkungen aufheben können, da wir tatsächlich zu einem Verständnis dessen gelangt sind, was wir eigentlich machen möchten.

Wir sehen uns ebenso die ganzen Euromed-Fragen an. Das ist Teil der Diskussion, wie Sie wissen, die zurzeit stattfindet. Ich werde auch auf den Punkt eingehen, was wir zum Schutz von Arbeitsplätzen unternehmen. Die Abgeordneten werden wissen, dass mir der Unterschied zwischen Protektionismus und der Unterstützung der Industrie, der Unterstützung von Arbeitsplätzen und Verbrauchern und so weiter wichtig ist. Wir müssen uns darüber klar sein, dass Handel nicht bedeutet, all diese Dinge zu ignorieren. Diese Dinge gehen Hand in Hand.

Herr Fjellner, ich muss mich mit Ihrem speziellen Punkt befassen, da Sie das, was ich gemacht habe, als eine unangemessene Vorgehensweise beschrieben haben. Ich bin mir nicht ganz sicher, wie parlamentarisch es im Europäischen Parlament ist, jemanden eines unangemessenen Verhaltens zu bezichtigen, aber lassen Sie mich Ihnen versichern, dass ich in keiner Weise versuche, dies zu tun. Es geht nicht um irgendeine Verbindung zu irgendetwas. Was ich versucht habe, als ich mit den Mitgliedstaaten über all diese Aspekte des Handels redete, war, entweder durch die Arbeit die ich gemacht habe – und insbesondere durch Gespräche mit kleinen Unternehmen in ganz Europa, wo es mir sehr wichtig ist, dass diese echte Möglichkeiten haben sollten, damit mehr als 3 % von ihnen über die Europäische Union hinaus Handel treiben –, Themen aufzugreifen, die entweder übrig bleiben – Fragen, die wir nicht auf eine oder andere Weise gelöst haben – oder die für bestimmte Länder besonders wichtig sind.

Dies ist keineswegs die einzige Frage, aber mir ist eingefallen, dass dies eine Möglichkeit ist, noch einmal darauf zurückzukommen. Es geht um faire Voraussetzungen. Es geht um Klarheit und Transparenz für Verbraucher. Es geht darum, zu sagen, dass wir uns vorwärts bewegen müssen. Ich hoffe, dass das Parlament darauf eingehen und helfen wird, es weiter zu verfeinern, damit wir etwas äußerst positives mit zurück nehmen können.

Ganz zum Schluss, an mich wurde eine spezielle Frage zu „in der Europäischen Union hergestellt“ gerichtet. Wir haben uns hierzu mit der Industrie und Verbrauchern beraten. Dies fand keinen Zuspruch. Es gab Bedenken, dass dies teuer sein würde. Es war nicht gefragt, und daher haben wir es nicht weiter verfolgt.

Der Präsident. – Die Aussprache wird beendet.

Die Stimmabgabe findet in der nächsten Sitzungsperiode statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Eine der Konsequenzen der Liberalisierung des Welthandels besteht aus großen Arbeitsplatzverlusten und einer Verschlechterung der sozialen Situation in einer Anzahl von Regionen und Ländern, einschließlich Portugal, die stärker von bestimmten Produktionsbereichen wie beispielsweise Textilien und Bekleidung abhängig sind. Im gegenwärtigen Klima der schwerwiegenden, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise erfordert diese Situation einen anderen Ansatz. Die Annahme von Regeln über eine Ursprungskennzeichnung könnte dazu beitragen, das Profil der Produktion in verschiedenen Mitgliedstaaten zu heben. Es ist allerdings noch viel mehr erforderlich. Wir müssen produktive Sektoren durch ein Paket breiter angelegter und effektiverer Maßnahmen schützen, darunter: Einführung von Schutz- und Sicherheitsmechanismen gegen aggressive Exporte, Priorisierung der lokalen Produktion; Abschaffung des auf Niedriglöhnen, geringen Qualifikationen und Arbeitsplatzunsicherheit basierenden Modells; Bereitstellung öffentlicher Instrumente, um die Produktion zu kontrollieren und Märkte zu regulieren, damit das Prinzip der Lebensmittelsouveränität und Sicherheit aufrechterhalten wird; effektive Bekämpfung von Unternehmensverlagerungen. Verteidigung des Rechts eines jeden Landes auf eine nachhaltige Produktion als zukünftige Anforderung. Wir müssen dies im Namen einer neuen wirtschaftlichen, sozialen, energie- und umweltbezogenen Rationalität tun, die vom neoliberalen Modell nicht nur nicht garantiert sondern unmöglich gemacht wird.

24. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 00.15 Uhr geschlossen)